UNIVERSITÄT TRIER



Rheinland-Pfalz-Monitor

2025/2026

Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung

Uwe Jun - Oliver Drewes - Marius Minas - Julian Lermen

TIDUP
UNIVERSITÄT TRIER

Impressum

Autoren*: Uwe Jun, Oliver Drewes, Marius Minas und Julian Lermen
Druck: Hausdruckerei Universität Trier
DOI: 10.25353/ubtr-32ed-2dac-c185

Anschrift: Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung
Universität Trier
Universitätsring 15, 54296 Trier
Homepage: www.tidup.uni-trier.de
Email: tidupsocial@uni-trier.de

Titelbild: © Landtag RLP / Torsten Silz

* Herzlicher und ausdrücklicher Dank gilt unseren studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern:
Fynn Steinke, Shabnam Kian und Sophie Barbian

Rheinland-Pfalz-Monitor

2025/2026

Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung

Uwe Jun - Oliver Drewes - Marius Minas - Julian Lermen

Vorwort

Was schätzen Sie: Wie viele Menschen leben weltweit in einer Demokratie? Diese Frage stellen wir regelmäßig den Teilnehmenden unserer Besuchs- und Bildungsangebote im Landtag und meistens löst die Antwort sorgenvolles Erstaunen aus: Laut dem aktuellen Democracy Report des V-Dem Institute (Nord et al. 2026) lebten Ende 2025 nur 26 Prozent aller Menschen in einer Demokratie und 74 Prozent in einer Autokratie – letzteres entspricht rund 6 Milliarden Menschen. Auch ein Blick auf die globale politische Entwicklung von Staaten zeigt ein eindeutiges Bild: 44 Länder bewegten sich 2025 in Richtung Autokratie, während sich nur 18 Länder in einem Demokratisierungsprozess befanden.

Wir selbst leben zwar in einer Demokratie, aber auch in unserem Umfeld sind autokratische Akteure, Positionen und Entwicklungen im Aufwind: in Europa, in Deutschland und auch bei uns in Rheinland-Pfalz. Allgegenwärtig und aufgeheizt erscheint dieses Thema, wenn wir Nachrichten lesen, Talkshows ansehen, in den sozialen Medien unterwegs sind oder im Familien- und Freundeskreis diskutieren. Dabei kann es uns mitunter schwerfallen, zu unterscheiden: Was sind klare Fakten – und was sind persönliche Meinungen und Erfahrungen, interessengeleitete Narrative oder schlicht Falschinformationen?

Die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen sind so komplex, dass wir für die notwendige Auseinandersetzung damit zunächst eine belastbare Grundlage brauchen: Zahlen, Daten, Fakten, die unabhängig, repräsentativ und wissenschaftlich fundiert erhoben werden. Genau solch eine Grundlage bietet der Rheinland-Pfalz-Monitor, der bereits zum zweiten Mal die politische Kultur in unserem Bundesland vermisst. Er liefert ein umfassendes Bild von den Stimmungslagen, Wahrnehmungen und Einschätzungen der Bürgerinnen und Bürger unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten von Rheinland-Pfalz.

Wie schon bei der ersten Befragungsrunde des Rheinland-Pfalz-Monitors 2023 freut es mich sehr, dass nach wie vor die große Mehrheit von über 90 Prozent der Befragten die Demokratie als beste Staatsform unterstützt. Gleichzeitig sehen wir, dass viele Menschen mit dem tatsächlichen Funktionieren der Demokratie in Deutschland nicht zufrieden sind. Sorgen bereitet mir besonders, dass rechtsextreme Haltungen, Verschwörungsglaube und Antisemitismus seit der ersten Befragung zugenommen haben. Diese Ergebnisse müssen wir in der Politik, aber auch in der Zivilgesellschaft als klares Warnsignal und Aufruf zum Handeln sehen.

Für uns als Landtag bedeutet das konkret, dass wir unser Angebot der politischen und demokratischen Bildung weiter ausbauen wollen. Im Sinne eines lebenslangen Lernens ist es uns

ein Anliegen, Menschen jeden Alters zu erreichen und immer wieder deutlich zu machen: Die Zukunft der Demokratie geht uns alle an. Hierfür wollen wir unsere Kooperationen insbesondere mit Partnern aus der breiten Zivilgesellschaft, der Bildung, der Wirtschaft, der Erinnerungs- und Gedenkarbeit und den Kommunen stärken. Dabei wollen wir auch mehr im Land unterwegs sein und vor Ort Angebote der Begegnung und des Dialogs schaffen. Denn ich bin überzeugt, dass es für eine starke Demokratie auch darauf ankommt, wieder stärker in einen persönlichen und respektvollen Austausch miteinander zu kommen, trotz unterschiedlicher Positionen und Einstellungen. Der Rheinland-Pfalz-Monitor zeigt, dass sich die Gesellschaft in den vergangenen Jahren stärker polarisiert hat und die Gefahr besteht, dass sich die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen immer unversöhnlicher gegenüberstehen. Dies sind Entwicklungen, denen wir mit Begegnungen, Dialog und demokratischer Bildung entgegenwirken wollen.

Hoffnungsvoll stimmt mich, dass einzelne antidemokratische Einstellungen wie Rassismus, die Befürwortung von Diktaturen, Fremdenfeindlichkeit sowie extremer Nationalismus seit der ersten Befragung abgenommen haben. Zugleich ist das politische Interesse gestiegen und über alle Bevölkerungsgruppen hinweg verbreitet. Das sind ermutigende Ergebnisse, denn sie zeigen, dass wir die Zukunft unserer Demokratie selbst gestalten können. Wir können etwas bewirken, wenn wir uns alltäglich und in unserem persönlichen Umfeld für unsere Werte engagieren.

Ich danke allen Mitwirkenden an dieser Studie sehr herzlich, insbesondere dem Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung mit Prof. Dr. Uwe Jun und seinem Team Dr. Marius Minas, Oliver Drewes sowie Julian Lermen. Sie tragen mit ihrer Forschung entschieden dazu bei, sachliche Fakten und damit die notwendige Gesprächs- und Arbeitsgrundlage für uns alle zu schaffen. Als langfristig angelegtes Forschungsprojekt wird uns der Monitor weiterhin begleiten und uns immer wieder einen aktuellen Einblick in die Stimmungslage und die Einstellungen der Menschen in Rheinland-Pfalz geben.



Matthias Lammert

Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz

Inhaltsverzeichnis

Vorwort ... 5
Inhaltsverzeichnis ... 7
Abbildungsverzeichnis ... 8
Tabellenverzeichnis ... 11
Einleitung ... 12
Informationen zur Datengrundlage ... 16
Zentrale Ergebniszusammenfassung ... 18
Demokratie und Gesellschaft ... 20
  Politisches Interesse und Selbstverortung ... 20
  Demokratie ... 25
  Politische Narrative ... 40
  Gesellschaft ... 49
    Sozioökonomische Einstellungen ... 50
    Soziokulturelle Einstellungen ... 61
    Gesellschaftliche Lage und Zukunftsdiagnose ... 77
Cluster: Muster im Einstellungsverhalten ... 89
  Vorstellung von Clustern und Dimensionen ... 89
  Einstellungsverhalten im Zusammenhang mit dem Verhältnis zur Demokratie ... 91
  Weitere Zusammenhänge ... 93
  Schlussfolgerungen aus der Clusteranalyse ... 96
Landespolitik ... 98
  Rheinland-Pfalz und der Status quo ... 98
  Zufriedenheitswerte politischer Institutionen ... 101
  Wichtige Themen und Problemfelder in Rheinland-Pfalz ... 107
  Erinnerungskultur ... 112
Politische Partizipation ... 117
  Parteiidentifikation ... 117
  Politische Teilhabe und direkte Demokratie ... 120
  Gewalt als politisches Mittel ... 122
  Informations- und Partizipationskanäle ... 123
Soziale Partizipation und eigene Lage ... 125
  Kollektive Partizipation ... 125
  Die eigene Lage ... 129
  Mittelstädte ... 137
Ergebnisse der Ländermonitore im Vergleich ... 138
  Demokratieunterstützung und Demokratietypen ... 139
Fazit ... 146
Literaturverzeichnis ... 148
Anhang ... 150
  Zusätzliche Abbildungen ... 150
  Methodenbericht ... 161
  Regressionsmodelle ... 169
  Fragebogen ... 172
  Ländermonitore in der Übersicht ... 182

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Politisches Interesse ... 20
Abbildung 2: Politisches Interesse nach Gruppen ... 21
Abbildung 3: Politische Selbstverortung ... 23
Abbildung 4: Politische Selbstverortung im Vergleich zu 2023/24 ... 23
Abbildung 5: Politische Selbstverortung nach Gruppen ... 24
Abbildung 6: Demokratie als beste Staatsform ... 26
Abbildung 7: Demokratie als beste Staatsform nach Gruppen ... 26
Abbildung 8: Diktatur als bessere Staatsform ... 27
Abbildung 9: Diktatur als bessere Staatsform nach Gruppen ... 28
Abbildung 10: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland ... 29
Abbildung 11: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland nach Gruppen ... 29
Abbildung 12: Meinungsfreiheit in Deutschland ... 30
Abbildung 13: Meinungsfreiheit in Deutschland nach Gruppen ... 30
Abbildung 14: Regressionsmodell Meinungsfreiheit ... 31
Abbildung 15: Autoritarismus I: Einparteiensystem ... 33
Abbildung 16: Autoritarismus I: Einparteiensystem nach Gruppen ... 33
Abbildung 17: Autoritarismus II: Führerprinzip ... 34
Abbildung 18: Autoritarismus II: Führerprinzip nach Gruppen ... 34
Abbildung 19: Demokraten-Typen ... 35
Abbildung 20: Demokraten-Typen nach Alter ... 36
Abbildung 21: Wahlverhalten der Demokraten-Typen ... 37
Abbildung 22: Revolutionäres Ressentiment ... 38
Abbildung 23: Revolutionäres Ressentiment nach Gruppen ... 38
Abbildung 24: Output- vs. Input-Orientierung ... 39
Abbildung 25: Output- vs. Input-Orientierung nach Gruppen ... 40
Abbildung 26: Wahrnehmung des Staats als repressiv ... 41
Abbildung 27: Wahrnehmung des Staats als repressiv nach Gruppen ... 42
Abbildung 28: Populismus ... 43
Abbildung 29: Populismus nach Gruppen ... 44
Abbildung 30: Regressionsmodell Populismus ... 45
Abbildung 31: Verschwörungsglaube I: Geheime Organisationen ... 46
Abbildung 32: Verschwörungsglaube I: Geheime Organisationen nach Gruppen ... 46
Abbildung 33: Verschwörungsglaube II: Exklusiver Erkenntnisanspruch ... 47
Abbildung 34: Verschwörungsglaube II: Exklusiver Erkenntnisanspruch nach Gruppen ... 48
Abbildung 35: Reichsbürgermentalität ... 48
Abbildung 36: Reichsbürgermentalität nach Gruppen ... 49
Abbildung 37: Antikapitalismus ... 50
Abbildung 38: Antikapitalismus nach Gruppen ... 51
Abbildung 39: Klassendenken ... 52
Abbildung 40: Klassendenken nach Gruppen ... 53
Abbildung 41: Gemeinwohl vs. Einzelinteresse ... 54
Abbildung 42: Gemeinwohl vs. Einzelinteresse nach Gruppen ... 54
Abbildung 43: Sozialstaatsprinzip ... 55

Abbildung 44: Sozialstaatsprinzip nach Gruppen 56
Abbildung 45: Meritokratisches Prinzip 57
Abbildung 46: Meritokratisches Prinzip nach Gruppen 58
Abbildung 47: Selbstverantwortung 59
Abbildung 48: Selbstverantwortung nach Gruppen 60
Abbildung 49: Vertrauen in Mitmenschen 61
Abbildung 50: Vertrauen in Mitmenschen nach Gruppen 62
Abbildung 51: Rassismus 63
Abbildung 52: Rassismus nach Gruppen 63
Abbildung 53: Nationalchauvinismus 64
Abbildung 54: Nationalchauvinismus nach Gruppen 65
Abbildung 55: Sozialdarwinismus 66
Abbildung 56: Sozialdarwinismus nach Gruppen 67
Abbildung 57: Traditionalismus 68
Abbildung 58: Traditionalismus nach Gruppen 68
Abbildung 59: Antisemitismus 69
Abbildung 60: Antisemitismus nach Gruppen 70
Abbildung 61: Xenophobie I: Muslimfeindlichkeit 71
Abbildung 62: Xenophobie I: Muslimfeindlichkeit nach Gruppen 71
Abbildung 63: Xenophobie II: Ausnutzung des Sozialstaats 72
Abbildung 64: Xenophobie II: Ausnutzung des Sozialstaats nach Gruppen 72
Abbildung 65: Überfremdungsgefühl 73
Abbildung 66: Überfremdungsgefühl nach Gruppen 74
Abbildung 67: Regressionsmodell Xenophobie 76
Abbildung 68: Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland 77
Abbildung 69: Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland nach Gruppen 78
Abbildung 70: Optimismus I: Wohlstandserhalt 79
Abbildung 71: Optimismus I: Wohlstandserhalt nach Gruppen 80
Abbildung 72: Optimismus II: Gesellschaftliches Selbstvertrauen 81
Abbildung 73: Optimismus II: Gesellschaftliches Selbstvertrauen nach Gruppen 81
Abbildung 74: Pessimismus I: Orientierungslosigkeit 82
Abbildung 75: Pessimismus I: Orientierungslosigkeit nach Gruppen 83
Abbildung 76: Pessimismus II: Gesellschaftliche Entwicklung 84
Abbildung 77: Pessimismus II: Gesellschaftliche Entwicklung nach Gruppen 84
Abbildung 78: Wahlverhalten von Optimisten und Pessimisten 88
Abbildung 79: Dendrogramm der Clusteranalyse 89
Abbildung 80: Zusammenhang zwischen soziokult. Konflikt und Demokratiebekenntnis 91
Abbildung 81: Zusammenhang zwischen Gesellschaftsdiagnose und Demokratiebekenntnis 92
Abbildung 82: Zusammenhang zwischen sozioökon. Konflikt und Demokratiebekenntnis 93
Abbildung 83: Zusammenhang zwischen soziokult. Konflikt und Gesellschaftsdiagnose 94
Abbildung 84: Wahlverhalten der Cluster 95
Abbildung 85: Entwicklung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz 98
Abbildung 86: Entwicklung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz nach Gruppen 99
Abbildung 87: Vergleich von Rheinland-Pfalz mit anderen Bundesländern 100
Abbildung 88: Vergleich von Rheinland-Pfalz mit anderen Bundesländern nach Gruppen 100

Abbildung 89: Zufriedenheit mit der Landesregierung 101
Abbildung 90: Zufriedenheit mit der Landesregierung nach Gruppen 102
Abbildung 91: Zufriedenheit mit dem Landtag 103
Abbildung 92: Zufriedenheit mit dem Landtag nach Gruppen 103
Abbildung 93: Zufriedenheit mit eigenem Bürgermeister oder Landrat 104
Abbildung 94: Zufriedenheit mit eigenem Bürgermeister oder Landrat nach Gruppen 104
Abbildung 95: Zufriedenheit mit dem Kommunalparlament 105
Abbildung 96: Zufriedenheit mit dem Kommunalparlament nach Gruppen 105
Abbildung 97: Zufriedenheit mit der öffentlichen Verwaltung 106
Abbildung 98: Zufriedenheit mit der öffentlichen Verwaltung nach Gruppen 106
Abbildung 99: Wichtigstes Problem in Rheinland-Pfalz 108
Abbildung 100: Wichtigstes Problem in Rheinland-Pfalz nach Gruppen 109
Abbildung 101: Priorität von Klimaschutz 110
Abbildung 102: Priorität von Klimaschutz nach Gruppen 111
Abbildung 103: Erinnerungskultur I: Demokratie 113
Abbildung 104: Erinnerungskultur I: Demokratie nach Gruppen 113
Abbildung 105: Erinnerungskultur II: Bildung 114
Abbildung 106: Erinnerungskultur II: Bildung nach Gruppen 114
Abbildung 107: Erinnerungskultur III: Gedenktafeln 115
Abbildung 108: Erinnerungskultur III: Gedenktafeln nach Gruppen 115
Abbildung 109: Parteineigung 118
Abbildung 110: Parteineigung nach Gruppen 118
Abbildung 111: Parteilose Kandidaten als Alternative 119
Abbildung 112: Partizipation I: Möglichkeiten 120
Abbildung 113: Partizipation I: Möglichkeiten nach Gruppen 121
Abbildung 114: Partizipation II: Direkte Demokratie 121
Abbildung 115: Politische Gewaltbereitschaft 122
Abbildung 116: Politische Gewaltbereitschaft nach Gruppen 123
Abbildung 117: Politische Informationskanäle 124
Abbildung 118: Soziale Partizipation I: Vereinsmitgliedschaft 126
Abbildung 119: Soziale Partizipation I: Vereinsmitgliedschaft nach Gruppen 127
Abbildung 120: Soziale Partizipation II: Ehrenamt 128
Abbildung 121: Identitätsebenen 129
Abbildung 122: Identitätsebenen nach Gruppen 131
Abbildung 123: Bewertung der eigenen Lage in Schulnoten 133
Abbildung 124: Sorgen 134
Abbildung 125: Subjektive relative Deprivation 135
Abbildung 126: Subjektive relative Deprivation nach Gruppen 136
Abbildung 127: Fragen zum Demokratieverhältnis im Ländervergleich 139
Abbildung 128: Anteil fragiler Demokraten im Ländervergleich 141
Abbildung 129: Einstellungen zur Performanz der Demokratie im Ländervergleich 143
Abbildung 130: Rechtsaußeneinstellungen im Vergleich 144
Abbildung 131: Parteilose Kandidaten als Alternative nach Gruppen 150
Abbildung 132: Partizipation II: Direkte Demokratie nach Gruppen 150
Abbildung 133: Soziale Partizipation II: Ehrenamt nach Gruppen 152

Abbildung 134: Eigene Lage I nach Gruppen ... 152
Abbildung 135: Eigene Lage II nach Gruppen ... 153
Abbildung 136: Eigene Lage III nach Gruppen ... 153
Abbildung 137: Eigene Lage IV nach Gruppen ... 154
Abbildung 138: Eigene Lage V nach Gruppen ... 154
Abbildung 139: Eigene Lage VI nach Gruppen ... 155
Abbildung 140: Eigene Lage VII nach Gruppen ... 155
Abbildung 141: Eigene Lage VIII nach Gruppen ... 156
Abbildung 142: Eigene Lage IX nach Gruppen ... 156
Abbildung 143: Sorgen I nach Gruppen ... 157
Abbildung 144: Sorgen II nach Gruppen ... 157
Abbildung 145: Sorgen III nach Gruppen ... 158
Abbildung 146: Sorgen IV nach Gruppen ... 158
Abbildung 147: Zusammenhang zwischen soziokult. Konflikt und sozioökon. Konflikt ... 160
Abbildung 148: Zusammenhang zwischen sozioökon. Konflikt und Gesellschaftsdiagnose ... 160

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Soziodemographische Verteilung des Panels ... 17
Tabelle 2: Optimisten und Pessimisten in gesellschaftlicher und ökonomischer Sicht ... 86
Tabelle 3: Anteil Optimisten/Pessimisten an jeweiligen Demokratietypen ... 87
Tabelle 4: Politische Informationskanäle nach Gruppen (Angaben in Prozent) ... 151
Tabelle 5: Items der Clusteranalyse und Dimensionszuordnung ... 159
Tabelle 6: Regressionsmodell Meinungsfreiheit ... 169
Tabelle 7: Regressionsmodell Populismus ... 170
Tabelle 8: Regressionsmodell Xenophobie ... 171
Tabelle 9: Ländermonitore in der Übersicht ... 182

Einleitung

Im Kontext von Wahlen werden Bundesländer regelmäßig Gegenstand der öffentlichen Aufmerksamkeit und medialen Berichterstattung, wenn es darum geht, zu untersuchen, welche Regionen wie gewählt haben und damit entsprechende politische Haltungen zum Ausdruck bringen. Nicht selten ebbt die Aufmerksamkeit für regionale politische Zustände und Entwicklungen anschließend aber schnell wieder ab. Häufig finden Umfragen, die die politischen Stimmungslagen in einem Bundesland und dessen Regionen genauer erfassen wollen, nur sporadisch und mit besagter prioritärer zeitlicher Nähe zu politischen Großereignissen wie Wahlen statt. Wie sich die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger eines Bundeslandes in der Zwischenzeit und unabhängig von der konjunkturellen Aufmerksamkeit entwickeln, ist das erklärte Ziel des Rheinland-Pfalz-Monitors. Nachdem 2023 unter der Förderung des rheinland-pfälzischen Landtages das erste Mal eine Vermessung der politischen Kultur des Bundeslandes begonnen hat, liegt hiermit nun der Bericht des zweiten Monitors vor.

Als politikwissenschaftliches Forschungsinstrument nimmt sich der Rheinland-Pfalz-Monitor vor, kontinuierlich die politischen Charakteristika, die sich für die rheinland-pfälzische Demokratie durch seine Bürgerinnen und Bürger entfalten, zu untersuchen. Da sich Bundesländer in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Zusammensetzung unterscheiden, verschiedene Demographien und Geographien aufweisen sowie eigene Historien mitbringen, fällt nicht zuletzt in Wahlen auf, dass sich Deutschland unterhalb der Ebene des Gesamtstaates aus mehreren politischen Kulturen zusammensetzt. Um diese beschreiben zu können und herauszuarbeiten, nehmen zunehmend mehr Forschungsinstitute die Arbeit auf, in großen Umfragestudien die politische Kultur der Bundesländer zu vermessen (Tabelle 9).

Was aber bedeutet „politische Kultur“? Unter dem Begriff wird die Gesamtheit von Einstellungen, Werten, Orientierungen, Überzeugungsmustern und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger erfasst und beschrieben (Almond und Verba 1965). Daraus leitet sich schließlich nicht nur ein Charakterbild ab, sondern auch eine Selbstevaluation, die dazu dient, die politischen Zustände und Entwicklungen besser verstehen zu können, um im Sinne des demokratischen Miteinanders im Sinne der Bürgerinnen und Bürger handeln zu können. Auch erhöht das Monitoring die Möglichkeit zur Steigerung politischer Responsivität, wenn Entscheidungsträger über die spezifischen Einstellungsmuster und Wahrnehmungen der

Bevölkerung evidenzbasiert informiert sind. Schließlich lassen sich hierdurch frühzeitig auch antidemokratische Tendenzen und konfliktträchtige Problemlagen erkennen und verorten.

Die politische Kultur eines Bundeslandes zu erforschen, verfolgt damit im Wesentlichen zwei Ziele: Demokratischer Politik hinsichtlich der Willens- und Entscheidungsfindung ein genaues Lagebild über Stimmungslagen an die Hand zu geben, um angemessen handeln zu können. Darüber hinaus verfolgt die politische Kulturforschung aber auch einen systemischen Zweck:

Die Kongruenz von politischer Kultur und politischer Struktur gilt in ihr als wesentlicher Stabilitätsfaktor des politischen Systems (Almond und Verba 1965). Es sind die Legitimitätsüberzeugungen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber politischen Akteuren, Institutionen und Prozessen sowie Partizipation und gegenseitiges Vertrauen, die eine Demokratie stabil und leistungsfähig machen. Insofern stellt sich die Frage, inwiefern demokratische Werte unter den Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzern verankert sind und unter welchen Bedingungen sie bröckeln. Um unter anderem diese häufig sehr langsam ablaufenden Veränderungsprozesse transparent zu machen, nimmt der Rheinland-Pfalz-Monitor im Zweijahresrhythmus seine Beobachtungstätigkeit auf und stellt seine Ergebnisse der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Um längsschnittliche Vergleichsdaten bereitzustellen, hat der zweite Monitor die meisten Fragen aus der ersten Befragungsrunde übernommen, stellenweise präzisiert, die Antwortskala ausgedehnt und vor allem weitere Fragen aufgenommen. Dabei werden bewusst nicht alle Fragen alle zwei Jahre, sondern sollen perspektivisch alle vier Jahre erhoben werden. Da nicht in jeder Frage innerhalb von zwei Jahren signifikante Veränderungen zu erwarten sind, ermöglicht die Abwechslung von Fragen, insgesamt mehr Themen zu untersuchen. So wurde der hier vorliegende zweite Monitor nicht nur durch Fragen hinsichtlich wirtschaftspolitischer Einstellungen ergänzt, sondern auch durch Items, die sowohl rechtes als auch linkes Gedankengut erfassen. Zusätzlich wurden Fragen hinsichtlich relativer Deprivation und Zukunftssorgen aufgenommen. Auch wurden einmalig Fragen zur Erinnerungskultur in Rheinland-Pfalz aufgenommen, um anlässlich des 80. Jahrestages des Kriegsendes und der damit verbundenen Befreiung der Konzentrationslager das Bewusstsein und den empfundenen Bedarf an Gedenken und politischer Bildung zu erfassen. Schließlich ergibt sich eine politische Kultur nicht nur daraus, was sie über die Gegenwart und Zukunft denkt, sondern auch daraus, wie sie mit ihrer Vergangenheit umgeht.

Entlang der genannten Aspekte gliedert sich der zweite Rheinland-Pfalz-Monitor in folgende Themenblöcke:

- Demokratie und Gesellschaft
- Landespolitik
- Politische Partizipation
- Soziale Partizipation

Entlang dieser Themenblöcke wurden insgesamt 74 Items abgefragt, die Haltungen zur Demokratie ermitteln, wichtige Themen in Rheinland-Pfalz erörtern und innergesellschaftliche Spannungen ausloten. Die Zufriedenheit mit zentralen Institutionen wie der Landesregierung, dem Landtag, den Kommunalparlamenten oder der öffentlichen Verwaltung wird ebenso untersucht wie das individuelle politische Partizipationsverhalten. Wie sehr können und wollen die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer an Politik teilnehmen, wo sehen sie Hürden und Schieflagen? Wie informieren sie sich und wie beeinflusst dies ihr Partizipationsverhalten? All diese und viele weitere Fragen werden entlang verschiedener soziodemografischer (Alter, Einkommen, Geschlecht, Bildung, politische Assoziation) sowie geografischer (Wohnregion, Wohnortgröße) Merkmale untersucht und auf Einflussfaktoren getestet. Was bedingt bestimmte Unzufriedenheiten oder eine geringe Beteiligung?

Neben diesen kausalanalytischen Fragen nach Einflussgrößen und Gründen für die Ergebnisse wurde im zweiten Monitor vertiefend untersucht, inwiefern sich Meinungsgruppen, sogenannte Cluster, in Rheinland-Pfalz identifizieren lassen. Gibt es Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern, die in den über 70 Fragen auffällig ähnliche Ansichten haben, sodass sie zu Haltungsgruppen zusammengefasst werden können? Im Kapitel „Cluster: Muster im Einstellungsverhalten" werden drei solcher Gruppen statistisch beschrieben und eingeordnet.

Zwar stehen mit dem zweiten Monitor erstmals bei Fragen, die bereits im ersten Monitor gestellt wurden, Vergleichsdaten zur Verfügung, sodass die längsschnittliche Einordnung beginnen kann. Jedoch lassen diese Daten nach zwei Jahren noch keine sicheren allgemeinen Trendaussagen zu. Auch aus diesem Grund schließt dieser Monitor der Darstellung und Analyse seiner Daten ein Vergleichskapitel an, in dem die Ergebnisse in Kontrast zu den Ergebnissen anderer Ländermonitore gestellt werden. Zwar erheben derzeit noch nicht alle Monitore – derzeit haben neun eine kontinuierliche Arbeit aufgenommen – die gleichen Fragen, die zunehmende Kooperation und Abstimmung erlaubt allerdings grobe Vergleiche. So soll damit auch versucht werden, den Charakter der rheinland-pfälzischen politischen Kultur

durch die Kontrastierung mit anderen Bundesländern im Kapitel „Ergebnisse der Ländermonitore im Vergleich“ etwas herauszuarbeiten.

Der zweite Rheinland-Pfalz-Monitor, der vom Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung in Kooperation mit dem Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap erhoben und eigenständig ausgewertet wurde, zeigt in Verbindung mit den Entwicklungstendenzen seit dem ersten Monitoring, dass sich die politische Kultur des Bundeslandes nicht konsistent und in allen Fragen ablesbar in eine bestimmte Richtung entwickelt. Zwar nehmen Verschwörungsglaube, Antisemitismus und Orientierungslosigkeit zu, andere Werte, vor allem die von Institutionen- und Demokratiezufriedenheit, verbessern sich dagegen. Rheinland-Pfalz befindet sich damit gemessen an den Daten aus 2023 und 2025 in einem Zustand unklarer Zukunftsentwicklung. Probleme, Sorgen und Unzufriedenheiten sind deutlich erkennbar und auch antidemokratische Tendenzen geben Anlass, über Gründe und Gegenstrategien verstärkt nachzudenken. Grund zum Pessimismus und Defätismus bietet der zweite Monitor allerdings nicht, denn mehrheitlich vertrauen sich die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer und sind überzeugt, Probleme als Gesellschaft gemeinsam auch lösen zu können. Die Demokratie ist fest verankert und hat das Potenzial, Herausforderungen zu stemmen. Ob dieses Potenzial konstruktiv genutzt wird, werden zukünftige Monitore berichten.

Informationen zur Datengrundlage

Die in den folgenden Abschnitten dargestellten Ergebnisse des Rheinland-Pfalz-Monitors wurden auf der Basis einer gezogenen und gewichteten Stichprobe ermittelt, können aber aufgrund ihrer Repräsentativität auf die gesamte wahlberechtigte Bevölkerung in Rheinland-Pfalz übertragen werden (vgl. im Einzelnen den Methodenbericht ab Seite 161). Dabei sind die angegebenen Werte immer vor dem Hintergrund sogenannter Fehlertoleranzen zu sehen, d.h. die angegebenen Werte können um bis zu 2 bzw. 3 Prozent schwanken. Aus diesem Grund werden im gesamten Monitor nur ganzzahlige Anteile angegeben.

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte in Rheinland-Pfalz
Erhebungsmethode:	Zufallsbasierte Telefon- und Online-Befragung
Erhebungszeitraum:	19. Mai bis 06. Juni 2025
Fallzahl:	1.417 Befragte (909 Telefoninterviews und 508 Online-Interviews)
Gewichtung:	Soziodemographische Merkmale und Rückerinnerung Wahlverhalten
Schwankungsbreite:	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent

Ziel des Rheinland-Pfalz-Monitors ist es, Einstellungsmuster im Bereich Demokratie und Gesellschaft aufzuzeigen. Dementsprechend werden in den einzelnen Bereichen vor allem Unterschiede zwischen Teilgruppen herausgearbeitet. Wenn sich diese ausgleichen oder keine relevanten Unterschiede erkennbar sind, werden sie in der Regel nicht hervorgehoben. Es kann davon ausgegangen werden: Wenn Subgruppen nicht erwähnt werden, gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen ihnen in den jeweiligen Fragen.

Zur Übersicht über die untersuchten Subgruppen im Panel werden diese mit ihrer jeweiligen Verteilungsstruktur in Tabelle 1 aufgelistet. Die Stichprobe des Rheinland-Pfalz-Monitors 2025/26 entspricht nicht der Stichprobe des vorherigen Monitors aus den Jahren 2023/24. Aussagen über Veränderungen im Einstellungsverhalten sind daher nur auf der Aggregatebene, nicht auf der Individualebene zu verstehen. Der Monitor zeigt daher an, inwiefern sich das Einstellungsverhalten der Landesbevölkerung oder einzelner Subgruppen bei bestimmten Fragen innerhalb von zwei Jahren verändert hat. Es liegen dabei keine Informationen vor, ob und warum einzelne Personen zu bestimmten Fragen ihr Antwortverhalten geändert haben oder ob bestimmte Personen aus der vorherigen Stichprobe wieder in der aktuellen Stichprobe enthalten sind.

Tabelle 1: Soziodemographische Verteilung des Panels

Kategorie	Ausprägung	Anteil in %
Geschlecht	Männlich	48
	Weiblich	51
	Divers	0 (0,02)
Alter	18-34	21
	35-49	20
	50-64	29
	65 und älter	30
Bildung	Noch Schüler/in	0 (0,2)
	Ohne Schulabschluss (niedrig)	0 (0,6)
	Volks-/Hauptschule, Polytech. Oberschule, ohne abgeschlossene Lehre (niedrig)	11
	Volks-/Hauptschule, Polytech. Oberschule, mit abgeschlossener Lehre (mittel)	10
	Mittlere Reife, Realschule, Polytech. Oberschule, Fachschulreife (mittel)	40
	Fachhochschulreife, Abschluss einer Fachoberschule, Ingenieurschule, erweiterte Oberschule (EOS) ohne Abschluss (hoch)	5
	Abitur, allgemeine Hochschulreife, erweiterte Oberschule (EOS) mit Abschluss (hoch)	11
	Abschluss an Universität, Hochschule oder Fachhochschule (hoch)	22
	anderer Abschluss	0 (0,5)
Region	Pfalz	34
	Rheinhessen	15
	Naheland	4
	Mosel-Saar	11
	Hunsrück	3
	Eifel	9
	Rheintal	7
	Ahr	3
	Westerwald	14
Erwerbstätigkeits-status	Voll-/Teilzeiterwerbstätig (Auch 'Mini-Jobs')	55
	Auszubildender / Azubi	2
	In Altersteilzeit (egal welche Phase)	1
	Arbeitslos (Ohne 'Ein-Euro-Job')	2
	Rentner oder Pensionär	34
	Schüler an allgemeinbildender Schule	1
	Student	2
	Hausfrau/Hausmann	2
	Freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr, Bundesfreiwilligendienst	0
	Sonstiges	1
Selbst zugewandert	Ja	4
	Nein	95
Eltern zugewandert	Vater	2
	Mutter	2
	Beide	6
	Weder noch	89
Haushalt	Eine Person	21
	Zwei Personen	43
	Drei Personen	18
	Vier Personen	14
	Fünf Personen und mehr	4
Haushaltsnetto-einkommen	Unter 1500€ (niedrig)	7
	1500€ bis unter 3500€ (mittel)	33
	3500€ bis unter 5500€ (hoch)	30
	5500€ und mehr (sehr hoch)	15

Zentrale Ergebniszusammenfassung

- Im zweiten Rheinland-Pfalz-Monitor ergibt sich aus den erstmalig vorliegenden längsschnittlichen Vergleichsdaten keine klare Entwicklungstendenz. Weder ist auszumachen, dass sich die demokratische Verankerung der politischen Kultur aufweicht, noch, dass sie sattelfester wird. Tendenziell überwiegt die Zahl der gestellten Fragen, in denen ein leichter Positivtrend festzustellen ist.
- Zufriedenheit mit der Landesregierung und dem Landtag nahm zwischen den Monitoren zu – diese Entwicklung bezieht sich allerdings auf die Aktivität und personelle Besetzung der Legislaturperiode von 2021 bis 2026.
- Antidemokratische Einstellungen nahmen mehrheitlich, aber nicht konsequent ab: Während rassistische Positionen, die Zustimmung zur Diktatur, Nationalchauvinismus und Fremdenfeindlichkeit um 3 bis 7 Prozentpunkte seit 2023 abnahmen, haben der Verschwörungsglaube (+10 Prozentpunkte) und Antisemitismus (+4 Prozentpunkte) zugenommen.
- Zwar ordnen sich die meisten Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer als in der politischen Mitte stehend ein, es sticht jedoch heraus, dass die Gruppe derer, die sich rechtsaußen stehend verstehen, sich von 3 auf 8 Prozent mehr als verdoppelt hat.
- Entlang des politischen Spektrums fällt auf, dass links der Mitte eine substanziell größere Zufriedenheit mit politischen Zuständen in Rheinland-Pfalz herrscht. Das Gefühl von Gerechtigkeit ist links stärker ausgeprägt als rechts. Sorgen und Pessimismus sind ebenso wie Bedarfe nach mehr Partizipationsmöglichkeiten im linken Spektrum weniger weit verbreitet.
- Geringes Einkommen und eine niedrige formale Bildung sind anhaltend Kernfaktoren für Unzufriedenheiten, Sorgen und politische Radikalität. Sie begünstigen eine Offenheit für antidemokratische Einstellungen.
- Die Clusteranalyse (Kapitel: Cluster: Muster im Einstellungsverhalten) identifiziert drei zentrale Einstellungsgruppen in der Bevölkerung: resignierte Systemskeptiker (über 40 Prozent), zuversichtliche Systemträger (rund 20 Prozent) sowie dazwischen eine verhaltene Mitte mit moderaten oder heterogenen Positionen (etwa 40 Prozent). Dabei zeigt sich, dass pessimistische Zukunftserwartungen und gesellschaftspolitisch stärker nationalstaatlich und traditionell orientierte Positionen mit geringerem Vertrauen in

die Demokratie einhergehen, während optimistische Zukunftsbilder und weltoffene Positionen das Verhältnis zur Demokratie stärken.

- Die demokratietheoretische Typisierung (Kapitel: Demokratie) zeigt, dass 44,5 Prozent der Bevölkerung als solide Demokraten gelten, die die Demokratie klar unterstützen und autoritäre Alternativen in Gänze ablehnen. 43,5 Prozent zählen zu den fragilen Demokraten, deren Demokratieunterstützung weniger gefestigt ist und die teilweise offen für autoritäre Positionen sind. Eine kleine Minderheit von 6,6 Prozent weist autokratische Einstellungen auf und lehnt demokratische Grundprinzipien weitgehend ab.
- Das Vertrauen in die Bewältigung wirtschaftlicher Herausforderungen ist in Rheinland-Pfalz deutlich stärker ausgeprägt als hinsichtlich gesellschaftlicher Entwicklungen. Während im ökonomischen Bereich mehrheitlich optimistische Einschätzungen dominieren (59,1 Prozent gegenüber 16,0 Prozent Pessimisten), überwiegt mit Blick auf die gesellschaftliche Zukunft ein klar pessimistisches Stimmungsbild (55,9 Prozent gegenüber 12,7 Prozent Optimisten).

Demokratie und Gesellschaft

Politisches Interesse und Selbstverortung

Bevor unterschiedliche Einstellungen zu bestimmten politischen und gesellschaftlichen Themen betrachtet werden, soll das Verhältnis der Landesbevölkerung zur Politik näher ergründet werden. Zunächst steht dabei im Vordergrund, wie stark sich die Bevölkerung und bestimmte Subgruppen überhaupt für Politik interessieren. Das politische Interesse stellt eine zentrale Grunddimension politischer Kultur dar und wird in der Forschung häufig als Indikator für informierte Meinungsbildung und demokratische Partizipation betrachtet. Die Erhebung des politischen Interesses ermöglicht es zunächst, ein grundlegendes Bild davon zu gewinnen, wie groß der Anteil politisch interessierter Bürgerinnen und Bürger in der Bevölkerung ist. Darüber hinaus dient diese Variable als wichtiger Referenzpunkt für die Einordnung weiterer Einstellungen: Sie erlaubt es zu analysieren, inwiefern sich politisch interessierte und weniger interessierte Personen in ihren Haltungen unterscheiden und ob politisches Interesse systematisch mit bestimmten Einstellungsmustern einhergeht. Auf diese Weise trägt die Berücksichtigung des politischen Interesses dazu bei, differenzierte Einblicke in Struktur und Ausprägung politischer Einstellungen in der Bevölkerung zu gewinnen.

Wie stark interessieren Sie sich für Politik? (Angaben in Prozent)

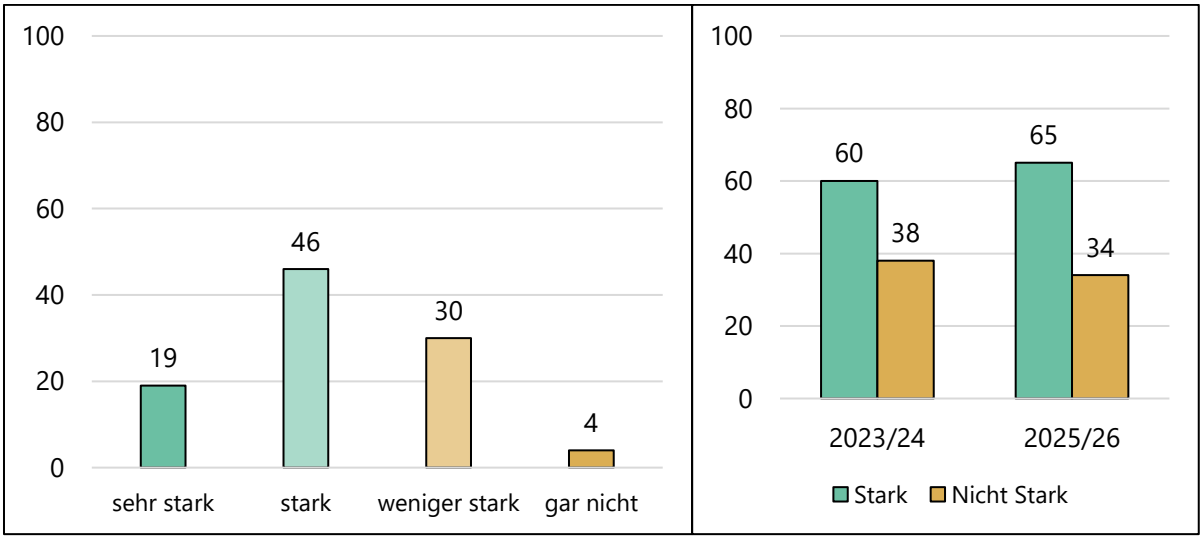


Abbildung 1: Politisches Interesse

Nicht nur fällt beim Blick auf Abbildung 1 auf, dass sich eine deutliche Mehrheit nach eigener Einschätzung (sehr) stark für Politik interessiert. Vielmehr verdeutlicht der rechte Teil der Abbildung, dass der Anteil derjenigen, die sich (sehr) stark für Politik interessieren, in den

vergangenen zwei Jahren um 5 Prozentpunkte gewachsen ist und fast zwei Drittel der Bevölkerung ausmacht. Lediglich 4 Prozent geben an, sich gar nicht für Politik zu interessieren. Schaut man genauer hin (Abbildung 2), zeigt sich, dass mit höherem Alter, höherem Einkommen und höherer formaler Bildung auch ein stärkeres Interesse am Politischen einhergeht. Insgesamt ist jedoch in jeder einzelnen Subgruppe mindestens (fast) die Hälfte der Menschen (sehr) stark an Politik interessiert. Unterscheidet man nach politischer Selbstverortung (von Linksaußen bis Rechtsaußen) fällt auf, dass in der politischen Mitte das geringste politische Interesse angezeigt wird. Männer geben zudem deutlich häufiger an, sich „sehr stark" für Politik zu interessieren (25 Prozent gegenüber 14 Prozent bei Frauen), deutlich seltener hingegen, sich „weniger stark" für Politik zu interessieren (24 Prozent gegenüber 35 Prozent). Dennoch gibt fast die Hälfte beider Geschlechter an, sich „stark" für Politik zu interessieren (jeweils 46 Prozent).

Wie stark interessieren Sie sich für Politik? (Angaben in Prozent)

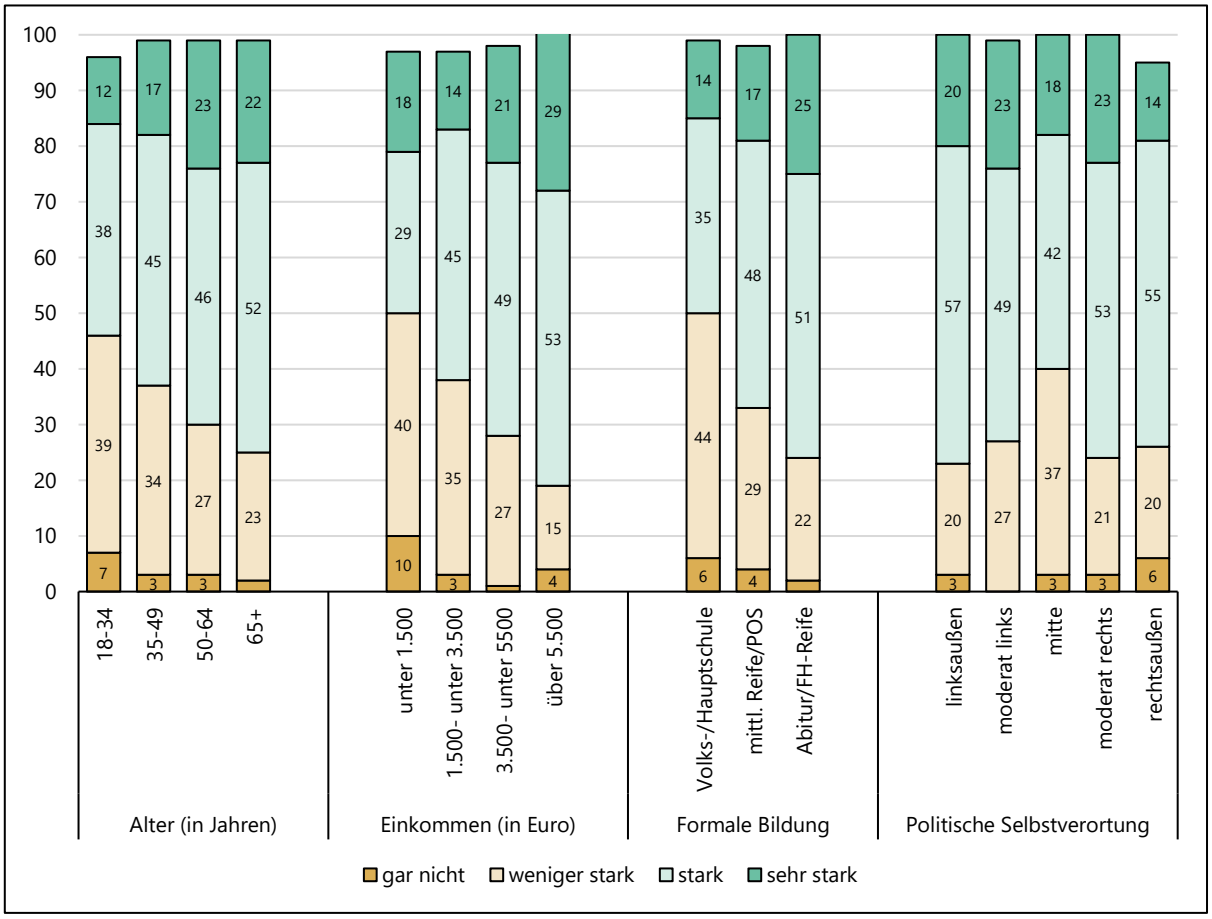


Abbildung 2: Politisches Interesse nach Gruppen

Die Selbstverortung auf der Links-Rechts-Skala ist eine einfache und weit verbreitete Möglichkeit, politische Einstellungen zusammenzufassen. Auch wenn sie die Komplexität

politischer Überzeugungen stark reduziert, bietet sie eine hilfreiche Orientierung darüber, wie sich Menschen politisch einordnen. Gleichzeitig sagt diese Einordnung auch etwas über die eigene politische Identität aus, also darüber, wo sich Personen im politischen Spektrum verorten. Dabei ist bereits der eigene Ausdruck dieser Verortung selbst nicht neutral, sondern kann als politische Einstellung verstanden werden, da sie eine bewusste Positionierung innerhalb gesellschaftlicher Konflikte ausdrückt. Für die Analyse ist das besonders nützlich, weil sich so untersuchen lässt, wie diese grundlegende Positionierung mit anderen Einstellungen zusammenhängt.

Unter „links" werden Positionen verstanden, die auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene stärker auf Umverteilung, soziale Gleichheit und staatliche Verantwortung setzen (z. B. Ausbau des Sozialstaats, stärkere Regulierung von Märkten). Auf soziokultureller Ebene gehen damit häufig progressive Haltungen einher, etwa Offenheit gegenüber gesellschaftlicher Vielfalt, Gleichstellung und Minderheitenrechte. „Rechts" bezeichnet demgegenüber eher Positionen, die wirtschaftlich stärker auf Marktfreiheit, individuelle Leistung und geringere staatliche Eingriffe setzen. Soziokulturell sind damit häufig eher konservative Einstellungen verbunden, etwa die Betonung von Tradition, Ordnung, nationaler Identität oder Skepsis gegenüber gesellschaftlichem Wandel.

Grundsätzlich ist dabei wichtig, dass sowohl moderat linke als auch moderat rechte Positionen klar auf dem Boden der demokratischen Ordnung stehen und Teil legitimer politischer Auseinandersetzung sind. Je weiter sich Einstellungen jedoch an die Ränder des Spektrums verschieben, desto eher können Spannungen mit demokratischen Prinzipien entstehen. Dies liegt unter anderem daran, dass sie häufiger mit einem Absolutheitsanspruch einhergehen, der Kompromissfindung erschwert und möglicherweise auch inhaltlich mit grundlegenden Verfassungsprinzipien kollidieren kann.

Die sogenannte Mitte ist damit kein fest umrissener Ort. Vielmehr stellt sie ein dynamisches Konstrukt dar, das jene Personen beschreibt, die demokratische Grundwerte anerkennen, sich antiextremistisch positionieren sowie politisch moderat, pragmatisch und brückenbildend auftreten (siehe hierzu Zick 2025, 21; Minas 2025, 37). Um die Mitte im Rahmen des Monitors in Abgrenzung zu linken und rechten Positionierungen konkret zu erfassen, werden jene Personen der Mitte zugerechnet, die sich auf der Links-rechts-Skala von 0 bis 10 exakt in der Mitte verorten und entsprechend den Wert 5 angeben (siehe Abbildung 3 und Abbildung 4). Als moderat links bzw. moderat rechts gilt, wer sich auf der Skala bei 3 und 4 bzw. 6 und 7

einordnet. 0 bis 2 entspricht einer Linksaußen-Position, 8-10 wird entsprechend als Rechtsaußen verortet.

In der Politik reden die Leute häufig von "links" und "rechts". Wo würden Sie sich selbst auf einer Skala von 0 bis 10 einordnen, wenn 0 links und 10 rechts bedeutet und 5 genau in der Mitte ist? (Angaben in Prozent)

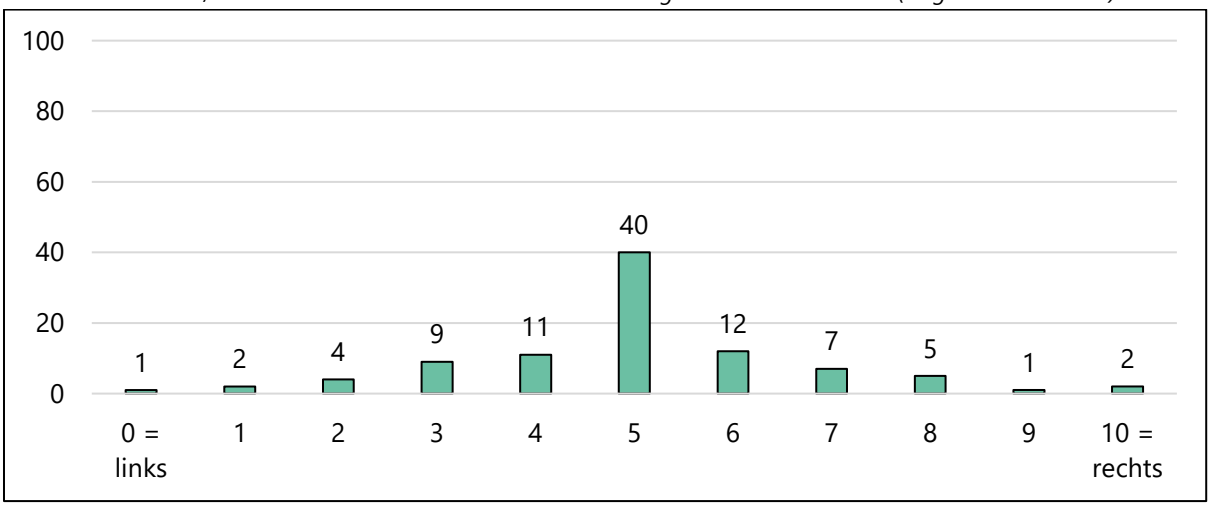


Abbildung 3: Politische Selbstverortung

In der Politik reden die Leute häufig von "links" und "rechts". Wo würden Sie sich selbst auf einer Skala von 0 bis 10 einordnen, wenn 0 links und 10 rechts bedeutet und 5 genau in der Mitte ist? (Angaben in Prozent)

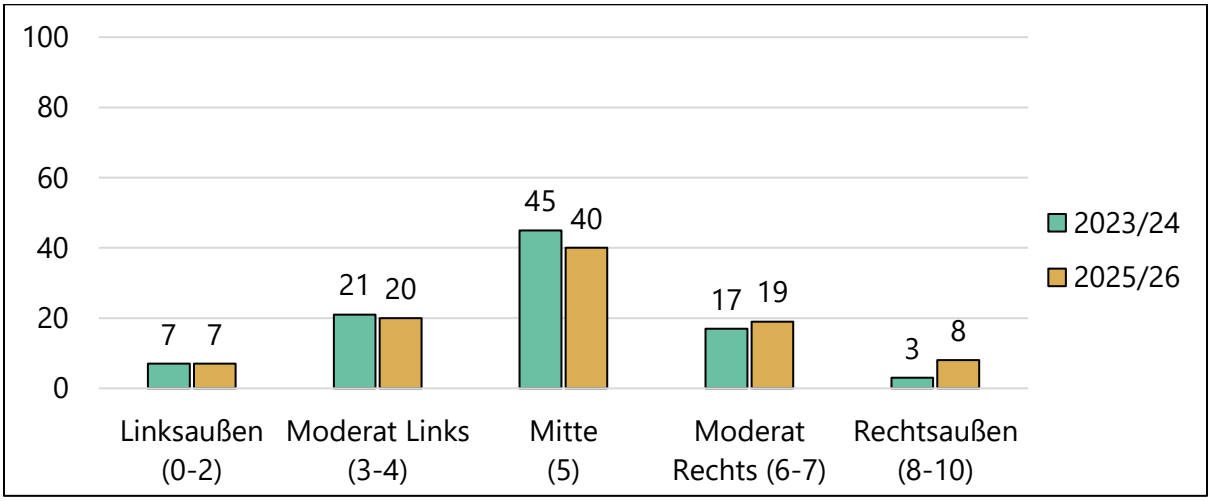


Abbildung 4: Politische Selbstverortung im Vergleich zu 2023/24

In Abbildung 4 zeigen sich links der Mitte keine nennenswerten Verschiebungen. Jedoch schrumpft die Mitte um 5 Prozentpunkte von 45 auf 40 Prozent der Landesbevölkerung, während Rechtsaußen-Positionen um 5 Prozentpunkte von 3 auf 8 Prozent der Bevölkerung anwachsen. Das bedeutet nicht, dass 5 Prozent der Bevölkerung, die sich 2023 noch der Mitte zugehörig fühlten, heute Rechtsaußen-Positionen einnehmen; eine Verschiebung auf der Individualebene ist auf Basis dieser Daten nicht nachzuzeichnen. Dennoch stellt der Anstieg von 3 auf 8 Prozent Personen im Rechtsaußen-Spektrum mehr als eine Verdopplung des Anteils an der Landesbevölkerung binnen zwei Jahren dar. Somit ist mit Blick auf die

Landesbevölkerung ein – in absoluten Zahlen – kleiner, aber aufgrund des relativen Anteils durchaus nennenswerter Rechtsruck zu konstatieren, den es bei der Analyse des weiteren Einstellungsverhaltens weiterhin zu beachten gilt.

In der Politik reden die Leute häufig von "links" und "rechts". Wo würden Sie sich selbst auf einer Skala von 0 bis 10 einordnen, wenn 0 links und 10 rechts bedeutet und 5 genau in der Mitte ist? (Angaben in Prozent)

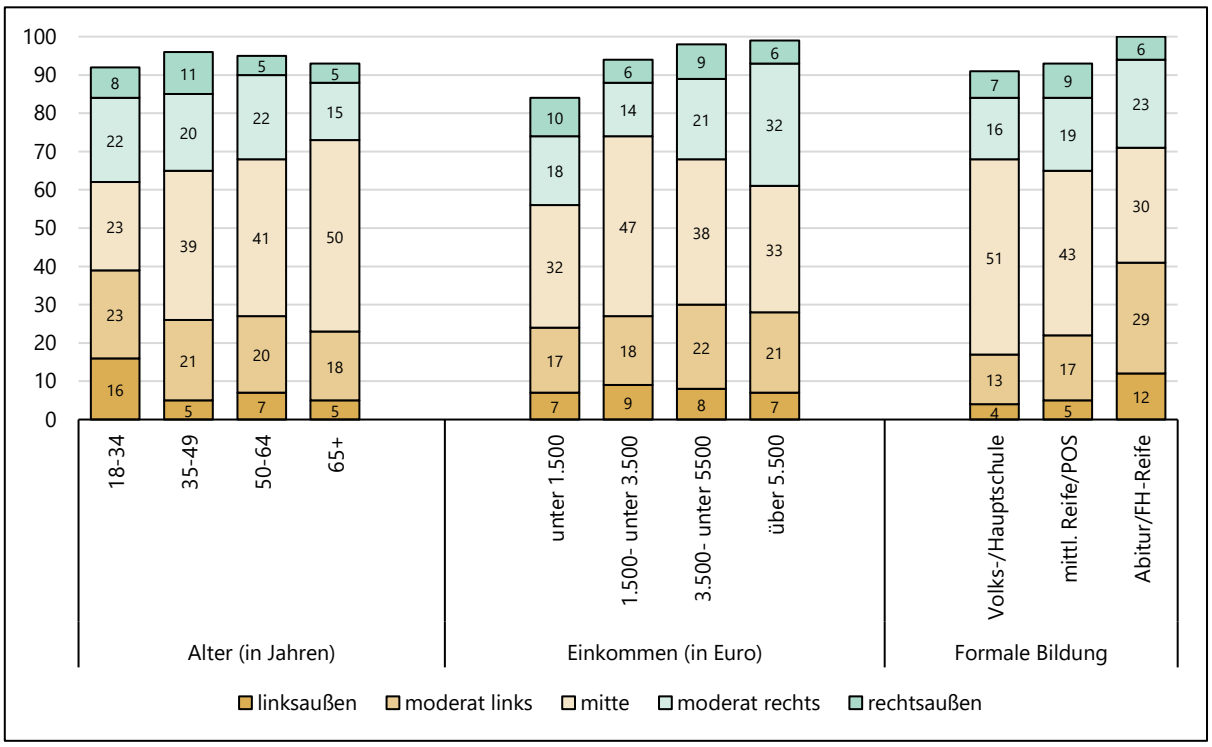


Abbildung 5: Politische Selbstverortung nach Gruppen

Schlüsselt man die politische Selbstverortung nach Subgruppen auf, fallen beachtliche Unterschiede ins Auge: Männer haben einen durchschnittlichen Wert von 5,1 und liegen damit minimal rechts der politischen Mitte. Frauen weisen einen Mittelwert von 4,7 auf und positionieren sich damit signifikant stärker auf der linken Seite des politischen Spektrums. Weiter gilt, je höher die Alterskohorte, desto mehr Menschen verorten sich in der politischen Mitte. Der größte Anteil an Linksaußen-Positionen findet sich in der jüngsten Kohorte, während die meisten Rechtsaußen-Positionen anteilsmäßig in der Alterskohorte der 35- bis 49-Jährigen zu finden sind. Hinsichtlich des Haushaltsnettoeinkommens lässt sich festhalten, dass sowohl Links- als auch Rechtsaußen-Positionen mehr oder weniger konstant in allen Subgruppen zu finden sind. Generell scheinen linke Positionen konstant entlang der Einkommensgrenzen verteilt zu sein, während mittlere und moderat rechte Positionen hier stärkere Verschiebungen aufzeigen. Auffällig in der untersten Einkommenskategorie ist auch die große Anzahl – etwa 16 Prozent – derjenigen, die sich auf dem politischen Spektrum nicht verorten können oder wollen, in der Befragung also mit „weiß nicht“ antworteten oder keine Angabe machten.

Hinsichtlich der Auswirkungen formaler Bildungsunterschiede ist anzumerken, dass vor allem der deutlich höhere Anteil an Linksaußen-Positionen unter denjenigen mit der höchsten formalen Bildung gegeben ist, während sich über die Hälfte aus der niedrigsten formalen Bildungsgruppe politisch in der Mitte verortet.

Sowohl das politische Interesse als auch die Selbstverortung im Links-Rechts-Spektrum zeichnen ein erstes Bild der Einstellungen der Landesbevölkerung und ihres Bezugs zur Politik. Im nächsten Schritt wird darauf aufbauend das konkrete Einstellungsverhalten zum demokratischen Regime und zum demokratischen Regieren näher untersucht.

Demokratie

Die Demokratie lebt nicht nur von ihren Institutionen, Verfahren und Regeln, sondern allem voran von der Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu ihr als Staatsform. In der politischen Kulturforschung gilt dabei die grundlegende Annahme, dass eine Übereinstimmung von politischer Kultur und Struktur wesentlich zur Stabilität politischer Systeme beiträgt (siehe hierzu Almond und Verba 1965). Umgekehrt kann eine mangelnde Übereinstimmung als Nährboden politischer Instabilität verstanden werden.

Vor diesem Hintergrund ist es zentral zu erfassen, ob die Demokratie, zunächst abseits von konkreten politischen Ergebnissen und aktueller Regierungsleistung, als legitime und wünschenswerte Staatsform angesehen wird. Die Bewertung der aktuellen Performanz demokratischen Regierens stellt dabei eine eigenständige, ebenso wichtige Dimension dar, die im weiteren Verlauf gesondert betrachtet wird. An dieser Stelle steht jedoch das grundlegende Bekenntnis zur Demokratie im Fokus – denn auf Dauer kann sie nur bestehen, wenn sie von überzeugten Demokratinnen und Demokraten getragen wird.

Wie Abbildung 6 eindrücklich zeigt, ist dieses Bekenntnis zur Demokratie als bester Staatsform durch 90 Prozent der Bevölkerung eindeutig gegeben. Etwa 7 Prozent der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer bekennen sich nicht ausdrücklich zu ihr. Differenziert man dahingehend nach Subgruppen (Abbildung 7), fällt auf, dass der Anteil an Systemskeptikern bzw. -gegnern unter den 35- bis 49-Jährigen (14 Prozent) und denjenigen mit einem Haushaltsnettoeinkommen bis 1500 Euro (14 Prozent) moderat erhöht ist. Unter den Personen, die sich im politischen Spektrum Rechtsaußen verorten (19 Prozent), steigt der Anteil über den doppelten Wert der Gesamtbevölkerung hinaus.

Die Demokratie ist das politische System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt. (Angaben in Prozent)

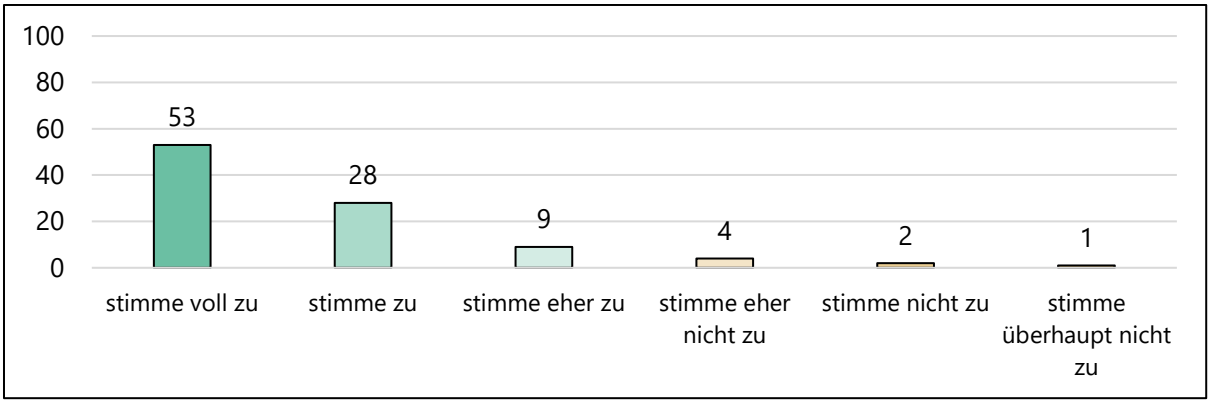


Abbildung 6: Demokratie als beste Staatsform

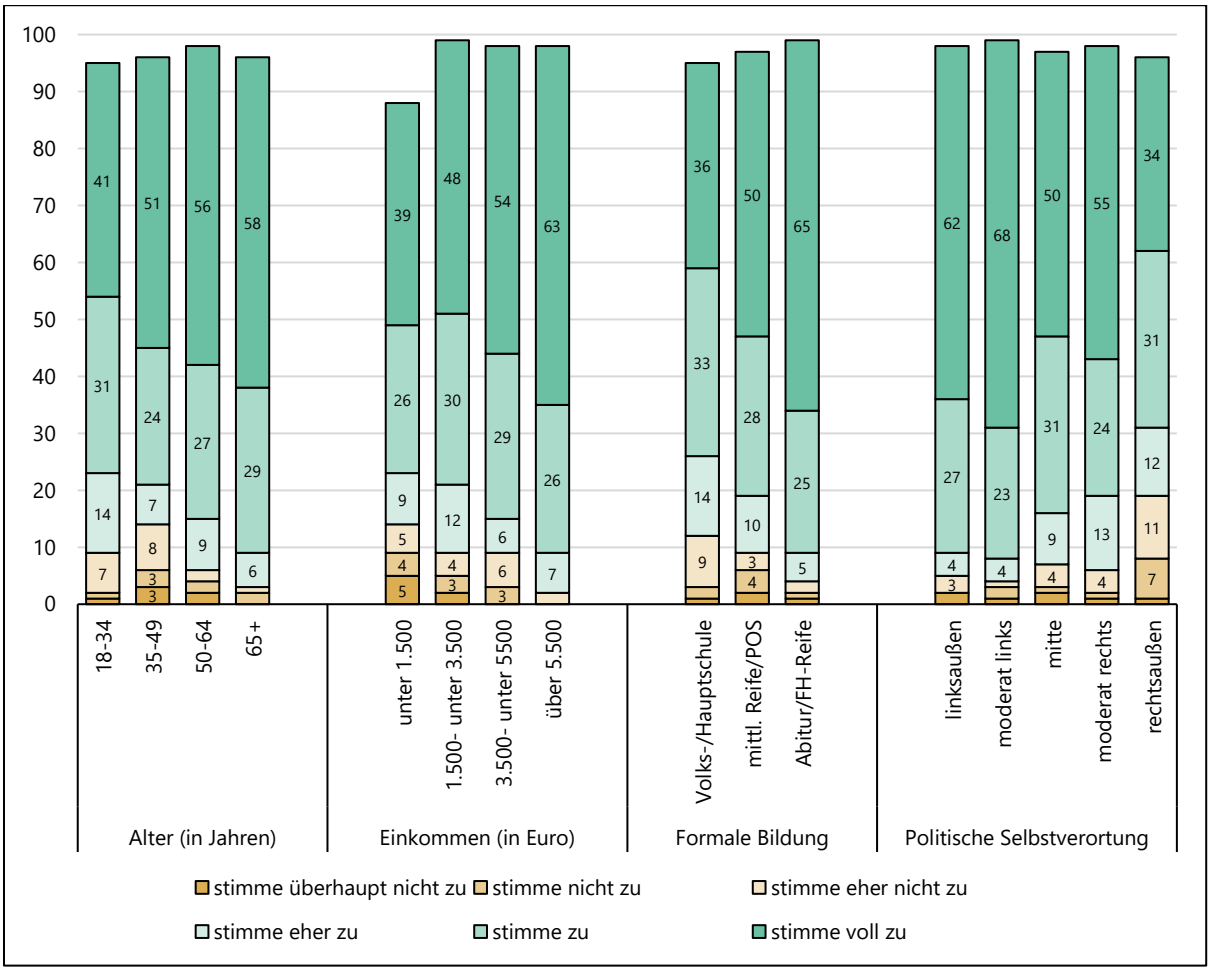


Abbildung 7: Demokratie als beste Staatsform nach Gruppen

Ein sehr ähnliches Bild zeichnet die Frage nach der Diktatur als alternativer Staatsform (Abbildung 8). Hier widerspricht mit 87 Prozent das Gros der Landesbevölkerung der Aussage, dass unter bestimmten Umständen die Diktatur die bessere Staatsform sei. Jedoch muss konstatiert werden, dass dieser Wert zwei Jahre zuvor noch bei 94 Prozent lag, wie im rechten Teil der Abbildung abzulesen ist.

Unter bestimmten Umständen ist die Diktatur die bessere Staatsform. (Angaben in Prozent)

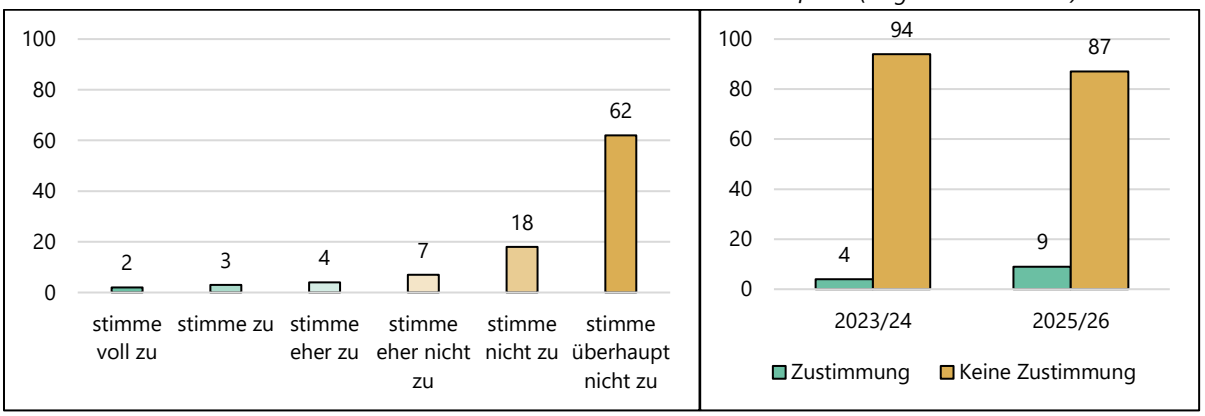


Abbildung 8: Diktatur als bessere Staatsform

Auch hier zeigt die Unterteilung in verschiedene Subgruppen (Abbildung 9), dass insbesondere unter den Personen, die sich im politischen Spektrum Rechtsaußen verorten, der Anteil an Befürwortern der Diktatur enorm erhöht ist. Zudem zeigen Linksaußen-Positionen, die unteren beiden Alterskohorten sowie die unterste Einkommensgruppe eine im Vergleich zur Gesamtbevölkerung leicht erhöhte Zustimmung zur diktatorischen Alternative.

Die aus demokratietheoretischer wie -praktischer Sicht bedenklich erhöhte Zustimmung zur diktatorischen Staatsform als alternatives Modell muss nicht nur in Zukunft dahingehend weiter beobachtet werden, ob sich hier ein demokratiezersetzender Trend entwickelt. Vielmehr muss seitens demokratischer Akteure dem aktiv entgegengewirkt werden, indem die konkreten Nachteile diktatorischer Systeme stärker sichtbar gemacht werden – etwa Repression, fehlende Meinungs- und Pressefreiheit, politische Verfolgung, Überwachung oder die systematische Einschränkung grundlegender Rechte –, sowohl anhand aktueller Beispiele aus anderen Ländern als auch durch die fortwährende Erinnerung an historische Erfahrungen in Deutschland (NS und DDR) (siehe hierzu auch Abschnitt: Erinnerungskultur). Darauf aufbauend gilt es, die Vorteile demokratischer Fundamentalprinzipien stärker zu vermitteln, ihre Funktionslogiken verständlich zu machen und ihre normative Überlegenheit gegenüber autoritären Alternativen immer wieder zu verdeutlichen. Dabei geht es nicht zuletzt darum, Vertrauen in demokratische Verfahren zu stärken und die Bereitschaft zur aktiven Unterstützung der demokratischen Ordnung zu festigen.

In engem Zusammenhang mit dem allgemeinen Verhältnis zur demokratischen Staatsform und ihren Prinzipien steht auch die Bewertung ihrer Performanz. Während das grundsätzliche Bekenntnis zur Demokratie die normative Grundlage bildet, entscheidet sich im politischen Alltag maßgeblich an ihrer wahrgenommenen Leistungsfähigkeit, inwiefern dieses Bekenntnis stabil bleibt oder unter Druck gerät. Diese Dynamik lässt sich mit dem Ansatz von David Easton

(1965) beschreiben: Positive Erfahrungen mit politischen Prozessen und Akteuren können demnach spezifische Zustimmung in ein dauerhaftes, diffuses Vertrauen in das politische System überführen. Ein solcher „Vorrat" an tiefsitzender Unterstützung trägt dazu bei, akute Krisen zu überstehen, ohne dass die Legitimität des Systems grundsätzlich infrage gestellt wird. Umgekehrt kann anhaltende Unzufriedenheit mit politischen Entscheidern, Prozessen und Institutionen dazu führen, dass sich Kritik nicht mehr nur auf diese einzelnen Umstände richtet, sondern allmählich auf das System als Ganzes übergreift. Ist dieser Punkt erreicht, erodiert die Legitimität – und die Stabilität der Demokratie gerät ins Wanken.

Unter bestimmten Umständen ist die Diktatur die bessere Staatsform. (Angaben in Prozent)

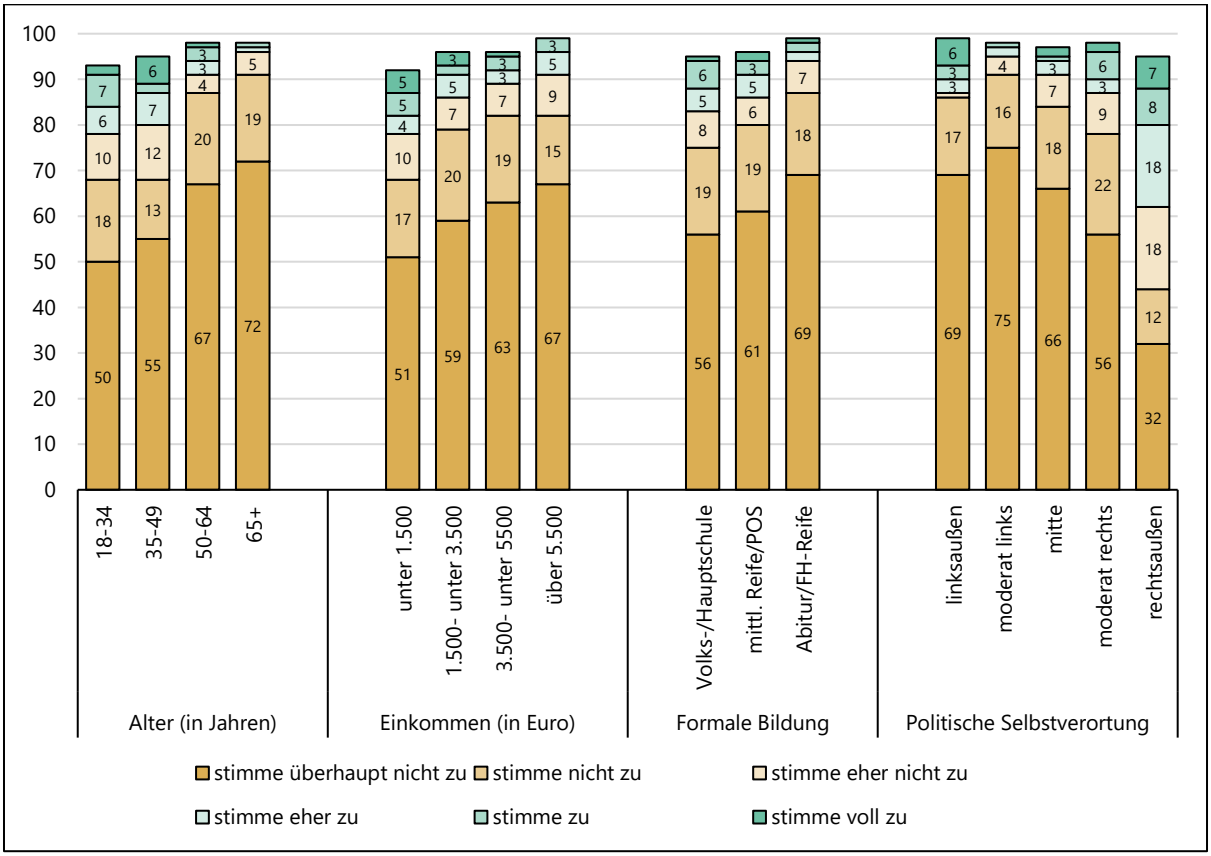


Abbildung 9: Diktatur als bessere Staatsform nach Gruppen

Vor diesem Hintergrund kann im Hinblick auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland (Abbildung 10) konstatiert werden, dass mit zusammengefasst 63 Prozent Zufriedenen gegenüber 35 Prozent Unzufriedenen die Bewertung der aktuellen Performanz deutlich hinter der allgemeinen Zustimmung zur Demokratie als Staatsform zurückbleibt. Diese Werte sind zwar nicht als besonders bedenklich einzustufen, jedoch muss hervorgehoben werden, dass es sich hierbei nicht um die Bewertung der Performanz einzelner Akteure handelt, sondern um die demokratischen Verfahren selbst. Auch hier lässt sich aus den Zahlen ableiten, dass die etablierten Prozesse der Politik kritisch betrachtet und gegebenenfalls

optimiert werden müssen, damit die Zufriedenheit mit der demokratischen Performanz in Zukunft ansteigt.

Ich bin mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden. (Angaben in Prozent)

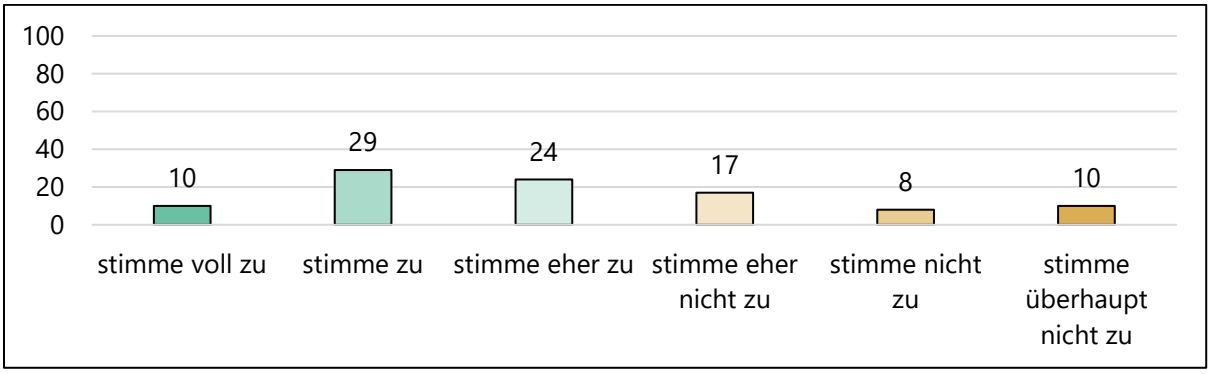


Abbildung 10: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland

Besonders zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie sind gemäß Abbildung 11 eher ältere sowie finanziell besser situierte Personen. Ebenso scheinen Menschen mit moderat linken politischen Positionen (und auch am linken Rand) zufriedener, während die Unzufriedenheit in der Mitte gegenüber Linken bereits höher ist und nach rechts hin deutlich zunimmt. Ebenso drückt die unterste Einkommensgruppe ihre deutliche Unzufriedenheit mit der Performanz des demokratischen Systems aus.

Ich bin mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden. (Angaben in Prozent)

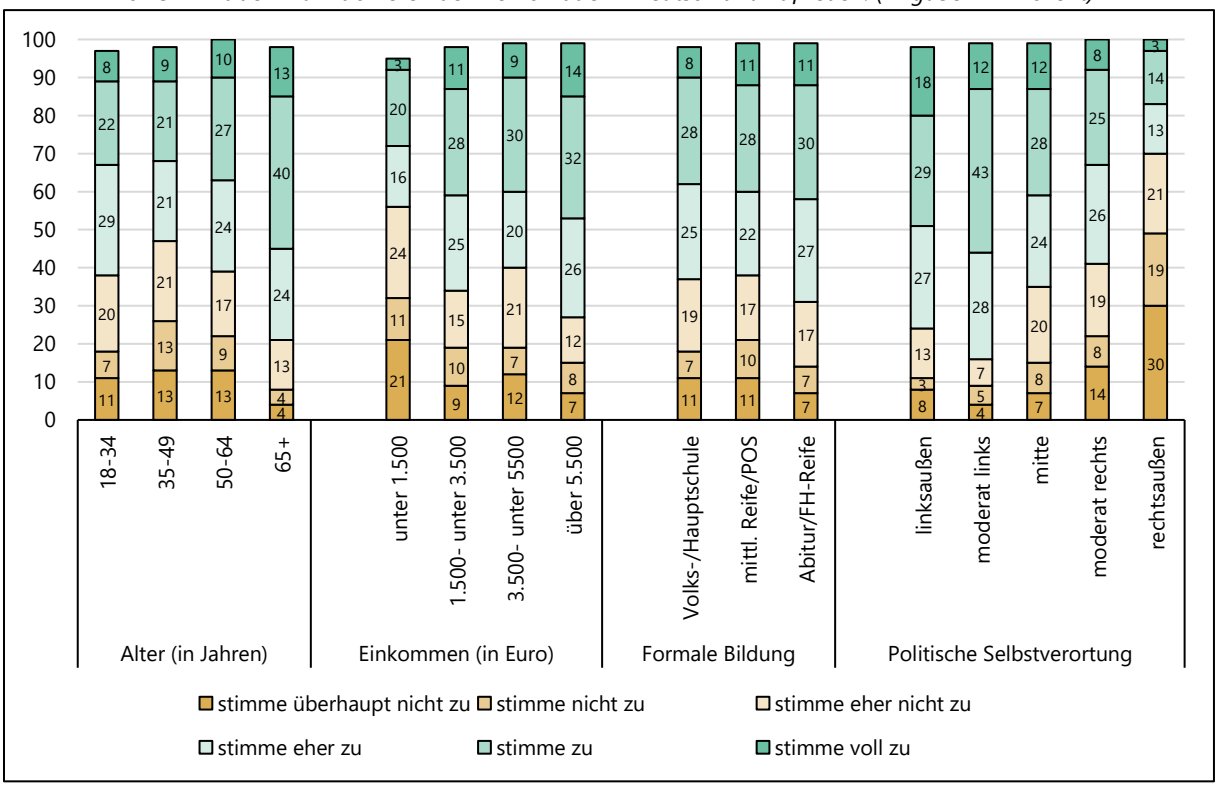


Abbildung 11: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland nach Gruppen

Es scheinen bereits an dieser Stelle bestimmte Muster aufzutreten, die es in den folgenden kleinteiligeren Betrachtungen weiter zu beobachten gilt: Personen am rechten Rand, jüngere Menschen sowie Menschen mit geringerem Einkommen teilen, wenn auch mit teils deutlich unterschiedlich starker Ausprägung, eine Skepsis gegenüber der Demokratie.

Im nächsten Schritt gilt es daher sich auf subtilere Art und Weise dem Einstellungsverhalten gegenüber demokratischen Prinzipien anzunähern. Ein wichtiger Pfeiler der Demokratie stellt dabei die Meinungsfreiheit dar. Dahingehend wurde die Landesbevölkerung befragt, inwiefern sie diese als gegeben ansieht, oder ob befürchtet wird, bei freier Meinungsäußerung Nachteile unbestimmter Art zu erfahren.

In Deutschland kann man seine Meinung frei äußern, ohne Nachteile befürchten zu müssen. (Angaben in Prozent)

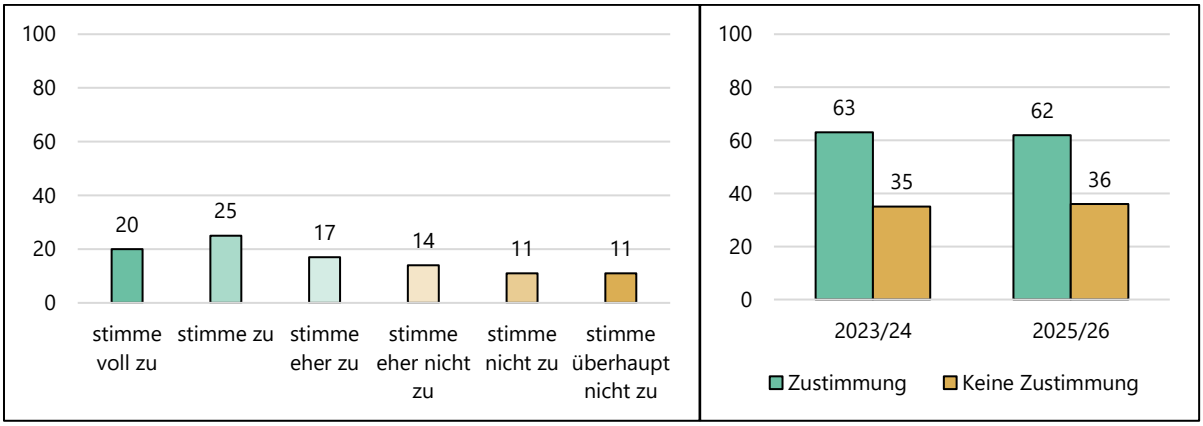


Abbildung 12: Meinungsfreiheit in Deutschland

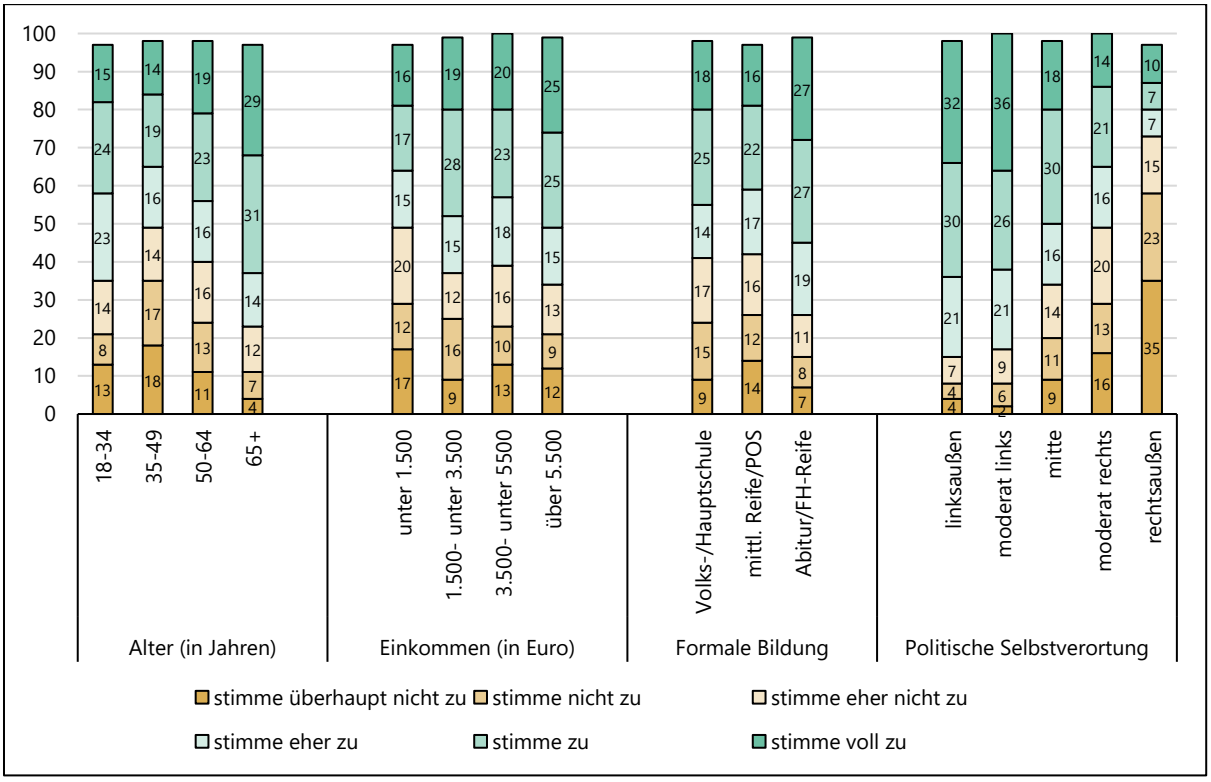


Abbildung 13: Meinungsfreiheit in Deutschland nach Gruppen

Zunächst ist zu konstatieren, dass der Wert wahrgenommener Meinungsfreiheit gegenüber der Befragung aus dem Jahr 2023 konstant geblieben ist. Gleichzeitig befürchten weiterhin über ein Drittel der Landesbevölkerung Nachteile, wenn sie ihre Meinung frei äußern (Abbildung 12). Ob diese Nachteile in Form staatlicher Repressalien, durch gesellschaftliche Ächtung oder auf andere Art wahrgenommen werden, bleibt an dieser Stelle ungeklärt. Diesen Eindruck der Nachteilserfahrung teilen deutlich vermehrt Personen mit rechten politischen Einstellungen (Rechtsaußen: 73 Prozent; Moderat Rechts: 49 Prozent), während diese Problematik im linken Teil des Spektrums kaum wahrgenommen wird. Auch Personen mittleren Alters sowie mit geringerer und mittlerer formaler Bildung und jene mit geringem Einkommen äußern hinsichtlich bestehender Meinungsfreiheit vermehrt Zweifel.

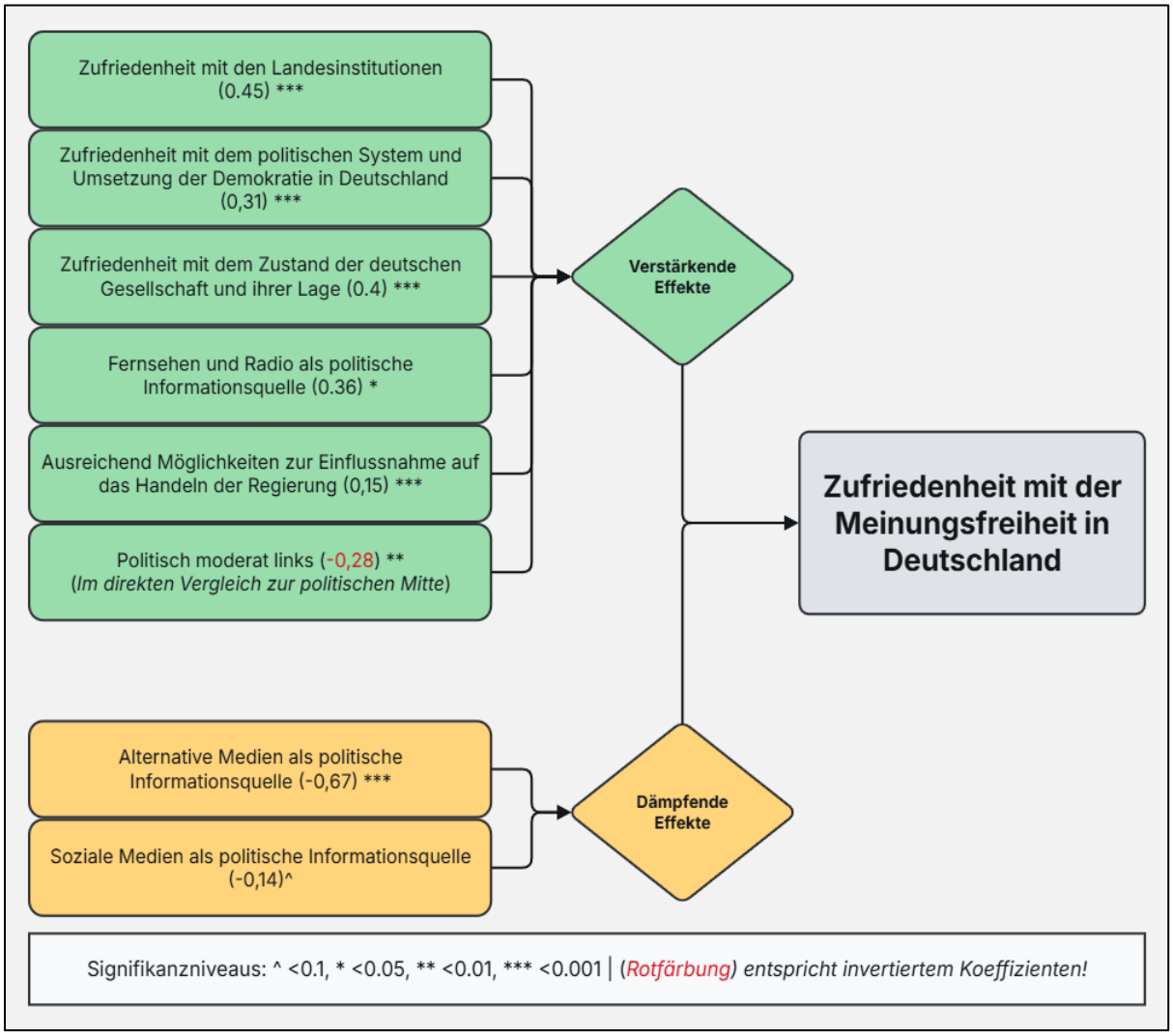


Abbildung 14: Regressionsmodell Meinungsfreiheit

Zur Untersuchung der Zufriedenheit mit der Meinungsfreiheit in Deutschland wurde ein multiples lineares Regressionsmodell berechnet. Das Modell ist statistisch signifikant und kann rund 47 Prozent der Unterschiede im Antwortverhalten erklären (korrigiertes R^2 = 0,466).

Wie die Abbildung 14 verdeutlicht, hängt die Wahrnehmung der Meinungsfreiheit insbesondere mit der allgemeinen Zufriedenheit mit Politik und Gesellschaft zusammen. Personen, die mit den Landesinstitutionen, dem Funktionieren der Demokratie und der gesellschaftlichen Lage zufriedener sind, bewerten auch den Zustand der Meinungsfreiheit deutlich positiver. Ein schwächerer, aber ebenfalls erkennbarer Zusammenhang besteht mit dem Gefühl, ausreichend Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen zu können. Zudem zeigen Personen, die sich politisch links verorten, eine tendenziell positivere Einschätzung der Meinungsfreiheit als die entsprechende Referenzgruppe (politische Mitte).

Auffällig sind darüber hinaus die Unterschiede im politischen Informationsverhalten. Während die Nutzung von Fernsehen und Radio mit einer positiveren Wahrnehmung der Meinungsfreiheit einhergeht, zeigt sich bei Nutzerinnen und Nutzern alternativer Medien ein besonders ausgeprägter gegenteiliger Zusammenhang. Auch die Nutzung sozialer Medien deutet in eine ähnliche Richtung, wenngleich dieser Zusammenhang statistisch nicht eindeutig abgesichert werden kann. Angesichts möglicher Einflüsse durch Stichprobenschwankungen und Abweichungen von einzelnen Modellannahmen sollte dieser Befund entsprechend vorsichtig interpretiert, jedoch nicht grundsätzlich verworfen werden.

Insgesamt verdeutlicht die Abbildung, dass die Einschätzung der Meinungsfreiheit weniger isoliert betrachtet werden kann, sondern insbesondere mit dem allgemeinen Vertrauen in politische Institutionen, der gesellschaftlichen Zufriedenheit und dem individuellen politischen Informationsverhalten verknüpft ist.

Als weiteres zentrales Prinzip von Demokratien gilt der Meinungspluralismus. Dem entgegen stünde ein Einparteiensystem als Ausdruck eines autoritären Regimes. Danach gefragt, stimmt fast die Hälfte der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer der folgenden Aussage, dargestellt in Abbildung 15, zu: Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die den Willen des Volkes insgesamt verkörpert. Noch stärker ausgeprägt ist diese Einstellung insbesondere unter jenen, die sich am rechten Rand des politischen Spektrums verorten (Abbildung 16), was unter anderem auch darauf zurückzuführen ist, dass in der Aussage nicht nur der Wunsch nach einer einzigen starken Partei geäußert wird, sondern darüber hinaus auch unterstellt wird, es gäbe einen einheitlichen Volkswillen, was wiederum dem pluralistischen Prinzip zuwiderläuft. Ebenso stimmen der Aussage vermehrt niedriger formal Gebildete, Menschen mit niedrigem Einkommen sowie jüngere Kohorten zu. Männer weisen zudem gegenüber Frauen ein leicht zugespitzteres Antwortverhalten auf: 23 Prozent der Männer

stimmen voll zu, 20 Prozent stimmen überhaupt nicht zu. Bei den Frauen liegen die Werte dieser beiden Antworten hingegen bei entsprechend 19 Prozent und 15 Prozent, stattdessen werden häufiger moderate Antworten gegeben.

Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die den Willen des Volkes insgesamt verkörpert.
(Angaben in Prozent)

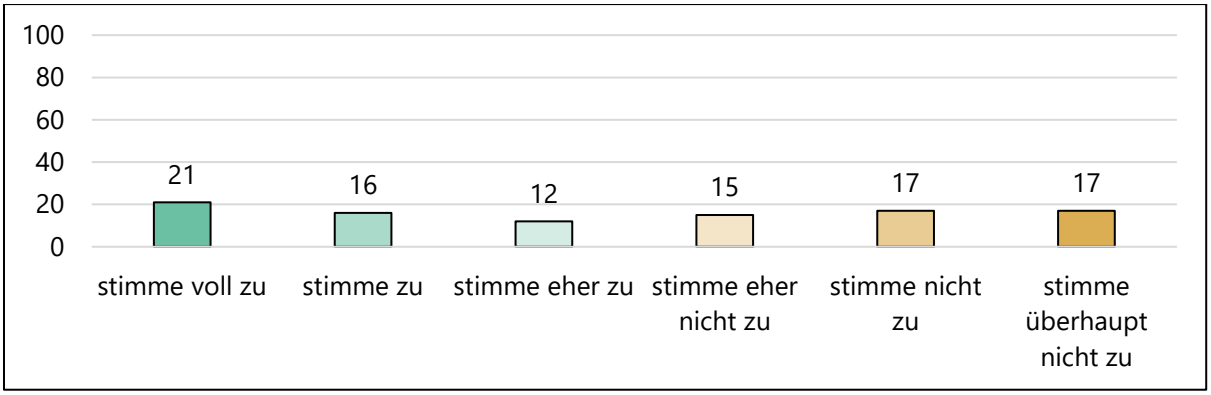


Abbildung 15: Autoritarismus I: Einparteiensystem

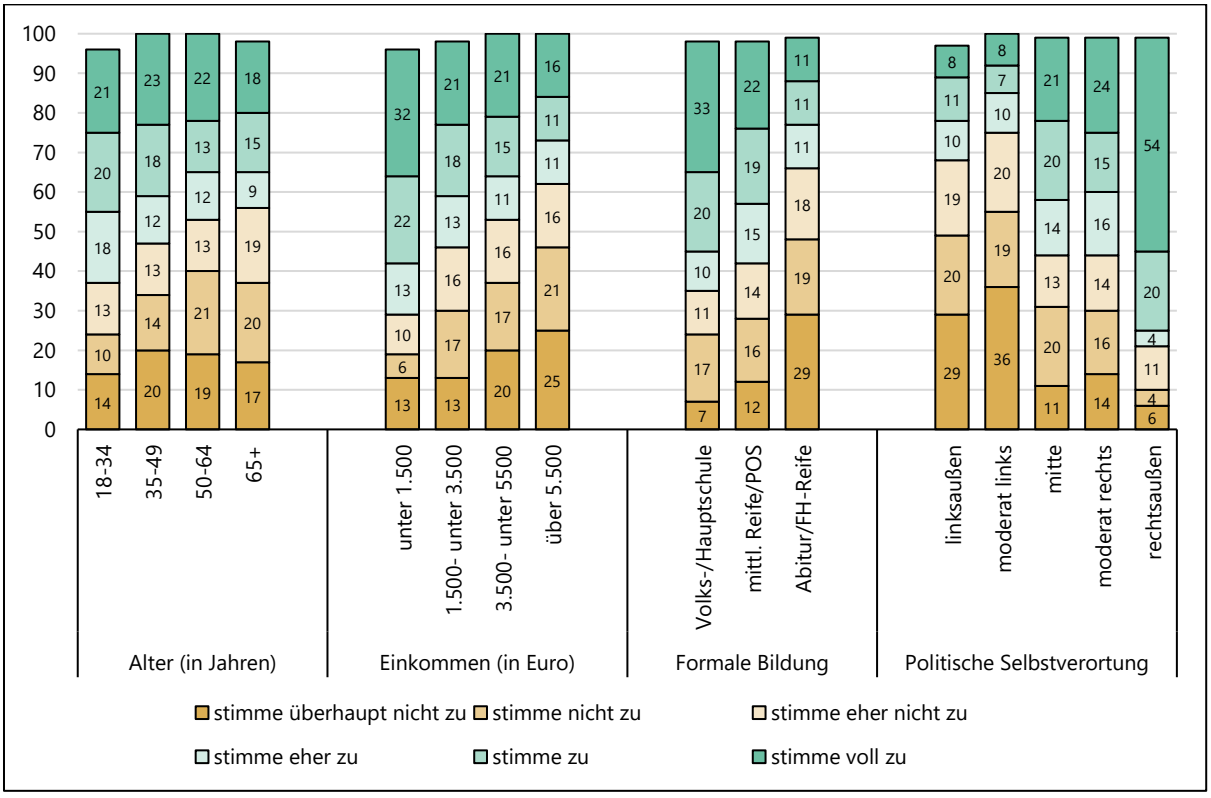


Abbildung 16: Autoritarismus I: Einparteiensystem nach Gruppen

Weniger stark ausgeprägt ist hingegen der Wunsch, politische Entscheidungen sollten von einer starken Führungspersönlichkeit getroffen werden, die keine Rücksicht auf das Parlament nehmen muss. Hier liegt der autoritäre Gedanke im Führerprinzip und der Aushebelung des Parlamentarismus. Dennoch ist auch etwa ein Fünftel der Landesbevölkerung dieser Idee gegenüber zugeneigt (Abbildung 17). Auch hier findet der Gedanke insbesondere am rechten

Rand, aber auch unter jüngeren Menschen, formal niedriger Gebildeten sowie Personen mit geringem Einkommen vermehrt Zustimmung (Abbildung 18).

Politische Entscheidungen sollten von einer starken Führungspersönlichkeit getroffen werden, die keine Rücksicht auf das Parlament nehmen muss. (Angaben in Prozent)

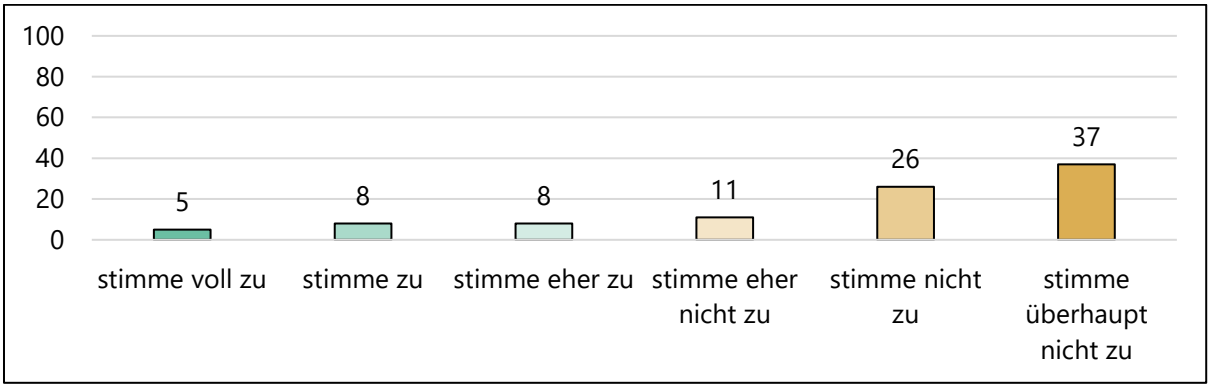


Abbildung 17: Autoritarismus II: Führerprinzip

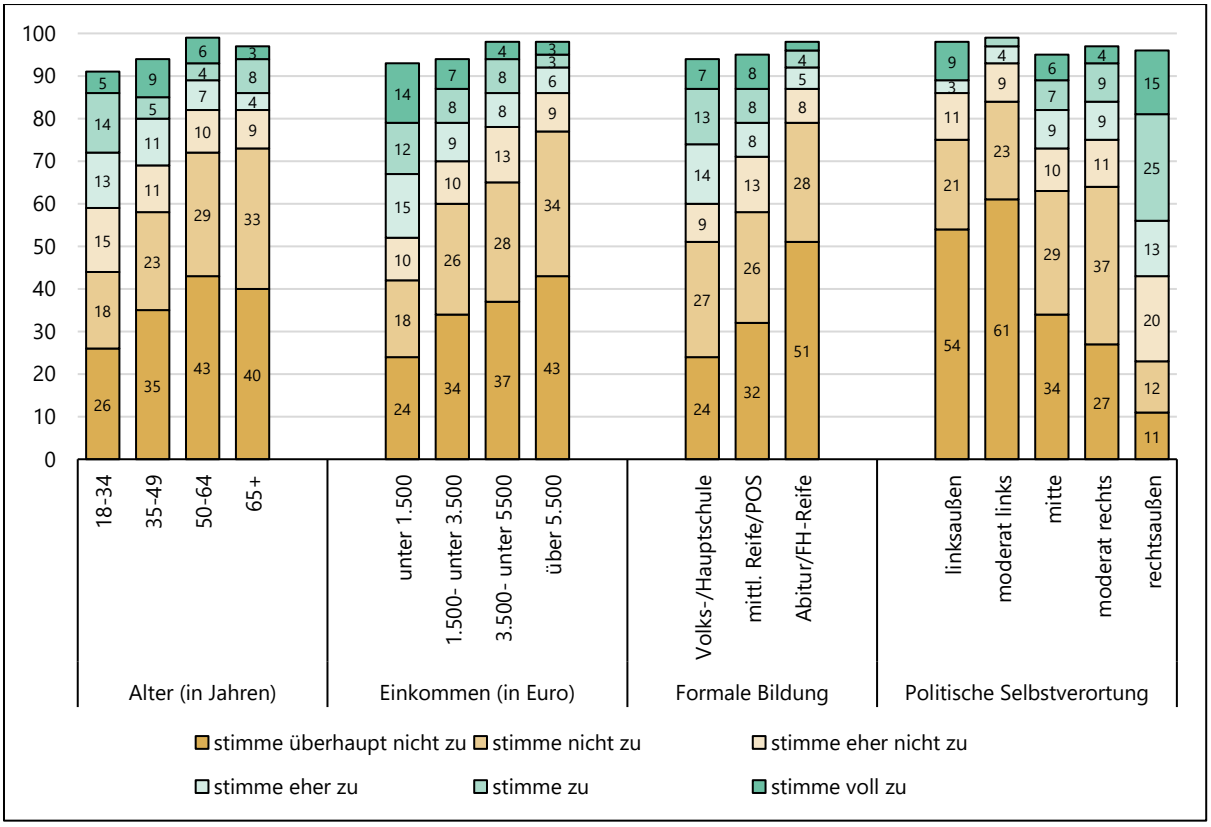


Abbildung 18: Autoritarismus II: Führerprinzip nach Gruppen

Beide hier dargelegten Formen des Autoritären – das Idealbild einer starken Einheitspartei und das den Parlamentarismus aushebelnde Führerprinzip – erfreuen sich aus der Perspektive einer demokratisch organisierten Gesellschaft bedenklich hoher Zustimmungswerte. Dieser Befund gilt mit Blick auf die gesamte Bevölkerung, darüber hinaus in besonderer Weise für den rechten Rand des politischen Spektrums.

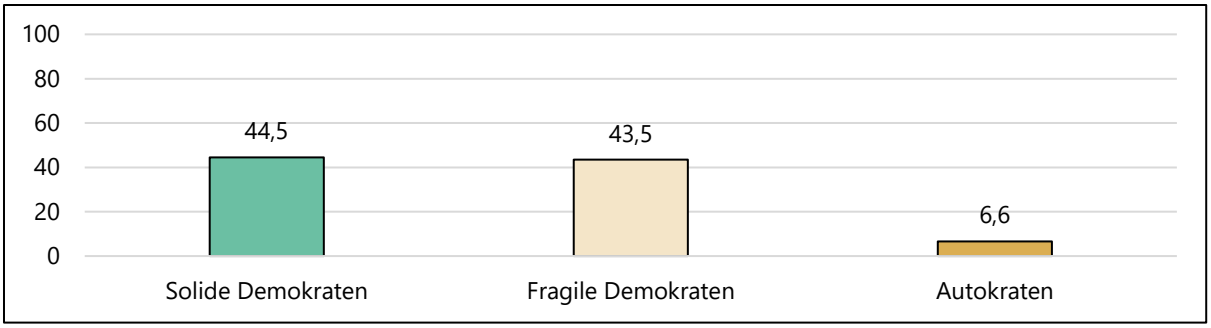


Abbildung 19: Demokraten-Typen

Zur Untersuchung des Verhältnisses zur Demokratie wurden die Befragten anhand ihrer Einstellungen zu demokratischen und nicht-demokratischen Herrschaftsformen drei Demokraten-Typen zugeordnet. Grundlage hierfür sind Fragen zur Demokratie als bester Staatsform, zur Akzeptanz einer Diktatur als möglicher Alternative sowie zur Zustimmung zu einem Einparteiensystem und zum Führerprinzip. Unterschieden werden drei Typen. Voraussetzung für eine Einordnung ist zunächst eine Antwort auf die Frage nach der Demokratie als beste Staatsform. Liegt hierzu keine verwertbare Antwort vor, erfolgt keine Zuordnung zu einem Demokratietyp.

- Als solide Demokraten werden Befragte klassifiziert, die die Demokratie befürworten und zugleich alle abgefragten autoritären Prinzipien ablehnen. (Alle 4 Antworten gültig)
- Als fragile Demokraten gelten Personen, die sich grundsätzlich zur Demokratie bekennen, gleichzeitig jedoch mindestens einmal Offenheit gegenüber autoritären Ordnungsvorstellungen zeigen.
- Als Autokraten werden schließlich Befragte eingeordnet, die die Demokratie nicht als beste Staatsform ansehen und zugleich Zustimmung zu mindestens einem autoritären Prinzip äußern.

Die Ergebnisse (Abbildung 19) zeigen zunächst, dass demokratische Einstellungen in der Bevölkerung insgesamt weiterhin dominieren. Mit 44,5 Prozent bildet die Gruppe der stabilen Demokraten die größte Einzelgruppe. Fast ebenso groß ist jedoch mit 43,5 Prozent der Anteil fragiler Demokraten. Ein erheblicher Teil der Befragten verbindet damit demokratische Grundüberzeugungen mit einer gleichzeitigen Offenheit gegenüber autoritären Ordnungsvorstellungen. Die Gruppe der Antidemokraten bzw. Autokraten fällt mit 6,6 Prozent deutlich kleiner aus, ist angesichts der klaren Ablehnung demokratischer Prinzipien jedoch politisch dennoch relevant.

Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass demokratische Unterstützung in der Bevölkerung häufig weniger eindeutig und konsolidiert ausfällt, als es die grundsätzliche

Zustimmung zur Demokratie zunächst vermuten lässt. Insbesondere der hohe Anteil fragiler Demokraten verweist darauf, dass demokratische Orientierungen vielfach mit autoritären Sehnsüchten oder einem Wunsch nach stärkerer politischer Führung koexistieren.

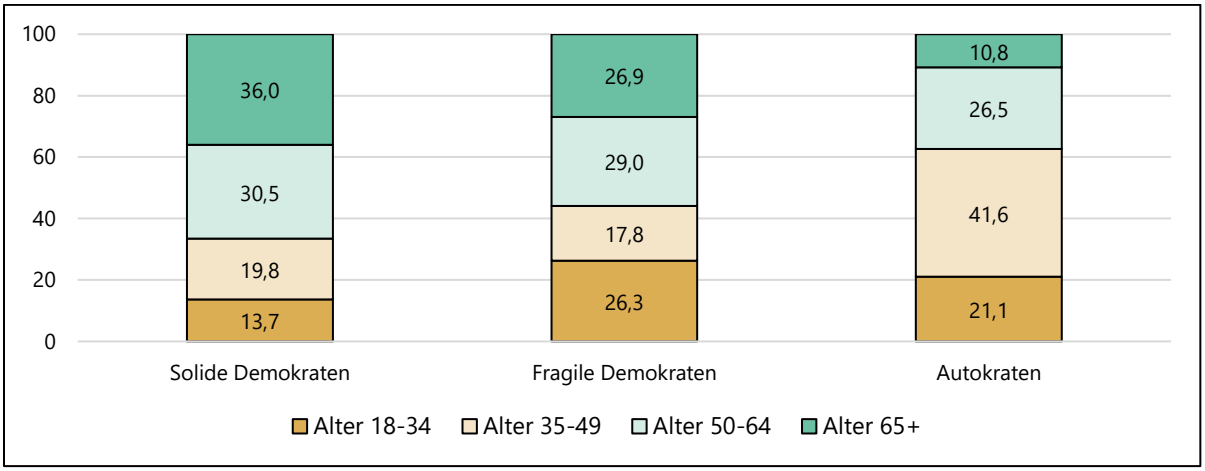


Abbildung 20: Demokraten-Typen nach Alter

Schaut man sich die Demokraten-Typen nach soziodemografischen Faktoren an, zeigen sich bei der Geschlechterverteilung kaum Unterschiede. Deutlichere Verschiebungen sind hingegen entlang des formalen Bildungsgrads und des Haushaltsnettoeinkommens erkennbar: Mit abnehmender demokratischer Orientierung steigt der Anteil niedriger und mittlerer Bildungsabschlüsse, während höhere Bildungsabschlüsse seltener werden; zugleich sind niedrigere Einkommen bei fragilen Demokraten und Autokraten häufiger vertreten. Besonders deutlich sind die Unterschiede beim Alter (Abbildung 20): Die Soliden Demokraten sind tendenziell älter und weisen einen vergleichsweise geringeren Anteil jüngerer Personen auf. Bei den Fragilen Demokraten ist die Altersstruktur ausgeglichener, während unter Autokraten insbesondere jüngere und mittlere Altersgruppen stärker vertreten sind und ältere Personen deutlich seltener vorkommen. Alles in allem ist die Demokratieverankerung in der jüngeren Generation geringer ausgeprägt als in älteren Kohorten. Ob es sich dabei um einen Kohorteneffekt handelt, der sich langfristig in älteren Generationen zeigen wird, oder ob diese Skepsis altersbedingt gerade junge Menschen betrifft, wird sich im zukünftigen Monitoring zeigen.

Analysiert man das Wahlverhalten der drei Typen (Abbildung 21) zur letzten Bundestagswahl (2025), zeigen sich interessante Muster. Die drei Blöcke ergeben jeweils 100 Prozent, sodass sie jeweils eine interne Verteilung darstellen; nicht dargestellt ist hier die Zuteilung der jeweiligen Wählerinnen und Wähler auf die drei Typen! Während die soliden Demokraten ihre Wahl primär auf die Parteien der Mitte und links davon konzentrieren, weisen

die fragilen Demokraten eindeutig ein gespiegeltes Bild, also ebenso im mittleren politischen Segment als auch rechts davon auf. Eindeutig tendiert der Autokraten-Typ zur Wahl der AfD und zur Nicht-Wahl. Während das Muster eindeutig ist, sollte der absolute Wert nicht überinterpretiert werden: der blaue Balken stellt etwa 60 Prozent von 6,6 Prozent, also knapp 4 Prozent der Gesamtbevölkerung dar. Hingegen machen die 26,9 Prozent AfD-Wähler und -Wählerinnen innerhalb der fragilen Demokraten (insgesamt 43,5 Prozent), fast 12 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Der größte Anteil an AfD-Wähler und -Wählerinnen ist demnach unter den fragilen Demokraten, nicht den Autokraten und nicht den soliden Demokraten zu finden (entsprechend lassen sich die Werte für die anderen Parteien berechnen).

Insgesamt scheint es daher, dass demokratische Prinzipien insbesondere rechts der Mitte kritisch hinterfragt werden – ein Muster, dass sich auch durch weitere Analysen im Rheinland-Pfalz-Monitor zeigen lässt (siehe Kapitel: Cluster: Muster im Einstellungsverhalten). Der Befund ist durchaus zu problematisieren. Dabei sollte es jedoch nicht bei einer bloßen Anprangerung der beobachteten Einstellungen oder ihrer gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bleiben. Entscheidend ist vielmehr, die Ursachen dieser Entwicklung genauer zu untersuchen und daraus Strategien abzuleiten, mit denen demokratische Akteure die Demokratie stärken und ihre Attraktivität sowie Überzeugungskraft erhöhen können. Ziel sollte es sein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass mehr Menschen dauerhaft gefestigte demokratische Einstellungen entwickeln und sich der Anteil solider Demokraten entsprechend vergrößert.

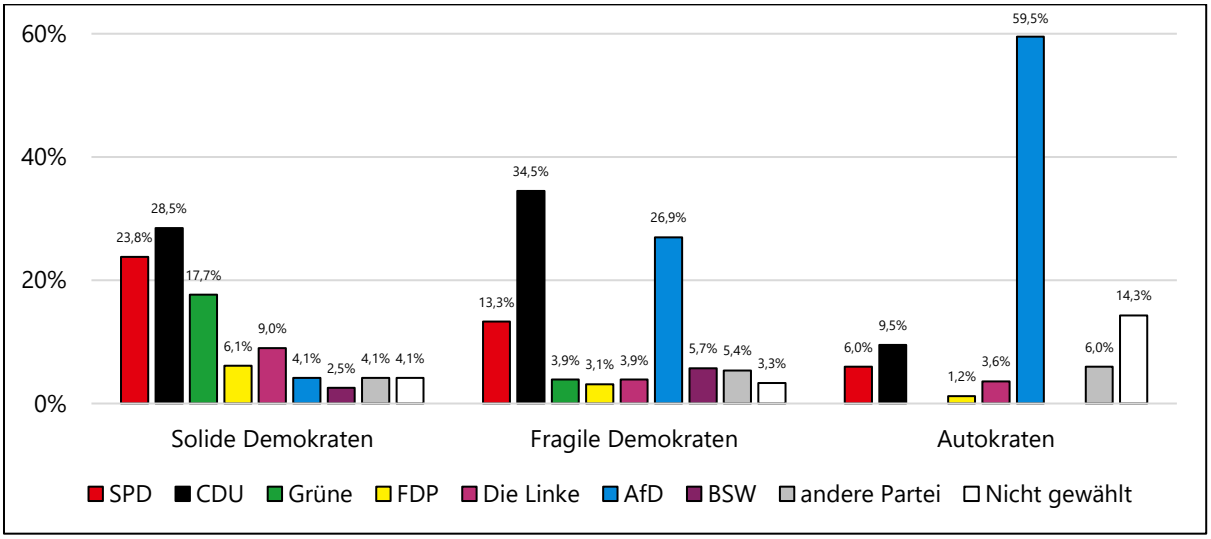


Abbildung 21: Wahlverhalten der Demokraten-Typen

Der Wunsch nach Veränderungen bzw. vielmehr Verbesserungen im Staat sind legitime Forderungen eines demokratischen Gemeinwesens. Substanziell und damit kritisch für ein bestehendes demokratisches Regime wird es jedoch, wenn der Eindruck in der Bevölkerung

entsteht, dass Reformen für Verbesserungen nicht mehr ausreichen, sondern ein revolutionärer Umbau dazu als notwendig erachtet wird. Wie solche Verbesserungen konkret aussehen, wird an dieser Stelle in der Befragung nicht weiter vertieft. Vielmehr zielt die Messung dieses Einstellungsverhaltes darauf ab, die Schwere der für nötig befundenen Veränderungen zu ergründen. Der revolutionäre Charakter, in Abgrenzung zur ‚Reform', verdeutlicht dabei nicht nur die immense Kritik an den bestehenden Verhältnissen. Gleichzeitig ist der Revolution der Gedanke inhärent, das System schafft aus sich heraus nicht die Möglichkeiten für die notwendigen Verbesserungen, sondern muss in seiner Gänze umgekrempelt werden, was wiederum verfassungsrechtlichen Prinzipien zuwiderläuft.

In Deutschland reichen Reformen für Verbesserungen nicht mehr aus, gebraucht wird ein revolutionärer Umbau. (Angaben in Prozent)

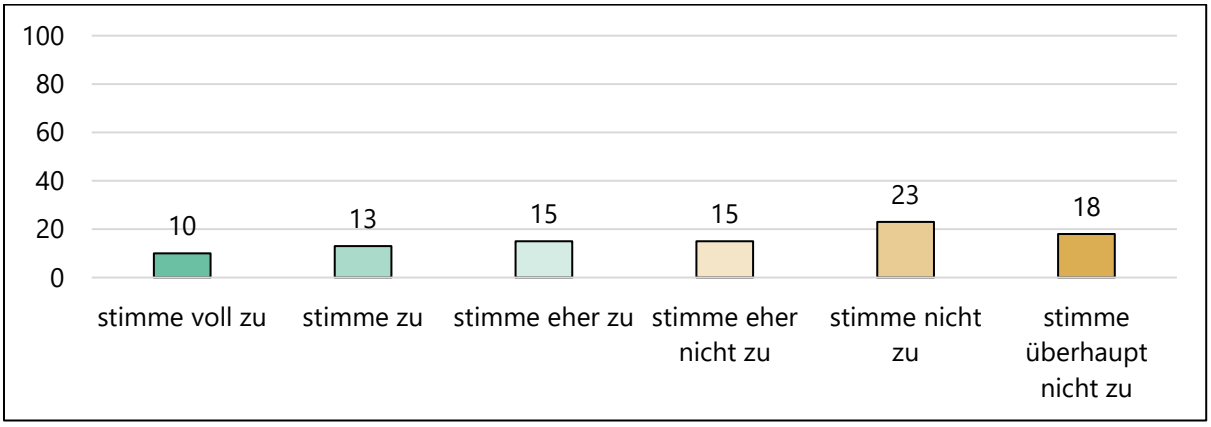


Abbildung 22: Revolutionäres Ressentiment

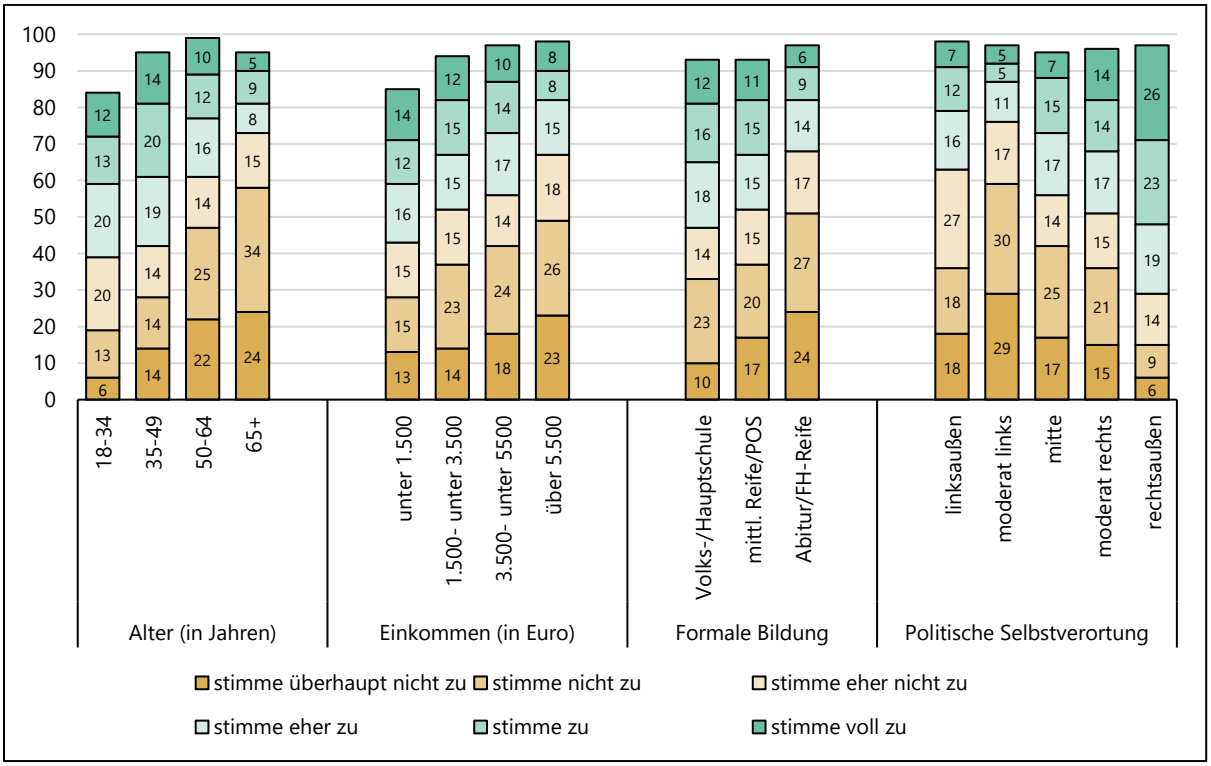


Abbildung 23: Revolutionäres Ressentiment nach Gruppen

Ebenjenen Eindruck, es bedürfe eines revolutionären Staatsumbaus, äußern in der Umfrage zusammengefasst 38 Prozent (Abbildung 22). Auch hier setzen sich vor allem jene am rechten Rand von den Übrigen ab (Abbildung 23). Differenziert nach Altersgruppen erscheint vor allem die älteste Kohorte davon überzeugt, das System schaffe notwendige Reformen ohne eine revolutionäre Neuordnung. In der jüngsten Kohorte fällt hingegen auf, dass über 15 Prozent hierzu keine Angabe machen können oder wollen.

Ein zentraler Aspekt der Demokratie ist das Spannungsverhältnis zwischen Output- und Input-Orientierung. Demokratie lebt grundlegend davon, dass politische Ergebnisse nicht von vornherein feststehen, sondern sich erst im Verlauf offener, pluraler Verfahren herausbilden. Diese Verfahren sind wesentlich durch Beteiligung, Mitbestimmung und den Einbezug unterschiedlicher Interessen geprägt. Eine starke Output-Orientierung, die gute Ergebnisse sowohl im Sinne des Gemeinwohls als auch in Bezug auf den Einzelnen über Verfahren stellt, kann daher in Spannung zu diesem demokratischen Grundprinzip geraten, wenn sie die Bedeutung von Mitbestimmungsrechten relativiert.

17 Prozent der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer weisen eine (eher) ausgeprägte Output-Orientierung hinsichtlich ihres Demokratieverständnisses auf. Die große Mehrheit möchte im politischen Entscheidungsprozess, ungeachtet der Ergebnisse, beteiligt werden (Abbildung 24).

Wenn die Politik für gesicherte Lebensverhältnisse sorgt, könnte ich auf Teile meiner demokratischen Mitbestimmungsrechte verzichten. (Angaben in Prozent)

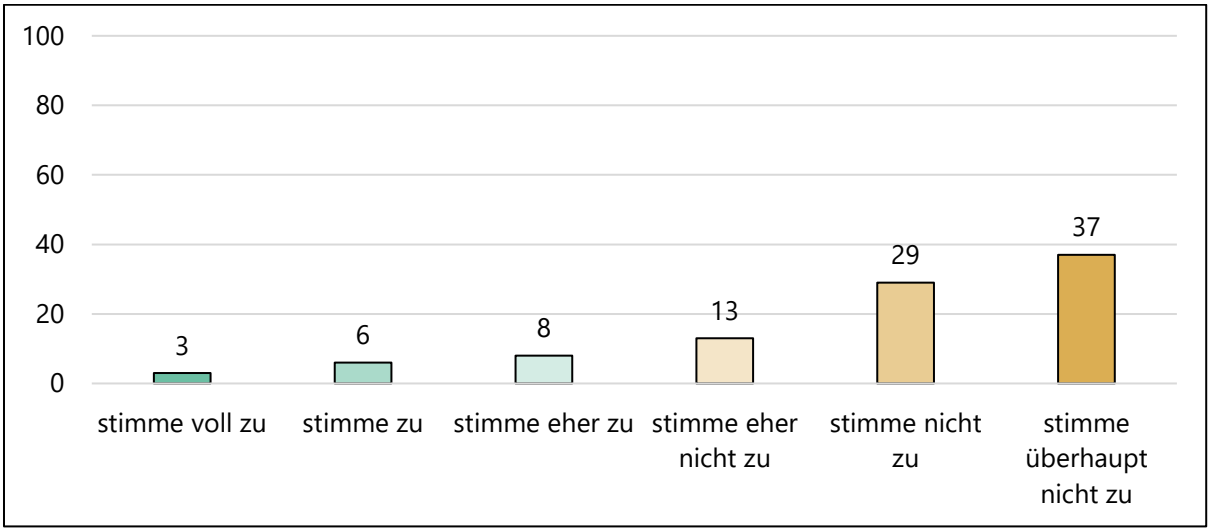


Abbildung 24: Output- vs. Input-Orientierung

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung des Landes verfängt der Gedanke der Output-Orientierung vor allem am rechten politischen Rand, bei niedriger formal Gebildeten und in der jüngsten Kohorte.

Wenn die Politik für gesicherte Lebensverhältnisse sorgt, könnte ich auf Teile meiner demokratischen Mitbestimmungsrechte verzichten. (Angaben in Prozent)

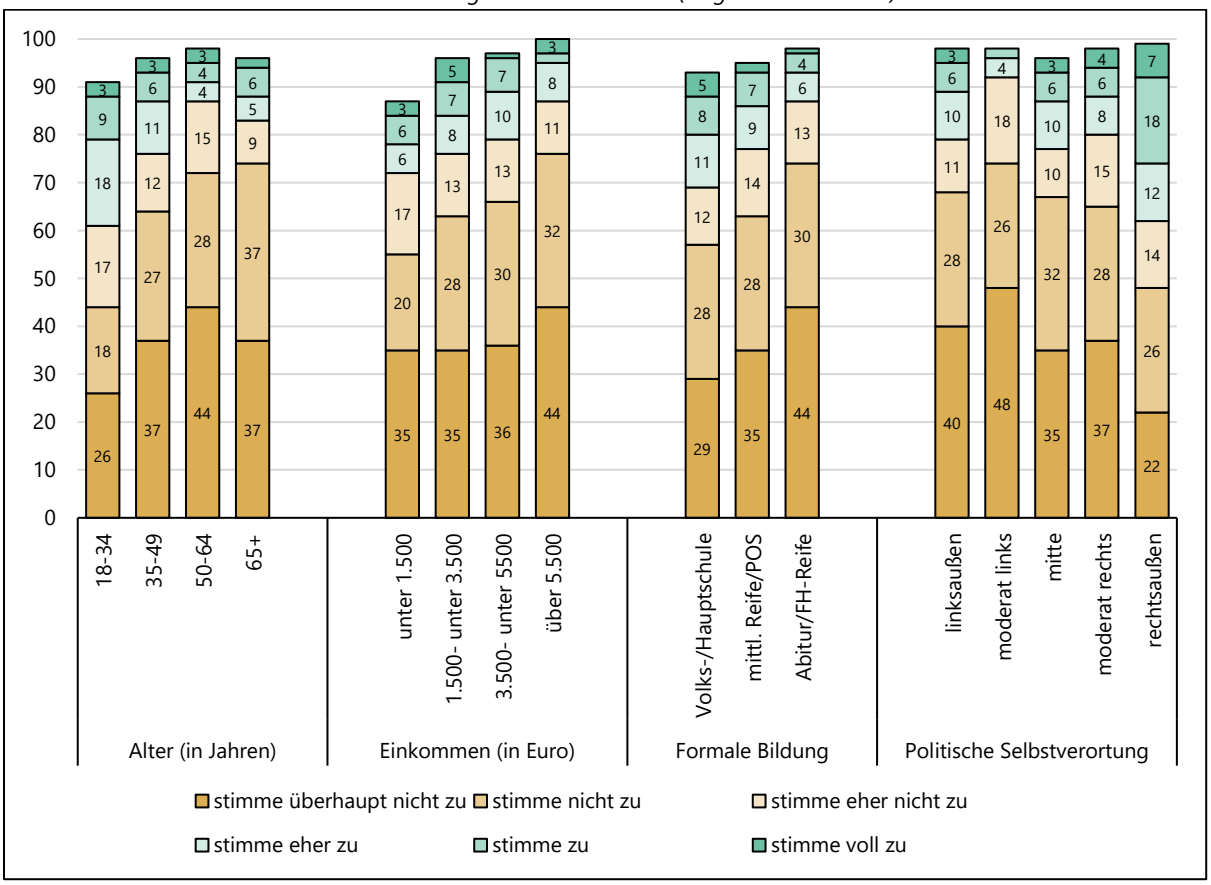


Abbildung 25: Output- vs. Input-Orientierung nach Gruppen

Politische Narrative

Nachdem bislang primär normative Einstellungen zur Demokratie im Mittelpunkt standen, rückt nun eine weitere Dimension politischer Kultur in den Fokus: die Wahrnehmung von Politik und Staat. Denn wie Bürgerinnen und Bürger politische Realität deuten und einordnen, prägt maßgeblich, wie sie sich zur Demokratie verhalten und welche Erwartungen sie an sie richten.

Im Zentrum stehen dabei politische Narrative, die als Deutungsmuster fungieren und Orientierung bieten – etwa Vorstellungen vom Staat als repressiver Akteur, populistische Gegenüberstellungen von „Volk" und einer davon abgekoppelten und entfremdeten „Elite", Verschwörungsnarrative oder Elemente der Reichsbürgermentalität. Solche Narrative können das Vertrauen in demokratische Institutionen bisweilen stark beeinflussen, politische Einstellungen verstärken oder verschieben und im Extremfall die Legitimität der demokratischen Ordnung untergraben. Ihre Analyse ermöglicht es daher, Einstellungsverhalten nicht nur zu beschreiben, sondern auch besser zu verstehen.

Ein zentrales Narrativ in diesem Zusammenhang ist die Vorstellung, der Staat fungiere als Instrument zur Unterdrückung der Bevölkerung. Die Untersuchung solcher Wahrnehmungen ist deshalb besonders relevant, weil sie grundlegendes Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen und demokratischen Verfahren zum Ausdruck bringen. Wird der Staat nicht als legitimer Ordnungsrahmen, sondern als repressiver Akteur wahrgenommen, kann dies die Bereitschaft zur politischen Mitwirkung verringern und die Akzeptanz staatlicher Entscheidungen untergraben.

Der Staat ist ein Instrument zur Unterdrückung der Bevölkerung. (Angaben in Prozent)

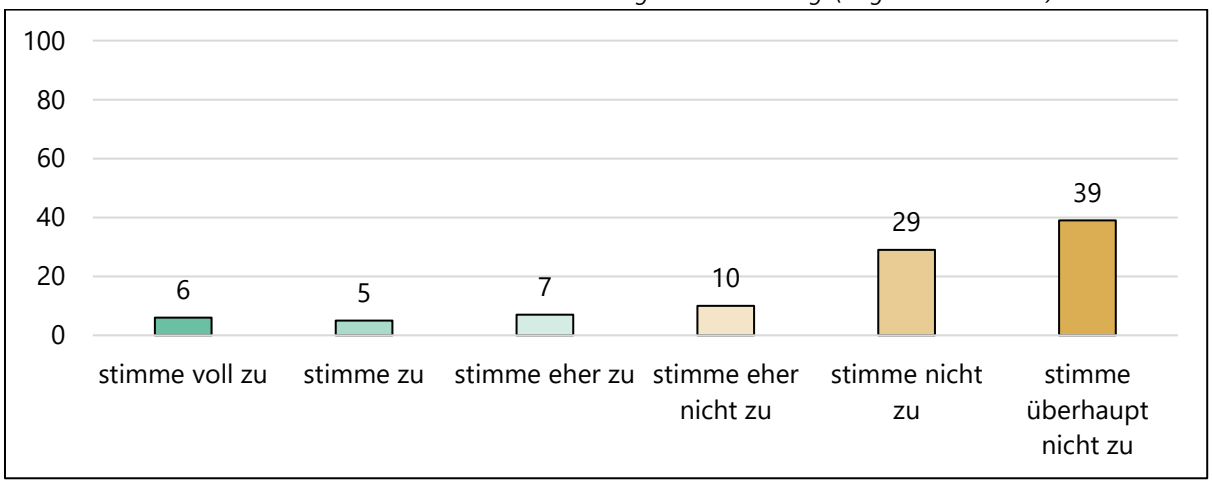


Abbildung 26: Wahrnehmung des Staats als repressiv

Weniger als jeder Fünfte nimmt den Staat als repressiven Akteur wahr (Abbildung 26). Wie Abbildung 27 jedoch aufzeigt, verfängt dieses Narrativ besonders bei Personen mit sehr niedrigem Einkommen und bei jenen mit niedriger formaler Bildung. Zudem teilt über die Hälfte der Personen am rechten Rand des politischen Spektrums diese Wahrnehmung des Staates. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Forderung nach einem in Sicherheits- und Ordnungsfragen stark auftretenden Staat zugleich eine genuin rechte politische Position darstellt. Vor diesem Hintergrund bleibt offen, ob sich die Befragten am rechten Rand tatsächlich grundsätzlich vom Staat unterdrückt sehen oder ob sich diese Wahrnehmung stärker auf konkrete politische Maßnahmen und aktuelle staatliche Eingriffe bezieht. Eine generelle Ablehnung des Staates als Unterdrückungsinstrument würde hingegen eher einer (paläo-)libertären Sichtweise auf gesellschaftliche Ordnungsmodelle entsprechen. In der empirischen Realität vermischen sich solche Positionen jedoch häufig, sodass diese Beobachtung an dieser Stelle keine wirkliche Überraschung darstellt.

Der Staat ist ein Instrument zur Unterdrückung der Bevölkerung. (Angaben in Prozent)

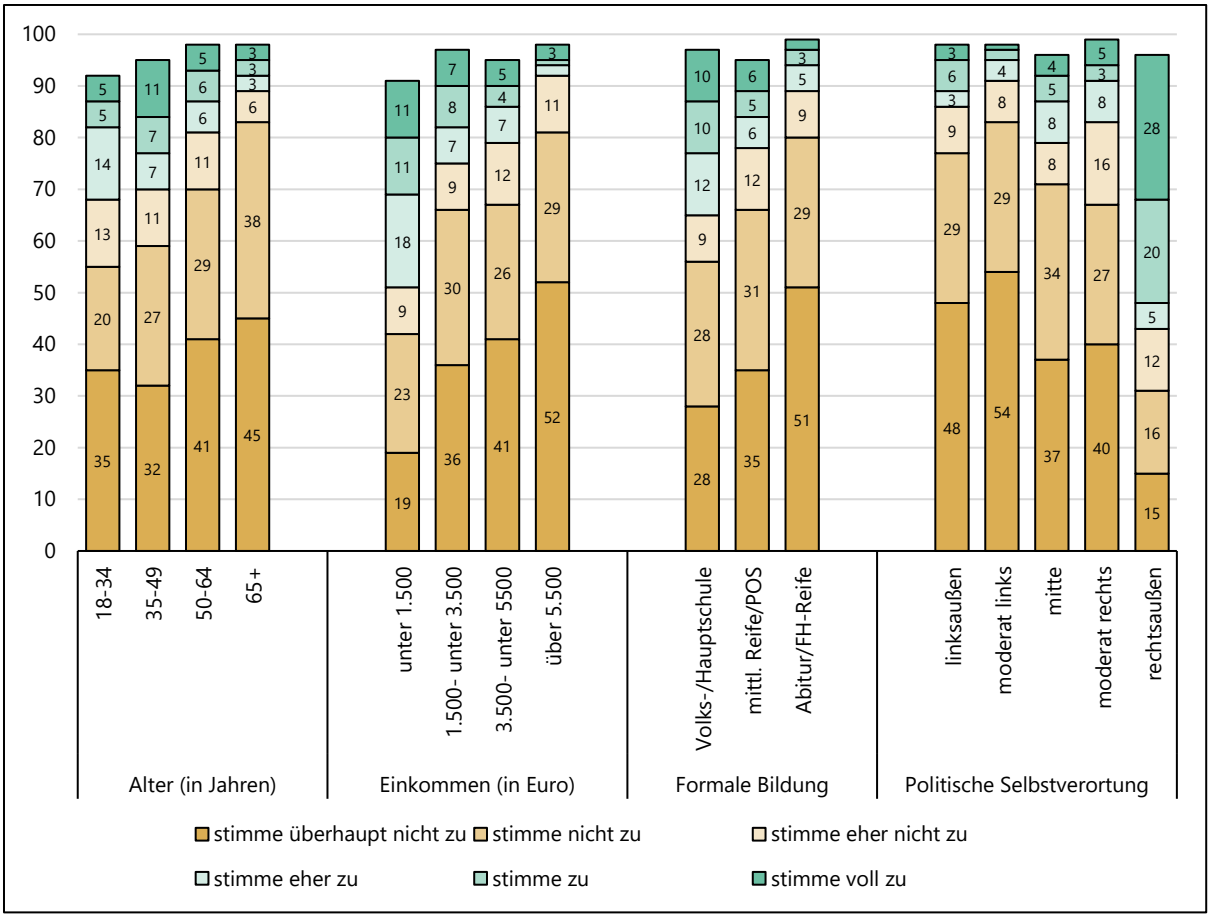


Abbildung 27: Wahrnehmung des Staats als repressiv nach Gruppen

Das Narrativ, Politiker handelten gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung, gilt als zentraler Bestandteil populistischer Einstellungen, weil es eine grundlegende Gegenüberstellung von „Volk" und „Elite" vornimmt. Populismus zeichnet sich im Wesentlichen dadurch aus, dass die Gesellschaft in zwei homogene und einander entgegengesetzte Gruppen unterteilt wird: auf der einen Seite das „gute", einheitliche Volk, auf der anderen Seite eine als abgehoben, eigennützig und von den Lebensrealitäten der Bürgerinnen und Bürger entkoppelte politische Elite, die häufig mit negativ konnotierten Begriffen wie „die da oben" oder „Establishment" belegt wird.

Die Aussage impliziert dabei, dass politische Entscheidungen systematisch nicht im Sinne der Bevölkerung getroffen werden, sondern gegen sie gerichtet sind. Damit wird nicht nur einzelnen Akteuren fallspezifisches Fehlverhalten unterstellt – was in funktionierenden Demokratien ausdrücklich erwünscht und Teil legitimer Kritik ist –, sondern die politische Klasse insgesamt delegitimiert. Genau hierin liegt der zentrale Unterschied: Während demokratische Kritik auf konkrete Entscheidungen oder Akteure abzielt, richtet sich populistische Argumentation gegen das politische System und seine Repräsentanten als Ganzes. Zudem wird

suggeriert, dass es einen klar erkennbaren „Volkswillen" gebe, der von den politischen Eliten bewusst missachtet werde – ein weiterer zentraler Gedanke populistischer Argumentationsmuster.

Die Politiker handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung (Angaben in Prozent)

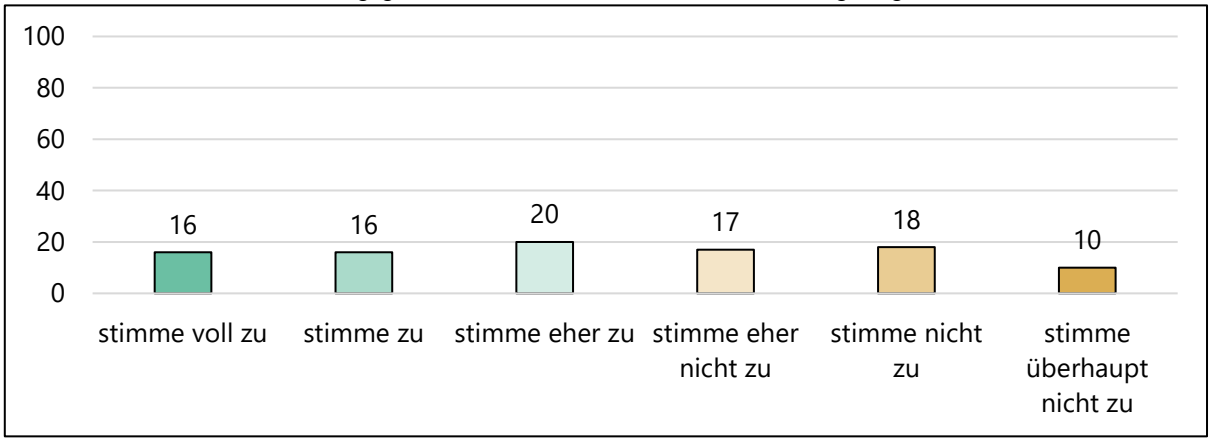


Abbildung 28: Populismus

Diesem Narrativ folgen über die Hälfte der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer (Abbildung 28), was auf ein deutlich zu hohes Misstrauen der Bevölkerung gegenüber Politikerinnen und Politikern hinweist. Dem gilt es dringend entgegenzuwirken – sowohl durch verantwortungsvolles und transparentes politisches Handeln, gelungene politische Kommunikation als auch durch ein glaubwürdiges persönliches Auftreten und den direkten Kontakt mit der Bevölkerung. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass dieses Narrativ von sogenannten „Polarisierungsunternehmern" (Mau et al.) gezielt aufgegriffen und weiter befeuert wird. Darunter sind Akteure zu verstehen, die ein strategisches Interesse daran haben, gesellschaftliche Konflikte zu verschärfen, indem sie bestehende Spannungen bewusst zuspitzen und emotionalisieren. Ziel ist es dabei häufig, Aufmerksamkeit, politische Unterstützung oder Mobilisierungspotenziale zu generieren. Auf diese Weise kann sich das Narrativ – auch begünstigt durch einzelne politische Entscheidungen oder Fehltritte – zusätzlich verfestigen.

Wie aus Abbildung 29 hervorgeht, gehen mit steigendem Alter, steigendem Einkommen und höherer formaler Bildung weniger populistische Einstellungen einher. Ebenso ist ein Trend von (moderat) links bis Rechtsaußen zu erkennen, wo die stärksten populistischen Einstellungen gemessen wurden.

Die Politiker handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung (Angaben in Prozent)

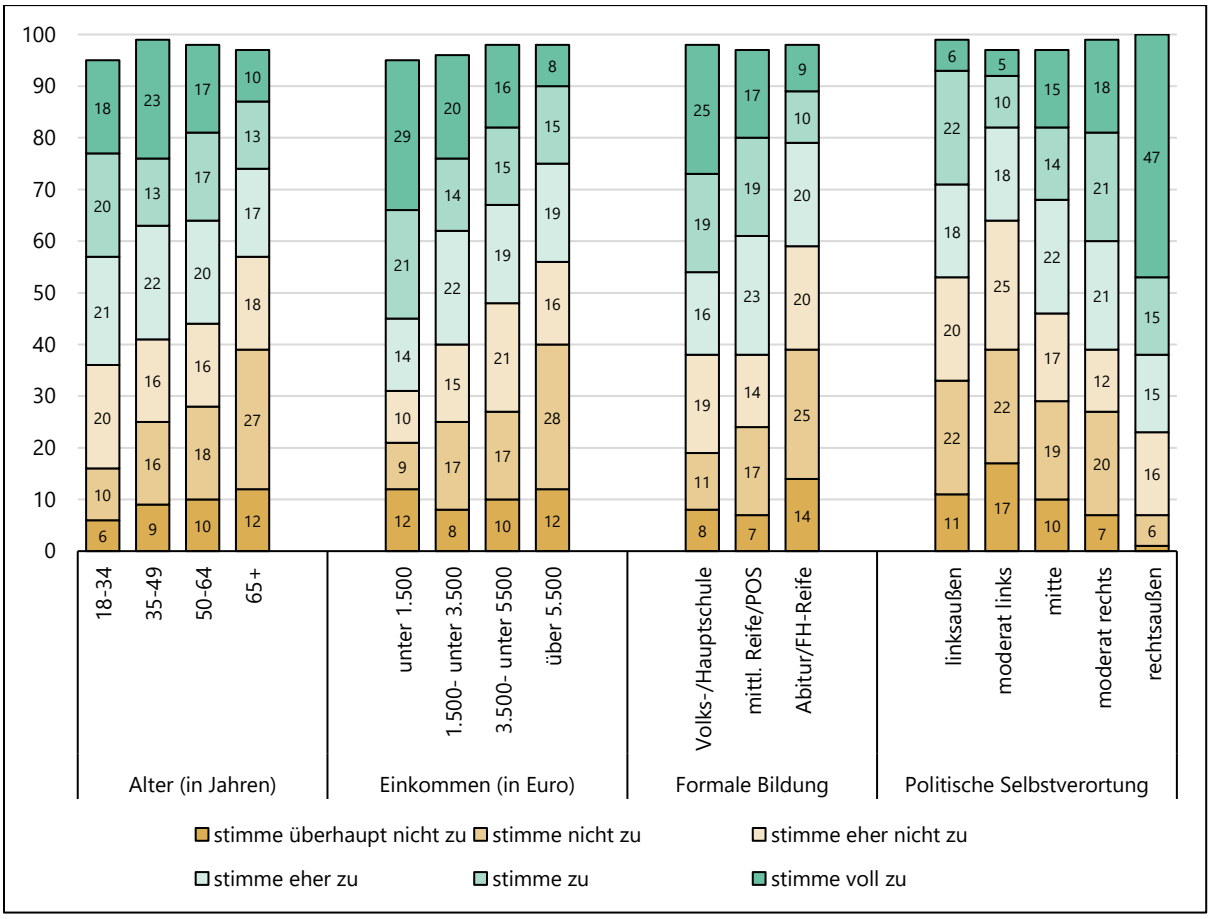


Abbildung 29: Populismus nach Gruppen

Zur Untersuchung populistischer Einstellungen wurde anhand der Aussage, dass Politiker gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung handeln, ein multiples lineares Regressionsmodell berechnet. Das Modell ist statistisch signifikant und erklärt rund 53 % der Unterschiede im Antwortverhalten (korrigiertes R^2 = 0,531).

Wie die Abbildung 30 verdeutlicht, steht die Wahrnehmung eines Gegensatzes zwischen Politik und Bevölkerung insbesondere mit der Bewertung des politischen Systems und der gesellschaftlichen Verhältnisse in Verbindung. Personen, die mit dem Funktionieren der Demokratie unzufriedener sind und die gesellschaftliche Lage negativer beurteilen, stimmen der Aussage deutlich häufiger zu. Auch das Gefühl, nur unzureichend Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen zu können, geht mit einer stärkeren Zustimmung einher, wenngleich dieser Zusammenhang vergleichsweise schwach ausfällt.

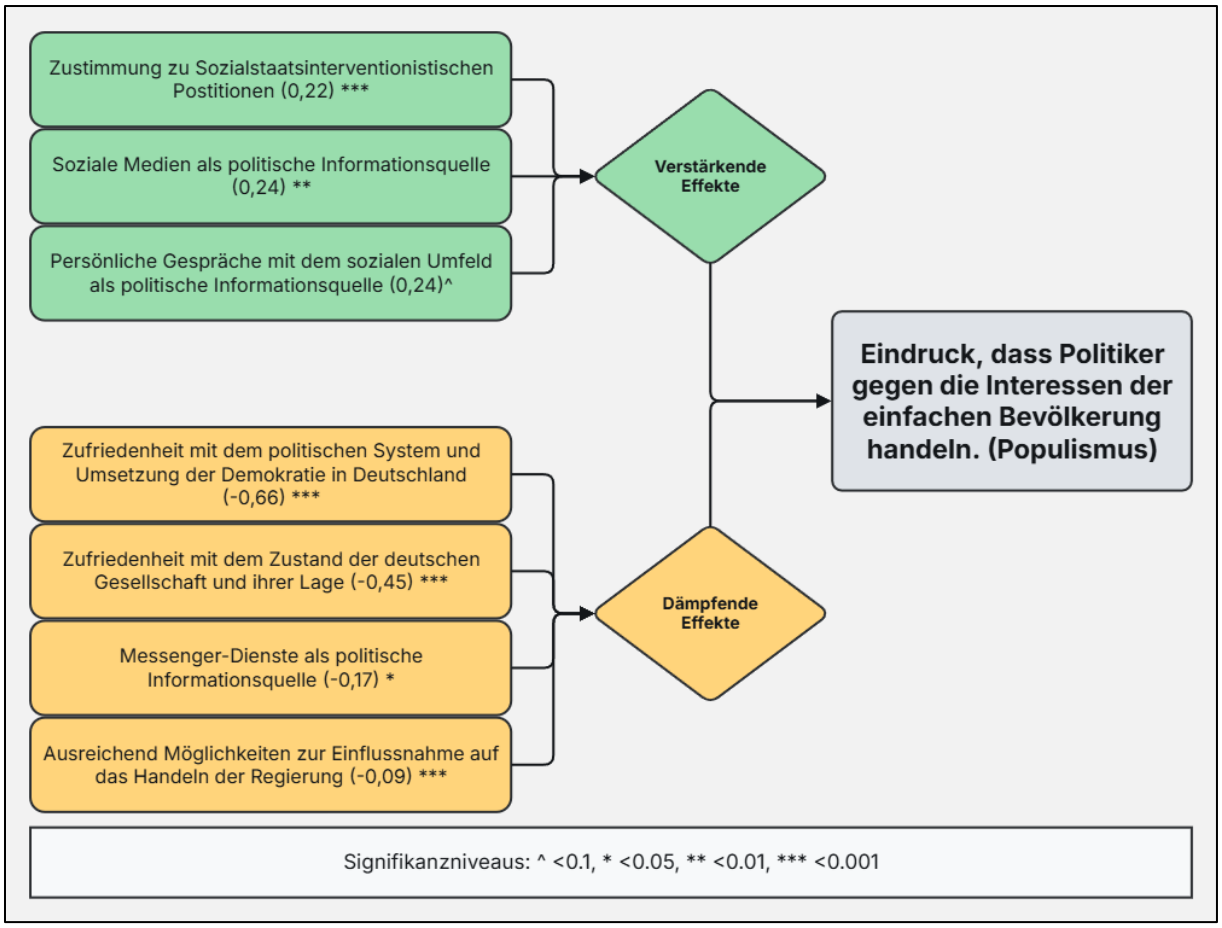


Abbildung 30: Regressionsmodell Populismus

Darüber hinaus spielen sozioökonomische Einstellungen und das politische Informationsverhalten eine Rolle. Eine stärkere Befürwortung staatlicher Eingriffe zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit geht mit ausgeprägteren populistischen Einstellungen einher. Ähnliche Zusammenhänge zeigen sich bei der Nutzung sozialer Medien und, etwas weniger eindeutig, bei persönlichen Gesprächen als politischen Informationsquellen. Die Nutzung von Messenger-Diensten weist dagegen einen schwachen gegenläufigen Zusammenhang auf. Insbesondere der Befund zu persönlichen Gesprächen sollte aufgrund seiner knapp verfehlten statistischen Signifikanz vorsichtig interpretiert werden, da Stichprobenschwankungen und Abweichungen von Modellannahmen die Ergebnisse beeinflussen können.

Insgesamt unterstreicht die Abbildung, dass populistische Einstellungen besonders eng mit der Unzufriedenheit über das politische System, einer kritischen Gesellschaftsbewertung und dem Gefühl mangelnder politischer Einflussmöglichkeiten verbunden sind. Daneben zeigen sich eigenständige, jedoch weniger ausgeprägte Zusammenhänge mit gesellschaftspolitischen Überzeugungen und der politischen Informationsbeschaffung.

Wie auch das Populismusnarrativ verfangen vermehrt Verschwörungsnarrative in der rheinland-pfälzischen Bevölkerung. Mit 47 Prozent glaubt fast die Hälfte, es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben (Abbildung 31).

Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben. (Angaben in Prozent)

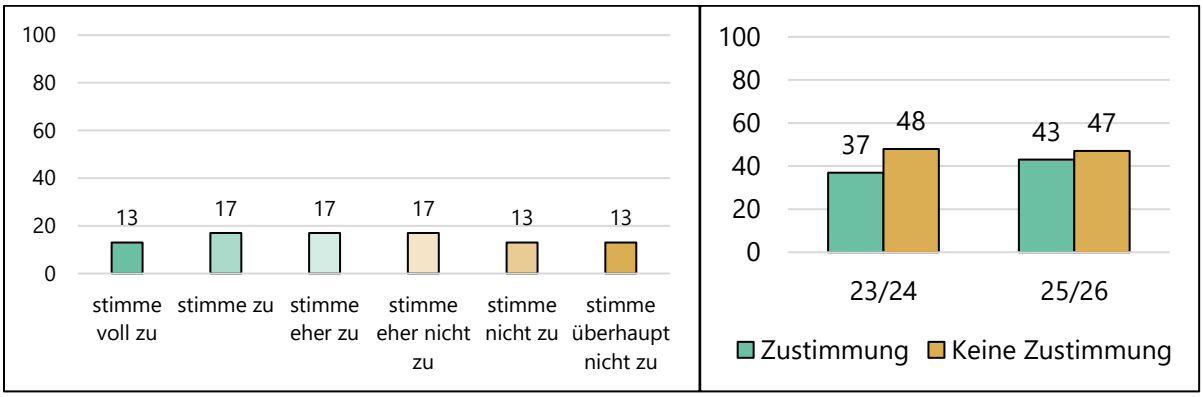


Abbildung 31: Verschwörungsglaube I: Geheime Organisationen

Während der Zustimmungswert zu diesem Narrativ seit der letzten Befragung um 6 Prozentpunkte angestiegen ist, bleibt der Anteil derjenigen, die der Aussage nicht zustimmen, weitgehend konstant. Der Zuwachs an Zustimmung geht somit vor allem zulasten derjenigen, die sich zuvor nicht positionieren wollten oder konnten. Während sich 2023/24 noch deutlich mehr Personen in dieser Kategorie fanden, hat der Anteil der Zustimmenden nun spürbar zugenommen.

Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben. (Angaben in Prozent)

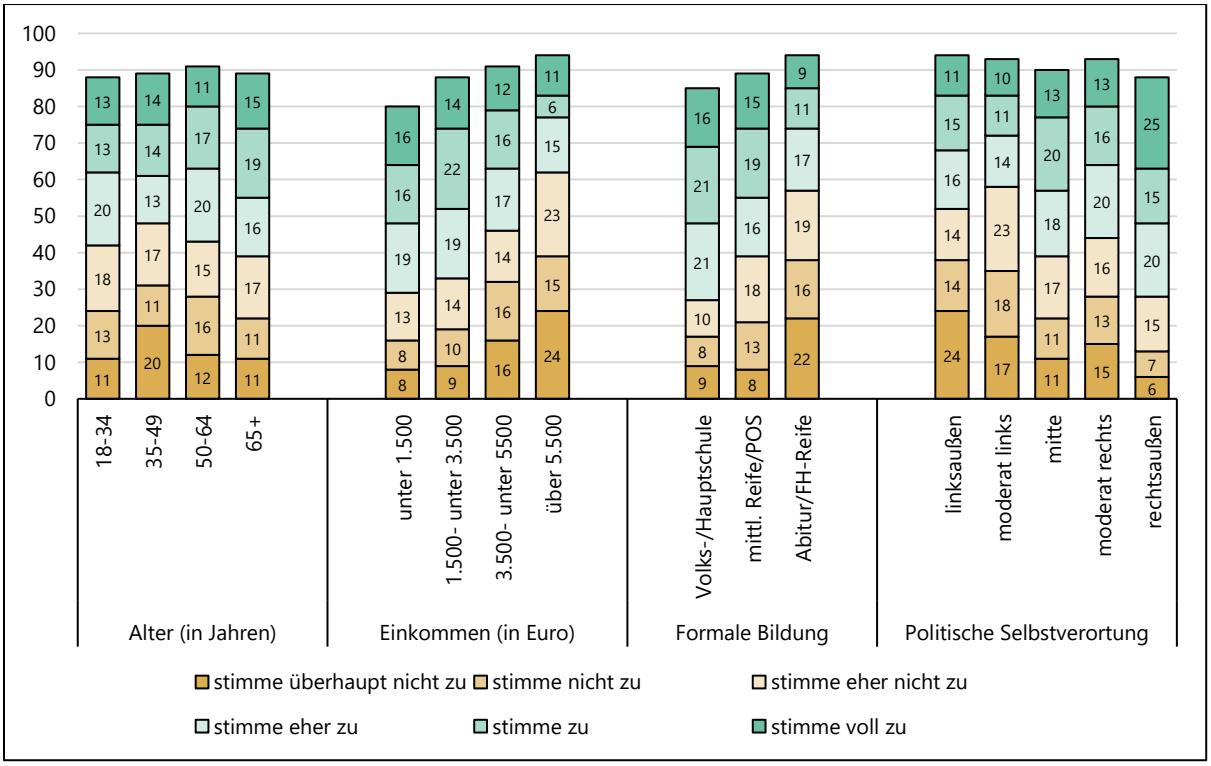


Abbildung 32: Verschwörungsglaube I: Geheime Organisationen nach Gruppen

Während das Alter hinsichtlich der Zustimmung oder Ablehnung dieses Narrativs keine große Rolle zu spielen scheint, sind wiederum Unterschiede in Bezug auf das Haushaltsnettoeinkommen und den formalen Bildungsgrad erkennbar (Abbildung 32). Zudem wird deutlich, dass insbesondere moderat Linke dem Narrativ deutlich seltener zustimmen, während es von der politischen Mitte bis nach Rechtsaußen deutlich häufiger verfängt als im Durchschnitt der gesamten Landesbevölkerung.

Etwas seltener als an die Existenz und den politischen Einfluss geheimer Organisationen glauben die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer daran, dass die meisten ihrer Mitmenschen nicht erkennen, in welchem Ausmaß das Leben durch Verschwörungen bestimmt wird, die im Geheimen ausgeheckt werden (Abbildung 33). Etwas mehr als ein Drittel der Landesbevölkerung erhebt diesen exklusiven Erkenntnisanspruch an die Existenz und das Ausmaß geheimer Verschwörer, während über die Hälfte eher nicht bis überhaupt nicht zustimmen. Etwa acht Prozent positionieren sich hier nicht.

Die meisten Menschen erkennen nicht, in welchem Ausmaß unser Leben durch Verschwörungen bestimmt wird, die im Geheimen ausgeheckt werden. (Angaben in Prozent)

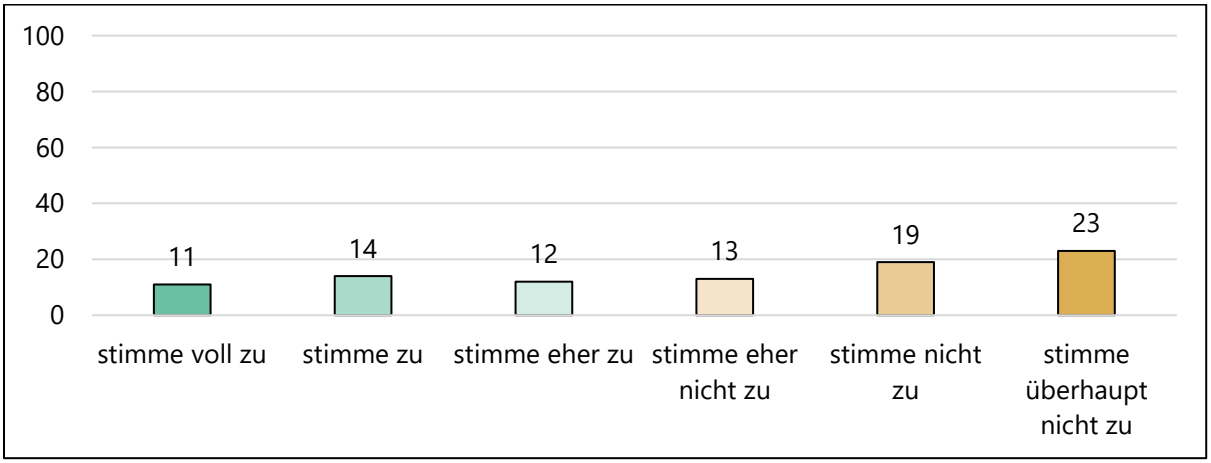


Abbildung 33: Verschwörungsglaube II: Exklusiver Erkenntnisanspruch

Differenziert nach Subgruppen zeigt sich ein sehr ähnliches Bild wie beim Glauben an geheime Organisationen mit starkem politischem Einfluss. Abbildung 34 zeigt, dass auch hier ein höheres Einkommen und ein höherer formaler Bildungsgrad mit einer geringeren Zustimmung zum Verschwörungsnarrativ einhergehen, während hinsichtlich der Alterskohorten keine wesentlichen Unterschiede erkennbar sind. Wieder zeigt sich auch, dass die politische Mitte und das rechte politische Spektrum häufiger diesem Narrativ folgen. Frauen (41 Prozent) stimmen gegenüber Männern (34 Prozent) tendenziell häufiger zu, dass andere Menschen nicht erkennen, dass das Leben durch Verschwörungen bestimmt wird.

Die meisten Menschen erkennen nicht, in welchem Ausmaß unser Leben durch Verschwörungen bestimmt wird, die im Geheimen ausgeheckt werden. (Angaben in Prozent)

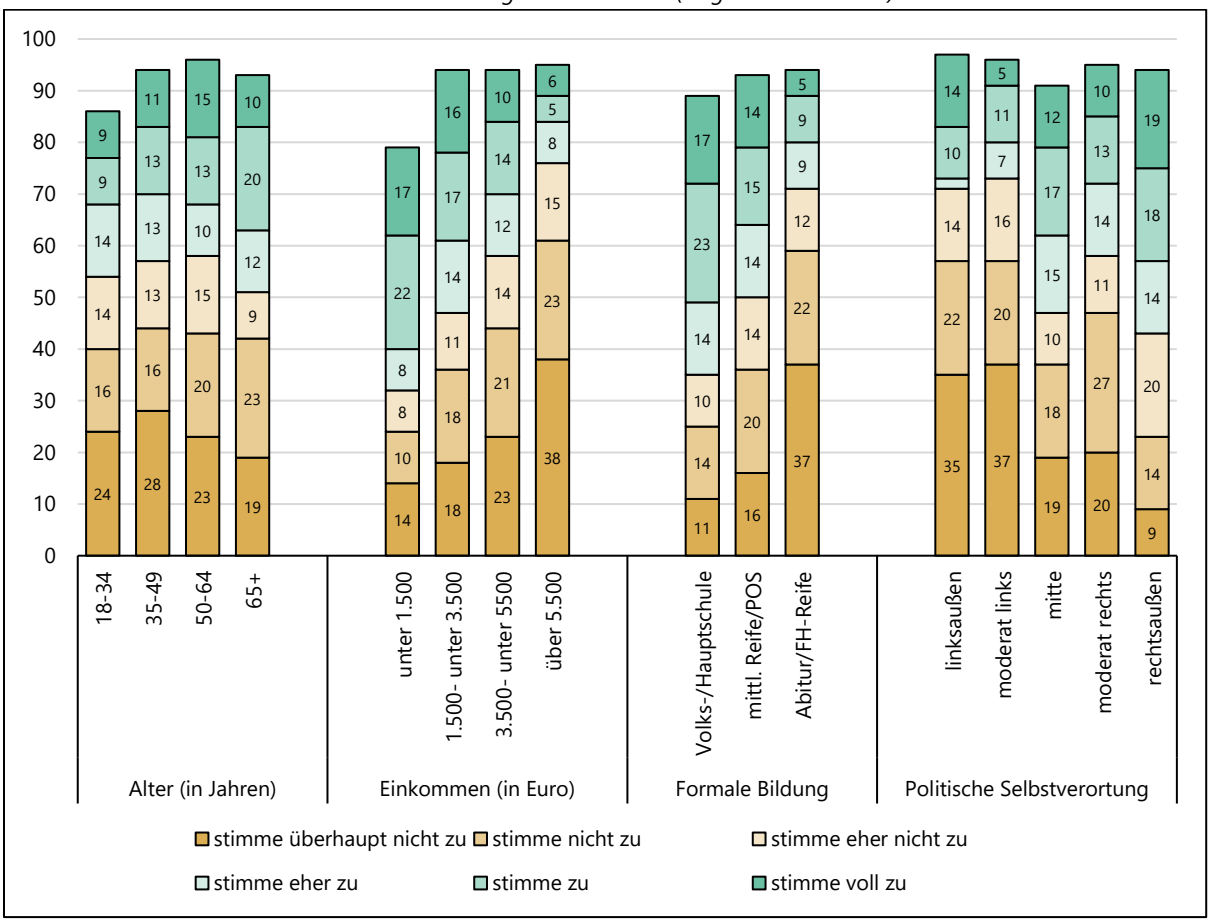


Abbildung 34: Verschwörungsglaube II: Exklusiver Erkenntnisanspruch nach Gruppen

Ein weiteres relevantes Narrativ stellt die sogenannte Reichsbürgermentalität dar. Sie umfasst grundlegende Zweifel an der Legitimität und Souveränität der Bundesrepublik Deutschland und äußert sich häufig in der Ablehnung staatlicher Institutionen sowie der bestehenden Rechtsordnung.

Die BRD ist eine Konstruktion ohne rechtliche Grundlage. (Angaben in Prozent)

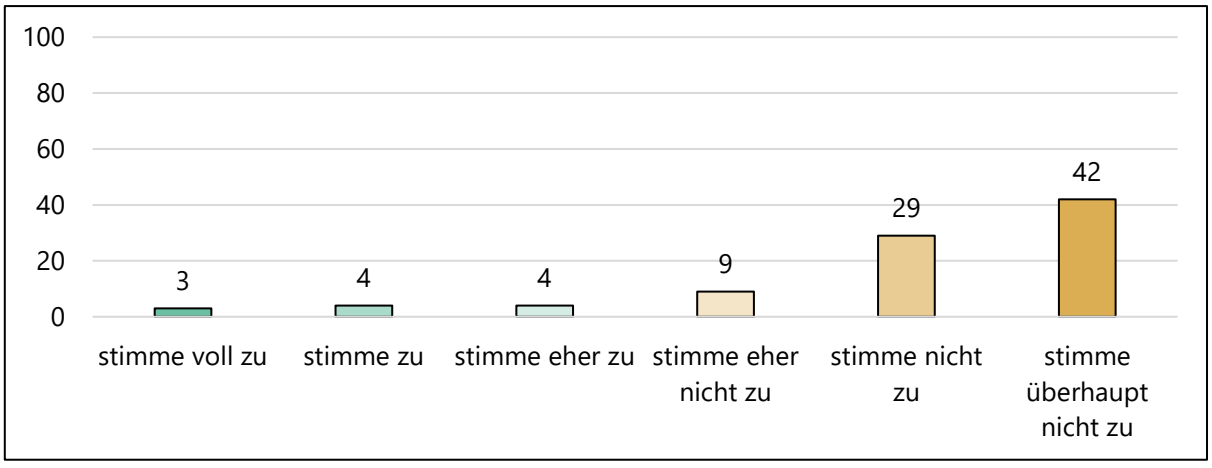


Abbildung 35: Reichsbürgermentalität

Die BRD ist eine Konstruktion ohne rechtliche Grundlage. (Angaben in Prozent)

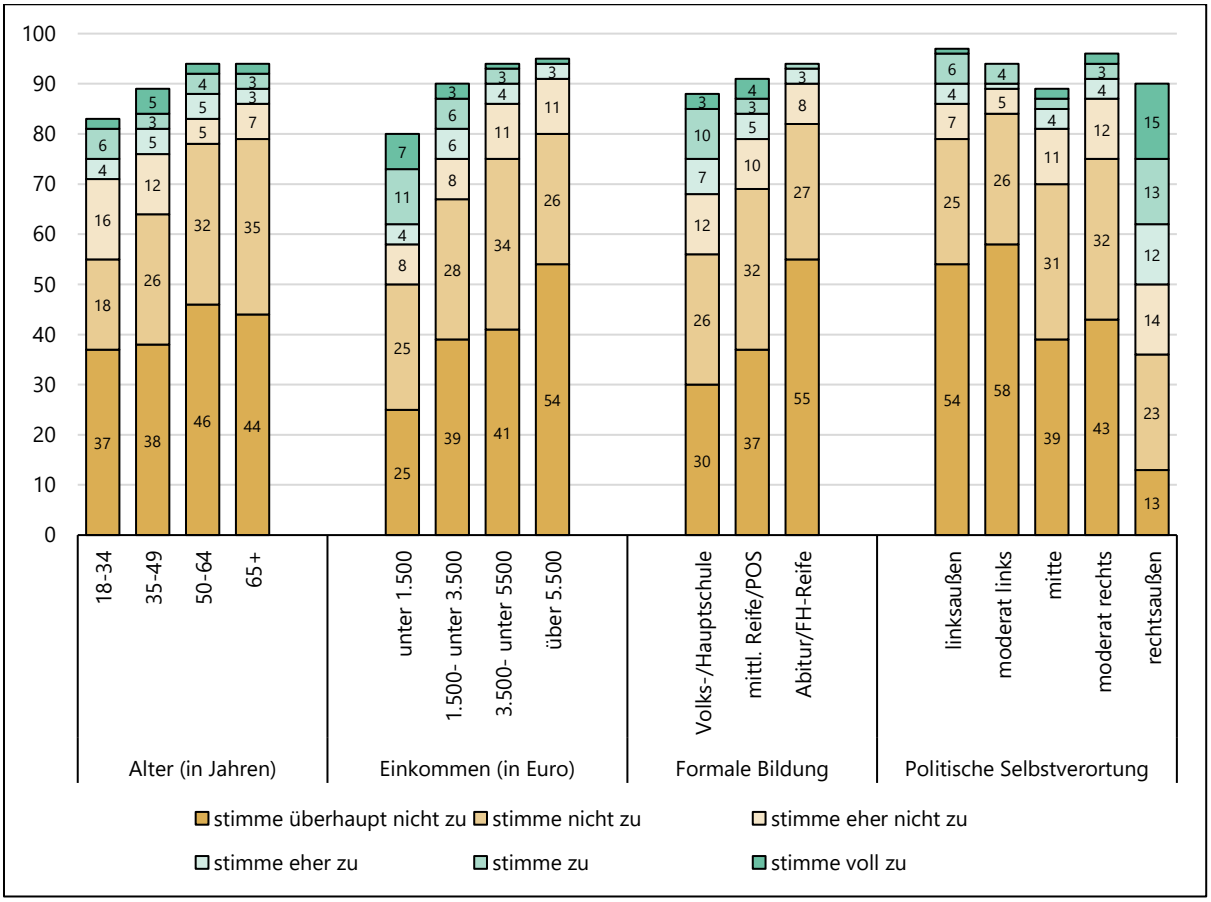


Abbildung 36: Reichsbürgermentalität nach Gruppen

Die Erfassung entsprechender Einstellungen ist deshalb von besonderer Bedeutung, da sie auf eine tiefgreifende Delegitimierung des demokratischen Staates hindeuten und potenziell mit staatsfeindlichen Haltungen einhergehen. Der Aussage, die BRD sei eine Konstruktion ohne rechtliche Grundlage, stimmen in Rheinland-Pfalz 11 Prozent der Bürgerinnen und Bürger zu, 80 Prozent widersprechen ihr. Ein knappes Zehntel will oder kann sich dazu nicht positionieren (Abbildung 35). Wie Abbildung 36 zeigt, sind insbesondere Personen im politischen Rechtsaußenbereich (40 Prozent Zustimmung) von diesem Narrativ überzeugt. Ebenso drücken in der untersten Einkommens- und der niedrigsten Bildungsgruppe etwa 20 Prozent ihre Zustimmung dazu aus.

Gesellschaft

Der folgende Abschnitt richtet den Blick auf grundlegende gesellschaftliche Einstellungen in Rheinland-Pfalz. Zunächst werden Positionen zu sozioökonomischen Fragen untersucht, insbesondere zur Verteilung, Chancengerechtigkeit und zur Bewertung des wirtschaftlichen

Systems; anschließend stehen soziokulturelle Vorstellungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, von Zugehörigkeit und Ausgrenzung sowie fremdenfeindliche Einstellungen im Mittelpunkt. Abschließend wird betrachtet, wie die Befragten die gesellschaftliche Lage insgesamt einschätzen – zwischen Optimismus und Pessimismus, Gerechtigkeitsempfinden, wahrgenommener Übersichtlichkeit der Welt sowie Erwartungen an die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft.

Sozioökonomische Einstellungen

Eine Perspektive zur Betrachtung und Erfassung einer politischen Kultur kann dadurch eingenommen werden, dass wirtschaftliche Verhältnisse in Beziehung mit politischen Einstellungen gesetzt werden. Die Haltung gegenüber der eigenen und gesellschaftlichen Wirtschaftsweise, der damit verbundenen Sozialstruktur sowie die Selbst- und Fremdwahrnehmung von Mitmenschen bilden in modernen Gesellschaften einen wichtigen Ausgangspunkt für die Manifestation einer politischen Kultur. Da sich wirtschaftliche Bedingungen (und damit verbundene Einstellungen) regional stark unterscheiden können, kann das Ländermonitoring präzisere und differenziertere Aussagen über diese kulturelle Facette machen als aggregierte Umfragedaten über die gesamtdeutsche Gesellschaft. Dazu greifen die im Folgenden dargestellten Ergebnisse Einstellungsebenen auf, die Gleichheits- und Solidaritätseinstellungen sowie Annahmen über wirtschaftlich bedingte Sozial- und Ungerechtigkeitsstrukturen in ökonomischer Hinsicht messen. Da zur Ermittlung sozioökonomischen Denkens nicht nur ein Frageitem ausreichend valide ist, wird ein mehrdimensionale Fragebatterie angewandt. Im Folgenden wird sich entsprechend schrittweise der sozioökonomischen Facette der politischen Kultur in Rheinland-Pfalz genähert.

Der Kapitalismus ist das Hauptproblem unserer Gesellschaft und sollte abgeschafft werden. (Angaben in Prozent)

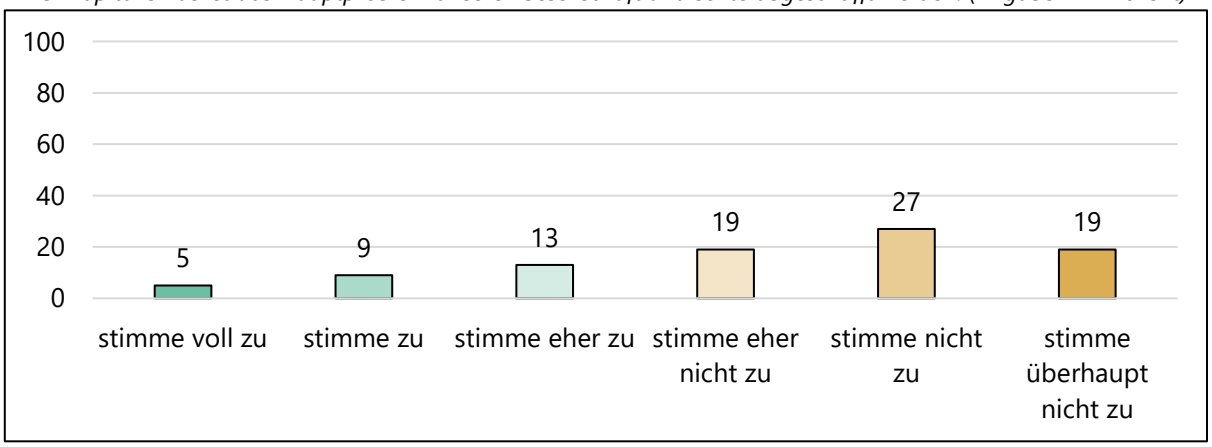


Abbildung 37: Antikapitalismus

Die Einstellungen gegenüber dem Wirtschaftssystem des Kapitalismus zeigen zweierlei: Zum einen inwiefern Problemlagen in Rheinland-Pfalz und Deutschland mit wirtschaftlichen Verhältnissen verbunden werden. Zum anderen gibt sie Aufschluss über die Verbreitung von Gedankengut, das ein elementarer Baustein für dezidiert politisch linkes Denken ist. Hier zeigt sich, dass der Kapitalismus durch eine Minderheit von 27 Prozent als hauptsächliches wirtschaftliches und politisches Problem verstanden wird. Entsprechend sieht die Mehrheit Kernprobleme, die sich für die Gesellschaft ergeben andernorts gelagert. Diese Wahrnehmung wird über einen längeren Zeitraum und unter dem Kontext wirtschaftlicher Auf- und Abschwünge zu beobachten sein. Aktuell ergibt sich für die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer wenig Bedarf, über die Grundlagen des Wirtschaftens politisch nachzudenken.

Auffallend ist, dass die Meinung, dass der Kapitalismus das Hauptproblem der Gesellschaft sei, keine ist, die linear im politischen Meinungsspektrum von links nach rechts abnimmt (Abbildung 38). Zwar sind jene, die sich politisch eher rechts verorten, weniger dieser Meinung, als dies bei jenen in der politischen Mitte der Fall ist. Entsprechend eignet sich die Frage nach einer kritischen Haltung zum Kapitalismus isoliert betrachtet nicht, um linke Einstellungen zu erfassen, sondern diese werden im Folgenden mit weiteren Items erfasst.

Der Kapitalismus ist das Hauptproblem unserer Gesellschaft und sollte abgeschafft werden. (Angaben in Prozent)

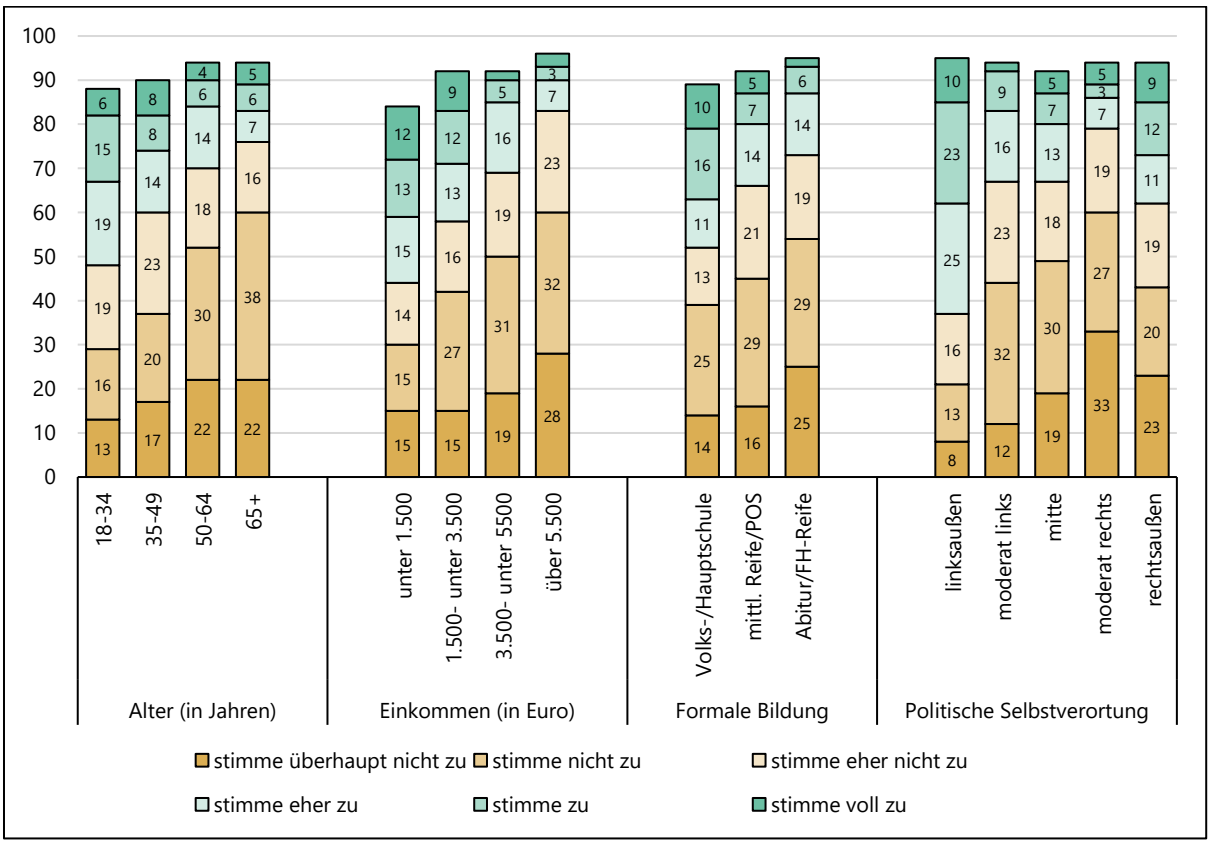


Abbildung 38: Antikapitalismus nach Gruppen

Entgegen der ausbleibenden linearen Abnahme kapitalismuskritischer Einstellungen entlang politischer Selbstverortung nimmt sie dagegen zu je jünger, je niedriger das Einkommen und je niedriger die formale Bildung ist. Insgesamt am geringsten verbreitet zeigt sich die Einstellung unter jenen, die formal hochgebildet und höheren Alters sind und sich politisch in der Mitte verorten. Unterschiede zwischen den Geschlechtern oder der Einwohnerzahl des Wohnortes lassen sich nicht feststellen.

Unsere Gesellschaft ist in Klassen gespalten und die Reichen unterdrücken die arbeitende Bevölkerung.
(Angaben in Prozent)

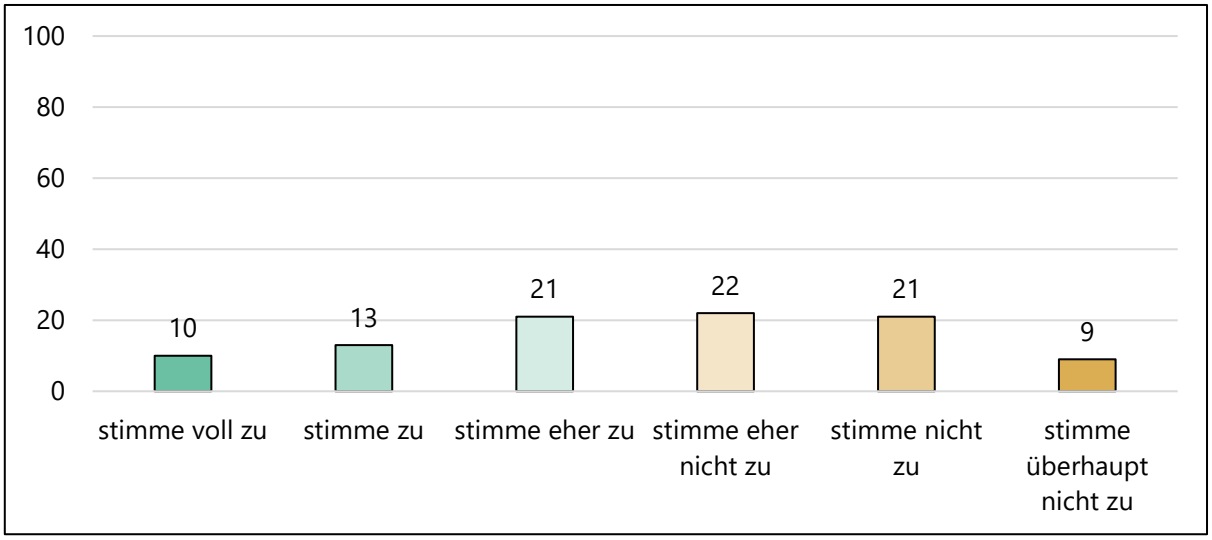


Abbildung 39: Klassendenken

Da die Frage nach kapitalismuskritischen Einstellungstendenzen zunächst nur geeignet ist, um eine Meinung zum Wirtschaftssystem zu erfragen – und sich daher in der Breite politischer Einstellungen zeigt –, bedarf es weiterer Abfragen, um dem Kern sozioökonomischer Einstellungen auf den Grund zu gehen und deren Verteilung in Rheinland-Pfalz zu erfassen. Aufgrund linker Ideologiegeschichte ist anzunehmen, dass eine Wahrnehmung der Gesellschaftsstruktur in ökonomisch gebildete Klassen und Klassenunterschiede als zentrale Annahme linken Denkens gilt. Entsprechend wird zugespitzt nach der Wahrnehmung von Ungleichheitslagen bei gleichzeitiger machtvoller Unterdrückung durch eine reiche Klasse gefragt. Hier erstreckt sich das Antwortverhalten breit über die Skala und ergibt keine klare Tendenz. Mit 44 Prozent weist etwas weniger als die Hälfte der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer eine kritische Ungleichheitsempfindung im Sinne eines Klassendenkens auf. Eine knappe Mehrheit steht dem entgegen (Abbildung 39).

Unsere Gesellschaft ist in Klassen gespalten und die Reichen unterdrücken die arbeitende Bevölkerung.
(Angaben in Prozent)

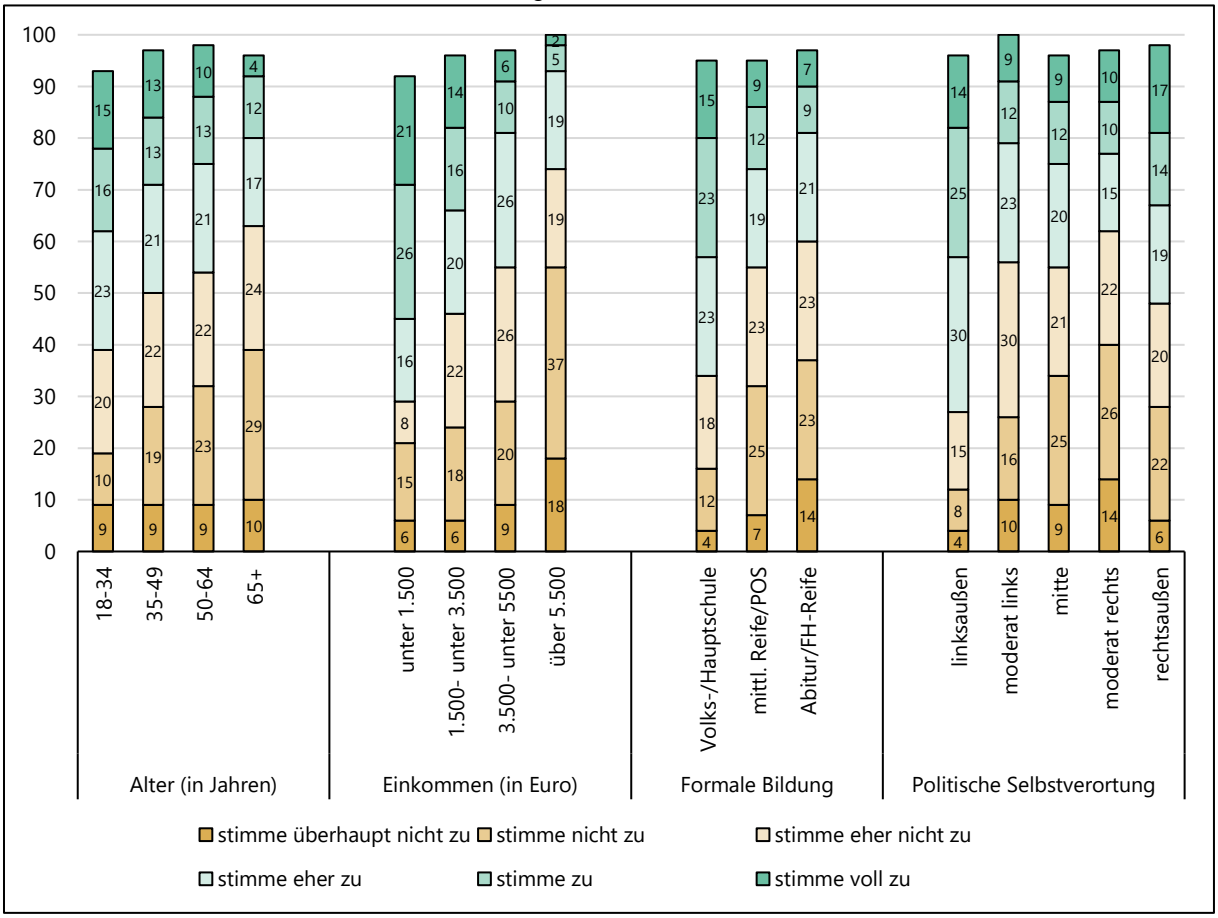


Abbildung 40: Klassendenken nach Gruppen

Über alle betrachteten Gruppen hinweg ergeben sich dabei nicht unerhebliche Unterschiede im Klassendenken. Besonders deutlich zeigt sich ein Einkommensgradient: Mit steigendem Einkommen nimmt die Zustimmung sichtbar ab und die Ablehnung zu, sodass Befragte mit niedrigen Einkommen am ehesten ein Klassendenken aufweisen (Abbildung 40). Ein ähnliches Muster findet sich entlang der formalen Bildung sowie den Alterskohorten, wobei Personen mit niedrigerem Bildungsniveau häufiger zustimmen als höher Gebildete, unter denen die Ablehnung am stärksten ausgeprägt ist. Gleiches gilt für Jüngere im Kontrast zu Älteren. Klassendenken ist in Rheinland-Pfalz stark korrelierend mit dem Alter. Am stärksten variiert die Zustimmung entlang der politischen Selbstverortung: Bei linksaußen stehenden Personen ist sie besonders hoch (69 Prozent), während sie in der politischen Mitte geringer ausfällt (41 Prozent); im rechten Spektrum ergibt sich eine größere Differenz, denn während moderat rechts eingestellte Personen am wenigsten zu Klassendenken tendieren (35 Prozent), tun dies rechtsaußen stehende Personen am zweithäufigsten (50 Prozent). Die Wahrnehmung einer Sozialstruktur, die als in Klassen bestehend begriffen wird, verknüpft sich damit mit linkem

Denken am stärksten, ist rechtsaußen stehenden aber Personen keineswegs fremd und wird dort von jeder zweiten Person (tendenziell) angenommen.

Das Gemeinwohl sollte über dem Interesse des Einzelnen stehen. (Angaben in Prozent)

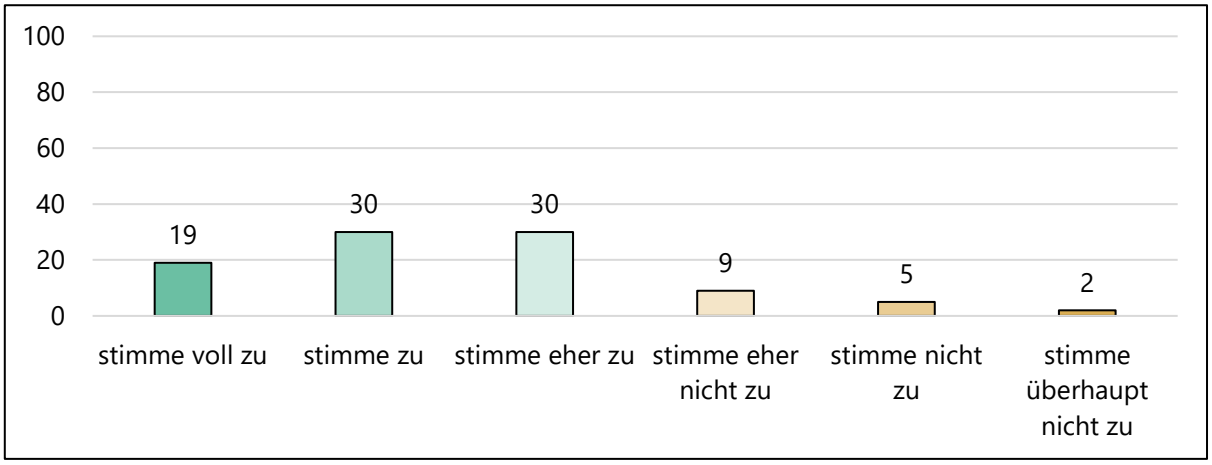


Abbildung 41: Gemeinwohl vs. Einzelinteresse

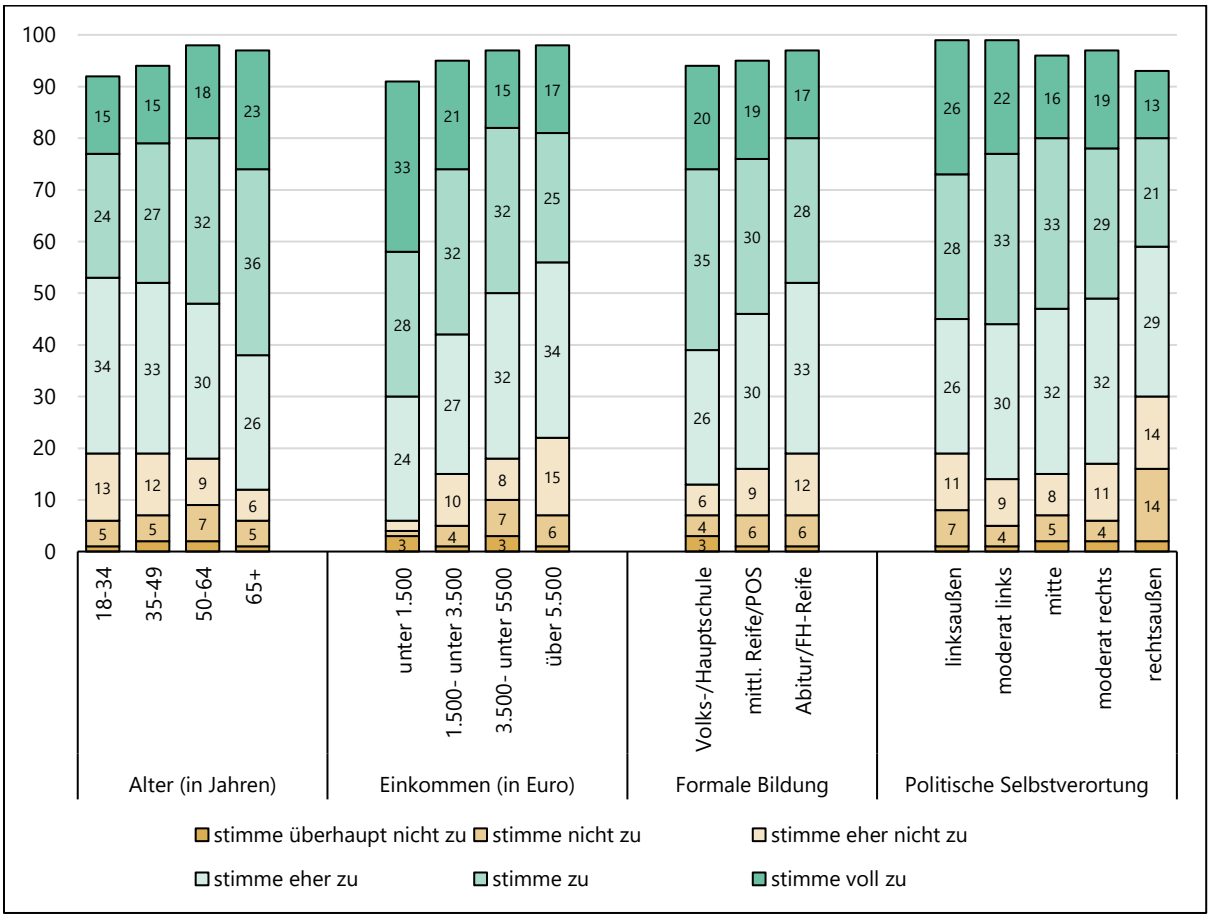


Abbildung 42: Gemeinwohl vs. Einzelinteresse nach Gruppen

Teil einer politischen Kultur im Hinblick auf Verteilungs- und Gerechtigkeitsnormen ist die Verbreitung individualistischen und kollektivistischen Denkens. Wird ökonomisch aus der Perspektive des Einzelnen oder der des Gemeinwohls gedacht und anschließend entsprechend Politisches gefordert? In dieser Gegenüberstellung wird solidarisches und gemeinschaftliches

Denken einer Perspektive gegenübergestellt, die auf die primäre Verwirklichung eigener Anliegen fokussiert ist. Hier zeigt sich deutlich, dass mit 79 Prozent eine Mehrheit der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer ausgehend von der Mehrheitsgesellschaft denkt. Dieser Befund kann unterschiedliche Einordnung erfahren: Während die Orientierung am Gemeinwohl (anstatt des eigenen Wohlergehens) positiv für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt bewertet werden kann, bedeutet dies umgekehrt, dass möglicherweise eine Bereitschaft gegeben sein kann, Partikularinteressen, z. B. von Minderheiten, zu übergehen, wenn dem ein Mehrheitswille gegenübersteht. Dieser Umstand kann für liberale Ansprüche demokratischen Zusammenlebens in politischen Sachfragen ein Spannungsfeld erzeugen, wenn Mehrheitswillen gegen Minderheitsinteressen (und -rechte) in Gegenüberstellung gebracht werden.

Die große Gemeinwohlorientierung wird in Rheinland-Pfalz nicht von allen gleichermaßen geteilt. Während die Orientierung am Gemeinwohl mit höherem Einkommen und Bildung abnimmt, nimmt sie mit wachsendem Alter leicht zu. Je jünger die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer sind, desto eher steht eine Orientierung an ihren Individualinteressen im Vordergrund – wenn auch auf niedrigem Niveau: unter der jüngsten Kohorte der 18- bis 34-Jährigen wird eine priorisierte Gemeinwohlorientierung von 73 Prozent geteilt, während unter den über 65-Jährigen dies zu 85 Prozent der Fall ist. Im Langzeittrend wird sich beobachten lassen können, ob dies ein grundsätzliches Altersphänomen oder ein Generationenphänomen ist. Im Vergleich der politischen Lager fällt auf, dass jenen, die sich selbst als rechtsaußen stehend sehen, die Verfolgung von Individualinteressen wichtiger ist (30 Prozent) als jenen der politischen Mitte (15 Prozent) oder linksaußen Stehenden (19 Prozent).

Es ist die Aufgabe des Staates, für soziale Gerechtigkeit und eine faire Verteilung des Wohlstands zu sorgen.
(Angaben in Prozent)

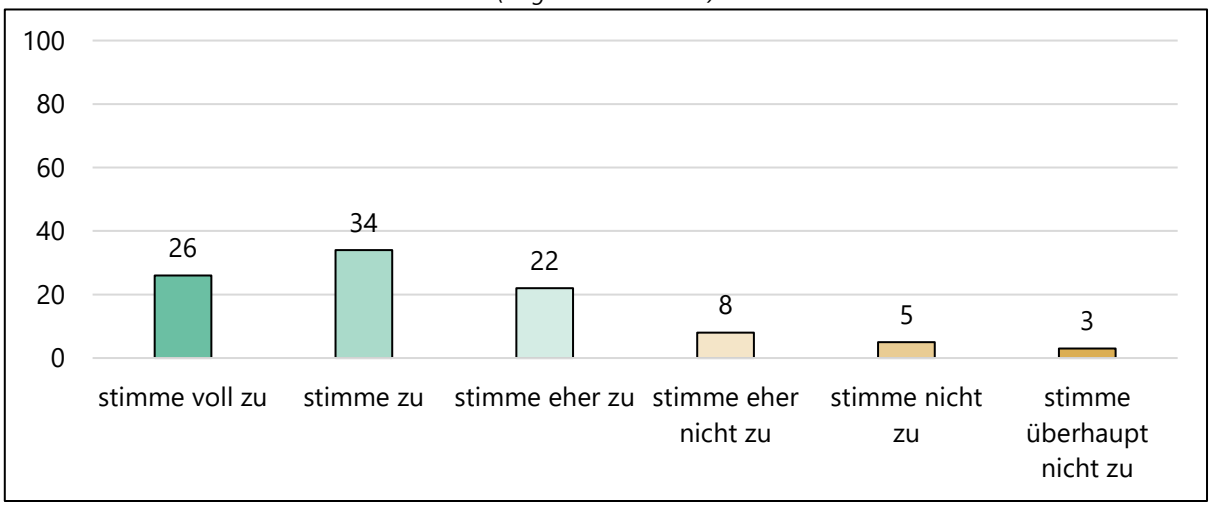


Abbildung 43: Sozialstaatsprinzip

Dass sich die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer mehrheitlich am Gemeinwohl orientieren (Abbildung 41), korrespondiert mit einem entsprechenden Rollenanspruch an den Staat. Obwohl das Leistungsprinzip weite Unterstützung erfährt, gehen die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer mehrheitlich nicht davon aus, dass Leistung allein hinreichend für eine faire Verteilung des Wohlstandes ist. Entsprechend hoch ist die Unterstützung für den Sozialstaat, von dem von 82 Prozent eine aktive Gewährleistung von gerechter Wohlstandsverteilung erwartet wird (Abbildung 43). Damit entfaltet sich eine politische Kultur in Rheinland-Pfalz, die in ökonomischer Hinsicht zwar das Leistungsprinzip mehrheitlich hochhält, den Staat aber als Garant für die Wohlstandsverteilung begreift. Damit wird dem Staat in Bezug auf Sozialstaatsfragen mehrheitlich eine Lenkungs-, nicht aber unbedingt eine Verteilungsaufgabe zugewiesen. Dass der Staat keine oder kaum Verantwortung hinsichtlich sozialer Fürsorge und Verteilungsgerechtigkeit hat bzw. übernehmen sollte, meinen nur 16 Prozent.

Es ist die Aufgabe des Staates, für soziale Gerechtigkeit und eine faire Verteilung des Wohlstands zu sorgen.
(Angaben in Prozent)

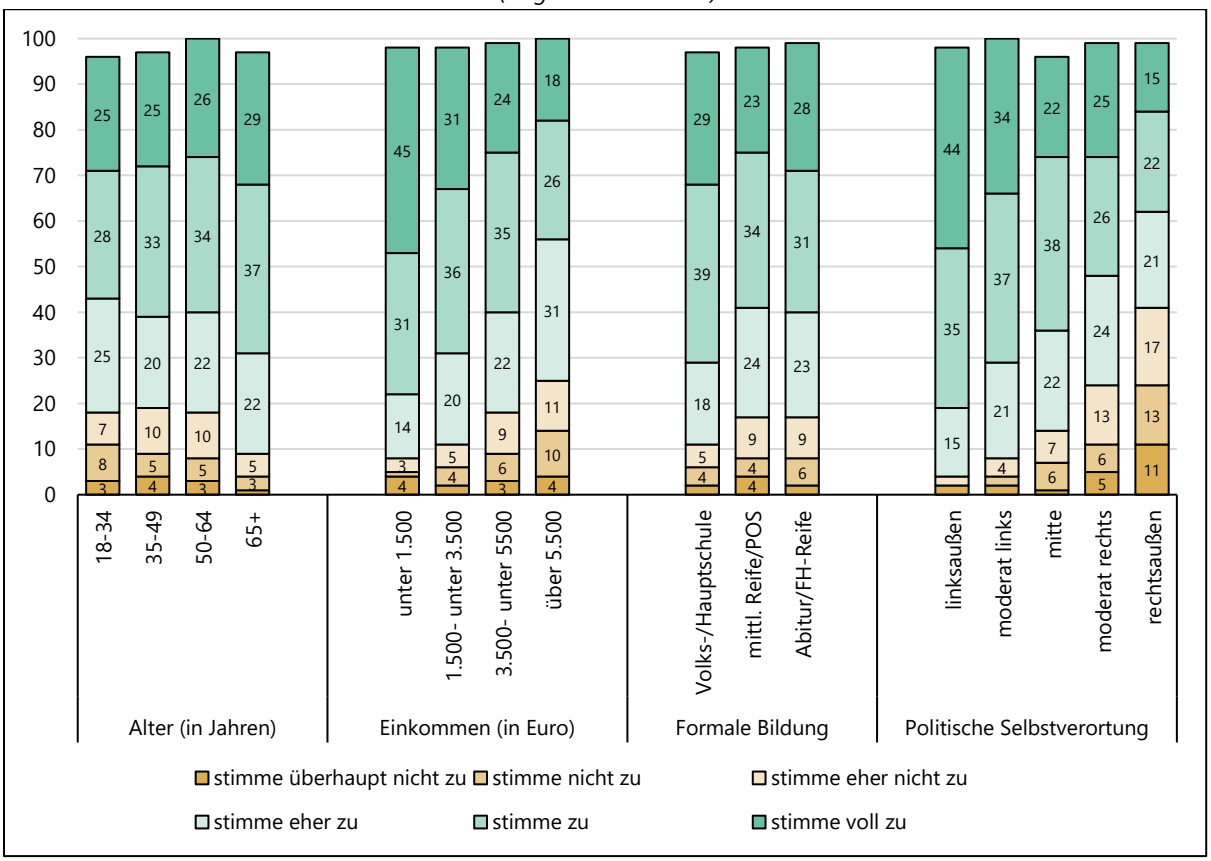


Abbildung 44: Sozialstaatsprinzip nach Gruppen

In der Differenzierung nach soziodemographischen Merkmalen zeigt sich, dass es unterschiedliche Einstellungen dazu gibt, inwiefern dem Staat eine interventionistische Rolle zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit zukommt. Entlang von Altersunterschieden ergeben sich nur geringfügig unterschiedliche Meinungen. Die meisten Altersgruppen zeigen eine

einheitliche Meinung auf, während die älteste Kohorte über 65 Jahren eine leicht größere Überzeugung sozialstaatlicher Notwendigkeit artikuliert (Abbildung 44). Entlang der formalen Bildungshintergründe der Reinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer zeigt sich nur dahingehend ein Unterschied, dass jene mit einem Volks- bzw. Hauptschulabschluss eine größere Überzeugung des Bedarfs sozialstaatlicher Aktivität aufweisen. Erheblich stärker fällt diese Meinung entlang der Einkommensgruppen und der politischen Selbstverortung aus. Je höher die Einkommensgruppe, desto geringer wird dem Staat die Aufgabe zugesprochen, interventionistisch aufzutreten und für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Dass zwischen der Zustimmung in der niedrigsten und höchsten kategorisierten Einkommensgruppe 15 Prozent liegen, zeigt, dass der Solidargedanke über Einkommensgrenzen hinweg leicht abnimmt und keine allgemein gleichermaßen geteilte Annahme ist – wenngleich dennoch auch in der höchsten Einkommensgruppe zu 75 Prozent eine Befürwortung des Sozialstaates gegeben ist. Die größten Differenzen in Bezug auf den Sozialstaat ergeben sich entlang der politischen Einstellung. Im politischen Spektrum nimmt die Unterstützung für den Sozialstaat kontinuierlich ab. Während Personen am linksäußeren Spektrumsrand noch zu 94 Prozent den Sozialstaat befürworten, tun dies Personen am rechtsäußeren Rand nur noch zu 58 Prozent.

Wer sich anstrengt im Leben, bekommt seinen gerechten Anteil. (Angaben in Prozent)

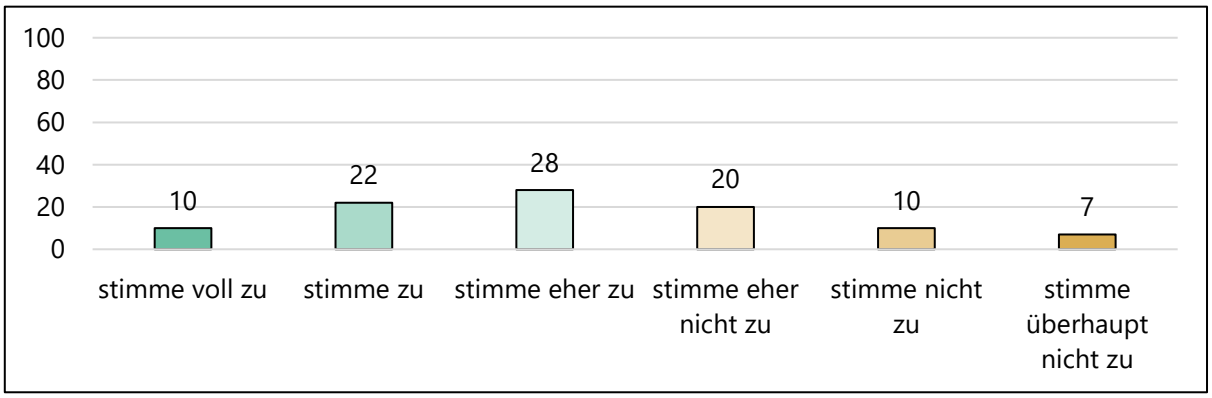


Abbildung 45: Meritokratisches Prinzip

Mit Blick auf Überzeugungen gegenüber Verteilungs- und Chancengerechtigkeit ergibt sich für eine demokratische Gemeinschaft die Frage, inwiefern sie der Überzeugung ist, selbst Anteil oder sogar die Kontrolle am eigenen wirtschaftlichen Wohlergehen zu haben. Die Partizipationsrechte einer Demokratie sind schließlich normativ unter anderem mit dem Anspruch verbunden, sich frei entwickeln zu können und für sich selbst Verantwortung übernehmen zu können. Bedingung hierfür ist, dass eine in diesem Sinne erbrachte Leistung den Effekt der Existenzsicherung sowie Wohlstandsmehrung mit sich bringt. Die Überzeugung, dass sich Anstrengungen individuell lohnen, hängt inkrementell mit

Gerechtigkeitsempfindungen zusammen, die sich wiederum mit Legitimitätsüberzeugungen gegenüber dem wirtschaftlichen und schließlich auch politischen System verbinden. Insofern drückt das meritokratische Prinzip einen emanzipativen Anspruch aus: Gesellschaftliche Positionen und persönlicher Wohlstand sollen Resultat individueller Leistung sein und nicht abhängig von Herkunft, Vermögen, Geschlecht oder persönlichen Beziehungen sein, sondern von Bildungserfolgen, Qualifikationen, Anstrengungen, Talent und Produktivität. Das Leistungsprinzip hat dabei weniger zum Ziel, sozialer Ungleichheit zu begegnen, sondern Ungerechtigkeitsempfindungen, die in der Geschichte z. B. durch (aristokratische) Ständegesellschaften verbreitet waren, entgegenzuwirken. Entsprechend ist die Abfrage nach der Überzeugung von der Geltung des meritokratischen Prinzips ein Indikator für Gerechtigkeit im ökonomischen Sinne. Gleichzeitig stellt es einen Hinweis dafür bereit, wie sehr die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer die eigene ökonomische Position als selbstkontrolliert empfinden. Mit 37 Prozent sind knapp über ein Drittel der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer der Überzeugung, dass Anstrengung (eher) nicht zu einer gerechten Verteilung von Gütern führt (Abbildung 45). Auf der anderen Seite sind zwar 60 Prozent (eher) der Überzeugung, dass dies gegeben ist, allerdings fällt die Überzeugung ohne betonten Nachdruck aus, sodass sich eine insgesamt mäßige Verbreitung der Überzeugung unter den Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzern erkennen lässt, dass der Leistungsgedanke reale Wirkung entfaltet.

Wer sich anstrengt im Leben, bekommt seinen gerechten Anteil. (Angaben in Prozent)

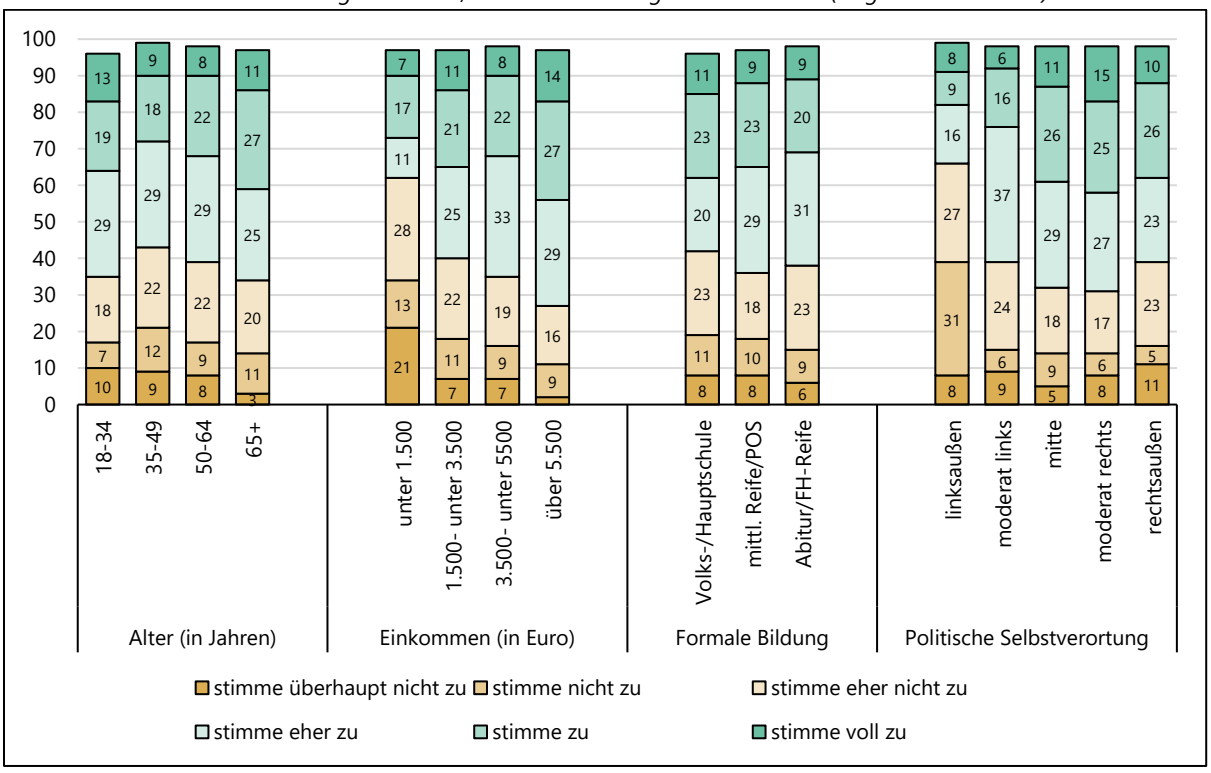


Abbildung 46: Meritokratisches Prinzip nach Gruppen

In der Betrachtung des Antwortverhaltens entlang verschiedener soziodemographischer Gruppen ist erkennbar, dass sich vor allem entlang dreier Merkmale Unterschiede im Überzeugungsgrad der Geltung des Prinzips ergeben: Einkommen, politische Einstellung und Geschlecht. Je geringer das Einkommen ist, desto weniger sind die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer der Überzeugung, dass Leistung zu einer gerechten Güterverteilung führt. Jene, die über ein Haushaltsnettoeinkommen von unter 1500 Euro pro Monat verfügen, glauben zu 62 Prozent (eher) nicht, dass Anstrengungen sich auszahlen (Abbildung 46). Über politische Einstellungsgruppen hinweg ergeben sich über das Spektrum mit nur einer Ausnahme wenig Unterschiede. Während von moderat links bis rechtsaußen eingestellte Personen mehrheitlich an das Leistungsprinzip glauben, zweifeln 66 Prozent der linksaußen stehenden Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer (teilweise) daran. Auch zwischen den Geschlechtern gibt es differierende Wahrnehmung von der Geltung des Leistungsprinzips: Männer stimmen im Vergleich zu Frauen signifikant häufiger und stärker der Aussage zu, dass derjenige seinen gerechten Anteil bekommt, der sich im Leben anstrengt. Während Männer dem mit 64 Prozent (eher) zustimmen, tun Frauen dies (eher) nur zu 56 Prozent.

Jeder ist nur für sich selbst verantwortlich. (Angaben in Prozent)

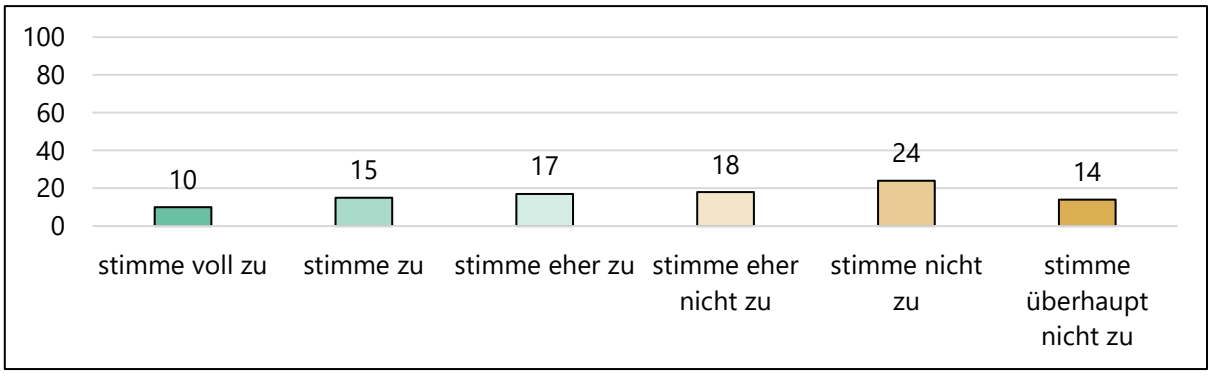


Abbildung 47: Selbstverantwortung

Die Frage, inwiefern die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer gemeinwohlorientiert sind (Abbildung 41), versucht zu erfassen, inwiefern ein politisches Denken aus kollektiver oder individueller Perspektive stattfindet bzw. als Richtgröße fungiert. Erfasst wird damit allerdings nicht, ob damit auch ein Verantwortungsgefühl einhergeht, das über sich selbst hinausgeht. Sich am Nutzen für die Gesamtgesellschaft zu orientieren, bedeutet schließlich noch nicht, sich selbst für ihr Wohlergehen zuständig zu sehen. Insofern stellt die Frage danach, ob die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer individuell nur für sich selbst verantwortlich seien, eine Anschlussfrage, um im engeren Sinne gesellschaftlichen Zusammenhalt und Solidarität zu erfassen. Hier ergibt sich ein gestreutes Bild. In breiter Verteilung werden

Verantwortungsräume sehr unterschiedlich bewertet. Zwar geht eine leichte Mehrheit (56 Prozent) davon aus, nicht nur für sich selbst verantwortlich zu sein, jedoch erstreckt sich die Zustimmung (ebenso wie die Ablehnung) in einem Kontinuum, in dem die Antwortoptionen ähnlich häufig gewählt werden (Abbildung 47). So lehnen mit 14 Prozent ähnlich viele Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer die reine Eigenverantwortung genauso vehement ab, wie 10 Prozent sie entschieden befürworten.

Jeder ist nur für sich selbst verantwortlich. (Angaben in Prozent)

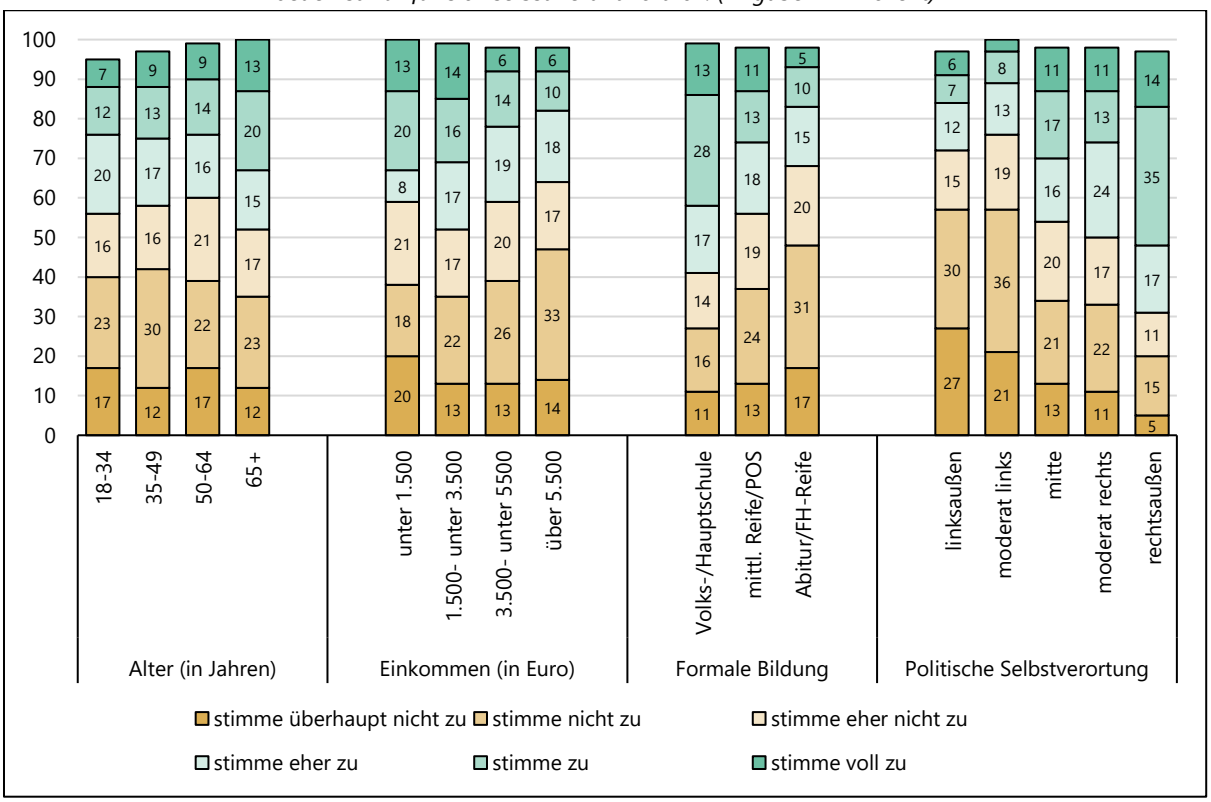


Abbildung 48: Selbstverantwortung nach Gruppen

Die Verbreitung der Überzeugung, nur für sich selbst verantwortlich zu sein, zeigt unterschiedliche Verteilung entlang der politischen Selbstverortung und entlang des Bildungsgrades. Während im politischen Spektrum moderat linke und linksaußen stehende Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer ausschließliche Selbstverantwortlichkeit zu 76 Prozent bzw. 72 Prozent ablehnen, nimmt der Wert entlang des politischen Spektrums kontinuierlich ab. Rechtsaußen stehende Personen lehnen ausschließliche Selbstverantwortlichkeit nur noch zu 31 Prozent ab (Abbildung 48). Auch entlang der formalen Bildungsabschlüsse der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer zeigen sich Unterschiede: Je niedriger der Schulabschluss, desto eher wird Verantwortung ausschließlich auf das Individuum bezogen.

Insgesamt zeigt sich in sozioökonomischen Fragen, dass das Antwortverhalten sich vor allem entlang von Unterschieden im formalen Bildungsgrad und im Einkommen auseinandergeht.

Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer mit geringerem Einkommen und formal niedrigerer Bildung sind erkennbar stärker zu Klassendenken, Sozialstaatsorientierung, Kapitalismuskritik und einem Solidargedanken neigen.

Soziokulturelle Einstellungen

Neben Einstellungen zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft zur Wirtschaft und damit einhergehenden Fragen unter anderem zu Gerechtigkeit, Verantwortung und Verteilung zeichnet sich eine politische Kultur auch durch eine Reihe von Eigenschaften aus, die das Verhältnis der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer zueinander beschreiben. Während oben dieses Verhältnis über ökonomische Zustände erfasst wurde, werden nun direkte soziale Bezüge zu den Mitgliedern der Gesellschaft hergestellt. Erheblicher Teil dieser politischen Einstellungsmuster betrifft die Frage nach der Verbreitung liberaldemokratischer und menschenfeindlicher Einstellungen. Hierin zeigt sich konkreter und auf persönlicher Ebene, wie stark der innere Zusammenhalt einer Gesellschaft ist. Zwei Drittel der Bevölkerung geben dabei an, ihren Mitmenschen im Wesentlichen (eher) vertrauen zu können (Abbildung 49). Das Drittel, das weniger vertrauensvoll in die Gesellschaft blickt, zeigt dabei kein entschiedenes Misstrauen. Nur 12 Prozent vertrauen den Mitmenschen in ihrer Umgebung (überhaupt) nicht.

Alles in allem kann man seinen Mitmenschen vertrauen. (Angaben in Prozent)

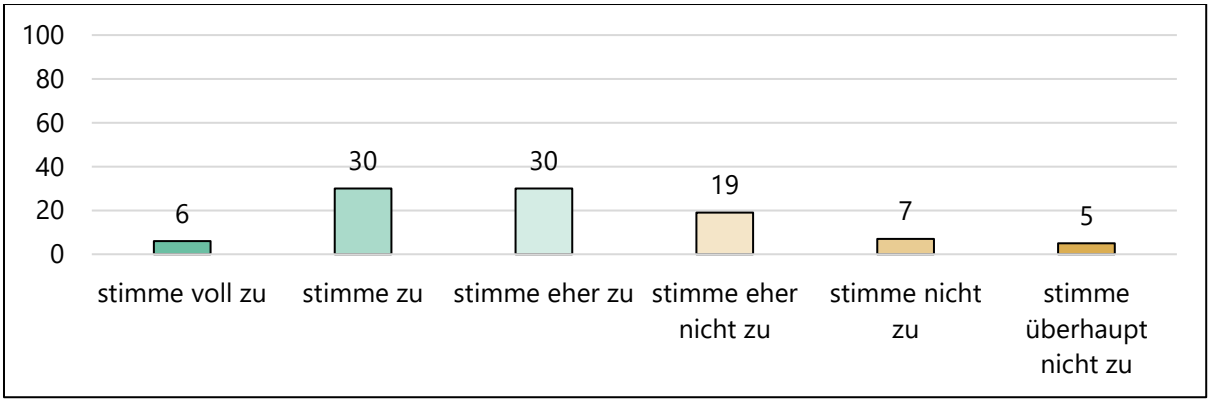


Abbildung 49: Vertrauen in Mitmenschen

Während entlang von Altersunterschieden sichtbar wird, dass mitmenschliches Vertrauen mit dem Alter leicht von 58 Prozent in der jüngsten Kohorte auf 76 Prozent in der ältesten steigt, fallen Vertrauenswerte mit sinkendem Einkommen und geringerer formaler Bildung sukzessive ab. Dem mehrheitlichen Vertrauen gegenüber Mitmenschen, das bei Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von über 5500 Euro bei 79 Prozent liegt, steht das kaum verbreitete Vertrauen in der niedrigsten Einkommensgruppe von 1500 Euro mit nur 45 Prozent entgegen.

Ähnliches wird entlang der Bildungsgrade erkennbar. Besonders stark fällt der Unterschied entlang der politischen Einstellung der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer aus. Wer sich politisch linksaußen oder moderat links versteht, vertraut mit 81 Prozent bzw. 83 Prozent seinen Mitmenschen erheblich mehr als jene die im Spektrum mittig (66 Prozent), moderat rechts (62 Prozent) oder rechtsaußen (44 Prozent) stehen.

Alles in allem kann man seinen Mitmenschen vertrauen. (Angaben in Prozent)

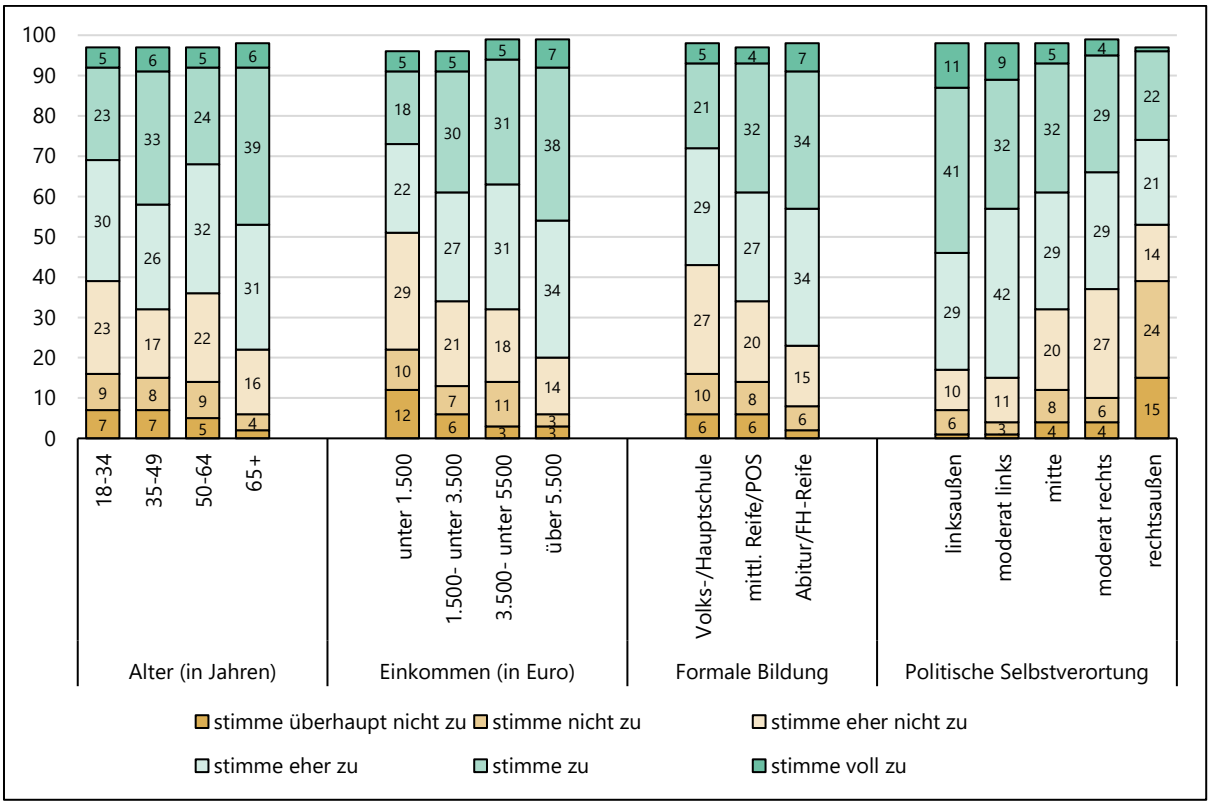


Abbildung 50: Vertrauen in Mitmenschen nach Gruppen

Ein klassisches Frageitem, um Rassismus zu erfassen, nimmt Ungleichwertigkeitsvorstellungen zwischen Menschen in den Blick und drückt dies durch die Überlegenheit durch von Hautfarben unterscheidbare Gruppenidentität aus. Die Aussage, dass Weiße zurecht[1] führend seien in der Welt, lehnen mit 48 Prozent knapp die Hälfte der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer entschieden ab; insgesamt lehnen 81 Prozent eine derartige Perspektive ab. Im Vergleich zum ersten Rheinland-Pfalz-Monitor zeigt sich, dass solche rassistischen Einstellungen zwar um 3 Prozentpunkte zugenommen haben, dies aber knapp im statistischen Toleranzbereich liegt, sodass dem keine belastbare Bewertung zugeschrieben werden kann. Entwicklungswerte im zukünftigen Monitoring werden mit zunehmenden Vergleichsdaten aussagekräftigere Tendenzaussagen ermöglichen können.

[1] „Zurecht" unterstellt hier keine tatsächliche Führungsrolle weißer Menschen, sondern spitzt die Rassismusfrage zu, indem nach deren Rechtmäßigkeit gefragt wird, ohne ihre Existenz vorauszusetzen.

Weiße sind in der Welt zurecht führend. (Angaben in Prozent)

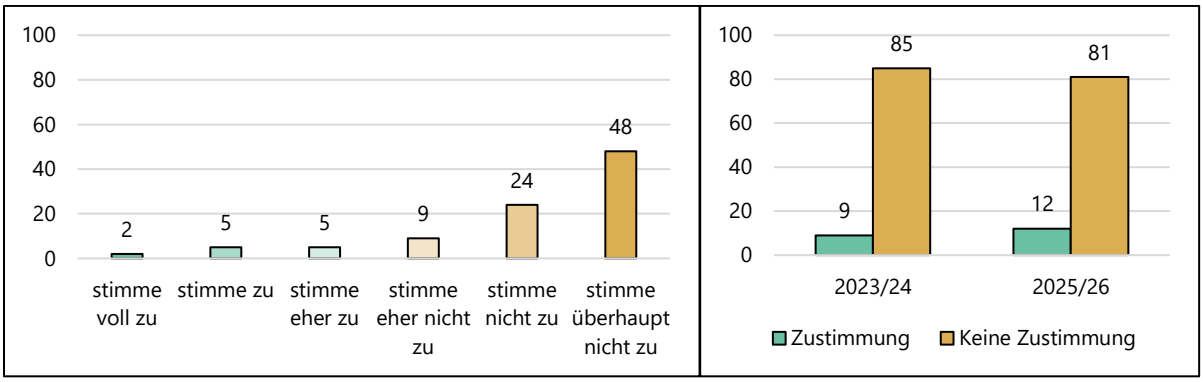


Abbildung 51: Rassismus

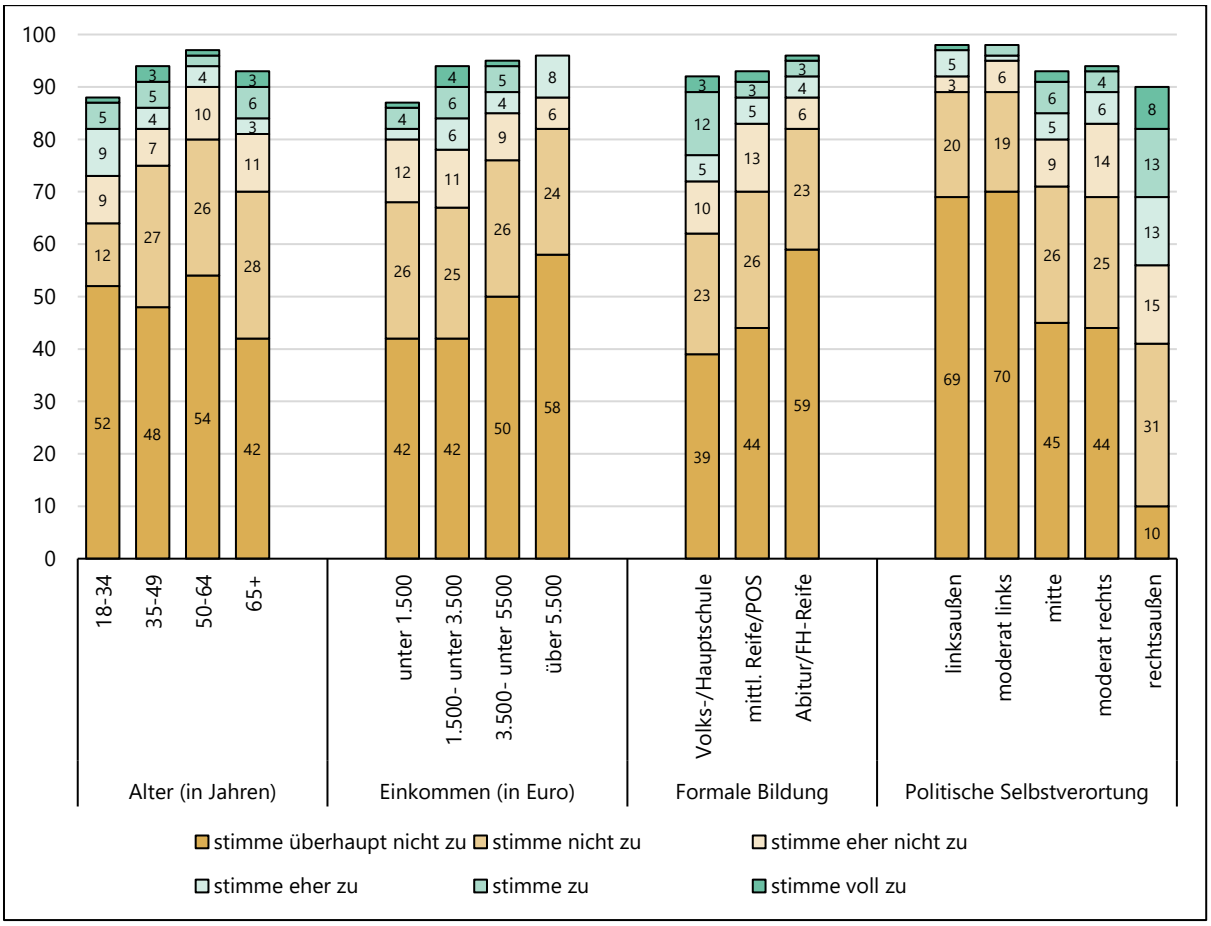


Abbildung 52: Rassismus nach Gruppen

Die große Ablehnung des zugespitzten Frageitems, das Rassismus konfrontativ erfassen will, hat den Nachteil, latenten Rassismus, der nicht intentional ist, schlecht zu erfassen. Dem wird im Folgenden weiter nachgegangen. Die direkte Konfrontation mit einer erkennbar rassistischen Aussage hat wiederum den analytischen Vorteil, nach soziodemographischen Gruppen Ausschau zu halten, die mit offen rassistischen Einstellungen wenig Berührungsängste zeigen. Die Unterschiede entlang der politischen Haltungen stechen heraus. Rechtsaußen stehende Personen lehnen die Aussage nicht nur im Vergleich am wenigsten ab, sondern

stimmen ihr mit 34 Prozent sogar (eher) zu. Dem gegenüber stehen jene moderat Rechte (11 Prozent (eher) Zustimmung) und jene in der Mitte (13 Prozent (eher) Zustimmung) sowie moderat Linke und Linksaußenstehende, die nur zu 3 bzw. 6 Prozent (eher) zustimmen.

Ebenfalls auffällig ist, dass das hohe Niveau der Ablehnung der abgefragten Aussage entlang von Einkommen und Bildungsgraden etwas abfällt je geringer diese werden. Liegt die Ablehnung in der höchsten Einkommensgruppe noch bei 88 Prozent, sind es in der niedrigsten nur noch 80 Prozent. Während diejenigen mit der formal höchsten Schulbildung die Aussage zu 88 Prozent ablehnen, sind es unter jenen mit der niedrigsten nur noch 72 Prozent.

An deutsche Leistungen reichen die Leistungen anderer Völker nicht heran. (Angaben in Prozent)

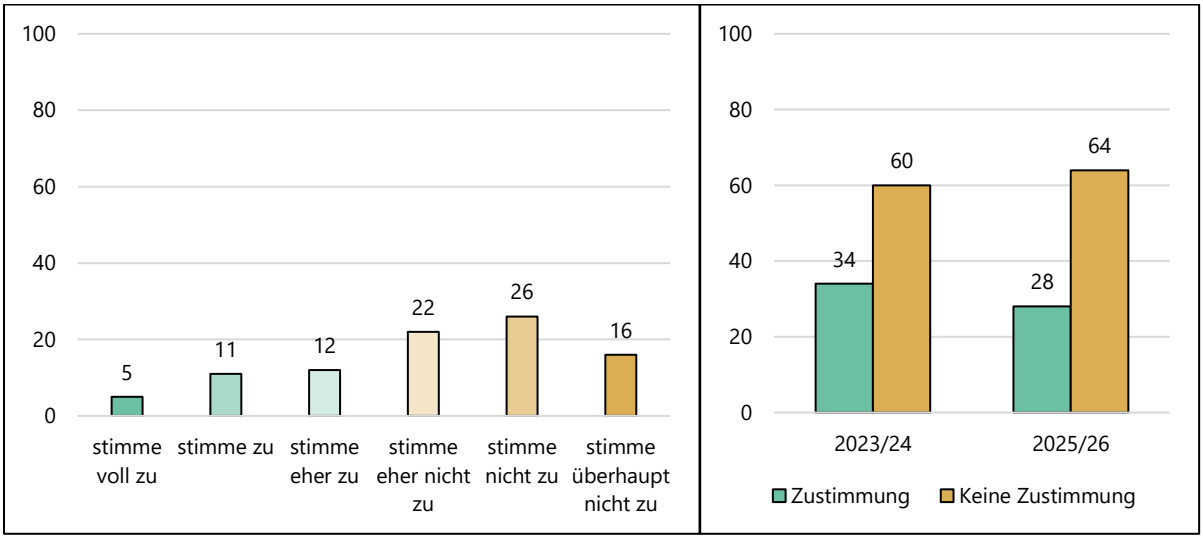


Abbildung 53: Nationalchauvinismus

Antidemokratische Einstellungen können sich in vielerlei Einstellungsmerkmalen niederschlagen. Speziell rechtsextreme Haltungen manifestieren sich in mehreren Dimensionen. Neben dem Rassismus kann auch der Nationalismus eine Quelle von Ungleichwertigkeitsdenken sein – zumindest dann, wenn die eigene Nation nicht nur Ausgangslage politischen Denkens ist, sondern die Nation gleichzeitig als höherwertig als andere verstanden wird. Um Nationalchauvinismus zu erfassen, wird nach der Unterstützung für die Aussage gefragt, dass die Leistung anderer Völker nicht an die der Deutschen heranreiche. Kulturleistungen zu hierarchisieren, bringt eine kollektive Ungleichwertigkeitsvorstellung zum Ausdruck, die Bestandteil rechtsextremen Gedankenguts ist (Stöss 2010: 58f). Anders als rassistische Einstellungen sind nationalistische etwas verbreiteter unter den Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzern. Zwar lehnt eine Mehrheit von 64 Prozent die Perspektive ab, als Nation mehr geleistet zu haben als andere, allerdings mit weniger Nachdruck als dies noch in der Abfrage rassistischer Aussagen der Fall war (Abbildung

51). Eine (tendenzielle) Zustimmung findet sich unter 28 Prozent der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer. Seit der Erhebung des ersten Rheinland-Pfalz-Monitors 2023 haben die nationalistischen Einstellungen um 6 Prozentpunkte leicht abgenommen.

An deutsche Leistungen reichen die Leistungen anderer Völker nicht heran. (Angaben in Prozent)

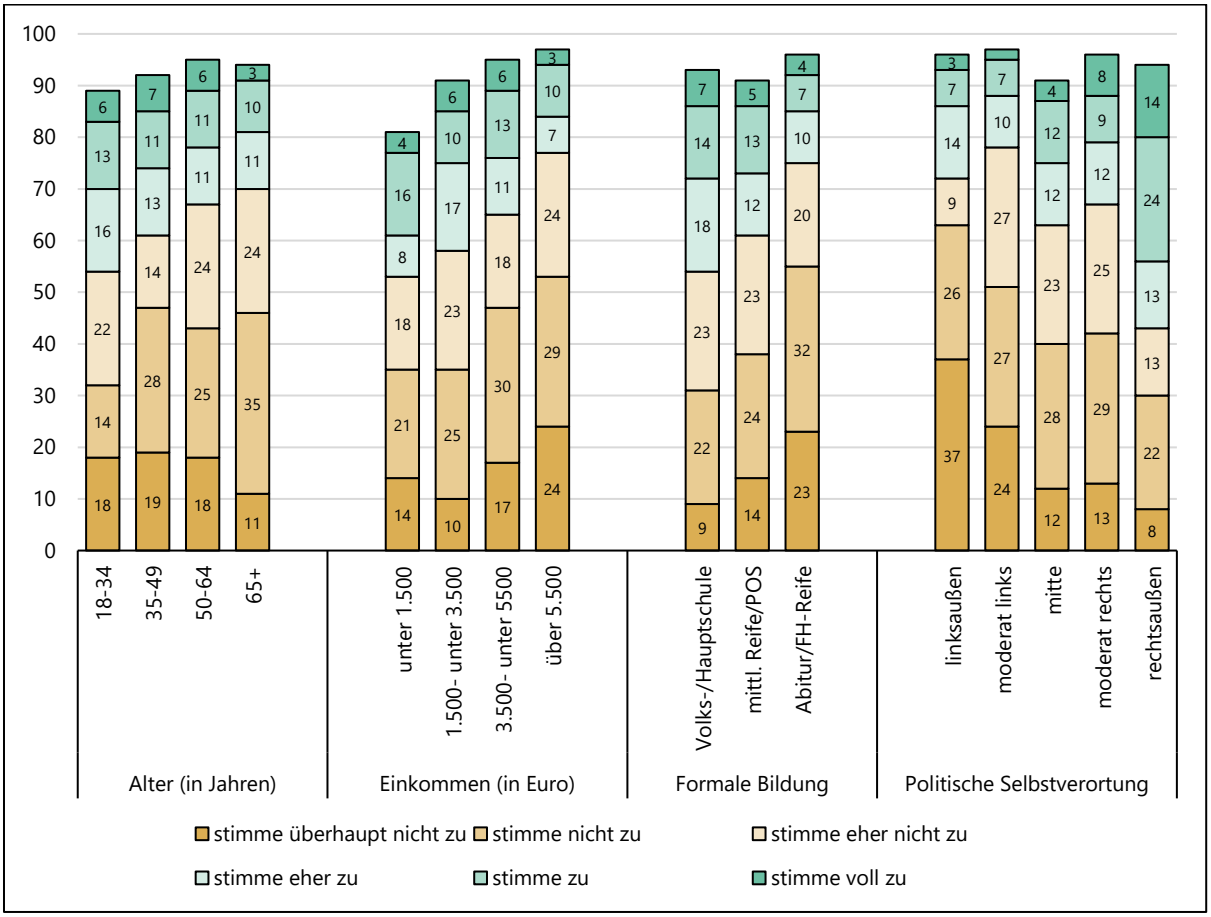


Abbildung 54: Nationalchauvinismus nach Gruppen

Nationalismus ist unter den Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzern allerdings nicht gleichmäßig verteilt: Je jünger die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer sind, desto eher werden nationalchauvinistische Einstellungen geteilt. Die älteste Kohorte der über 65-Jährigen teilt sie mit 24 Prozent um 11 Prozentpunkten weniger als die jüngste Kohorte der 18- bis 34-Jährigen (Abbildung 54). In den Einkommensgruppen zeigt sich ebenso ein starker Unterschied: In der niedrigsten Einkommensgruppe werden nationalistische Gedanken zu 28 Prozent um 8 Prozentpunkte mehr vertreten als in der höchsten Einkommensgruppe. Auffällig ist dabei, dass in der Abfrage zur Zustimmung zu der Aussage überdurchschnittlich viele Befragte nicht antworten können: In der niedrigsten Einkommensgruppe antworten 16 Prozent „weiß nicht".

Analog zur zunehmenden Verbreitung nationalistischer Einstellungen mit sinkendem Einkommen zeigt sich eine steigende Unterstützung mit niedrigerem formalem Bildungsgrad. Jene Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer mit Hochschulreife denken mit 21 Prozent um 18

Prozentpunkten weniger nationalistisch als jene mit Volks-/Hauptschulabschluss. Auch die Verteilung nationalistischer Einstellungen im politischen Spektrum weist erhebliche Unterschiede auf. Dass die Zustimmung zur Frage nach der höheren Leistung Deutschlands im Vergleich mit anderen Völkern unter rechtsaußen stehenden Personen mit 51 Prozent deutlich am weitesten verbreitet ist, zeigt, dass das Frageitem funktioniert, um rechtsradikale und -extremistische Einstellungen zu erfassen. Diskontinuierlich nimmt die Zustimmung im Spektrum nach links wandernd ab, wobei sich die geringste Zustimmung nicht unter jenen am weitesten linksstehend findet (24 Prozent), sondern unter moderat Linken (19 Prozent).

In der Gesellschaft sollte sich der oder die Stärkere durchsetzen. (Angaben in Prozent)

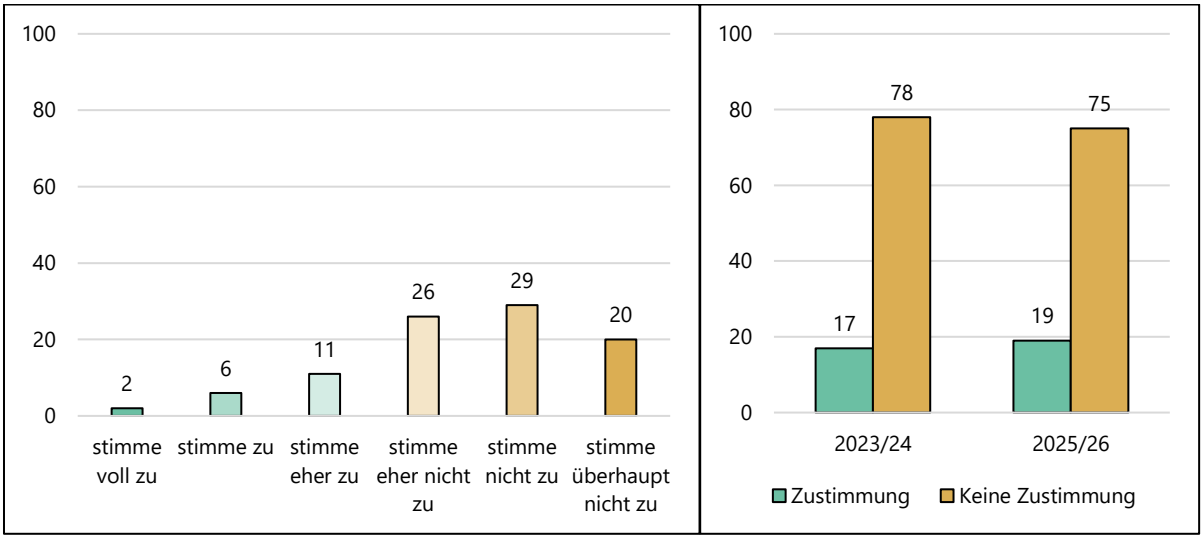


Abbildung 55: Sozialdarwinismus

Wie sehr eine politische Kultur sich offen für rechtsautoritäre Einstellungen zeigt, äußert sich in einem weiteren Frageitem in der Auffassung darüber, ob Menschen gleichwertig sind oder ob Ungleichwertigkeit eine Kategorie politischen Denkens ist, die durch Eigenschaften der Stärke und Schwäche bemessen wird. Hier zeigen die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer zu 75 Prozent (tendenzielle) Ablehnung (Abbildung 55). Die Zunahme der Zustimmung um zwei Prozentpunkte seit 2023 kann an statistischer Unschärfe liegen. Entsprechend scheint die Verbreitung sozialdarwinistischer Einstellungen in Rheinland-Pfalz innerhalb von zwei Jahren weitestgehend beständig geblieben zu sein. Auch wenn drei Viertel kein sozialdarwinistisches Denken zeigen, ist die Intensität der Ablehnung nicht so entschieden ausgeprägt wie z. B. in der Abfrage direkt rassistischer Items (Abbildung 51).

In der Gesellschaft sollte sich der oder die Stärkere durchsetzen. (Angaben in Prozent)

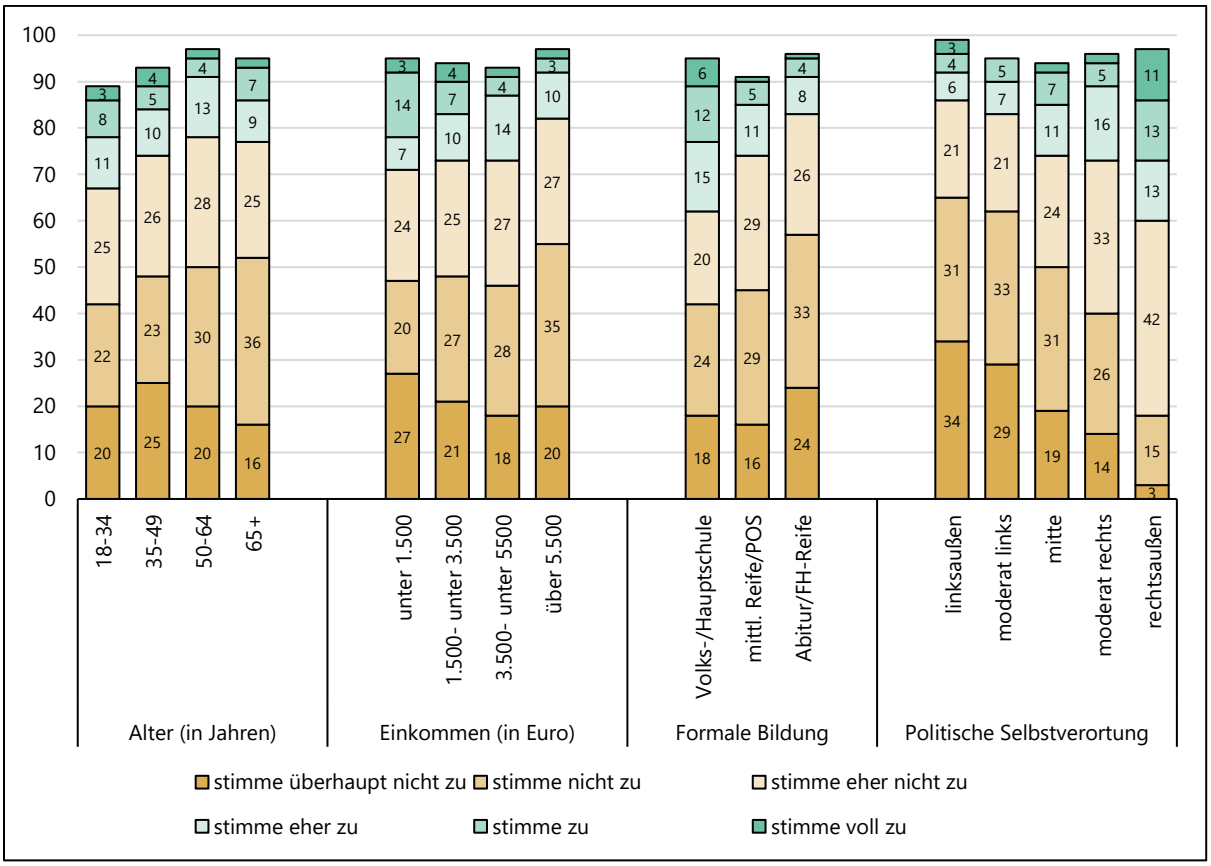


Abbildung 56: Sozialdarwinismus nach Gruppen

Durch die Ausrichtung der Frage auf die Erfassung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen ergibt sich im Antwortverhalten unter der differenzierten Betrachtung der politischen Lager der bestätigende Befund, dass sozialdarwinistisches Denken kontinuierlich im Spektrum von links nach rechts zunimmt. Während linksaußen zu 13 Prozent (eher) von der Norm der Durchsetzung Stärkerer überzeugt ist, ist dies rechtsaußen zu 37 Prozent der Fall.

Je älter die Kohorten sind, desto eher nehmen sozialdarwinistische Einstellungen ab – wenn auch nur im Umfang von 3 Prozentpunkten zwischen der jüngsten und ältesten. Auch zwischen den Einkommensklassen findet eine leichte Abnahme mit steigendem Gehalt von 9 Prozentpunkten zwischen der niedrigsten (24 Prozent) und der höchsten (15 Prozent) statt. Etwas größer ist die Abnahme mit steigendem formalem Bildungsabschluss: Während jene mit Volks-/Hauptschulabschluss zu 33 Prozent (eher) sozialdarwinistische Einstellungen zeigen, ist dies bei jenen mit Hochschulreife nur noch zu 13 Prozent gegeben.

Eine politische Kultur weist zahlreiche Einstellungen auf, die sich auf die Wahrnehmung von Identität beziehen. Diese ergibt sich u. a. aus der emotionalen Beziehung zur sozialen Umwelt. Diese kann nationalistisch aufgeladen sein und in autoritäres Denken kippen, wenn damit chauvinistische Einstellungen verbunden sind. Das Hochhalten des eigenen identifikatorischen

Bezugsraums – wie etwa die Nation – ist aber nicht grundsätzlich problematisch für demokratische Kultur. Um der Verbundenheit mit der eigenen Kultur auf die Spur zu kommen, eignet sich der im Vergleich mit dem Nationenbegriff neutral besetztere Begriff der Tradition besser. Aufgrund seiner Nähe zum Konservatismus eignet er sich, um den Bereich auszuloten, der demokratieverträglich ist, aber nicht per se in den Modus der Überhöhung der Eigengruppe verfällt. In Rheinland-Pfalz wird von 70 Prozent die Tradition (eher) hochgehalten (Abbildung 57). Dieser Wert ist im Vergleich zu 2023 um 3 Prozentpunkte gestiegen, liegt aber nur knapp über dem statistischen Schwankungsbereich.

Wir sollten uns auf unsere Traditionen besinnen. (Angaben in Prozent)

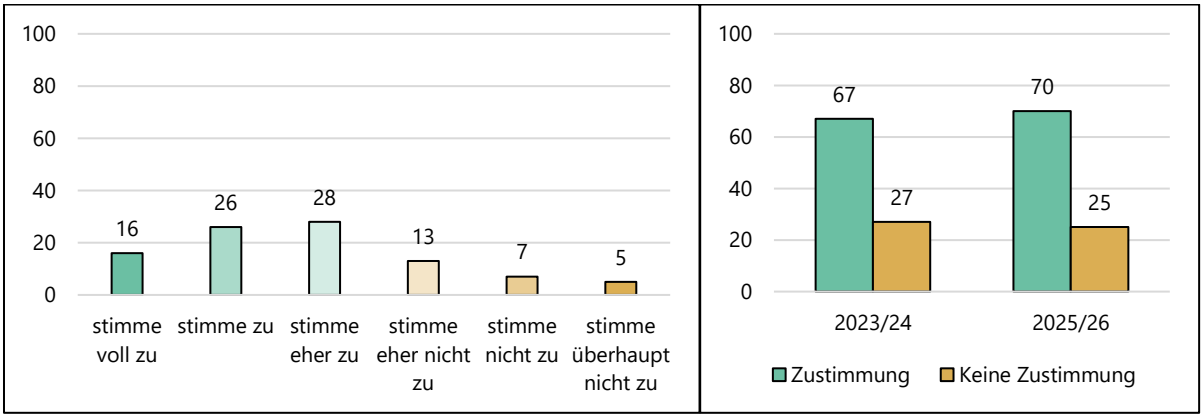


Abbildung 57: Traditionalismus

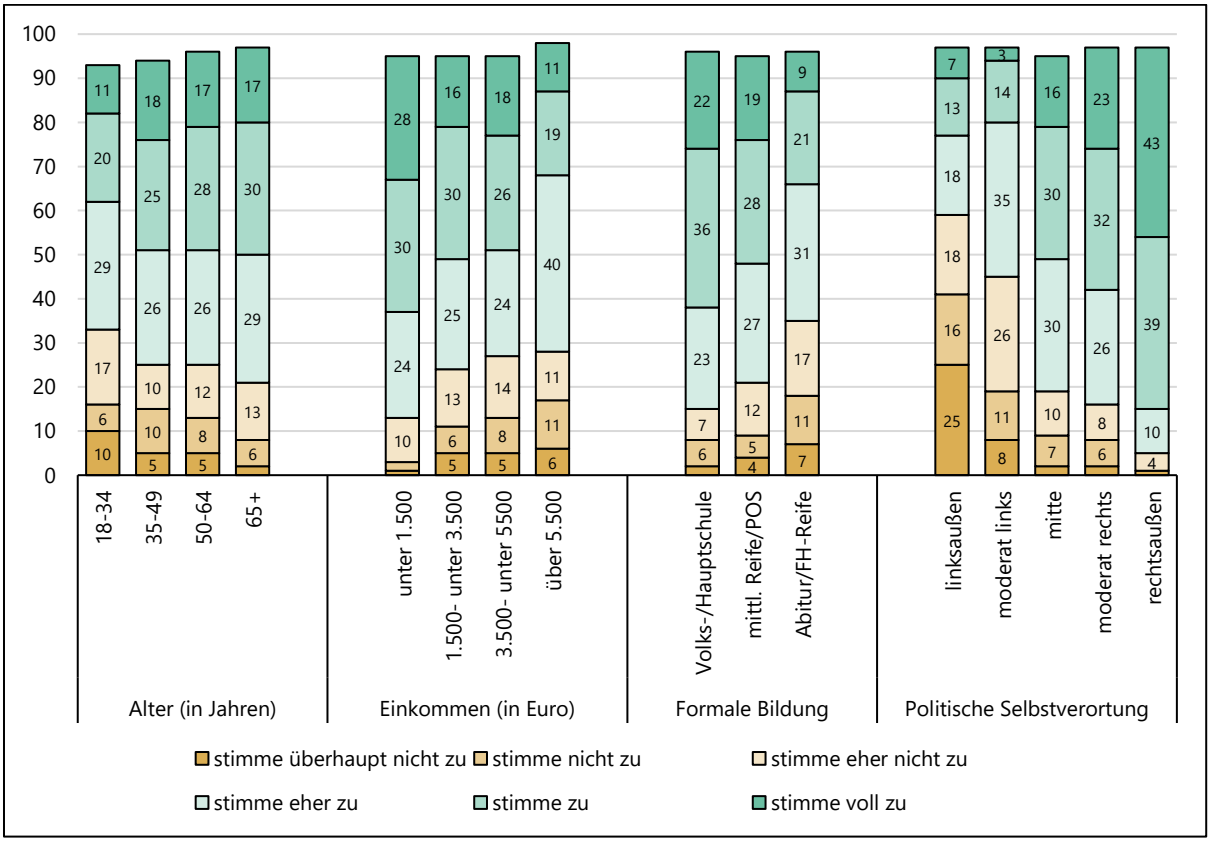


Abbildung 58: Traditionalismus nach Gruppen

Das Bedürfnis, die eigenen Traditionen hochzuhalten, ist unter den soziodemographischen Gruppen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Je älter die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer sind, desto mehr fühlen sie sich ihren Traditionen verbunden (Abbildung 58); hier ergibt sich ein Unterschied von 16 Prozent zwischen der jüngsten Kohorte (60 Prozent (eher) Zustimmung) und der ältesten (76 Prozent). Auch entlang von Bildungsgraden und Einkommensschichten ergeben sich erkennbare Unterschiede. Traditionen sind für niedrig verdienende Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer zu 82 Prozent (eher) wichtig; für die höchstverdienenden dagegen mit 70 Prozent ein Stück weniger. Dass Traditionsbewusstsein im politischen Spektrum nach rechts zunimmt, bestätigt die Charakteristik als typisch konservatives Merkmal. Von linksaußen nimmt der Traditionalismus sukzessive von 38 auf 92 Prozent im rechtsaußen Lager zu.

Eine wichtige Einstellungsdimension ergibt sich zur Vermessung politischer Kultur im Ausmaß der Verbreitung antisemitischer Einstellungen. Diese werden klassischerweise (Kreis 2007:15; Decker et al. 2024: 37) darüber gemessen, wie sehr eine Abneigung gegenüber Jüdinnen und Juden vorherrschend ist. Mit 85 Prozent lehnt ein entschiedener Großteil der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer Antisemitismus (eher) ab (Abbildung 59). Eine (volle) Zustimmung erhält er nur bei 5 Prozent. Im Vergleich zu 2023 hat der Grad der Ablehnung um 4 Prozentpunkte leicht abgenommen.

Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht zu uns. (Angaben in Prozent)

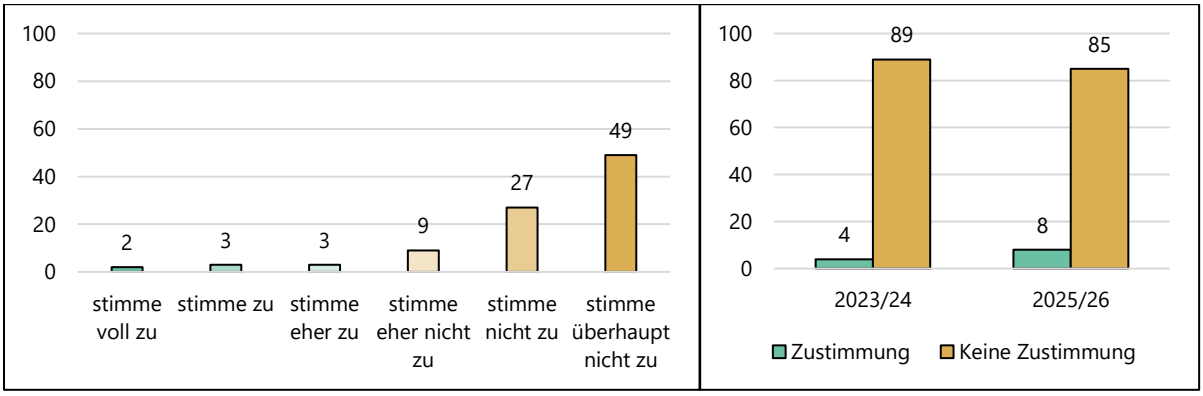


Abbildung 59: Antisemitismus

Die Verbreitung antisemitischer Einstellungen lässt sich insofern differenzierend beschreiben, als dass weniger die Nuancen der Verbreitung herausstechen – manifester Antisemitismus ist kein Massenphänomen –, sondern Tendenzen erkennbar werden, nach denen die Zustimmungsabstufungen darauf hinweisen, welche soziodemographischen Merkmale eine Verbreitung tendenziell vermehrend zur Folge haben (Abbildung 60). Hierbei sticht heraus, dass unter den Einkommensgruppen weniger ein unterschiedliches Ausmaß manifesten Antisemitismus feststellbar ist, sondern vielmehr die Fähigkeit die Frage zu beantworten mit

niedriger werdendem Einkommen sinkt: in der untersten Einkommensgruppe antworten 13 Prozent mit „weiß nicht". Gleiches ist entlang der schulischen Bildungsabschlüsse erkennbar. Ebenfalls fällt sowohl bei Einkommensgruppen als auch unterschiedlichen Bildungsgraden auf, dass der Grad der entschiedenen Ablehnung mit sinkendem Einkommen und Bildungsabschluss sinkt. Während in der höchsten Einkommensgruppe noch 57 Prozent überhaupt nicht zustimmen, sind es in der niedrigsten nur noch 37 Prozent. Zwischen den Bildungshintergründen halbiert sich die entschiedene Ablehnung von 63 auf 31 Prozent. Der insgesamt hohe Grad der Ablehnung antisemitischer Einstellungen sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine nuancierte Betrachtung durchaus erkennbar macht, dass die Intensität der Ablehnung nicht gleichermaßen verteilt ist.

Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht zu uns. (Angaben in Prozent)

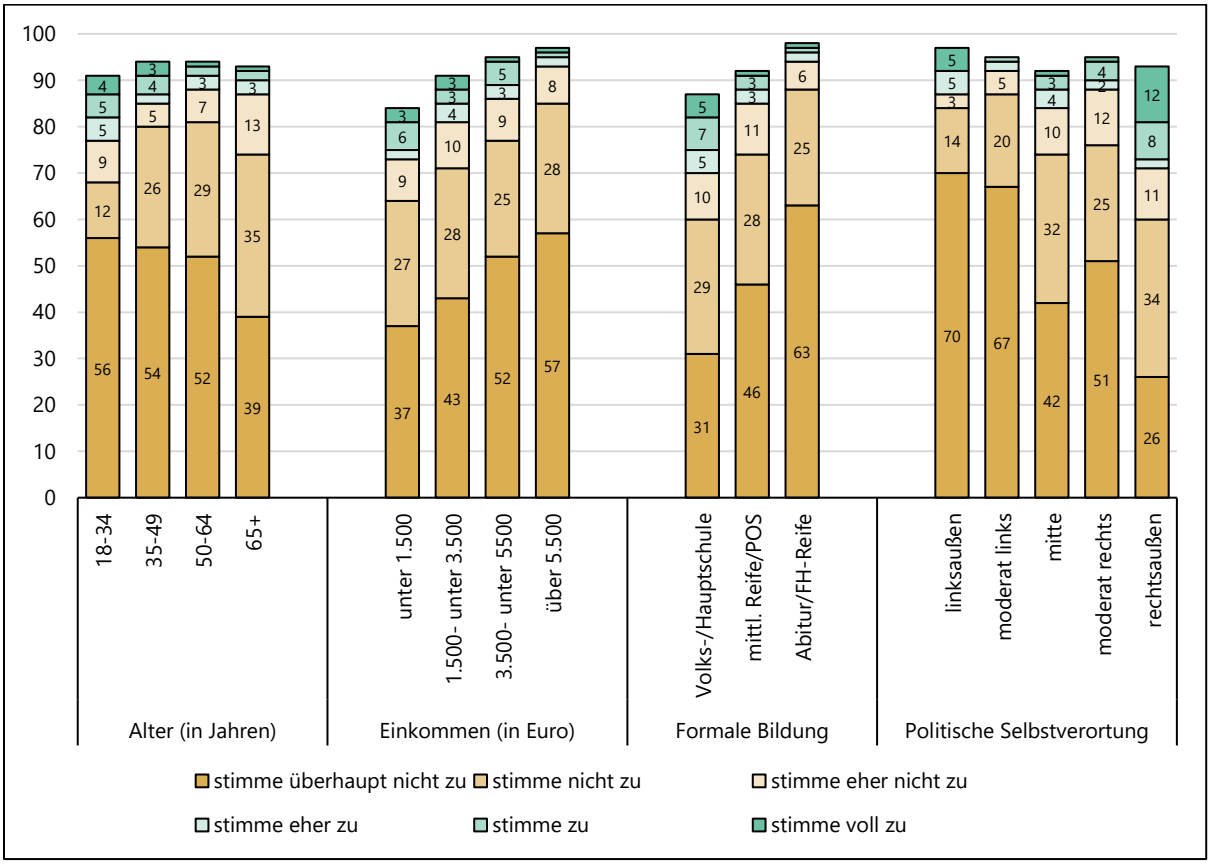


Abbildung 60: Antisemitismus nach Gruppen

Neben gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegenüber Jüdinnen und Juden wird auch nach der Verbreitung von Muslimfeindlichkeit als konkretisierte Form der Fremdenfeindlichkeit (Xenophobie) gefragt. Diese ist im Vergleich zu 2023 stabil geblieben – knapp zwei Drittel sehen in Musliminnen und Muslimen (eher) keine Bedrohung für die Stabilität und Sicherheit in Deutschland, ein Drittel sieht das (eher) gegeben (Abbildung 61). Dabei bilden sich keine polarisierten Meinungslager, sondern die Wahrnehmung zeigt sich breit gestreut.

Tendenzielle Unterschiede in der Verbreitung von muslimfeindlichen Einstellungen finden sich entlang von Einkommen, Bildung und politischer Position. Je höher die Einkommensstufe, desto geringer manifestiert sich eine Bedrohungswahrnehmung durch Musliminnen und Muslime. Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer der obersten Einkommensgruppe sind mit 27 Prozent um 17 Prozentpunkte weniger fremdenfeindlich gegenüber muslimischen Menschen als diejenigen der untersten Einkommensstufe mit 44 Prozent (Abbildung 62). Ein ähnlicher Unterschied zeichnet sich zwischen Bildungsgraden ab. Diejenigen mit Hochschulreife formulieren mit 23 Prozent um 16 Prozentpunkte geringeres Ressentiment als Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer mit einem Volks-/Hauptschulabschluss (39 Prozent).

Muslime sind eine Bedrohung für die Stabilität und Sicherheit in Deutschland. (Angaben in Prozent)

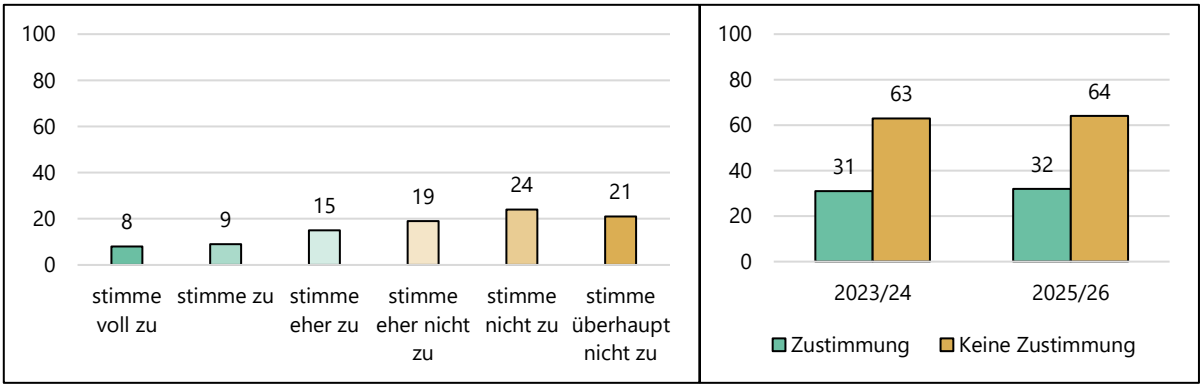


Abbildung 61: Xenophobie I: Muslimfeindlichkeit

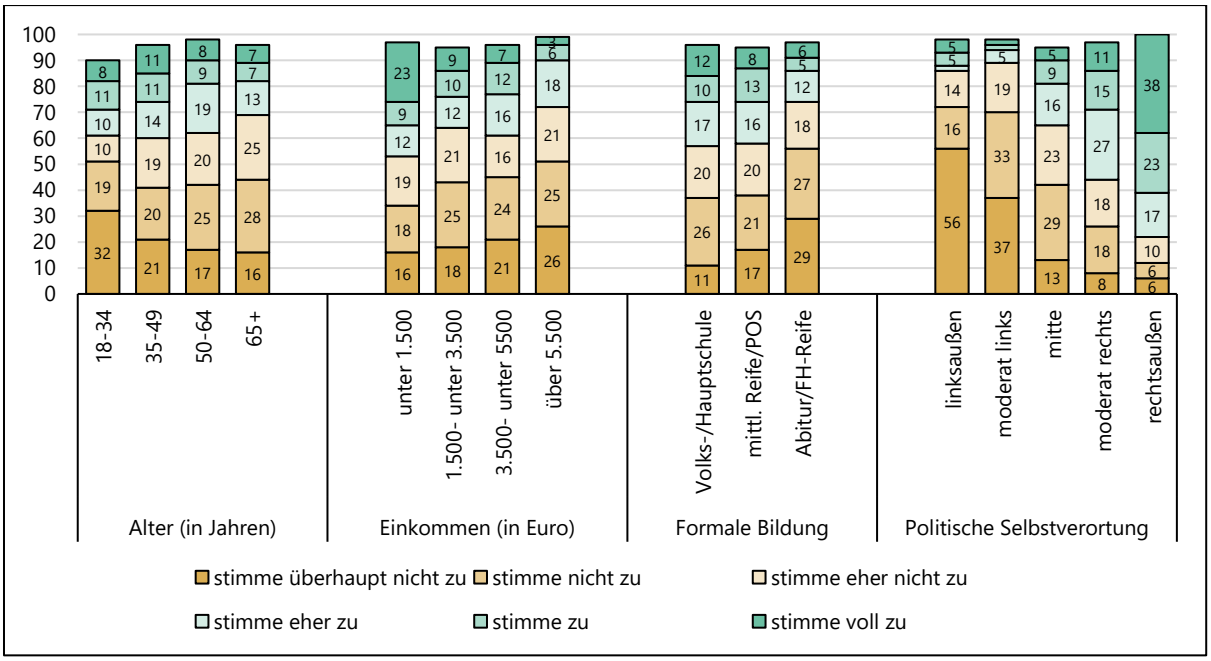


Abbildung 62: Xenophobie I: Muslimfeindlichkeit nach Gruppen

Die größten Unterschiede werden in der Betrachtung der Einstellungsverteilungen im politischen Spektrum sichtbar: Linksaußen formulieren 12 Prozent eine

Bedrohungswahrnehmung gegenüber Musliminnen und Muslimen. Dieser Wert wächst durch das Spektrum wandernd bis auf 78 Prozent im Rechtsaußenlager an.

Ausländer wollen den Sozialstaat ausnutzen. (Angaben in Prozent)

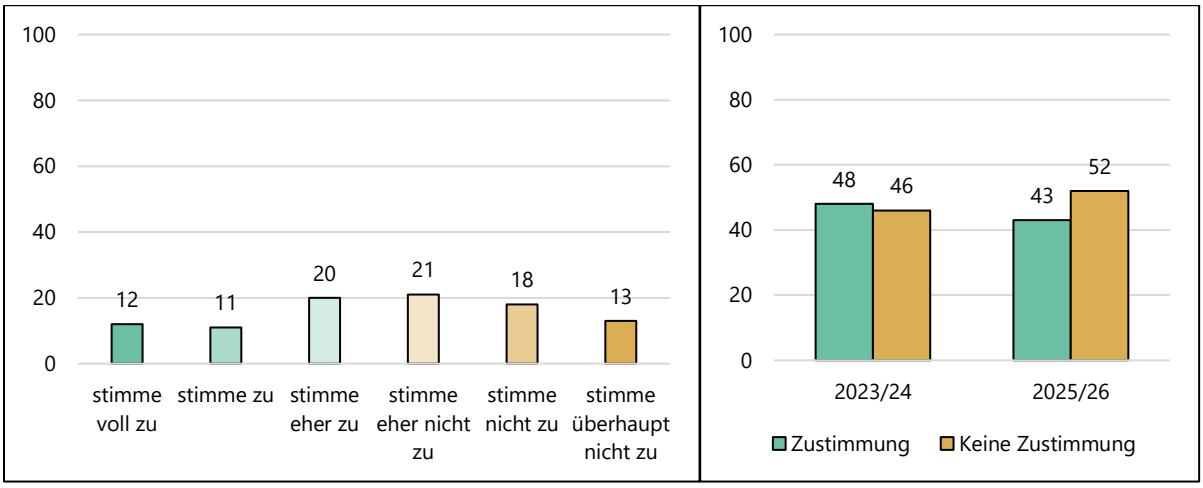


Abbildung 63: Xenophobie II: Ausnutzung des Sozialstaats

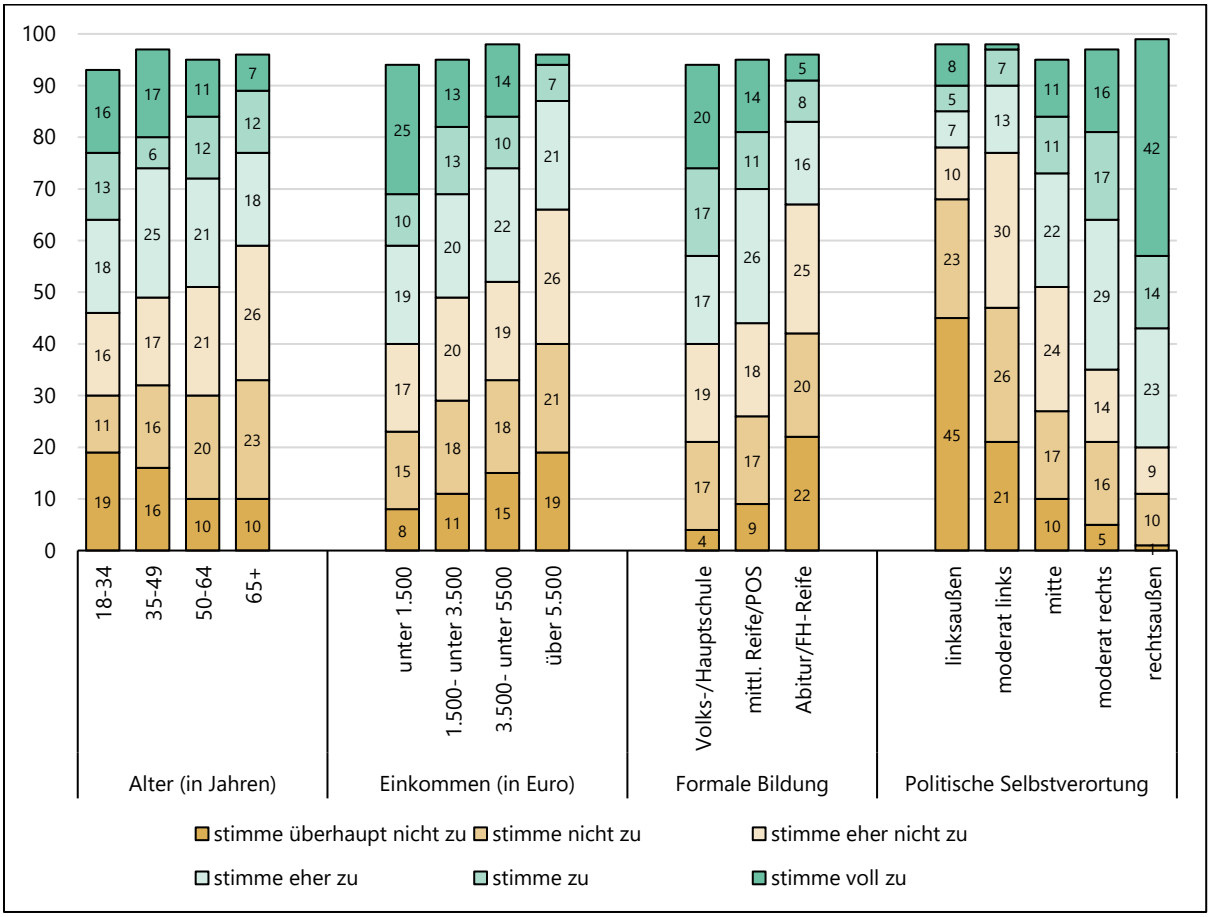


Abbildung 64: Xenophobie II: Ausnutzung des Sozialstaats nach Gruppen

Fremdenfeindlichkeit äußert sich nicht nur in der Benennung konkreter Minderheiten, sondern auch durch bestimmte Denkstrukturen. Die abgefragte Aussage „Ausländer wollen den Sozialstaat ausnutzen" beinhaltet eine soziale Distinktion, die auf einem dualistischen

Gesellschaftsbild von „Wir gegen die“ beruht, pauschalisiert das Verhalten einer ganzen Gruppe und trägt eine moralische Wertung in sich, die schließlich zur Abwertung führt und in eine fremdenfeindliche Haltung mündet. Dieses Frageitem testet Fremdenfeindlichkeit weniger konfrontativ, sodass latente Ressentiments hierbei eher zum Vorschein kommen. Es zeigt sich, dass die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer diesbezüglich sehr ungleiche Meinungen haben – knapp die Hälfte weist diese Form der Fremdenfeindlichkeit auf, die andere kaum bzw. nicht (Abbildung 63). Im Vergleich zu 2023 hat sich die Überzeugung, dass Ausländer den Sozialstaat ausnutzen wollen, um 5 Prozentpunkte verringert.

Ressentiments gegenüber Immigranten erweisen sich wie auch andere Frageitems, die zur Erfassung rechtsradikaler und -extremistischer Einstellungen dienen, als ungleich in mehreren sozialen Gruppen verteilt. Sie nehmen mit zunehmendem Alter ab – von 47 Prozent in der jüngsten Kohorte auf 37 Prozent in der ältesten (Abbildung 64). Gleiches gilt für die Merkmale von Einkommen und Bildung. Die Ressentiments nehmen von 54 Prozent in der geringsten Einkommensgruppe auf 30 Prozent in der höchsten um 24 Prozentpunkte ab. Auch ein erhöhter Bildungshintergrund reduziert Ressentiments: Pfälzerinnen und -Pfälzer mit einem Volks-/Hauptschulabschluss empfinden zu 54 Prozent eine Ausnutzung durch Ausländer. Dem stehen 29 Prozent entgegen, die eine Hochschulreife haben.

Wie auch zuvor zeigen sich die deutlichsten Unterschiede entlang der politischen Einstellungen: Linksaußen wird von 20 Prozent einem Ressentiment gefolgt, das im Spektrum kontinuierlich auf 79 Prozent zunimmt unter denjenigen, die rechtsaußen stehen.

Deutschland ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet. (Angaben in Prozent)

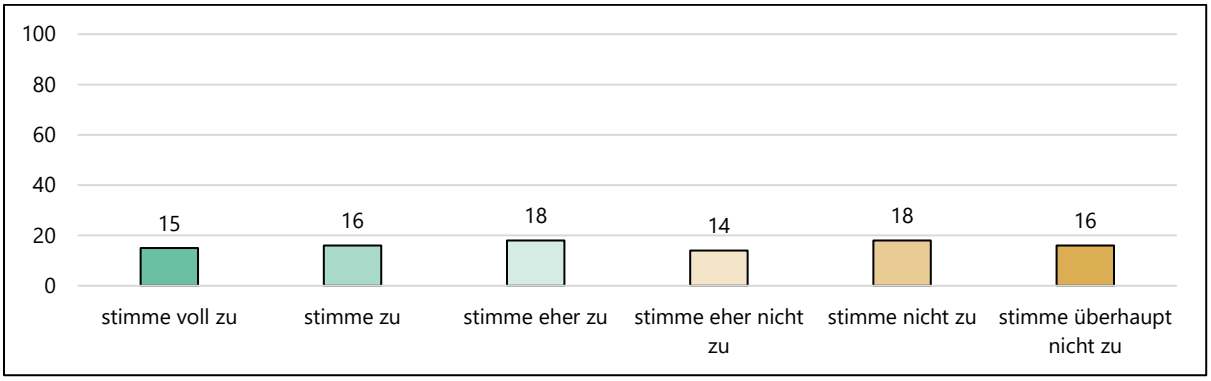


Abbildung 65: Überfremdungsgefühl

Das Maß einer gesellschaftlichen Kohäsion gestaltet sich nicht nur durch einen Gemeinsinn (Abbildung 41) und gesellschaftliches Selbstvertrauen (Abbildung 72), sondern auch durch das Gefühl, die Gesellschaft, mit der sich identifiziert wird, zu kennen. Die Empfindung durch Immigration in einer überwältigenden Weise mit einer sozialen Zusammensetzung konfrontiert

zu sein, die als fremd wahrgenommen wird, schwächt gesellschaftlichen Zusammenhalt. In radikaler Form führt diese Wahrnehmung zu einem Lagerdenken „Wir gegen die" und kann in menschenfeindliche Einstellungen übergehen. Diese Grenze wird durch das Frageitem abgefragt, ob die Aussage geteilt wird, dass Deutschland durch Immigration in einem gefährlichen Maß überfremdet sei. Die zugespitzte Wortwahl erfasst durch die Bewertung als „gefährlich" und als eine Entwicklung, die einen kritischen Punkt überschritten hat, die Grenze von Skepsis zur Ablehnung. In Rheinland-Pfalz zeigt sich ein sehr geteiltes Meinungsbild. Nahezu gleichverteilt wird die Aussage abgelehnt sowie ihr zugestimmt (Abbildung 65). Im Vergleich mit dem Rheinland-Pfalz-Monitor 2023, der die Frage etwas anders formulierte, lässt sich in dieser Frage keine Veränderungstendenz der Meinungslagen feststellen.

Deutschland ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet. (Angaben in Prozent)

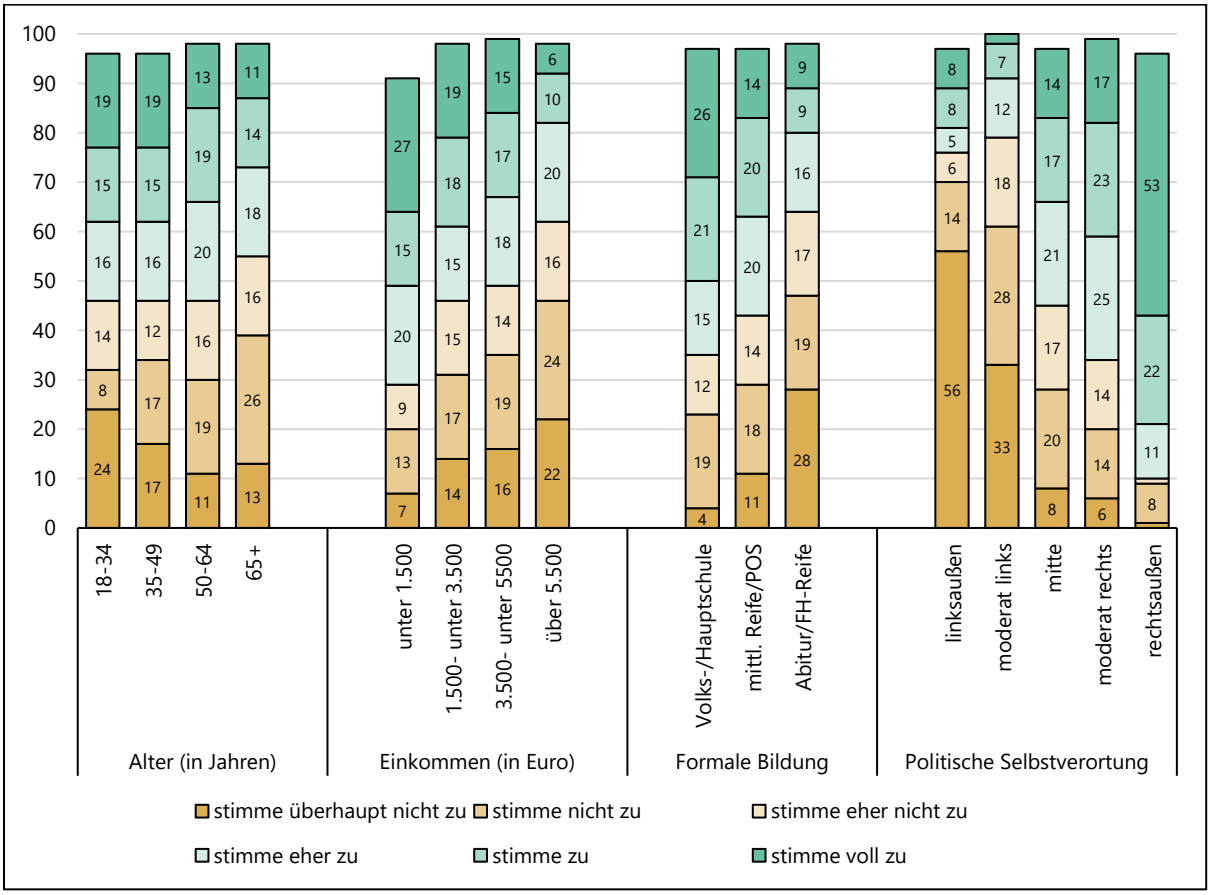


Abbildung 66: Überfremdungsgefühl nach Gruppen

Auch wenn das Gefühl einer gefährlichen Überfremdung im Gesamtantwortverhalten nahezu gleichermaßen mehr und weniger geäußert wird, lassen sich in der getrennten Betrachtung verschiedener Gruppen Einstellungsunterschiede ausmachen. Mit steigendem Einkommen und Bildungsabschluss sinkt das Gefühl einer Überfremdung. In der untersten Einkommensgruppe wird das Gefühl von 62 Prozent geteilt, in der obersten von 36 Prozent (Abbildung 66). Analog

hierzu steigt das Gefühl von 34 Prozent unter denjenigen Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzern mit Hochschulreife auf 62 Prozent unter denjenigen mit Volks-/Hauptschulabschluss.

Wie auch bei allen anderen Fragen, die Migration und soziale Zusammensetzung betreffen, eröffnet sich zwischen politischen Lagern der größte Dissens: Ein Überfremdungsgefühl artikulieren 21 Prozent der linksaußen stehenden Pfälzerinnen und -Pfälzer. Dieser Wert erhöht sich schrittweise auf 86 Prozent unter denjenigen am rechtsäußeren Spektrumsrand.

Zur Untersuchung xenophober Einstellungen wurde ein multiples lineares Regressionsmodell berechnet. Dieses ist statistisch signifikant und erklärt rund 62 Prozent der Unterschiede im Antwortverhalten (korrigiertes R^2 = 0,625). Damit weist das Modell eine hohe Erklärungskraft auf.

Wie aus der Abbildung 67 hervorgeht, stehen xenophobe Einstellungen insbesondere mit gesellschaftspolitischen Überzeugungen und der allgemeinen Bewertung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Verbindung. Personen, die eine Überlegenheit deutscher Leistungen gegenüber anderen Völkern annehmen, das gesellschaftliche Durchsetzungsvermögen der/des Stärkeren befürworten oder eine stärkere Rückbesinnung auf traditionelle Werte fordern, zeigen tendenziell ausgeprägtere xenophobe Einstellungen. Auch Sorgen vor Kriminalität im Alltag gehen mit einer stärkeren Ausprägung einher. Demgegenüber stehen eine höhere Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und eine positivere Bewertung der gesellschaftlichen Lage in einem deutlichen Zusammenhang mit geringeren xenophoben Einstellungen.

Eine weitere Unterscheidung zeigt sich bei der politischen Selbstverortung. Im Vergleich zu Personen der politischen Mitte weisen insbesondere Befragte, die sich (moderat) rechts oder rechtsaußen einordnen, stärkere xenophobe Einstellungen auf. Bei politisch (moderat) links und linksaußen orientierten Personen zeigt sich hingegen ein gegenläufiger Zusammenhang. Auch das politische Informationsverhalten weist gewisse Unterschiede auf: Die Nutzung von Messenger-Diensten geht tendenziell mit stärkeren xenophoben Einstellungen einher, während bei der Nutzung von Zeitungen und Zeitschriften sowie sozialen Medien eher schwach gegenläufige Zusammenhänge erkennbar sind.

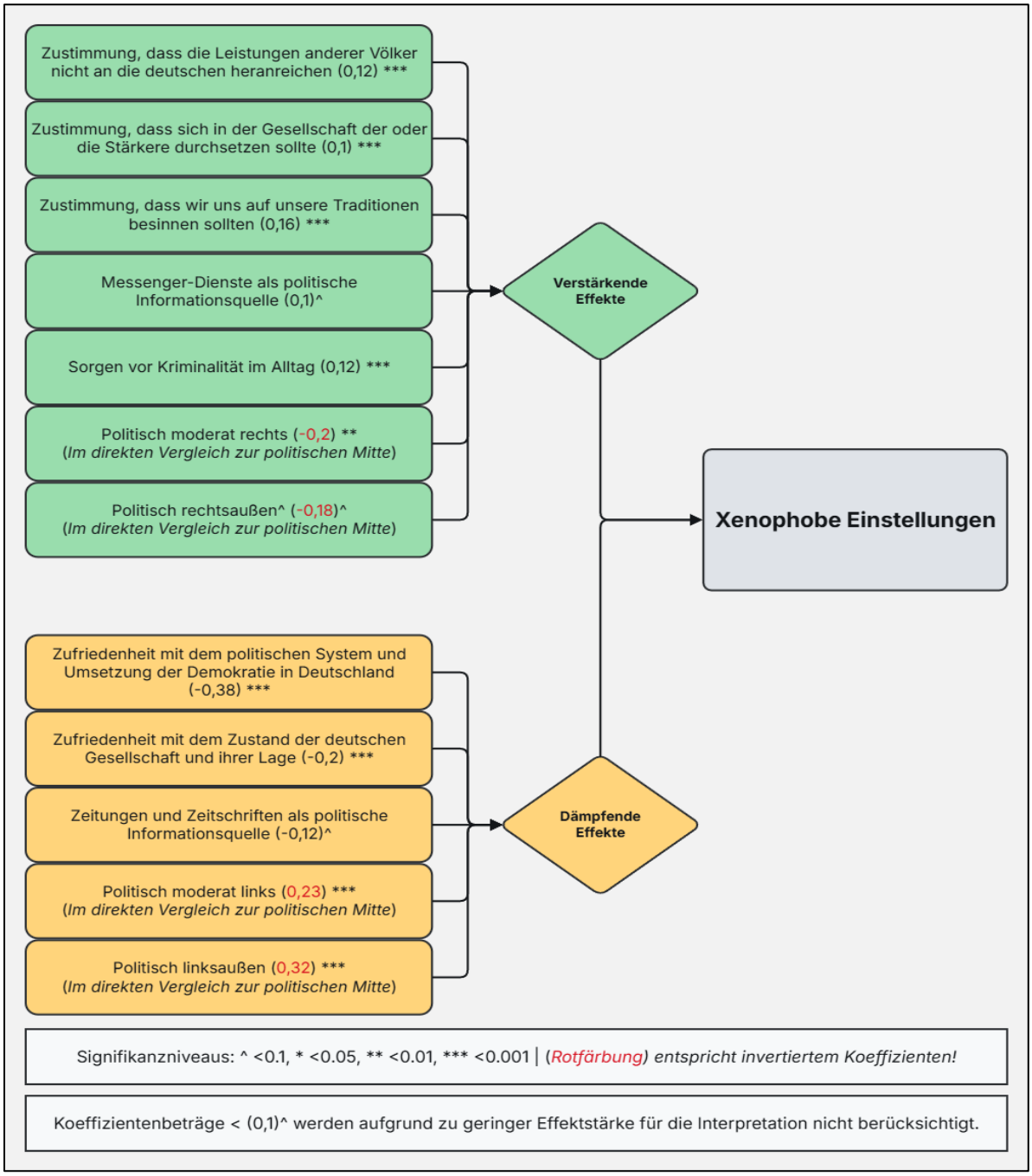


Abbildung 67: Regressionsmodell Xenophobie

Insgesamt verdeutlicht die Analyse, dass xenophobe Einstellungen besonders eng mit nationalistischen und traditionsorientierten Überzeugungen, gesellschaftlichen Unsicherheiten sowie einer kritischen Bewertung des politischen Systems verbunden sind. Das politische Informationsverhalten und das allgemeine politische Interesse scheinen demgegenüber eine untergeordnete Rolle einzunehmen.

Gesellschaftliche Lage und Zukunftsdiagnose

Weniger die politische Kultur an sich als vielmehr deren gegenwärtige Wahrnehmung durch die rheinland-pfälzische Bevölkerung steht im folgenden Abschnitt im Mittelpunkt. Ausgehend vom Gerechtigkeitsempfinden im Status quo richtet sich der Blick darauf, wie die gesellschaftliche Lage insgesamt bewertet wird und welche optimistischen oder pessimistischen Erwartungen sich mit ihrer zukünftigen Entwicklung verbinden.

Derzeitig wird Gerechtigkeit sehr unterschiedlich wahrgenommen – nahezu gleich viele Menschen empfinden (eher) ein allgemeines Gerechtigkeitsgefühl wie es Menschen gibt, die (eher) Ungerechtigkeit wahrnehmen (Abbildung 68).

In Deutschland herrscht Gerechtigkeit. (Angaben in Prozent)

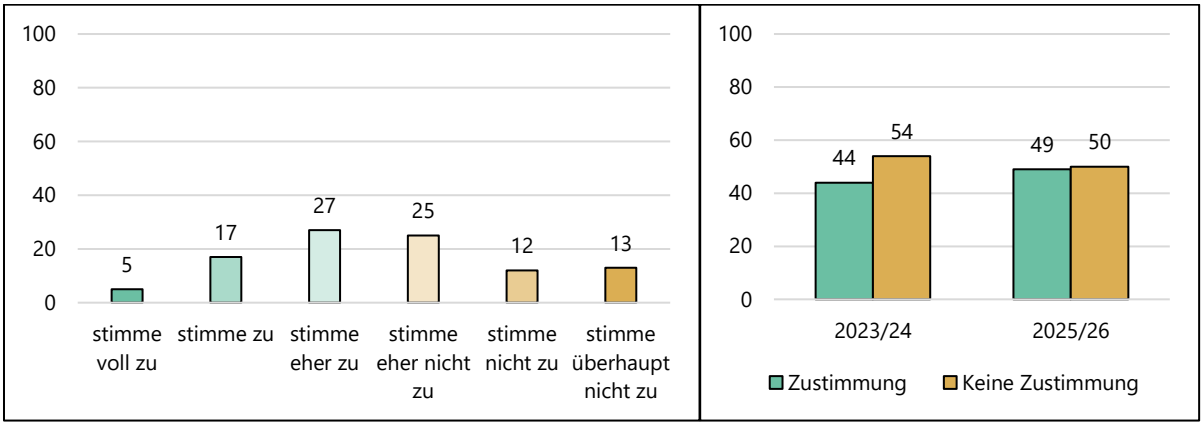


Abbildung 68: Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland

Zwischen dem ersten und zweiten Rheinland-Pfalz-Monitor findet dabei eine positive Entwicklung statt: Das allgemeine Gerechtigkeitsempfinden stieg um 5 Prozentpunkte an. Die annähernde Normalverteilung des Gerechtigkeitsempfinden im Gesamtantwortverhalten relativiert sich, wenn man verschiedene soziale Gruppen voneinander unterscheidet. Zwar ergibt sich entlang der Alterskohorten keine klare Tendenz eines wachsenden oder schrumpfenden Gerechtigkeitsempfindens, durchaus aber entlang des Einkommens, der Bildung, der politischen Position sowie des Geschlechts.

In der untersten Einkommensgruppe liegt das Gerechtigkeitsempfinden mit 33 Prozent 28 Prozentpunkte niedriger als in der höchsten Einkommensgruppe mit 61 Prozent (Abbildung 69). Analog formulieren unter formal niedriger gebildeten Pfälzerinnen und -Pfälzern 55 Prozent ein Ungerechtigkeitsempfinden, dagegen aber 42 Prozent derjenigen mit Hochschulreife. In wenigen Frageitems zeigen sich substanzielle Einstellungsunterschiede zwischen den Geschlechtern. In der Frage nach gerechten Zuständen antworten Männer und

Frauen allerdings erkennbar unterschiedlich: Frauen geben mit 43 Prozent zu 13 Prozentpunkten weniger als Männer an, die Zustände als gerecht zu empfinden.

In Deutschland herrscht Gerechtigkeit. (Angaben in Prozent)

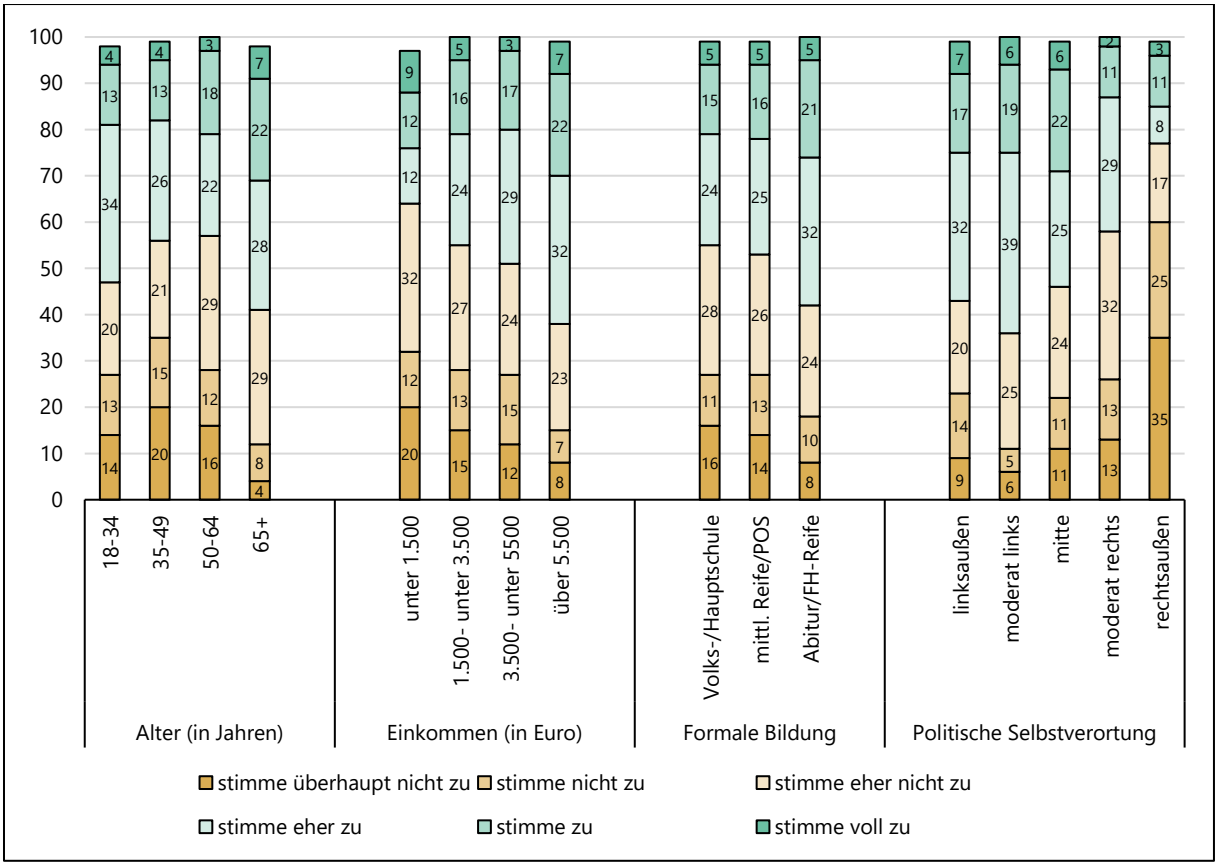


Abbildung 69: Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland nach Gruppen

Im politischen Spektrum verteilt sich diese Wahrnehmung ebenfalls unterschiedlich: Das größte Gerechtigkeitsempfinden zeigt sich im moderat linken Lager, das zu 64 Prozent gerechte Zustände wahrnimmt. Bereits substanziell weniger davon überzeugt, aber immer noch mehrheitlich, tun dies 56 Prozent der linksaußen stehenden Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer. Im Spektrum über die Mitte nach rechtsaußen abfallend sinkt das Gerechtigkeitsempfinden auf 22 Prozent. Dass die Wahrnehmung von Gerechtigkeitslagen nach politischen Lagern unterschiedlich bewertet werden, ist nichts Ungewöhnliches. Dennoch ergibt sich bei einer zu großen Kluft eine konfliktträchtige Spannung, die dauerhaft den gesellschaftlichen Zusammenhalt erodieren lässt, wenn jene Gruppen, die Ungerechtigkeiten empfinden, größer werden und sich keine Veränderung einstellt. Gleichzeitig gibt die Verteilung von Gerechtigkeitsempfindungen Aufschluss darüber, welche politischen Lager politische Verhältnisse mehr und welche weniger dominieren.

An die Bewertung des gesellschaftlichen Status quo schließt sich die Frage an, mit welchen Erwartungen die Menschen in Rheinland-Pfalz auf die zukünftige Entwicklung blicken. Dabei lässt sich Zukunftsorientierung auf unterschiedliche Weise erfassen – sowohl im Hinblick auf gesellschaftlichen Zusammenhalt und die allgemeine Entwicklung des Landes als auch auf wirtschaftliche Perspektiven, soziale Sicherheit und die eigenen Lebenschancen.

Auch wenn die Lage Deutschlands aktuelle schwierig ist, glaube ich, dass wir als Gesellschaft unseren Lebensstandard langfristig halten können. (Angaben in Prozent)

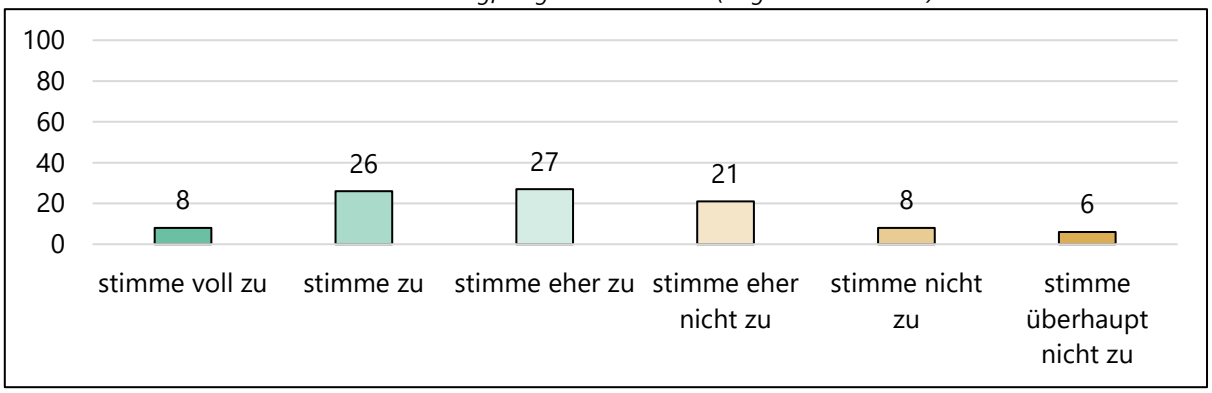


Abbildung 70: Optimismus I: Wohlstandserhalt

Daher werden auch Fragen gestellt, die das Ausmaß von Optimismus bzw. Pessimismus dadurch erfassen, dass sie das Fähigkeitsselbstkonzept der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer ermitteln. Eine gefestigte politische Kultur drückt sich neben der Menge an Einstellungen und Werthaltungen schließlich auch dadurch aus, wie sie mit Problemlagen umgeht und sie bewertet. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich (nicht nur, aber auch) für Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren entwickelt haben, legen die Frage nahe, mit welcher Einstellung die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer diesen Schwierigkeiten begegnen. Hier zeigt sich, dass es unter einer Mehrheit von 60 Prozent eine vorsichtige Zuversicht gibt, den allgemeinen Lebensstandard halten zu können (Abbildung 70). Ein flächendeckender Defätismus in Bezug auf wirtschaftliche Fragen ist damit nicht erkennbar.

In der Unterscheidung des Antwortverhaltens nach soziodemographischen Merkmalen (Abbildung 71) wird dagegen erkennbar, aus welchen Gruppen sich jene Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer zusammensetzen, die Bedenken hinsichtlich der gesellschaftlichen Fähigkeit, den Lebensstandard halten zu können, artikulieren. Die Zuversicht sinkt entlang der Einkommensgruppen von 74 Prozent unter der wohlhabendsten Gruppe auf 42 Prozent in der prekär lebenden Gruppe. Ein ähnliches Bild zeigt sich etwas schwächer entlang des Bildungsgrades. Je niedriger der formale Bildungshintergrund ist, desto geringer die Zuversicht. Auch entlang des politischen Spektrums ergibt sich eine erkennbare Tendenz: Von links nach rechts sinkt die Zuversicht, den Lebensstandard halten zu können.

Auch wenn die Lage Deutschlands aktuelle schwierig ist, glaube ich, dass wir als Gesellschaft unseren Lebensstandard langfristig halten können. (Angaben in Prozent)

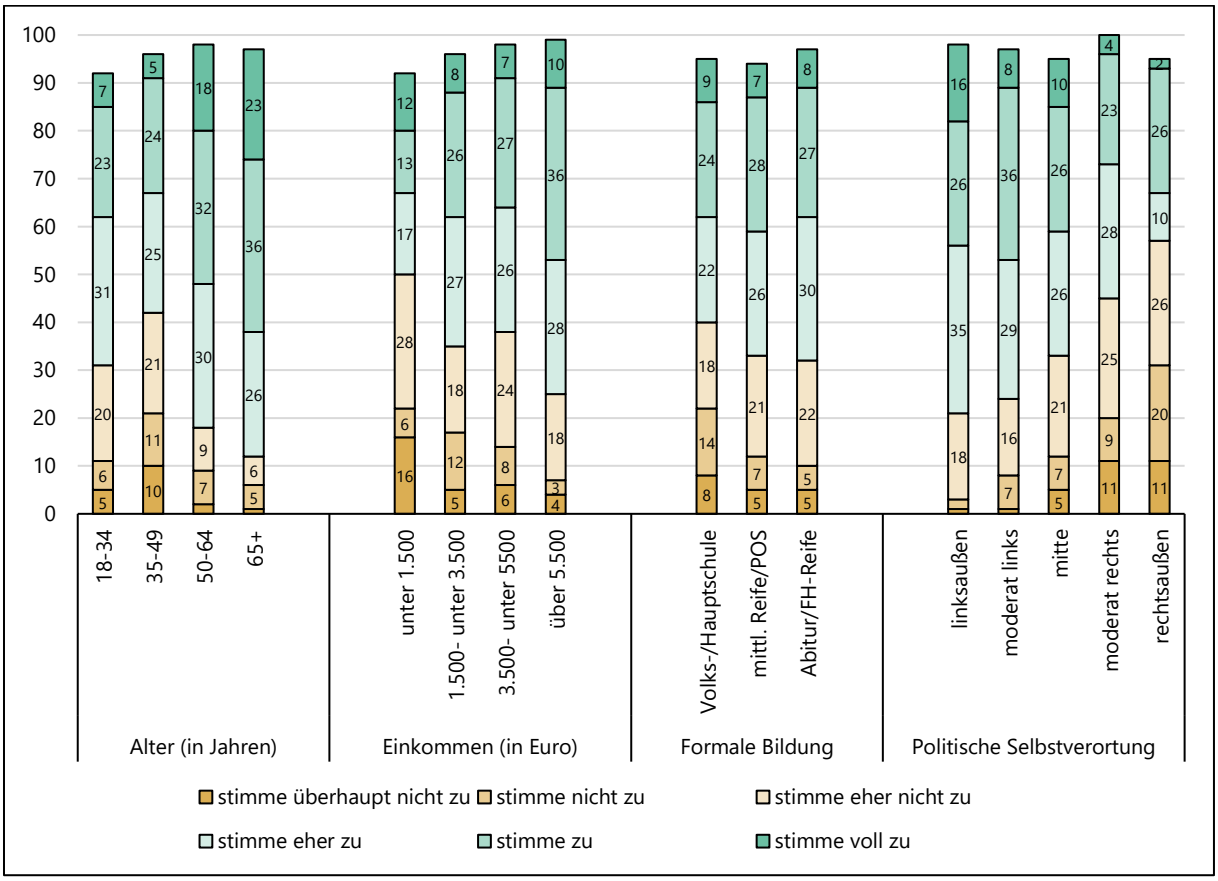


Abbildung 71: Optimismus I: Wohlstandserhalt nach Gruppen

Dass politisch sich als linksaußen verstehende Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer die höchste Zuversicht artikulieren, ist insofern herauszustellen, da diese Gruppe in politischen Fragen zu radikalen Einstellungen neigt. Dass hier die Zuversicht der gesellschaftlichen Fähigkeit zum Erhalt des Lebensstandards am höchsten ist, ist ein überraschender Befund.

Die Frage nach einem Optimismus hinsichtlich des Wohlstandserhalts ist auf ein konkretes Thema bezogen worden und in der Beantwortung nicht nur abhängig von einer inneren Haltung, sondern auch von objektiv gegebenen wirtschaftlichen Sachlagen. Um allgemeiner das Maß an Selbstvertrauen der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer zu ertasten, wurde danach gefragt, wie stark die Aussage, dass „wir eine leistungsstarke Gesellschaft sind, die auch schwierige Probleme lösen kann", unterstützt wird. Hier zeigt sich ein größerer Optimismus und ein stabileres Selbstvertrauen als es medial gelegentlich den Anschein erweckt: 77 Prozent der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer zeigen sich hier selbstbewusst und optimistisch (Abbildung 72). Durch mehrheitlich geteilte Zuversicht und solides Selbstvertrauen zeigt sich eine politische Kultur im Land, die zwar Sorgen, Unzufriedenheiten und Ressentiments in sich trägt, prinzipiell aber auch eine Handlungsbereitschaft und Zuversicht aufweist.

Wir sind eine leistungsstarke Gesellschaft, die auch schwierige Probleme lösen kann. (Angaben in Prozent)

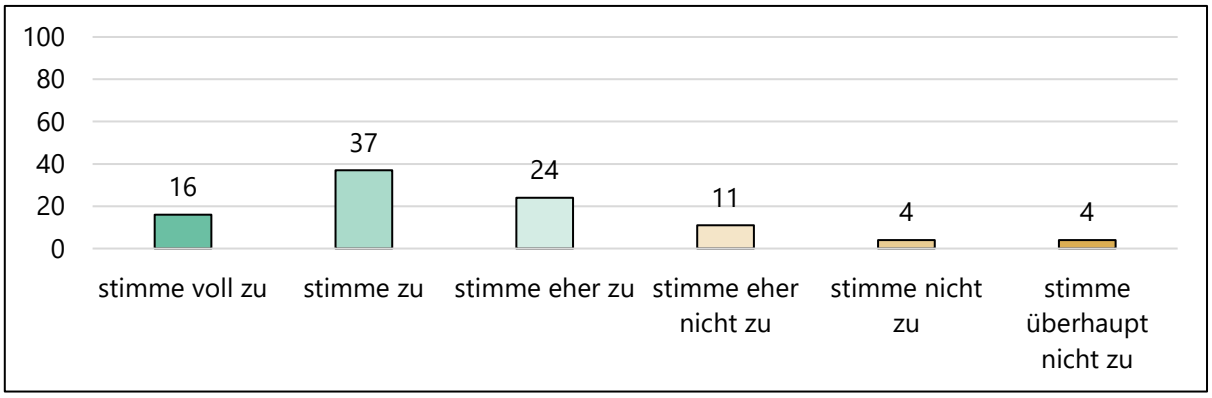


Abbildung 72: Optimismus II: Gesellschaftliches Selbstvertrauen

Das mehrheitlich getragene Selbstvertrauen ist zwar nicht gleichermaßen in der rheinland-pfälzischen Bevölkerung verteilt, weist aber keine starke Ungleichverteilung auf. Zwar unterscheiden sich die über 65-jährigen Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer von jenen mittleren Alters (35-49 Jahre) um 21 Prozentpunkte am stärksten zwischen den Altersgruppen, allerdings macht selbst die am wenigsten optimistische Kohorte mit 65 Prozent eine zuversichtliche Haltung deutlich, sodass über alle Altersgruppen hinweg ein Optimismus mehrheitlich vorzufinden ist (Abbildung 73).

Wir sind eine leistungsstarke Gesellschaft, die auch schwierige Probleme lösen kann. (Angaben in Prozent)

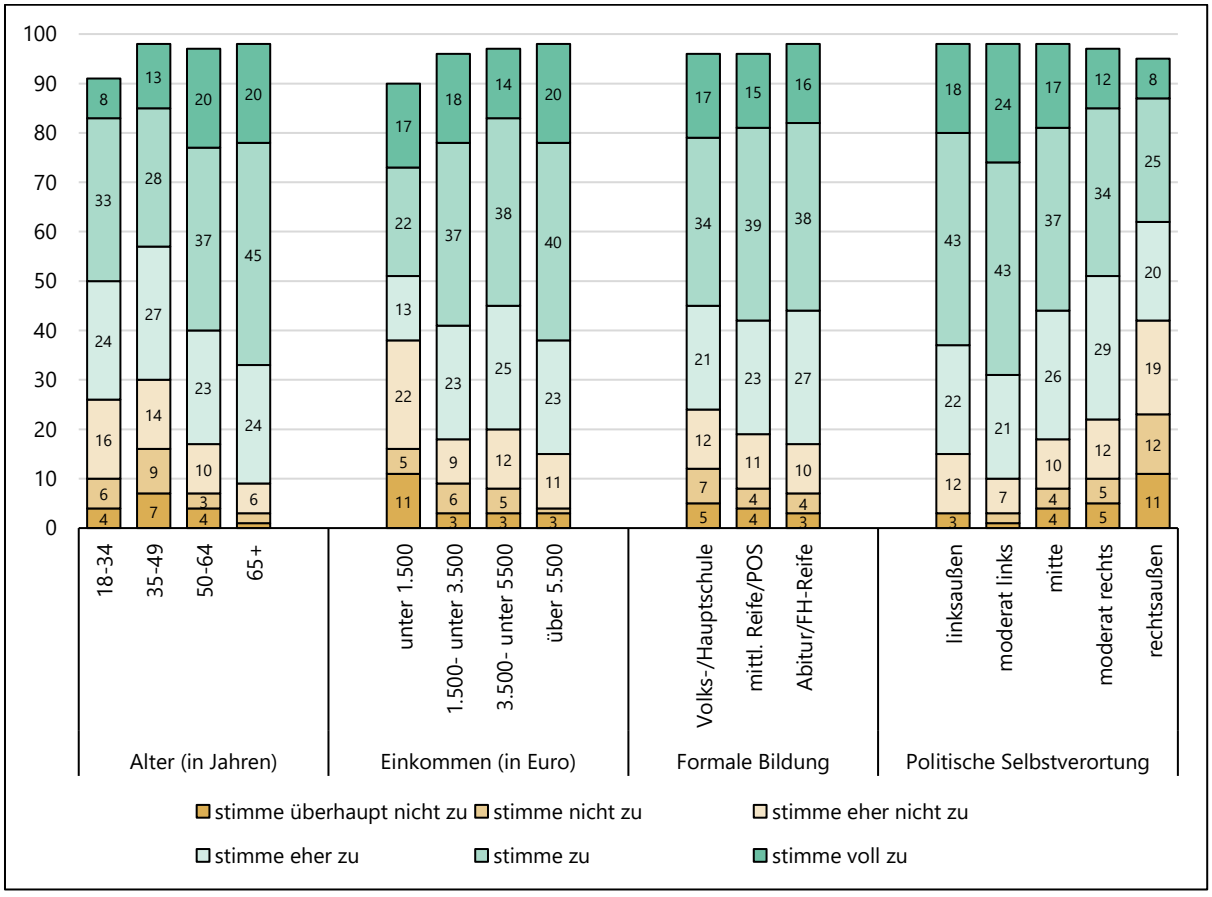


Abbildung 73: Optimismus II: Gesellschaftliches Selbstvertrauen nach Gruppen

In der Unterscheidung der Einkommensgruppen fällt auf, dass alle außer der am geringsten verdienenden Gruppe ein ähnliches gesellschaftliches Selbstvertrauen aufweisen. Prekär lebende Menschen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1.500 Euro pro Monat fällt es erkennbar schwerer, Zuversicht und Vertrauen in die Leistungsstärke der Gesellschaft zu entwickeln. In ähnlicher, aber etwas schwächerer Form gilt dies auch für die Gruppe mit der formal niedrigsten Schulbildung. Am stärksten fallen unterschiedliche Überzeugungen hinsichtlich der eigenen gesellschaftlichen Leistungsfähigkeit entlang des politischen Spektrums auf. Jene, die sich moderat links verorten weisen mit 88 Prozent den größten Optimismus gegenüber der eigenen gesellschaftlichen Leistungsfähigkeit auf. Dem folgen linksaußen Stehende mit 83 Prozent. Im politischen Spektrum fällt diese Überzeugung nach rechts hin auf 53 Prozent ab. Hier wird ein Zusammenhang zwischen der Verbreitung gesellschaftlichen Selbstvertrauens und der Verortung im politischen Spektrum erkennbar.

Obwohl die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer Selbstbewusstsein und Zuversicht zeigen (Abbildung 70; Abbildung 72), formulieren sie gleichzeitig auch pessimistische Einstellungen. Gefragt nach einer Orientierungsmöglichkeit und Zukunftsidee formulieren die Befragten zu 73 Prozent mehrheitlich, nicht zu wissen, wie es in einer so unübersichtlich gewordenen Welt weiter gehen soll (Abbildung 74). Dieser Wert hat seit 2023 um 7 Prozentpunkte zugenommen.

Die Welt ist so unübersichtlich geworden, dass man gar nicht weiß, wie es weitergehen soll. (Angaben in Prozent)

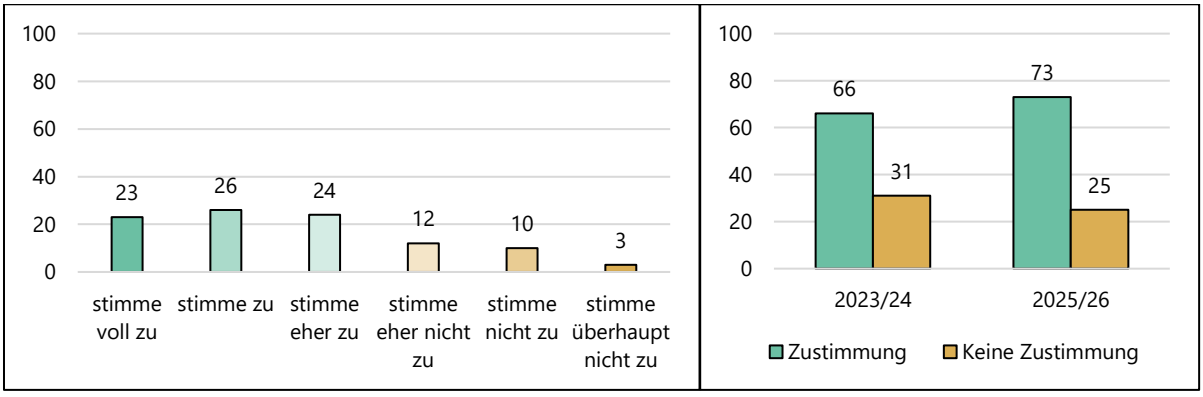


Abbildung 74: Pessimismus I: Orientierungslosigkeit

Was auf den ersten Blick widersprüchlich zu dem oben ausgeführten Selbstvertrauen und Optimismus erscheint, ist teilweise eine Herausforderung der Messweise: So liegt die Herausforderung belastbarer empirischer Messung darin, dass zugrunde liegende Fragestellungen – etwa zur Verbreitung der Überzeugung auch schwierige Probleme gemeinsam lösen zu können – suggestiv wirken können. Schließlich wirken Zuversicht, Optimismus und Selbstvertrauen selbstvergewissernd und sind damit Einstellungen, denen die

meisten Menschen grundsätzlich zugeneigt sind und etwaige Fragen in diesem Sinne positiv beantworten – wer will sich gegenüber Fragenden schließlich nicht als handlungsfähig in komplexem Problemlagen zeigen? Entsprechend werden den Fragen zum Optimismus Fragen entgegengestellt, die Pessimismus erfassen. Im Ausmaß einer etwaigen widersprüchlichen Beantwortung wird untersucht, wie viele Menschen gleichzeitig angeben, vom gesellschaftlichen Problemlösungskompetenz überzeugt zu sein und den Wohlstand halten zu können und gleichzeitig eine Orientierungslosigkeit formulieren.

Die Welt ist so unübersichtlich geworden, dass man gar nicht weiß, wie es weitergehen soll. (Angaben in Prozent)

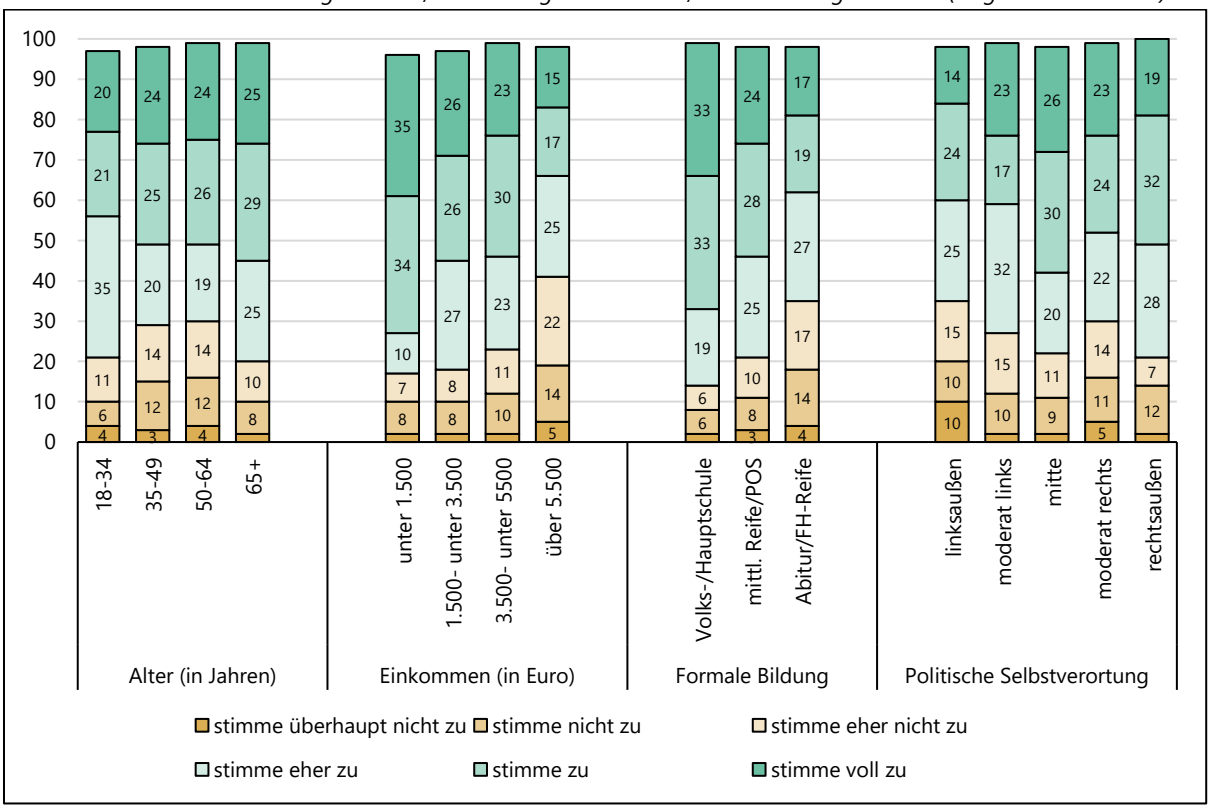


Abbildung 75: Pessimismus I: Orientierungslosigkeit nach Gruppen

Ebenso wie Optimismus ist auch Pessimismus nicht gleichermaßen verteilt unter den Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzern. Die Unterschiede ergeben sich zwar weniger zwischen den Altersgruppen – Ältere sind nur leicht pessimistischer als Jüngere –, eher aber entlang von Einkommen und Bildungsgrad. Jene Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer der untersten Einkommensgruppe formulieren mit 79 Prozent um ganze 22 Prozentpunkte mehr eine Orientierungslosigkeit als jene der höchsten Einkommensgruppe mit 57 Prozent (Abbildung 75). In gleicher Weise sind jene mit der formal geringsten Schuldbildung mit 85 Prozent zu 22 Prozentpunkten pessimistischer als solche mit Hochschulreife (63 Prozent). Im politischen Spektrum fallen die Unterschiede nicht so groß aus, wie in vorherigen Fragen; Orientierungslosigkeit zeigt sich zwar in allen politischen Lagern, aber eine Tendenz ist

dennoch erkennbar: Mit 79 Prozent sind rechtsaußen Stehende um 16 Prozentpunkte pessimistischer als jene linksaußen (63 Prozent). Obwohl sich in der Zufriedenheit über gesellschaftliche Zustände gemessen am Gerechtigkeitsempfinden (Abbildung 68) noch sehr große Unterschiede zwischen den politischen Lagern gezeigt haben, ist dies im Hinblick auf die Zukunftsperspektive deutlich geringer der Fall – Zufriedenheit in der Gegenwart schützt nicht vor Unsicherheit im Hinblick auf die Zukunft. Ein weiterer Unterschied in der Perspektive auf die Zukunft und eine pessimistische Haltung ergibt sich in der Differenzierung der Antworten von Männern und Frauen. Zu 9 Prozentpunkten mehr sehen Frauen (77 Prozent) pessimistischer in die Zukunft als Männer (68 Prozent).

Die gesellschaftliche Lage wird sich verschlechtern. (Angaben in Prozent)

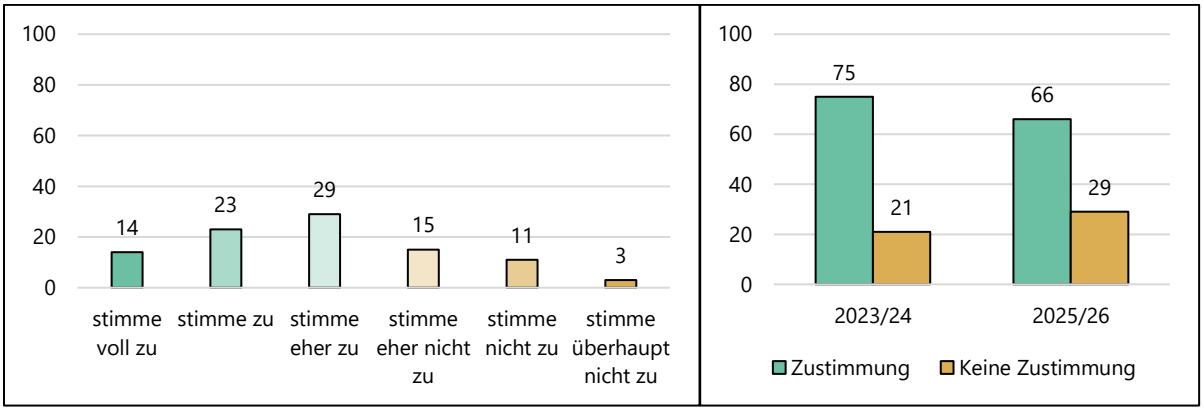


Abbildung 76: Pessimismus II: Gesellschaftliche Entwicklung

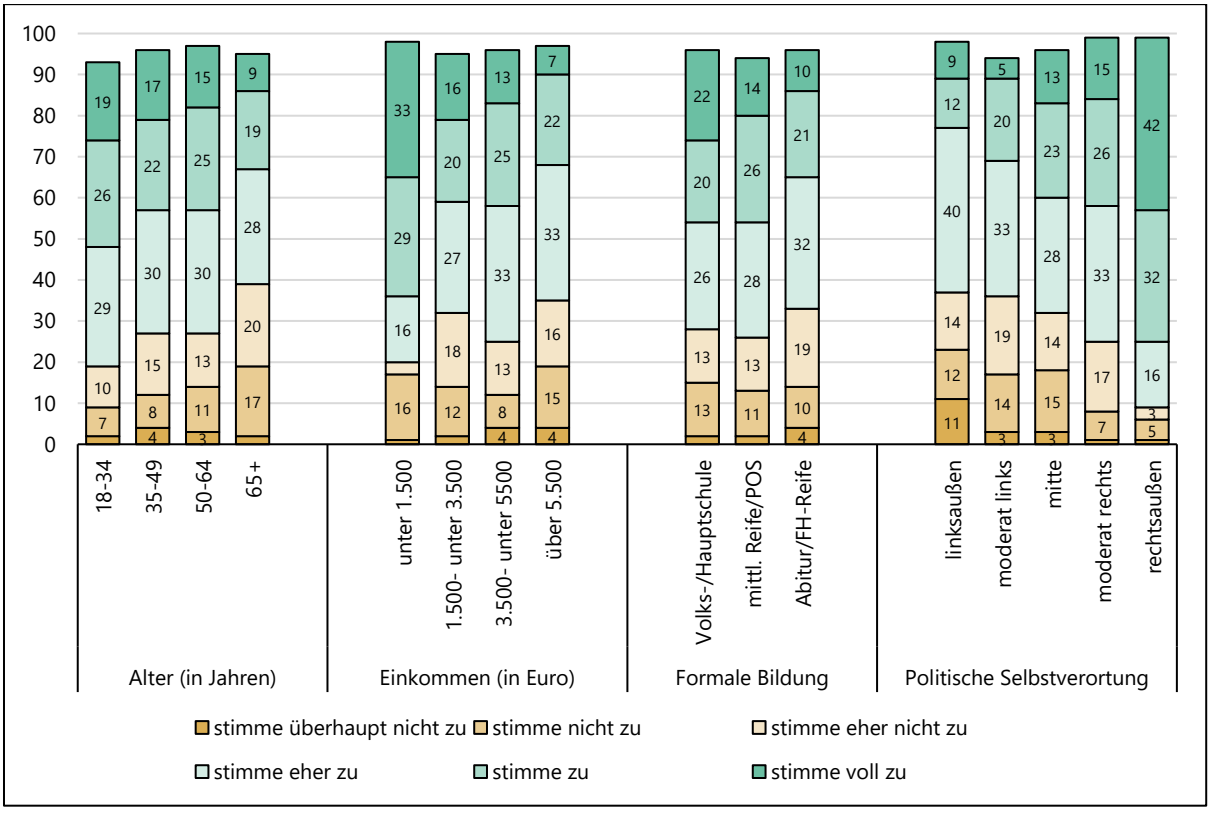


Abbildung 77: Pessimismus II: Gesellschaftliche Entwicklung nach Gruppen

Während die Frage nach der Unübersichtlichkeit der Welt darauf abzielte, das Maß an Orientierungs- und Ratlosigkeit zu erfassen, versucht das Frageitem „Die gesellschaftliche Lage wird sich verschlechtern" anstelle einer Unsicherheit eine Annahme zu erfassen, die sich in der Sicherheit einer pessimistischen Perspektive stärker ausdrückt in Form einer Gewissheit. Unter den Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzern gehen 66 Prozent davon aus, dass sich die gesellschaftliche Lage verschlechtern wird (Abbildung 76). Die Verbreitung dieser Annahme ist dabei im Vergleich zu 2023 allerdings um 9 Prozentpunkte zurückgegangen.

Die Annahme, dass sich die gesellschaftlichen Verhältnisse verschlechtern werden, ist unter verschiedenen Gruppenmerkmalen variierend. Je jünger eine Kohorte ist, desto eher geht sie davon aus, dass sich die Lage verschlechtern wird. Die 18- bis 34-Jährigen äußern sich zu 74 Prozent insofern pessimistisch, dass sie davon ausgehen, dass sich die Lage verschlechtern wird (Abbildung 77). Sie äußern damit hinsichtlich ihrer eigenen Zukunft große Sorgen. Diese düstere Prognose machen dagegen nur 56 Prozent der über 65-Jährigen. Zwischen den Einkommensgruppen ergibt sich ein Anstieg der Annahme einer schlechteren Zukunft in der niedrigsten Einkommensgruppe mit 78 Prozent und damit um 16 Prozentpunkte mehr als in der höchsten Einkommensgruppe (62 Prozent). Besonders sticht dabei heraus, mit welcher betonten Sicherheit die niedrigste Einkommensgruppe von einer schlechteren Zukunft ausgeht: 33 Prozent stimmen voll und ganz der Testfrage zu, während das nur 7 Prozent in der höchsten Einkommensgruppe tun.

Etwas schwächer, aber dennoch ebenso erkennbar sind die Unterschiede zwischen jenen mit niedrigem und hohem formalem Bildungsgrad: Zu 72 Prozent sind diejenigen Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer von einer schlechten Zukunftsaussicht (eher) überzeugt. Diejenigen mit einer Hochschulreife sehen die Perspektive etwas weniger schlecht; 63 Prozent äußern (eher) einen Zukunftspessimismus.

Während das Gefühl von Orientierungslosigkeit noch weiter über das gesamte politische Spektrum verteilt ist, nimmt die Zustimmung zu der sicheren Annahme, dass sich die Verhältnisse verschlechtern werden, von links nach rechts stark zu. Kontinuierlich steigt der Pessimismus von 61 Prozent linksaußen auf 90 Prozent rechtsaußen – eine Differenz von 29 Prozentpunkten. Heraussticht ebenfalls, dass unter jenen linksaußen zwar auch eine Mehrheit die pessimistische Zukunftsaussicht teilt, jedoch nicht nur zu einem geringeren Anteil als jene am rechten Spektrumsrand, sondern auch weniger entschieden. 21 Prozent (volle) Zustimmung linksaußen stehen 74 Prozent (volle) Zustimmung rechtsaußen entgegen.

Da die bisherigen Aussagen zu Optimismus und Pessimismus teilweise widersprüchlich ausfallen, wird im Folgenden systematisch untersucht, welche Personen durchgehend optimistische oder pessimistische Einschätzungen vertreten und bei wem sich je nach wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Fragestellung ein differenziertes Bild zeigt. Dazu wurden vier Aussagen zu zwei Dimensionen zusammengefasst: einer gesellschaftlichen sowie einer ökonomischen Optimismus-Pessimismus-Typisierung.[2] Die Einordnung erfolgt jeweils anhand zweier Aussagen, die binär als optimistische oder pessimistische Einstellungen kodiert wurden. Personen mit widersprüchlichen Antworten innerhalb einer Dimension wurden als „Mischtyp" klassifiziert. Der gesellschaftliche Optimismus-Pessimismus basiert auf den Aussagen „Die gesellschaftliche Lage wird sich verschlechtern" sowie „Die Welt ist so unübersichtlich geworden, dass man gar nicht weiß, wie es weitergehen soll". Der ökonomische Optimismus-Pessimismus umfasst die Aussagen „Auch wenn die Lage Deutschlands aktuell schwierig ist, glaube ich, dass wir als Gesellschaft unseren Lebensstandard langfristig halten können" sowie „Wir sind eine leistungsstarke Gesellschaft, die auch schwierige Probleme lösen kann".

Tabelle 2: Optimisten und Pessimisten in gesellschaftlicher und ökonomischer Sicht

Anteile an der Landesbevölkerung		Gesellschaftliche Dimension			
		Pessimist	Optimist	Mischtyp	**Gesamt**
Ökonomische Dimension	Pessimist	12,3%	0,3%	3,4%	**16,0%**
	Optimist	26,4%	11,0%	21,7%	**59,1%**
	Mischtyp	17,2%	1,4%	6,3%	**24,9%**
	Gesamt	**55,9%**	**12,7%**	**31,4%**	**100,0%**

Die Ergebnisse in Tabelle 2 zeigen deutliche Unterschiede zwischen beiden Dimensionen. Mit Blick auf die gesellschaftliche Entwicklung dominieren pessimistische Einschätzungen: 55,9 Prozent der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer werden als gesellschaftlich pessimistisch eingeordnet, während lediglich 12,7 Prozent gesellschaftliche Optimisten sind. Im ökonomischen Bereich fällt das Bild hingegen deutlich positiver aus. Hier zeigen sich 59,1 Prozent der Landesbevölkerung optimistisch, während nur 16,0 Prozent in der ökonomischen Dimension als Pessimisten eingeordnet werden. Besonders hervorzuheben ist zugleich der hohe Anteil ambivalenter Einstellungen. Rund drei Viertel der Befragten lassen sich weder einem konsistent optimistischen noch einem konsistent pessimistischen Typus zuordnen, sondern weisen Mischformen auf. Dies deutet darauf hin, dass Zukunftserwartungen vielfach

[2] Die Unterscheidung zwischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einschätzungen ergibt sich zum einen aus dem jeweiligen Fragetext, zum anderen aus der Einordnung der Items in die entsprechenden Frageblöcke der Umfrage. Den einzelnen Blöcken waren teilweise kurze thematisch einordnende Hinweise vorangestellt.

nicht eindimensional ausfallen. Viele Befragte verbinden offenbar Vertrauen in die wirtschaftliche Leistungs- und Problemlösungsfähigkeit Deutschlands mit gleichzeitiger Skepsis gegenüber der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung und Orientierungslage. Gerade diese Differenz zwischen ökonomischer Zuversicht und gesellschaftlicher Skepsis ist analytisch relevant. Die Ergebnisse sprechen dafür, dass gesellschaftlicher Pessimismus nicht zwangsläufig mit einem generellen Verlust des Vertrauens in die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft einhergeht. Vielmehr deutet sich ein Stimmungsbild an, in dem wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftliche Verunsicherung parallel wahrgenommen werden.

Über die generelle Frage hinaus, wie optimistisch oder pessimistisch die Bevölkerung auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen blickt, ist insbesondere von Interesse, welche Folgen solche Zukunftserwartungen für das Verhältnis zur Demokratie haben. Zukunftszuversicht bzw. Zukunftsskepsis gelten als wichtige Faktoren politischer Einstellungen und können beeinflussen, wie leistungsfähig, responsiv oder legitim das demokratische System wahrgenommen wird. Vor diesem Hintergrund werden die identifizierten Optimismus- und Pessimismus-Typen im nächsten Schritt mit den Demokratietypen in Beziehung gesetzt. Analysiert werden die Überschneidungen zwischen gesellschaftlichen bzw. ökonomischen Zukunftserwartungen und unterschiedlichen Formen demokratischer Unterstützung oder Distanz. Dadurch lässt sich untersuchen, ob optimistische Einstellungen häufiger mit einer stärkeren demokratischen Bindung einhergehen, während pessimistische Zukunftserwartungen verstärkt mit demokratieskeptischen Orientierungen verbunden sind.

Tabelle 3: Anteil Optimisten/Pessimisten an jeweiligen Demokratietypen

		Demokraten-Typen		
		Solide Demokraten	Fragile Demokraten	Autokraten
Ökonomische Dimension	Optimist	72,6	54,3	23,8
	Pessimist	5,4	19,2	48,8
	Mischtyp	22,1	26,5	27,4
Gesellschaftliche Dimension	Optimist	22,1	4,4	4,7
	Pessimist	41,7	67,7	70,9
	Mischtyp	36,2	27,9	24,4
Beide Dimensionen	Optimist	19,9	3,3	0
	Pessimist	4,5	14,5	40,5
	Mischtyp	75,6	82,1	59,5
Anteil Demokraten-Typen an der Landesbevölkerung		44,5	43,5	6,6

Im nächsten Schritt wird betrachtet, wie sich die unterschiedlichen Zukunftseinschätzungen im politischen Verhalten widerspiegeln. Dafür wird untersucht, welchen Parteien die durchgehend

optimistischen, die durchgehend pessimistischen sowie die in ihren Einschätzungen gemischten Typen ihre Stimme bei der Bundestagswahl 2025 gaben.

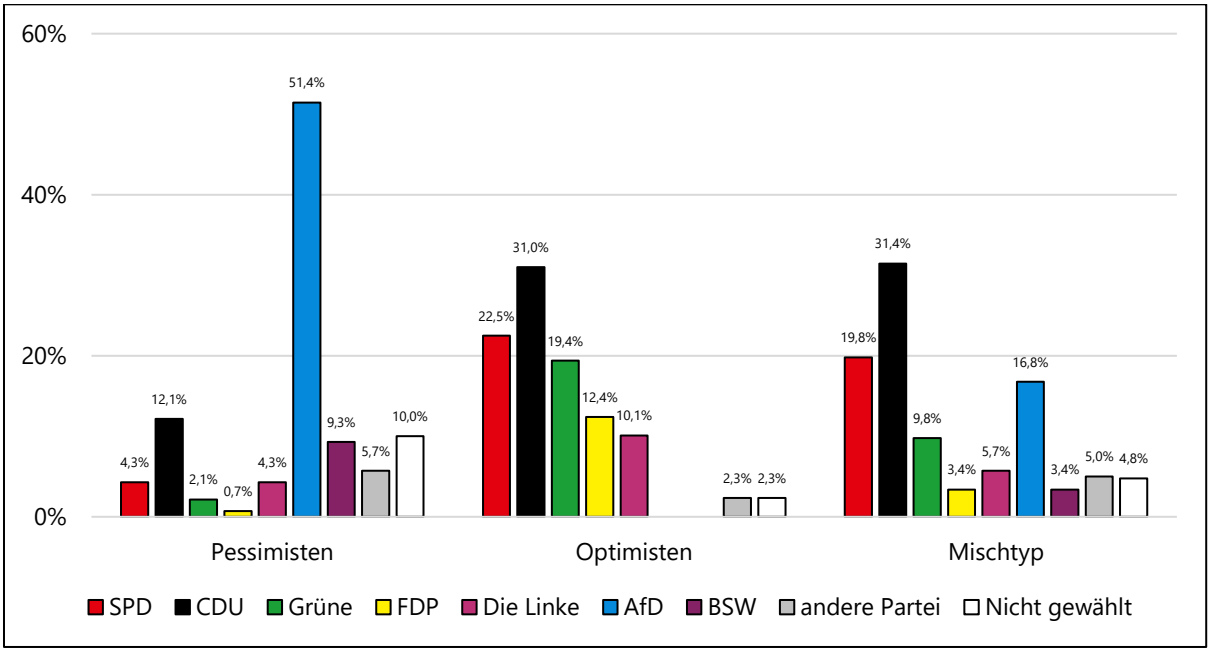


Abbildung 78: Wahlverhalten von Optimisten und Pessimisten

Abbildung 78 zeigt deutliche Unterschiede zwischen den drei Gruppen. Unter den Pessimisten entfällt mit 51,4 Prozent mehr als die Hälfte der Stimmen auf die AfD; mit deutlichem Abstand folgen die CDU mit 12,1 Prozent, die Nichtwählenden mit 10,0 Prozent und das BSW mit 9,3 Prozent. Die übrigen Parteien erreichen in dieser Gruppe jeweils nur geringe Anteile. Die Optimisten wählen dagegen vor allem die CDU (31,0 Prozent), die SPD (22,5 Prozent) und die Grünen (19,4 Prozent); auch FDP und Linke erzielen mit 12,4 beziehungsweise 10,1 Prozent vergleichsweise hohe Werte, während AfD und BSW in dieser Gruppe kaum eine Rolle spielen. Der Mischtyp liegt zwischen diesen beiden Polen: Die CDU ist mit 31,4 Prozent auch hier stärkste Kraft, gefolgt von der SPD mit 19,8 Prozent und der AfD mit 16,8 Prozent.

Insgesamt deutet sich damit ein klarer Zusammenhang zwischen Zukunftseinschätzung und Wahlverhalten an: Durchgängiger Pessimismus geht besonders häufig mit einer Wahl der AfD einher, während optimistische Einschätzungen stärker mit der Wahl der etablierten Parteien der politischen Mitte und des Mitte-links-Spektrums verbunden sind. Bei Personen mit gemischten Einschätzungen fällt das Wahlverhalten entsprechend weniger eindeutig und politisch breiter verteilt aus. Dabei ist zu beachten, dass die Grafik zeigt, wie die jeweiligen Einstellungsgruppen wählen – nicht, wie sich die Wählerschaften der einzelnen Parteien auf Optimisten, Pessimisten und Mischtypen verteilen.

Cluster: Muster im Einstellungsverhalten

Vorstellung von Clustern und Dimensionen

Bei der Auswertung des Einstellungsverhaltens der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer stellt sich die Frage, ob sich hinter den einzelnen Einstellungen mehr verbirgt als nur isolierte Meinungen zu bestimmten Themen und Problemstellungen. Naheliegend ist, dass sich über mehrere Fragen hinweg wiederkehrende Muster zeigen, also Gruppen von Personen, die in ihren Einschätzungen ähnlich antworten. Um solche Zusammenhänge sichtbar zu machen, wird eine Clusteranalyse eingesetzt. Sie fasst Befragte auf Grundlage ihres Antwortverhaltens so zu Gruppen – auch genannt Cluster – zusammen, dass innerhalb dieser Gruppen möglichst große Ähnlichkeiten bestehen, während sich die Gruppen selbst klar voneinander abgrenzen. Ein zentrales Instrument zur Veranschaulichung dieses Prozesses ist das Dendrogramm.

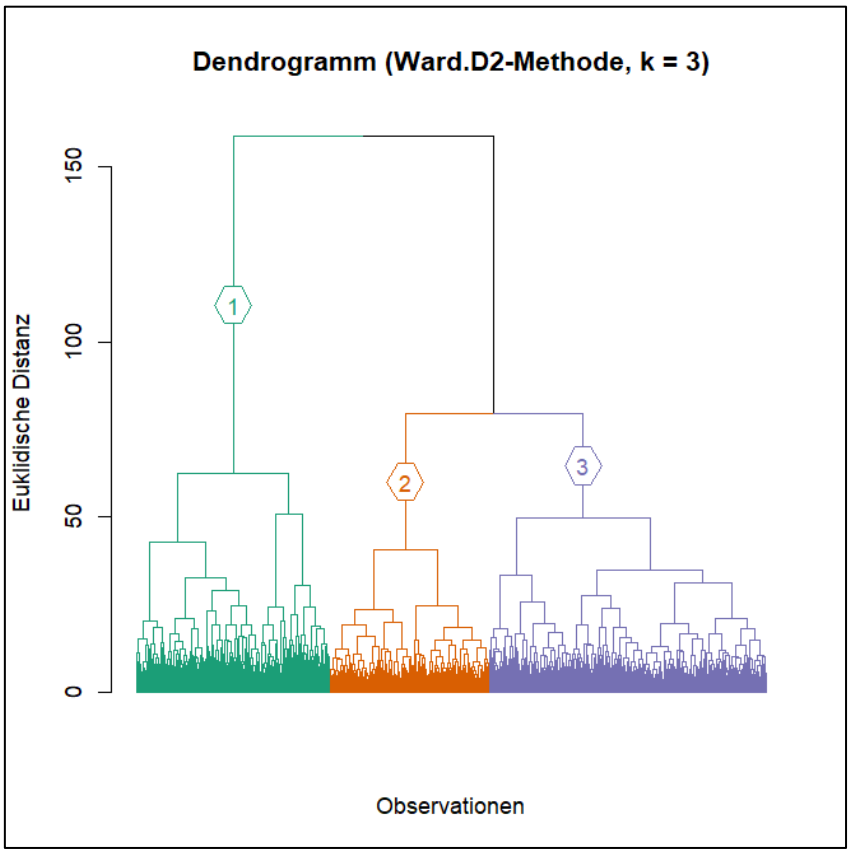


Abbildung 79: Dendrogramm der Clusteranalyse

Das Dendrogramm (Abbildung 79) zeigt schrittweise, wie einzelne Befragte anhand ihrer Antwortmuster zu einer Vielzahl ausgewählter Fragen (siehe Tabelle 5 im Anhang) zu immer größeren Gruppen zusammengefasst werden. Auf der vertikalen Achse ist die euklidische Distanz abgetragen, die die Unähnlichkeit zwischen den einzelnen Befragten misst. Je höher

zwei Gruppen im Baum zusammengeführt werden, desto unähnlicher sind sie. Durch das „Schneiden" des Dendrogramms auf einer bestimmten Höhe lassen sich schließlich die drei Cluster identifizieren, die im weiteren Verlauf analysiert werden. Auf diese Weise wird sichtbar, dass sich die Befragten tatsächlich in drei klar unterscheidbare Gruppen mit jeweils ähnlichen Antwortprofilen gliedern lassen. Zur inhaltlichen Einordnung der Cluster werden vier zentrale Dimensionen herangezogen, die prägende politische und gesellschaftliche Einstellungen kompakt abbilden. Diese Dimensionen wurden jeweils als additive Indizes aus mehreren, bereits zuvor dargestellten und inhaltlich zusammengehörigen Fragen gebildet (siehe Tabelle 5 im Anhang), sodass nicht einzelne Antworten, sondern übergreifende Einstellungsmuster erfasst werden. Die Skalen reichen dabei einheitlich von 1 bis 6 und erlauben eine klare inhaltliche Interpretation der Ausprägungen.

Die erste Dimension, das *Verhältnis zur Demokratie*, misst die grundsätzliche Unterstützung demokratischer Prinzipien. Niedrige Werte stehen für ein starkes Bekenntnis zur Demokratie, hohe Werte für eine schwächere Zustimmung. Eine typische Frage in diesem Zusammenhang lautet etwa, inwieweit demokratische Entscheidungsverfahren als die beste Form des Staatsaufbaus angesehen werden.

Die zweite Dimension bildet einen *soziokulturellen Konflikt* ab und erfasst Einstellungen entlang der Achse progressiv bis traditionell. Niedrige Werte stehen für progressive und gesellschaftlich offene Haltungen, hohe Werte für eher traditionelle und konservative bis hin zu nationalistischen und ordnungspolitisch autoritären Positionen. Beispielhaft sind hier Fragen zur Einstellung gegenüber Migration oder gesellschaftlicher Vielfalt.

Die dritte Dimension beschreibt einen *sozioökonomischen Konflikt* und damit die wirtschaftspolitische Grundorientierung. Sie reicht von einer stärker staatlich-interventionistischen Haltung bis hin zu einer marktwirtschaftlich-liberalen Position. Eine typische Frage zielt hier etwa darauf ab, ob der Staat stärker in die Wirtschaft eingreifen sollte oder ob sich der Markt weitgehend selbst regulieren soll.

Die vierte Dimension, die *Gesellschaftsdiagnose*, erfasst die allgemeine Wahrnehmung gesellschaftlicher Entwicklungen. Niedrige Werte stehen für eine optimistische, hohe Werte für eine pessimistische Einschätzung der gesellschaftlichen Lage, beispielsweise bezogen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt oder die Zukunftsfähigkeit des Landes.

Einstellungsverhalten im Zusammenhang mit dem Verhältnis zur Demokratie

Im nächsten Schritt werden die identifizierten Cluster im Spannungsverhältnis der vier Dimensionen räumlich dargestellt, wobei insbesondere das Verhältnis zur Demokratie als zentrale Dimension im Fokus steht und in Beziehung zu der soziokulturellen und sozioökonomischen Konfliktlinie sowie zur Gesellschaftsdiagnose gesetzt wird. Anhand der erkannten Muster im Clusterbildungsprozess werden die jeweiligen Cluster benannt, um sie greifbarer und verständlicher zu machen.

Cluster 1, die „Unzufriedenen Skeptiker" (etwa 40 Prozent), zeigen im Durchschnitt die geringste Unterstützung für demokratische Prinzipien und/oder Institutionen. Gleichzeitig sind sie im soziokulturellen Konflikt klar im traditionellen Bereich verortet. In den Diagrammen liegt dieses Cluster überwiegend im rechten oberen Bereich, also dort, wo ein schwaches Demokratiebekenntnis mit traditionellen, eher konservativen Einstellungen zusammenfällt. Ergänzend zeigt sich, dass diese Gruppe auch eine deutlich pessimistischere Gesellschaftsdiagnose aufweist, was darauf hindeutet, dass die skeptische Haltung gegenüber dem politischen System mit einer insgesamt negativen Wahrnehmung gesellschaftlicher Entwicklungen einhergeht.

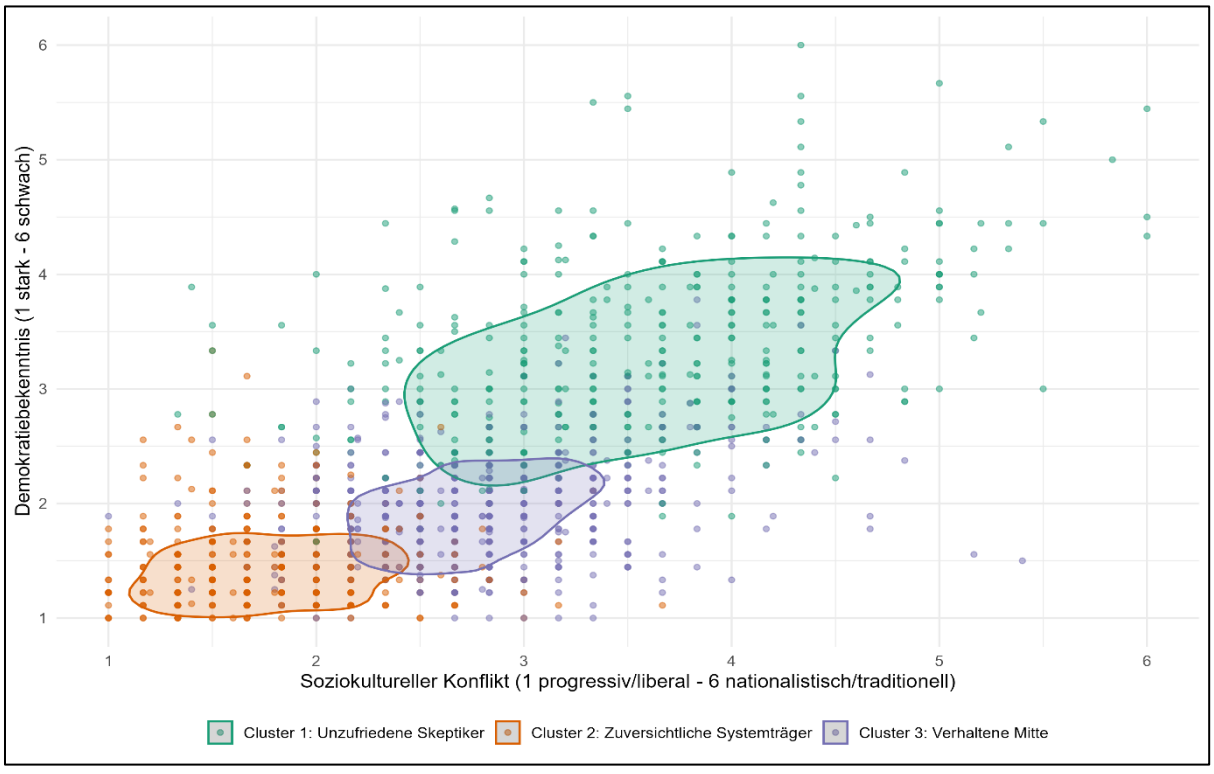


Abbildung 80: Zusammenhang zwischen soziokult. Konflikt und Demokratiebekenntnis

Cluster 2, die „Zuversichtlichen Systemträger" (etwa 20 Prozent), weist die stärkste Zustimmung zur Demokratie auf. Gleichzeitig ist es im soziokulturellen Konflikt klar im progressiven

Spektrum zu verorten, also auf der linken Seite der entsprechenden Achse (siehe Abbildung 80). In den Darstellungen wird sichtbar, dass sich dieses Cluster vor allem im Bereich niedriger Werte auf beiden Achsen bündelt, also eine Kombination aus starkem Demokratiebekenntnis und progressiven gesellschaftlichen Einstellungen aufweist. Im politischen Spektrum entspricht dies typischerweise einem eher links-liberalen Milieu, das sowohl gesellschaftliche Offenheit als auch demokratische Institutionen aktiv unterstützt. Auch im Zusammenspiel mit der Gesellschaftsdiagnose zeigt sich, dass diese Gruppe tendenziell weniger pessimistisch ist, was die Stabilität und Funktionsfähigkeit des Systems zusätzlich stützt (siehe Abbildung 81).

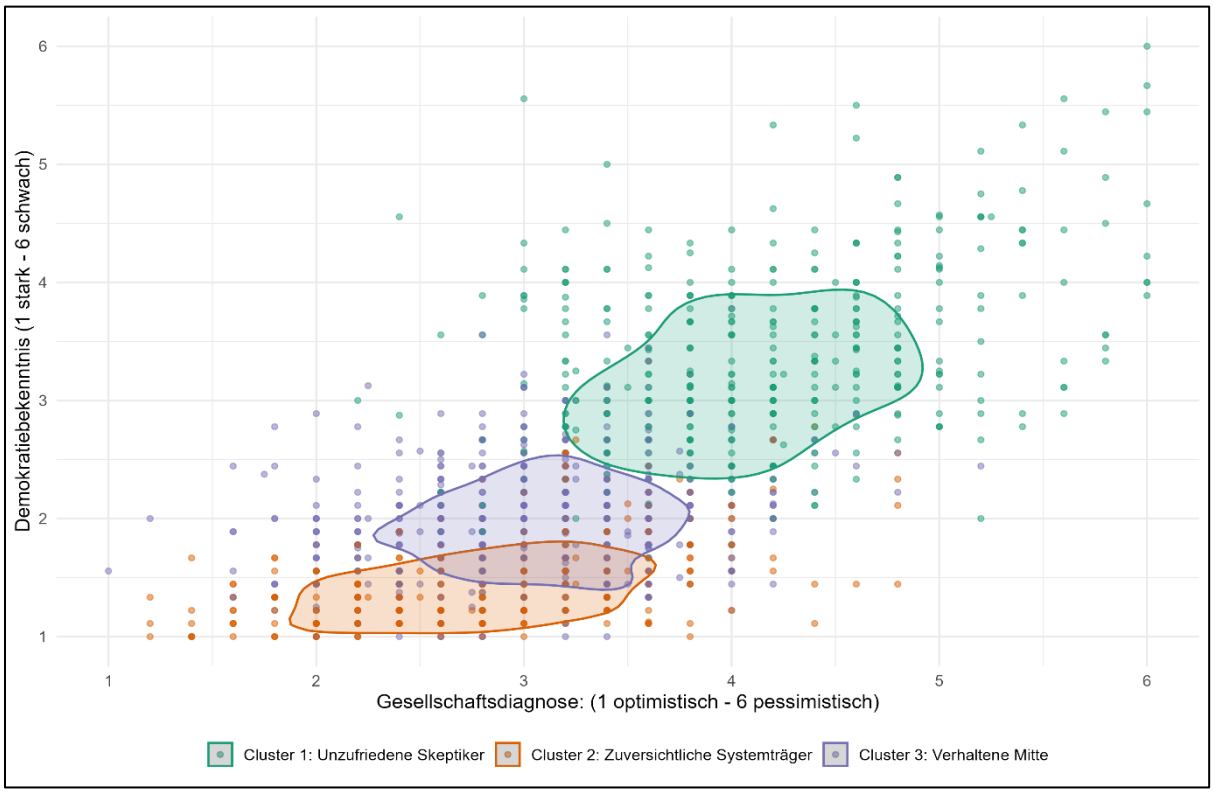


Abbildung 81: Zusammenhang zwischen Gesellschaftsdiagnose und Demokratiebekenntnis

Cluster 3, die „Verhaltene Mitte“ (etwa 40 Prozent), nimmt eine Zwischenposition ein. Ihr Demokratiebekenntnis ist im Durchschnitt stärker ausgeprägt als bei den „Unzufriedenen Skeptikern“, aber schwächer als bei den „Zuversichtlichen Systemträgern“. Im soziokulturellen Konflikt liegt dieses Cluster im mittleren Bereich, mit einer leichten Tendenz in Richtung moderat-traditioneller Positionen. In den Darstellungen zeigt sich eine Konzentration im zentralen Bereich des Koordinatensystems, was auf eine vergleichsweise ausgewogene und weniger polarisierte Einstellungsstruktur hindeutet. Im politischen Spektrum entspricht dies einer klassischen Mitte, die weder klar progressiv noch stark traditionell ausgerichtet ist. Auffällig und normativ kritisch zu hinterfragen ist, dass ihr Demokratiebekenntnis solide, aber nicht besonders ausgeprägt ist. Auch in Bezug auf die Gesellschaftsdiagnose bewegt sich diese

Gruppe im mittleren Bereich, was auf eine gewisse Ambivalenz oder Zurückhaltung in der Bewertung gesellschaftlicher Entwicklungen schließen lässt.

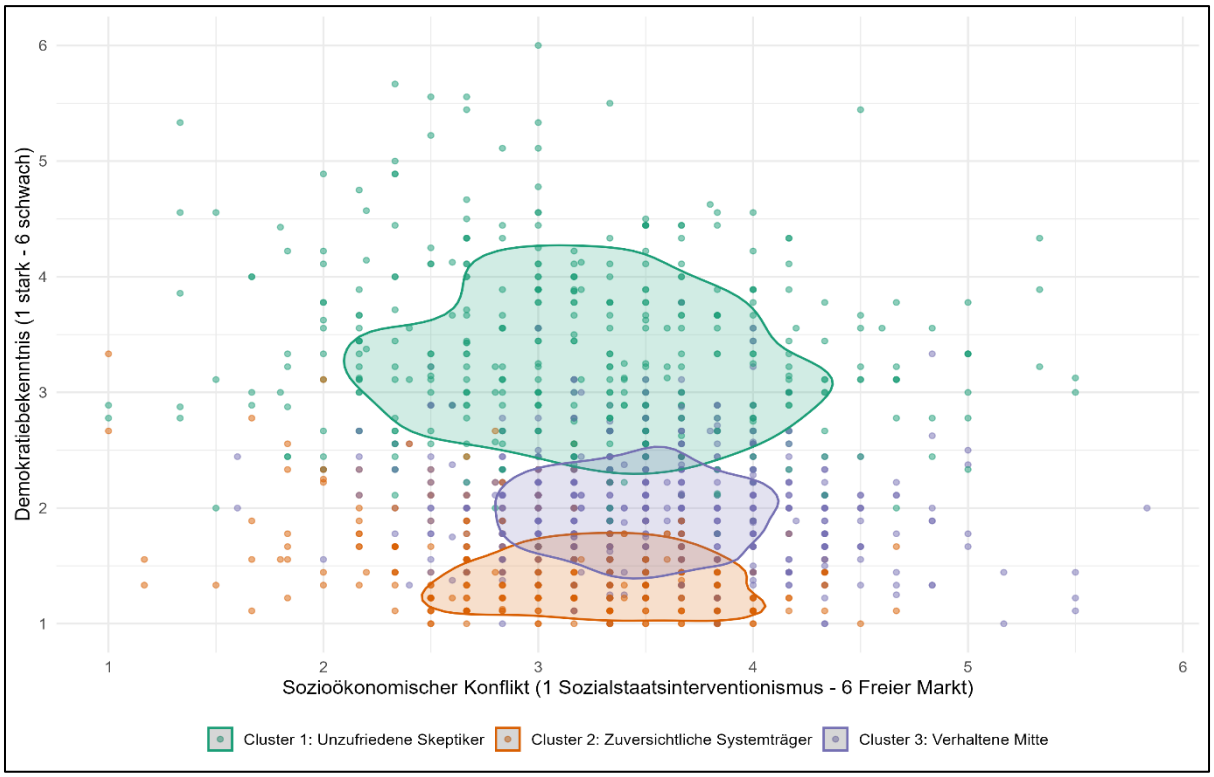


Abbildung 82: Zusammenhang zwischen sozioökon. Konflikt und Demokratiebekenntnis

Abschließend zeigt sich, dass der sozioökonomische Konflikt im Vergleich zu den übrigen Dimensionen kaum zur Erklärung des Demokratiebekenntnisses beiträgt. In der entsprechenden Gegenüberstellung (Abbildung 82) überlagern sich die Cluster entlang der ökonomischen Achse nahezu vollständig, sodass keine klare Tendenz oder systematische Beziehung erkennbar ist. Damit bestätigt sich, dass die Unterschiede im Demokratiebekenntnis primär entlang der soziokulturellen Dimension verlaufen, während wirtschaftspolitische Einstellungen hierfür nur eine untergeordnete Rolle spielen. Generell lässt sich entlang dieser Konfliktlinie für alle Cluster ein breit gefächertes und kaum unterscheidbares Antwortverhalten konstatieren. Einstellungen fallen hier in allen drei Gruppen breit gefächert aus.

Weitere Zusammenhänge

Ergänzend zur zentralen Bedeutung des Demokratiebekenntnisses zeigt die Gegenüberstellung der Dimensionen, dass sich die Cluster in Verbindung mit der Gesellschaftsdiagnose vor allem entlang der progressiv-traditionellen Achse klar voneinander abgrenzen (aus sozioökonomischer Sicht wurden keine nennenswerten Differenzierungen und Zusammenhänge sichtbar). Auf der vertikalen Dimension überlagern sich die Gruppen

hingegen deutlich stärker, sodass hier keine vergleichbar eindeutige Trennlinie erkennbar ist (siehe Abbildung 83). Die Gesellschaftsdiagnose weist damit nur eine begrenzte Differenzierungskraft auf, da alle Cluster ein vergleichsweise breites Spektrum von eher optimistischen bis eher pessimistischen Einschätzungen abdecken.

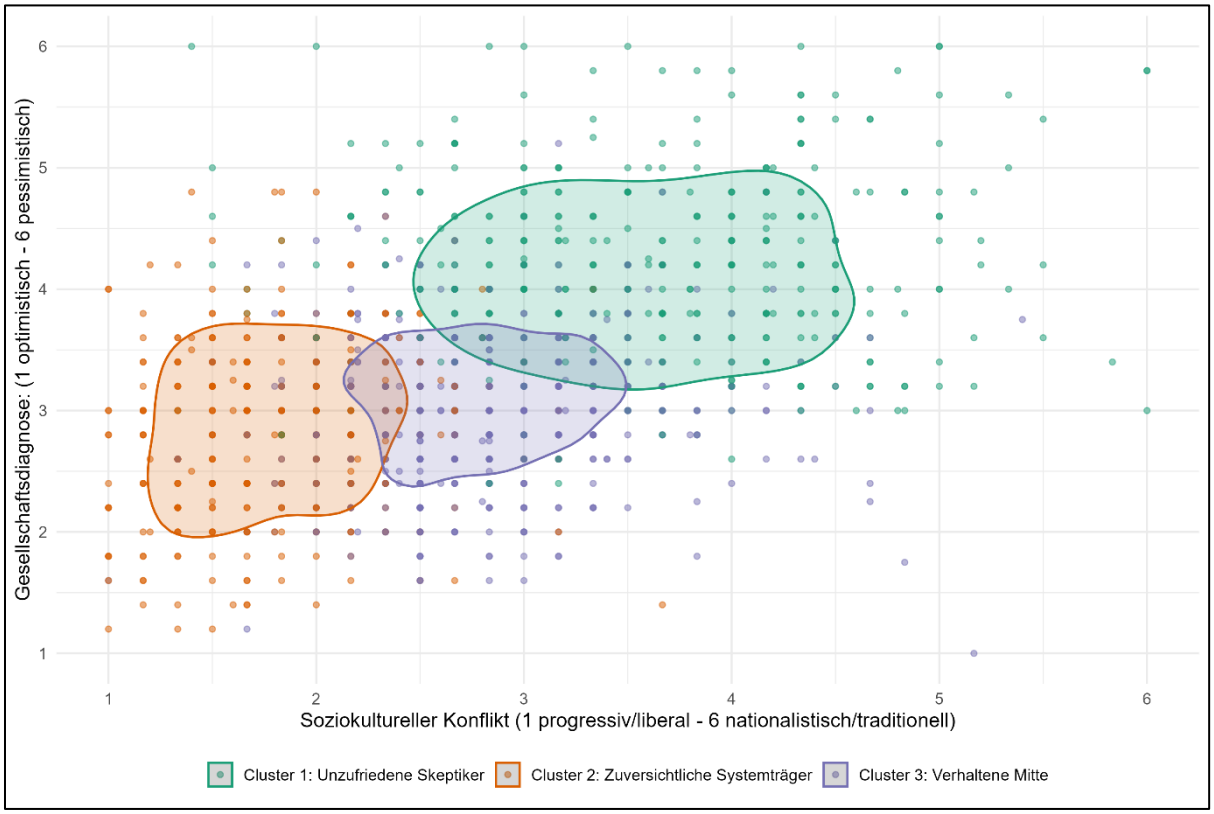


Abbildung 83: Zusammenhang zwischen soziokult. Konflikt und Gesellschaftsdiagnose

Abschließend lässt sich prüfen, ob sich die in der Clusteranalyse identifizierten Einstellungsprofile auch im tatsächlichen Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2025 widerspiegeln.

Bei den „Unzufriedenen Skeptikern" entfällt mit 42,2 Prozent der mit Abstand größte Anteil auf die AfD (Abbildung 84). Dahinter folgen die CDU mit 21,5 Prozent und die SPD mit 8,8 Prozent; die übrigen Parteien spielen eine deutlich geringere Rolle. Dieses Wahlverhalten passt zu dem zuvor beschriebenen Profil aus traditionellen soziokulturellen Einstellungen. Zugleich zeigt der CDU-Anteil, dass dieses Cluster parteipolitisch nicht vollständig am rechten Rand verortet ist, sondern auch konservative Positionen innerhalb des etablierten Parteienspektrums umfasst.

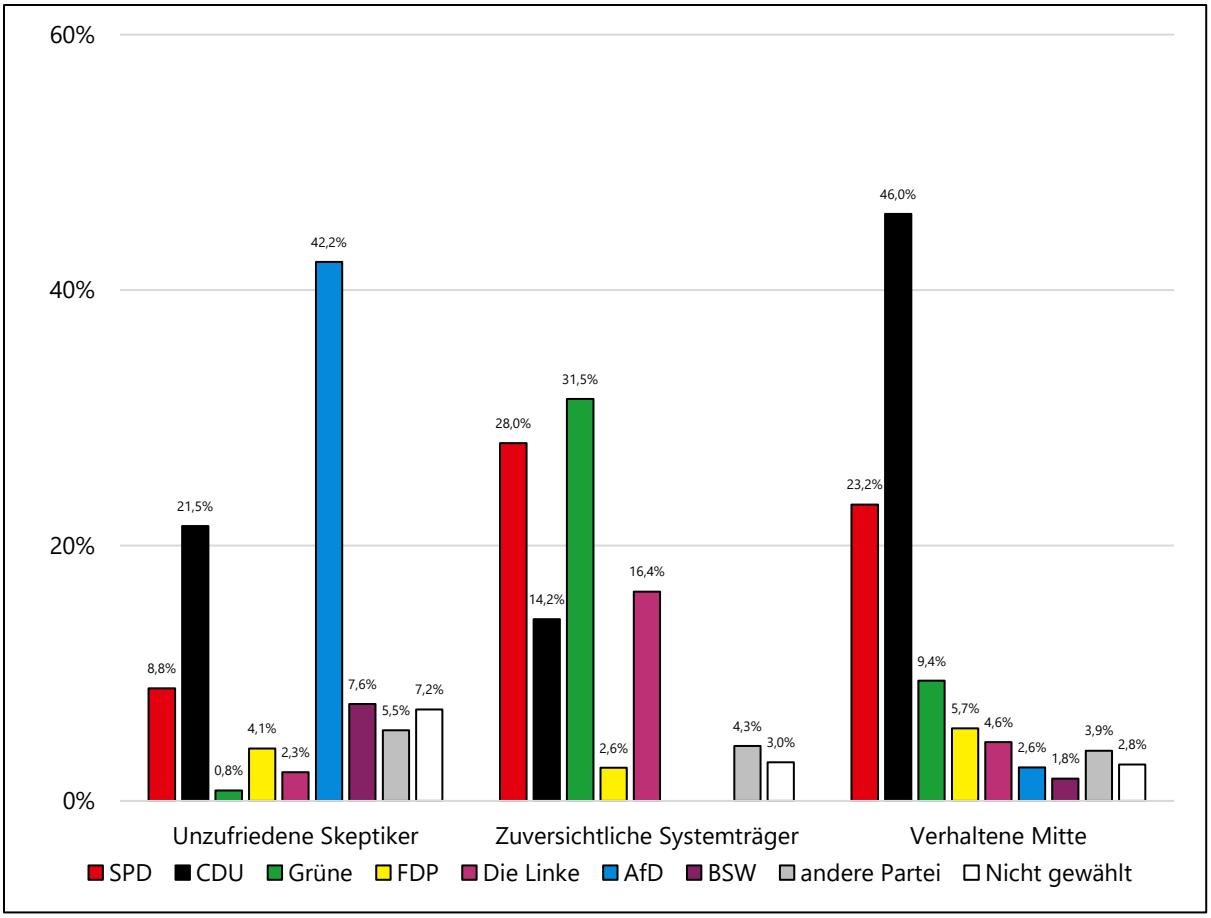


Abbildung 84: Wahlverhalten der Cluster

Die „Zuversichtlichen Systemträger" verteilen ihre Stimmen vor allem auf die Grünen mit 31,5 Prozent und die SPD mit 28,0 Prozent. Hinzu kommen die Linke mit 16,4 Prozent und die CDU mit 14,2 Prozent, während die AfD in dieser Gruppe praktisch keine Rolle spielt. Auch dies entspricht weitgehend dem Einstellungsprofil des Clusters hinsichtlich progressiver sozio-kultureller Positionen, die sich vor allem in die Wahl von Parteien des linken und links-liberalen Spektrums übersetzen.

Die „Verhaltene Mitte" weist das am stärksten auf die politische Mitte konzentrierte Wahlverhalten auf. Mit 46,0 Prozent ist die CDU hier klar stärkste Kraft, gefolgt von der SPD mit 23,2 Prozent. Grüne, FDP und Linke erreichen deutlich geringere Anteile; die AfD liegt bei lediglich 2,6 Prozent. Damit bestätigt sich die Einordnung dieses Clusters als moderat-traditionelle und vergleichsweise wenig polarisierte Mitte. Auffällig bleibt allerdings, dass das mittelmäßig ausgeprägte Demokratiebekenntnis dieser Gruppe nicht mit einer stärkeren Hinwendung zu systemkritischen Parteien einhergeht, sondern überwiegend innerhalb des etablierten Parteienspektrums verbleibt.

Insgesamt stützt das Wahlverhalten damit die inhaltliche Interpretation der Cluster. Besonders deutlich fällt der Unterschied zwischen den „Unzufriedenen Skeptikern" und den

„Zuversichtlichen Systemträgern“ aus, während die „Verhaltene Mitte“ vor allem durch eine starke Bindung an die CDU und eine insgesamt moderatere Parteienverteilung gekennzeichnet ist. Dabei zeigt die Abbildung, wie die Angehörigen der jeweiligen Cluster gewählt haben, nicht jedoch, wie sich die Wählerschaften der einzelnen Parteien auf die drei Cluster verteilen.

Schlussfolgerungen aus der Clusteranalyse

Abschließend ergibt sich aus der Clusteranalyse, der Verortung im Cleavage-Raum und der Betrachtung des Wahlverhaltens ein konsistentes und politikwissenschaftlich anschlussfähiges Gesamtbild dreier unterscheidbarer Einstellungsgruppen. Inhaltlich bestätigt die Verortung im Cleavage-Raum, dass die zentrale Trennlinie primär entlang des soziokulturellen Konflikts verläuft und eng mit dem Demokratiebekenntnis verknüpft ist. Ein starkes Demokratiebekenntnis geht hier mit progressiven Positionen einher, während ein schwaches Demokratiebekenntnis häufig mit traditionellen Einstellungen und einer pessimistischeren Gesellschaftsdiagnose kombiniert ist. Die sozioökonomische Dimension tritt demgegenüber als sekundäre Konfliktlinie in den Hintergrund und zeigt nur begrenzte Differenzierungskraft zwischen den Clustern.

Ergänzende soziodemografische Auswertungen stützen diese Interpretation und liefern zusätzliche Einordnungshinweise. Die „Unzufriedenen Skeptiker“ sind in formal niedrigeren Bildungsgruppen überdurchschnittlich stark vertreten und weisen eine hohe Präsenz in jüngeren sowie ländlicheren Bevölkerungssegmenten auf. Gleichzeitig zeigt sich hier eine hohe Heterogenität in der Erwerbssituation. Die „Zuversichtlichen Systemträger“ sind hingegen tendenziell besser gebildet und stärker in urbaneren Kontexten verortet, was mit ihren progressiven Einstellungen korrespondiert. Die „Verhaltene Mitte“ zeichnet sich durch eine breite Streuung über nahezu alle demografischen Merkmale hinweg aus und spiegelt damit ihre inhaltliche Position als intermediäre, weniger polarisierte Gruppe wider.

In der Gesamtschau verdeutlichen die Ergebnisse, dass sich politische Einstellungen nicht isoliert, sondern entlang konsistenter Konfliktachsen strukturieren. Besonders hervorzuheben ist dabei die enge Verschränkung von kulturellen Orientierungen, gesellschaftlicher Wahrnehmung und Demokratiebekenntnis, während ökonomische Einstellungen eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielen. Dies spricht für eine gegenwärtig primär kulturell geprägte Konfliktstruktur in Rheinland-Pfalz, in der Fragen von Identität und Systemvertrauen im Zentrum der politischen Differenzierung stehen.

In Abgrenzung zu den bereits in den Abschnitten „Demokratie" und „Gesellschaftliche Lage und Zukunftsdiagnose" vorgenommenen Typisierungen der Demokratietypen sowie der Optimisten und Pessimisten verfolgt die Clusteranalyse ein breiteres Erkenntnisinteresse. Während die Einteilung in solide Demokraten, fragile Demokraten und Autokraten gezielt das Verhältnis der Befragten zu demokratischen und autoritären Herrschaftsformen erfasste, richtete sich die Optimismus-Pessimismus-Typisierung auf die Zukunftserwartungen der Befragten in gesellschaftlicher und ökonomischer Hinsicht. Beide Typisierungen beruhen dabei auf vorab festgelegten inhaltlichen Kriterien und ordnen Personen anhand ausgewählter Antworten bestimmten Gruppen zu.

Die Clusteranalyse ging demgegenüber offener vor: Sie untersucht, welche übergreifenden Muster sich über eine größere Zahl unterschiedlicher Einstellungsfragen hinweg im Antwortverhalten der Befragten zeigen. Dabei werden neben dem Demokratiebekenntnis auch soziokulturelle und sozioökonomische Einstellungen sowie die Gesellschaft betreffende Zukunftserwartungen berücksichtigt. Die daraus entstehenden Cluster bilden somit umfassendere Einstellungsprofile ab und zeigen, wie unterschiedliche politische und gesellschaftliche Orientierungen miteinander verbunden sind. Die drei Verfahren ergänzen sich daher: Während die Demokratietypen das unmittelbare Verhältnis zur Demokratie und die Optimismus-Pessimismus-Typisierung unterschiedliche Zukunftserwartungen sichtbar machen, ordnet die Clusteranalyse diese und weitere Einstellungen in einen breiteren Zusammenhang ein: allgemeine gemeinsame Denkmuster.

Landespolitik

Für das Funktionieren einer Demokratie sind nicht nur die partizipativen Möglichkeiten und Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger von zentraler Bedeutung, sondern ebenso deren Wahrnehmung und kritische Bewertung der politischen Realität. Indem politische Entscheidungen, Leistungen und Entwicklungen beurteilt werden, entsteht eine Rückkopplung zum politischen System: Bewertungen des Outputs können neue Erwartungen, Forderungen und Präferenzen hervorbringen, die wiederum als Input in den politischen Prozess eingehen. Demokratie ist damit auf einen fortwährenden Kreislauf aus Wahrnehmung, Bewertung und Teilhabe angewiesen.

In diesem Themenblock geht es daher primär um das Verhältnis der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer zur politischen Lage im Land. Im Einzelnen werden der Status quo des Landes allgemein, die Zufriedenheit der Landesbevölkerung mit den Institutionen der Landes- und Kommunalpolitik sowie die Bedeutung aktueller politischer Themen in den Blick genommen.

Rheinland-Pfalz und der Status quo

Rheinland-Pfalz entwickelt sich alles in allem gut. (Angaben in Prozent)

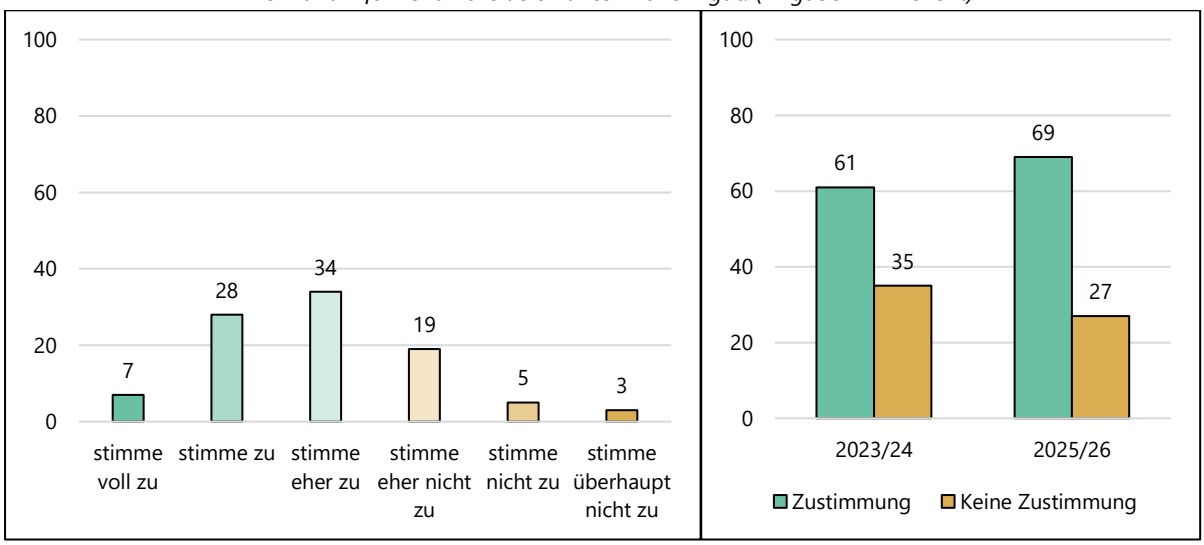


Abbildung 85: Entwicklung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz

Im Allgemeinen blicken die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer eher positiv auf die Entwicklung ihres Bundeslandes. Über zwei Drittel der Bevölkerung stimmt der Aussage eher bis voll zu, Rheinland-Pfalz entwickle sich alles in allem gut. Gut ein Viertel ist dahingehend pessimistischer eingestellt. Im Vergleich zum vorherigen Monitor, sind das 8 Prozentpunkte

mehr, die die Entwicklung des Landes als gut erachten (Abbildung 85). Der detaillierte Blick in die Subgruppen verrät, dass sich dieser Ausdruck der Zufriedenheit entlang des politischen Spektrums von linksaußen (82 Prozent positive Bewertung) nach rechtsaußen (50 Prozent positive Bewertung) stetig verringert. Leichtere Unterschiede sind entlang der Bildungsgruppen zu erkennen, während die niedriger formal Gebildeten positiver auf die Entwicklung des Landes blicken als die hoch formal Gebildeten (Abbildung 86).

Rheinland-Pfalz entwickelt sich alles in allem gut. (Angaben in Prozent)

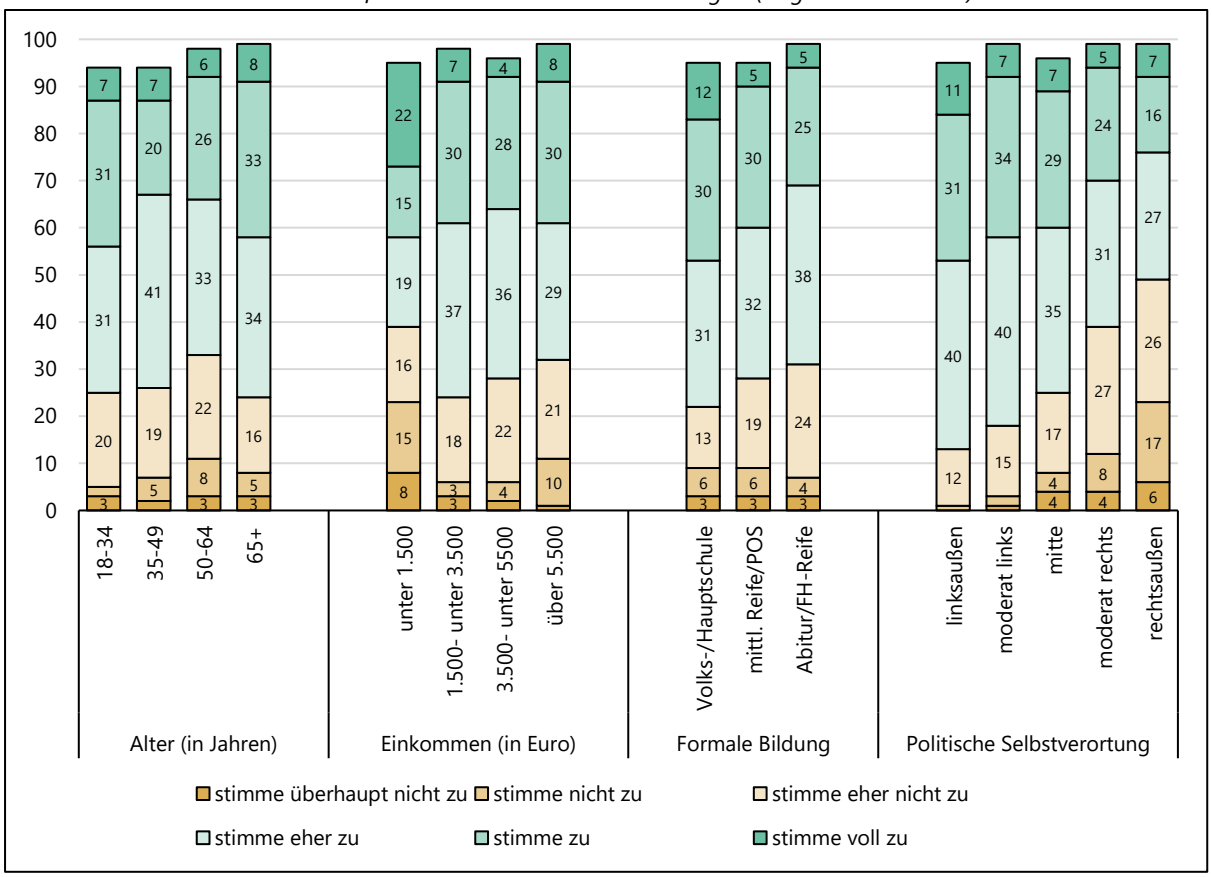


Abbildung 86: Entwicklung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz nach Gruppen

Der Vergleich von Rheinland-Pfalz mit den anderen Bundesländern fällt ebenso insgesamt eher positiv aus. Hier liegt der relative Anteil derjenigen, die die Situation des Landes im Vergleich mit den meisten anderen Bundesländern als besser erachten, bei 57 Prozent und auch hierbei ist ein Zuwachs an eher positiv gestimmten Personen von 9 Prozentpunkten gegenüber der letzten Erhebung zu konstatieren (Abbildung 87).

Auch hier nimmt die positive Beurteilung von linksaußen nach rechtsaußen ab und auch niedriger Gebildete bewerten die Lage des Bundeslandes im Vergleich mit anderen Ländern besser als höher Gebildete (Abbildung 88). Zudem zeichnet sich hier ein Trend zwischen den

Im Vergleich mit den meisten anderen Bundesländern steht Rheinland-Pfalz besser da. (Angaben in Prozent)

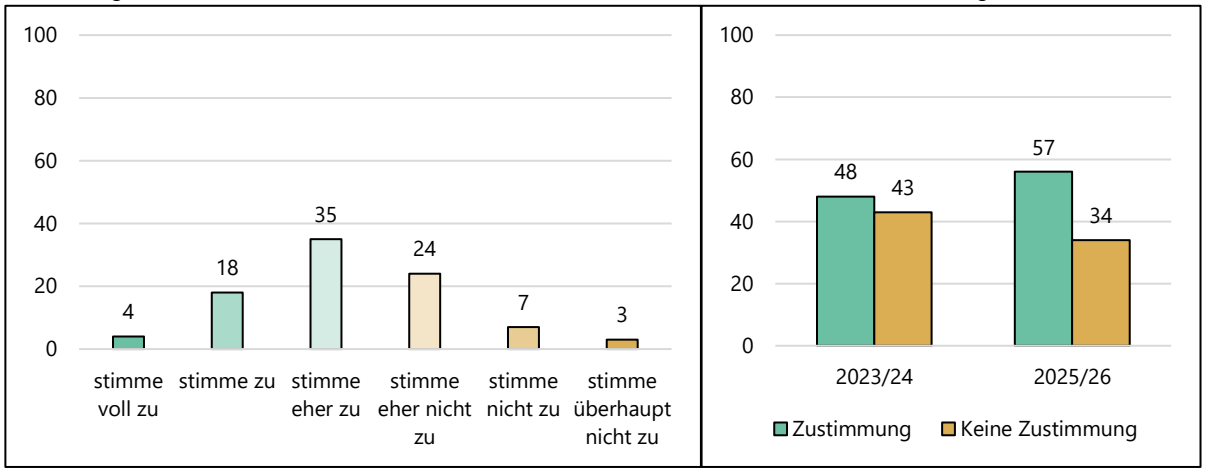


Abbildung 87: Vergleich von Rheinland-Pfalz mit anderen Bundesländern

Altersgruppen ab: Während zwei Drittel der jüngsten Kohorte ihr Bundesland im Vergleich mit anderen als besser bewertet, nimmt diese positive Beurteilung mit steigendem Alter stetig ab. Dass die junge Generation sowohl in absoluten Zahlen als auch in Relation zu anderen Alterskohorten einen positiven Eindruck zur Lage ihres Bundeslandes ausdrückt, kann als gutes Zeichen für dessen zukünftige Entwicklung gewertet werden. Gleichzeitig sollte seitens politischer Akteure weiterhin aktiv daran gearbeitet werden, diesen Trend zu stützen.

Im Vergleich mit den meisten anderen Bundesländern steht Rheinland-Pfalz besser da. (Angaben in Prozent)

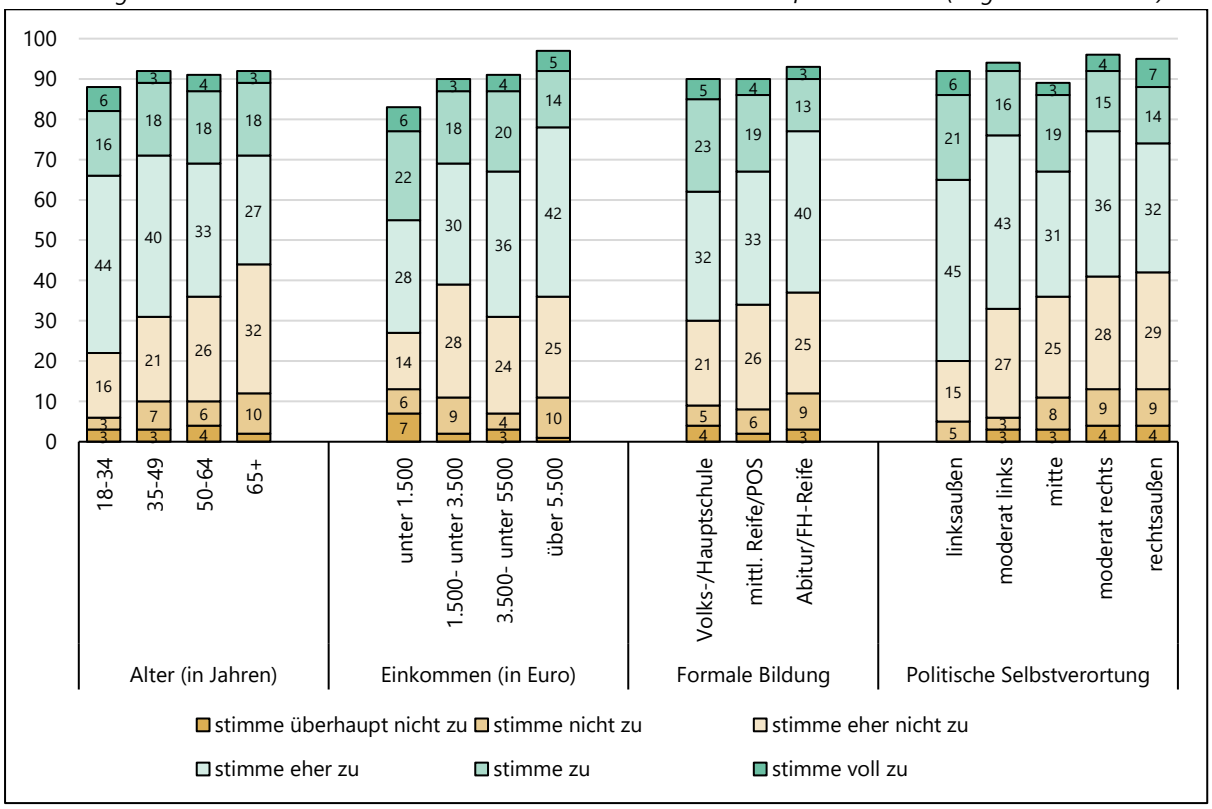


Abbildung 88: Vergleich von Rheinland-Pfalz mit anderen Bundesländern nach Gruppen

Zufriedenheitswerte politischer Institutionen

Neben der allgemeinen Lage des Landes rückt auch die Zufriedenheit mit den zentralen politischen Institutionen auf Landes- und Kommunalebene in den Blick. Sie ist nicht nur ein wichtiger kurzfristiger Indikator für die Bewertung politischen Handelns, sondern hat auch langfristige Auswirkungen auf die Akzeptanz der Demokratie insgesamt. Die Einschätzungen der Bürgerinnen und Bürger liefern damit sowohl Hinweise für die aktuelle politische Steuerung als auch für die Stabilität des politischen Systems.

Wie Abbildung 89 zeigt, sind zum Zeitpunkt der Befragung knapp die Hälfte der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer zufrieden mit der Landesregierung.[3] Das sind 6 Prozentpunkte mehr als im vorherigen Rheinland-Pfalz-Monitor. Gleichzeitig ist hier eine Tendenz zu den beiden mittleren Antwortkategorien zu erkennen. Nur drei Prozent der Befragten drücken große Zufriedenheit aus und lediglich 12 Prozent sind gar nicht zufrieden.

Die Beurteilung der politischen Arbeit des rheinland-pfälzischen Landtags (Abbildung 91) fällt ähnlich aus: 52 Prozent der Bevölkerung sind zufrieden; das sind 9 Prozentpunkte mehr als im letzten Monitoring. Auch hier ist ein deutliches Übergewicht der beiden Mittelkategorien zu sehen.

Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit...? (Angaben in Prozent)

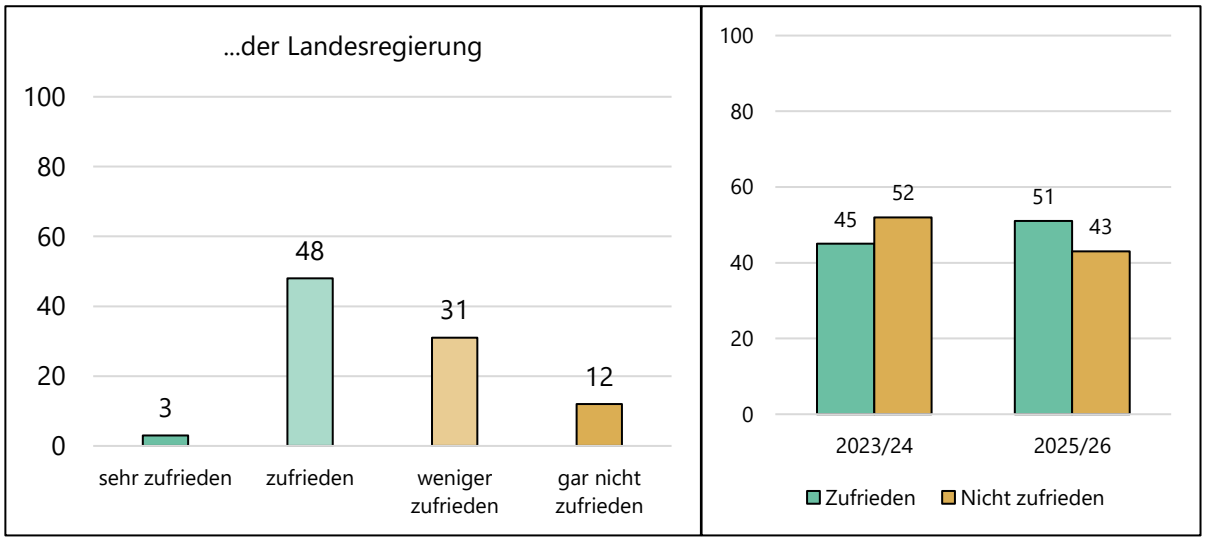


Abbildung 89: Zufriedenheit mit der Landesregierung

[3] Zum Zeitpunkt der Befragung amtiert Alexander Schweitzer (SPD) als Ministerpräsident des Landes und führt die Koalition aus SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP an.

Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Landesregierung? (Angaben in Prozent)

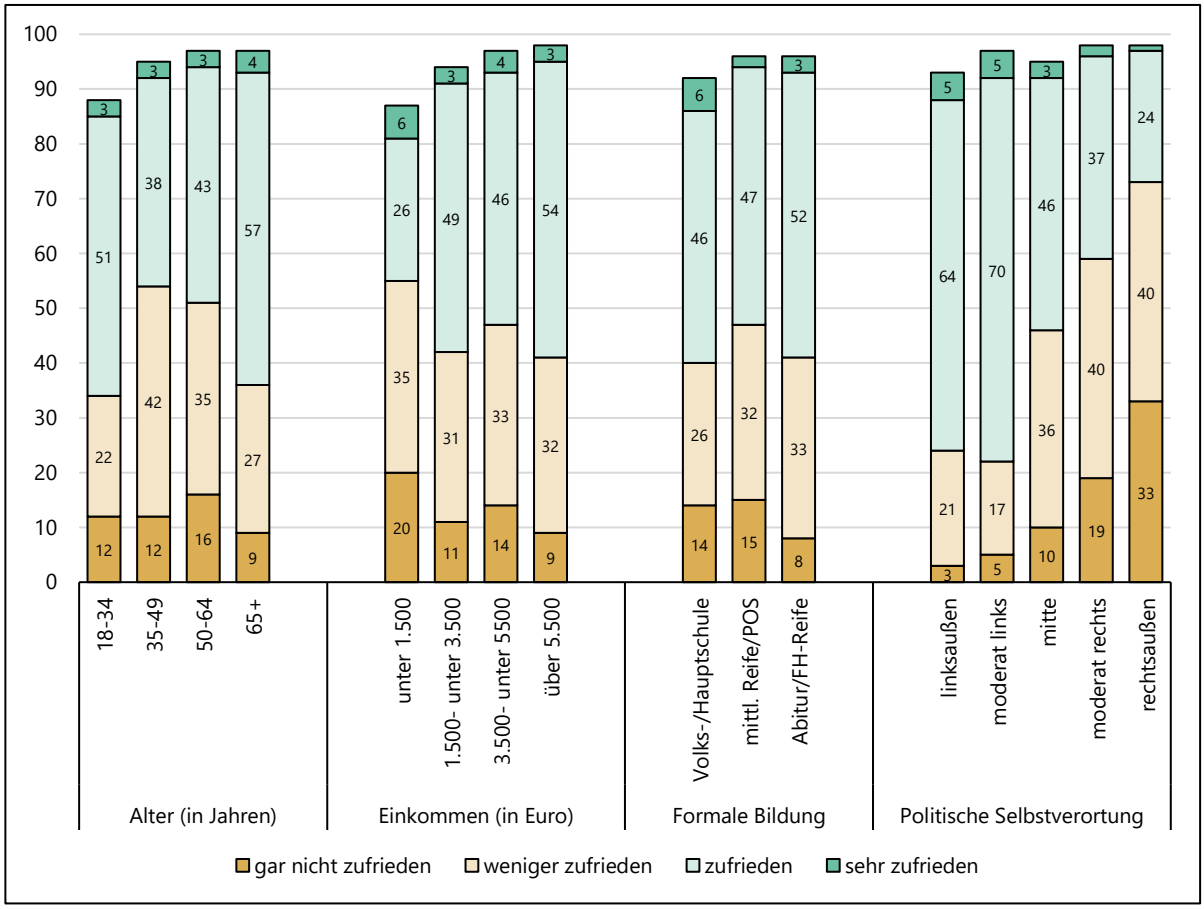


Abbildung 90: Zufriedenheit mit der Landesregierung nach Gruppen

Interessanterweise weist auch das Einstellungsverhalten der Subgruppen bei beiden Institutionen des Landes – Landesregierung (Abbildung 90) und Landtag (Abbildung 92) – ein sehr ähnliches Antwortmuster auf. Während linksaußen Stehende und moderat links Eingestellte starke Zufriedenheitswerte aufzeigen, geht der relative Anteil Zufriedener in der Mitte, mehr noch unter moderat Rechten und Rechtsaußen deutlich zurück. Die politische Gesinnung scheint hier den markantesten Einfluss auf die Zufriedenheit mit den politischen Institutionen des Landes zu markieren. Nichtsdestotrotz zeigt sich auch, dass insbesondere die beiden mittleren Alterskategorien hinsichtlich ihres Ausdrucks an Zufriedenheit sowohl hinter der jüngsten als auch hinter der ältesten Kohorte zurückbleiben. Mit Blick auf die Zustimmungswerte der Landesregierung (Abbildung 90) muss zudem auf die Unzufriedenheit der untersten Einkommensgruppe gegenüber den anderen Einkommensgruppen hingewiesen werden. Hier ist lediglich ein knappes Drittel zufrieden mit der Performanz. Mit Blick auf den Landtag ist diese Diskrepanz nicht zu beobachten, im Gegenteil. Auf Aggregatebene der Zustimmungswerte stellt dies die einzig bedeutsame Unterscheidung bei der Beurteilung

beider Landesinstitutionen dar. Ebenso ist darauf hinzuweisen, dass fast ein Viertel der untersten Einkommensgruppe kein Urteil zur Performanz des Landtags fällt.

Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit…? (Angaben in Prozent)

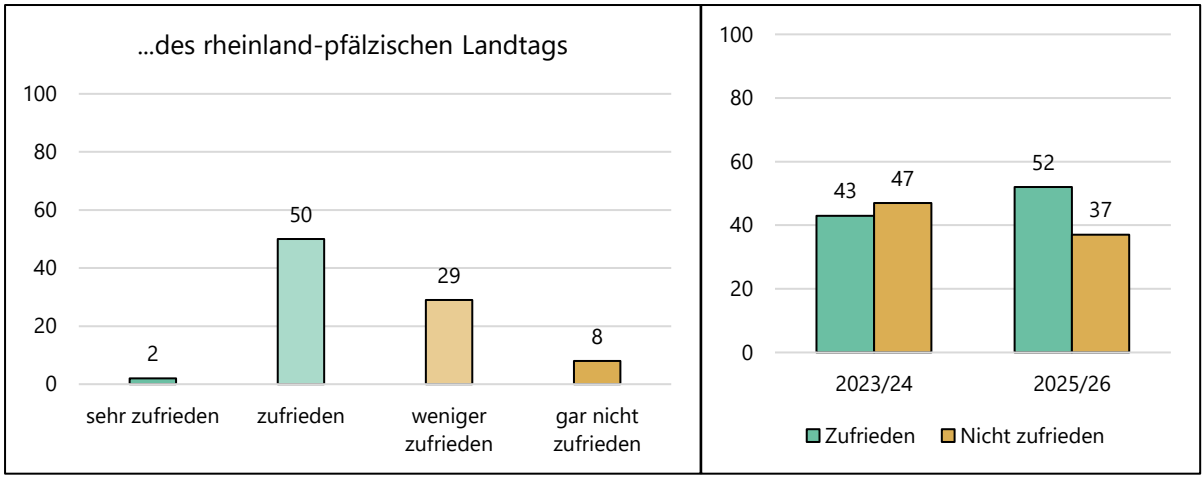


Abbildung 91: Zufriedenheit mit dem Landtag

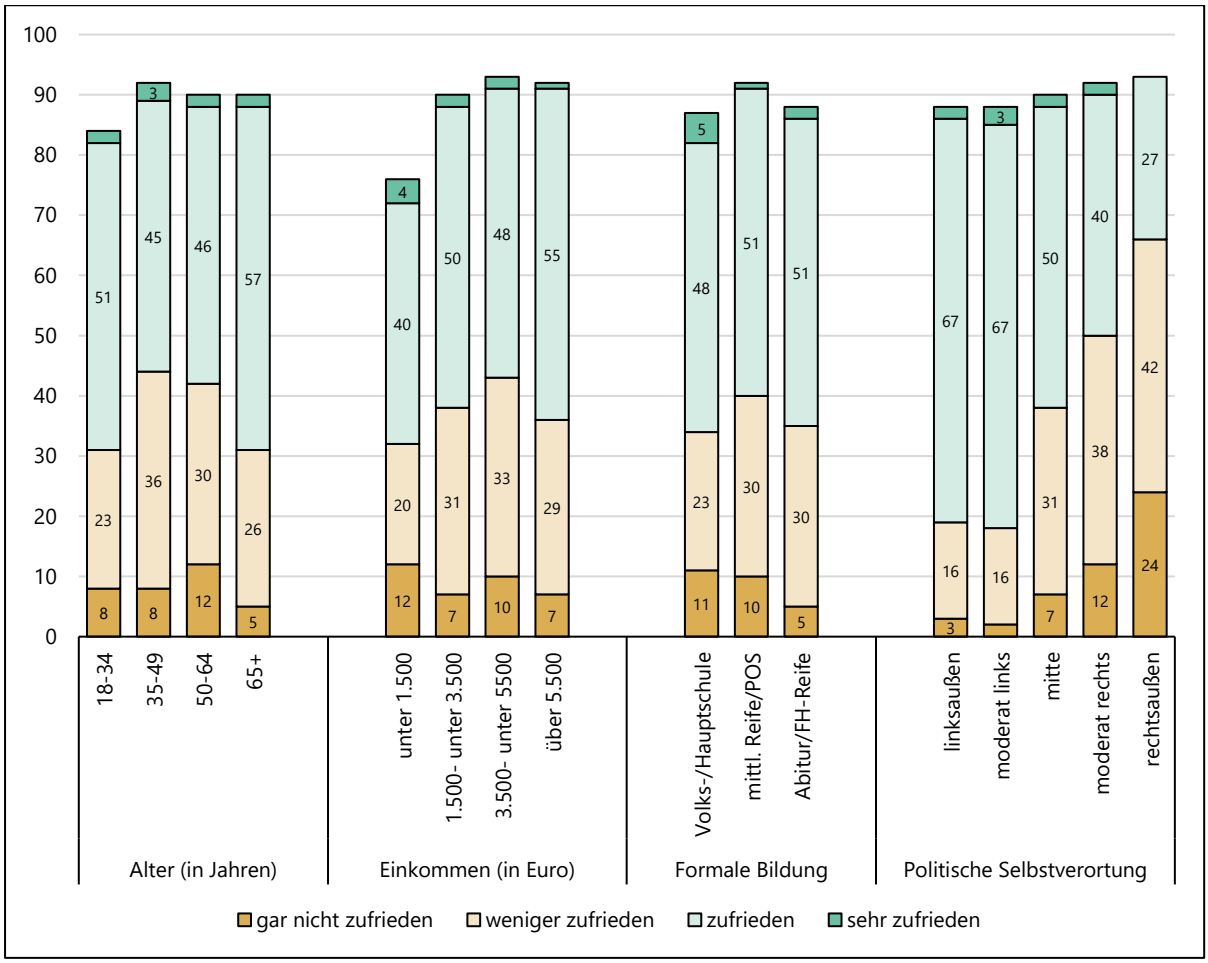


Abbildung 92: Zufriedenheit mit dem Landtag nach Gruppen

Wie auch zwei Jahre zuvor erteilen die Bürgerinnen und Bürger Landräten und Bürgermeistern häufiger ein gutes Arbeitszeugnis. Zwei Drittel der Befragten äußern hier ihre Zufriedenheit (Abbildung 93). Unterschiede in den Subgruppen sind zu vernachlässigen (Abbildung 94).

Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit…? (Angaben in Prozent)

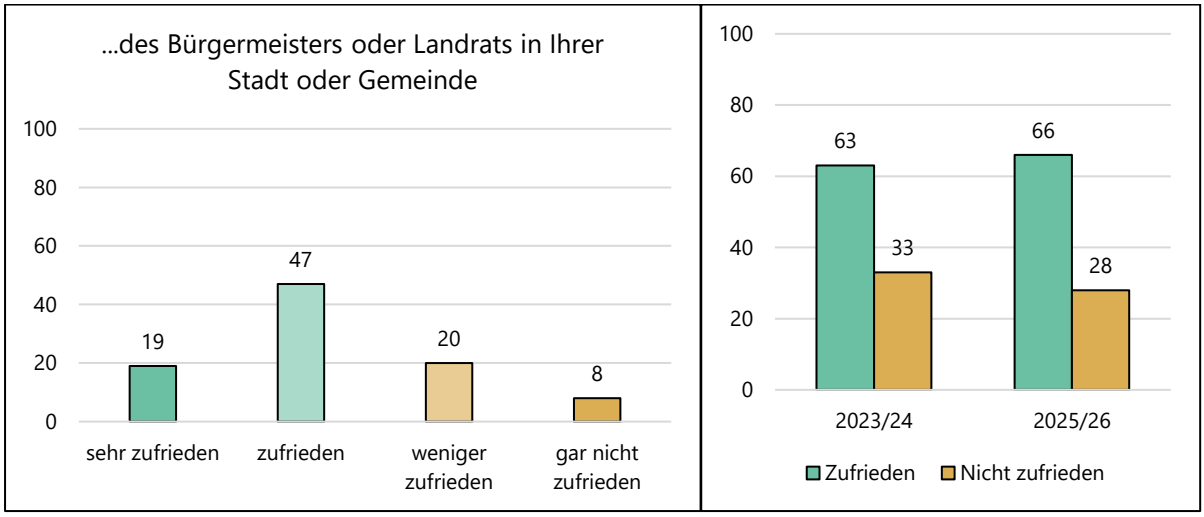


Abbildung 93: Zufriedenheit mit eigenem Bürgermeister oder Landrat

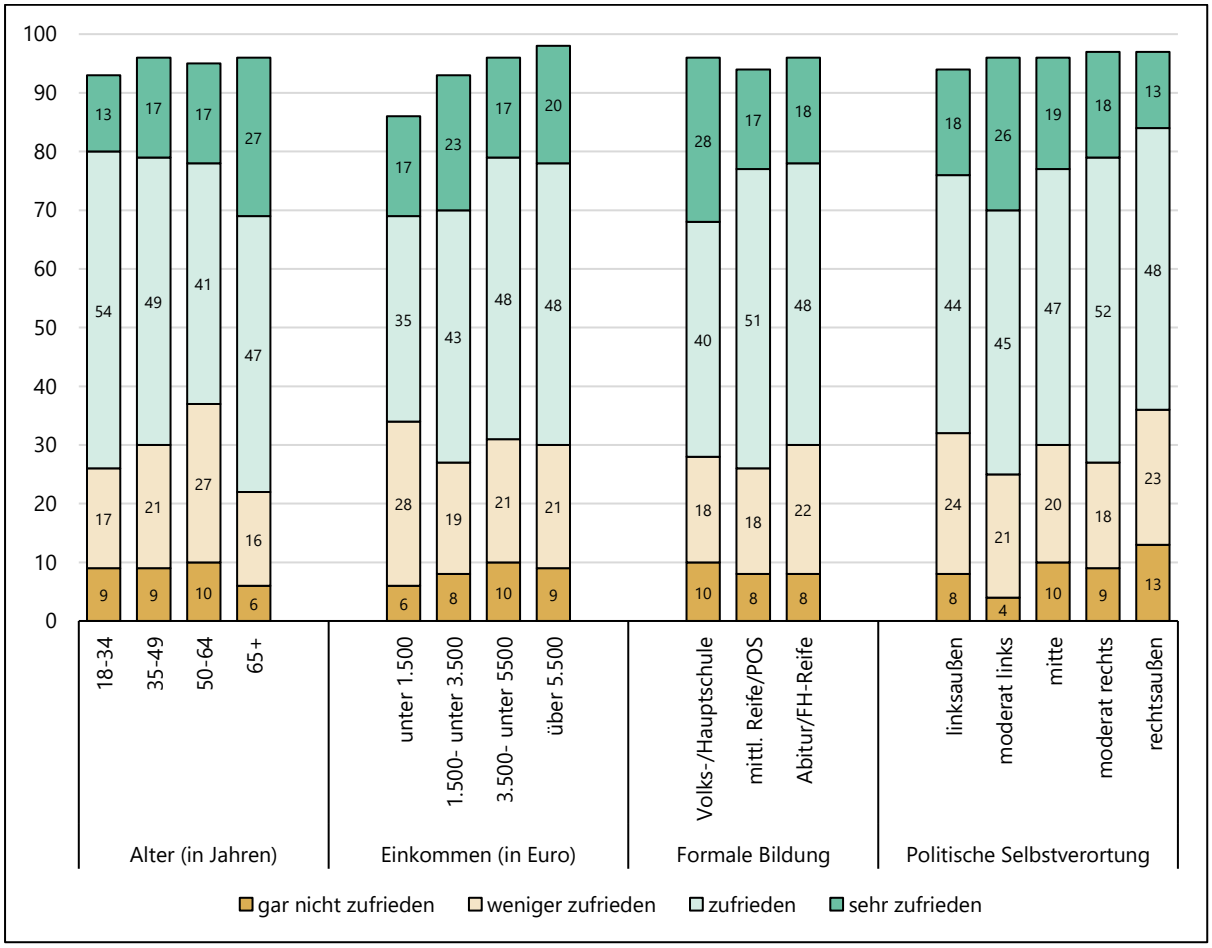


Abbildung 94: Zufriedenheit mit eigenem Bürgermeister oder Landrat nach Gruppen

Kommunale Parlamente bzw. Stadt- oder Kreistage werden zwar mehrheitlich positiv bewertet, fallen jedoch hinter den kommunalen Exekutivorganen zurück (Abbildung 95). Differenziert man, ist vor allem der geringe Anteil positiver Beurteilungen am rechten Rand zu bemerken sowie allgemein darauf hinzudeuten, dass in allen Subgruppen der Anteil jener, die kein Urteil äußern, vergleichsweise hoch ausfällt. Eine mögliche Erklärung ist die fehlende Assoziation kommunalpolitischer Arbeit mit Kollektivorganen zugunsten von Einzelpersonen wie Landräten oder Bürgermeistern.

Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit…? (Angaben in Prozent)

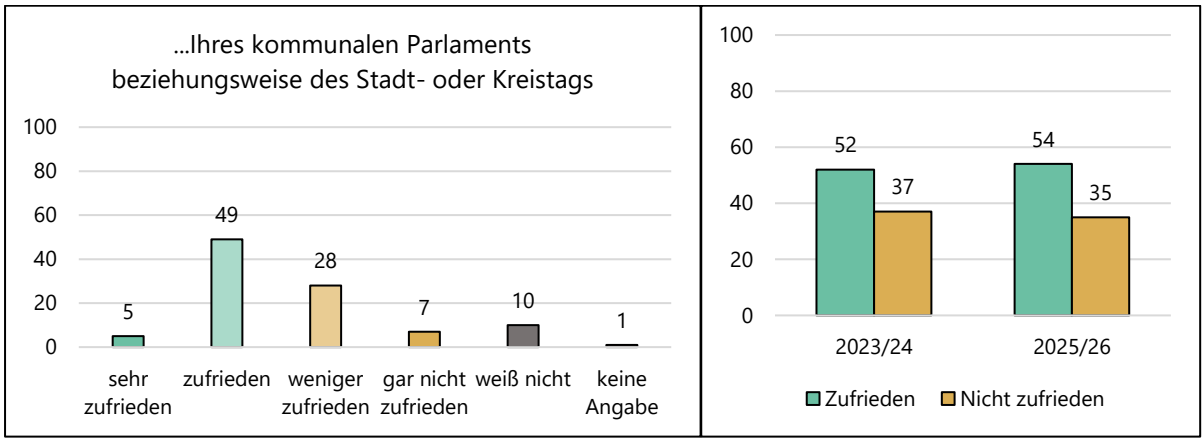


Abbildung 95: Zufriedenheit mit dem Kommunalparlament

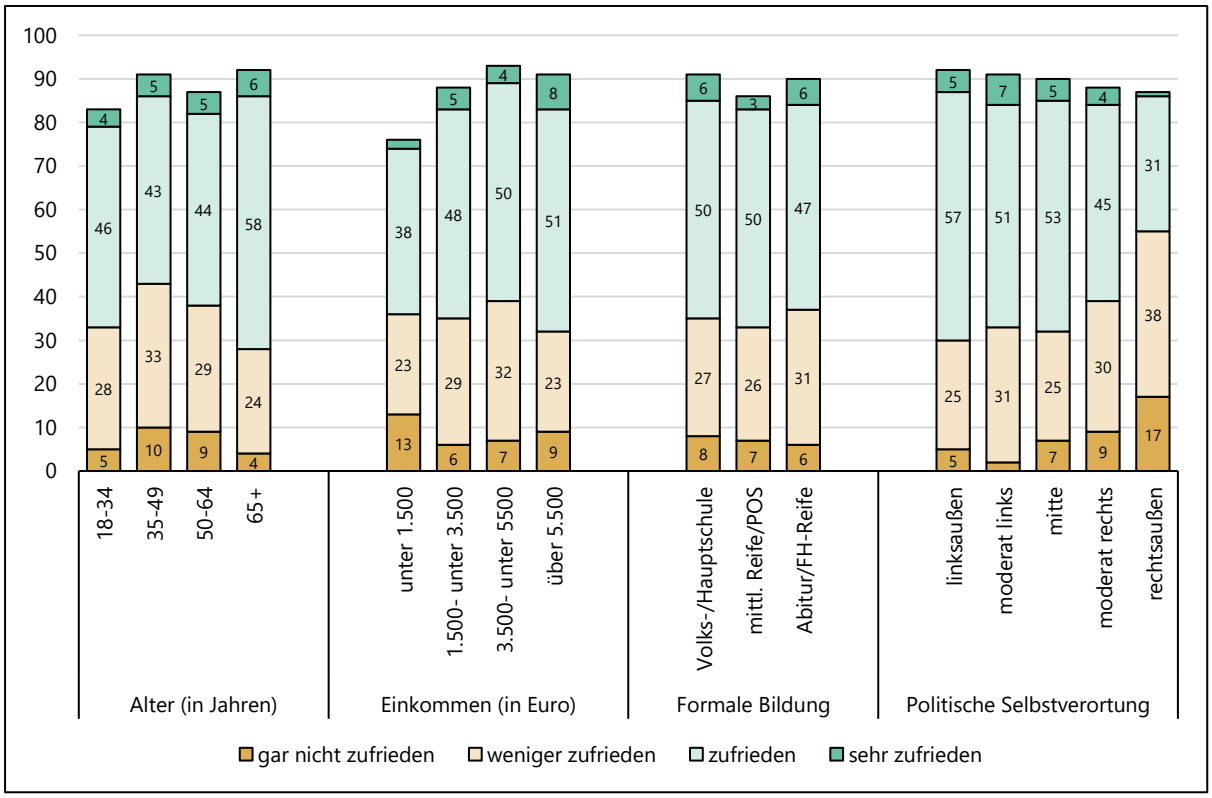


Abbildung 96: Zufriedenheit mit dem Kommunalparlament nach Gruppen

Die Bewertung der Arbeit der öffentlichen Verwaltung durch die Bevölkerung bleibt im Vergleich zur vorherigen Erhebung nahezu auf demselben Niveau. Etwa die Hälfte drückt hier Zufriedenheit aus (Abbildung 97). Hinsichtlich der Subgruppierungen zeigt sich auch hier die negativere Beurteilung durch Personen am rechten Rand im Vergleich zum restlichen politischen Spektrum. Auch die höher formal Gebildeten tendieren eher zur negativen Bewertung als mittlere und niedrig formal Gebildete.

Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit...? (Angaben in Prozent)

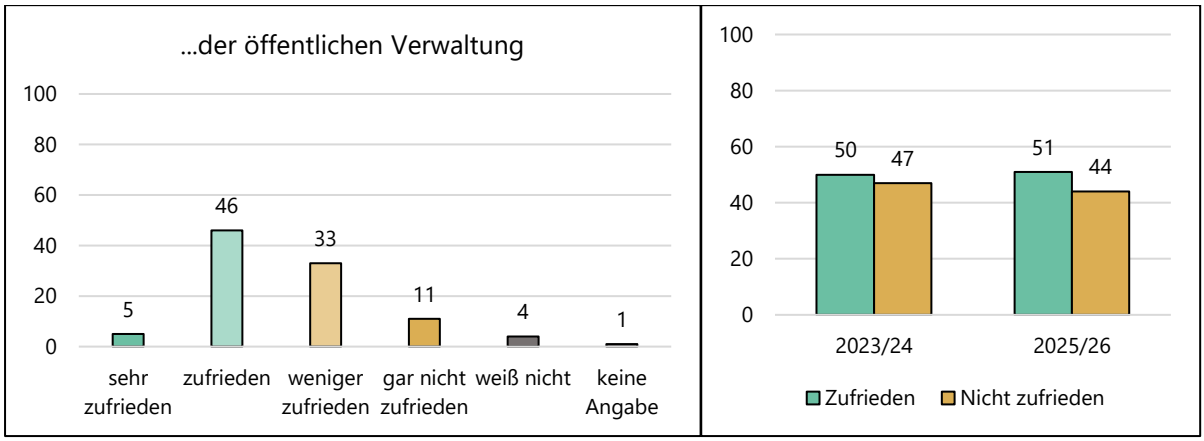


Abbildung 97: Zufriedenheit mit der öffentlichen Verwaltung

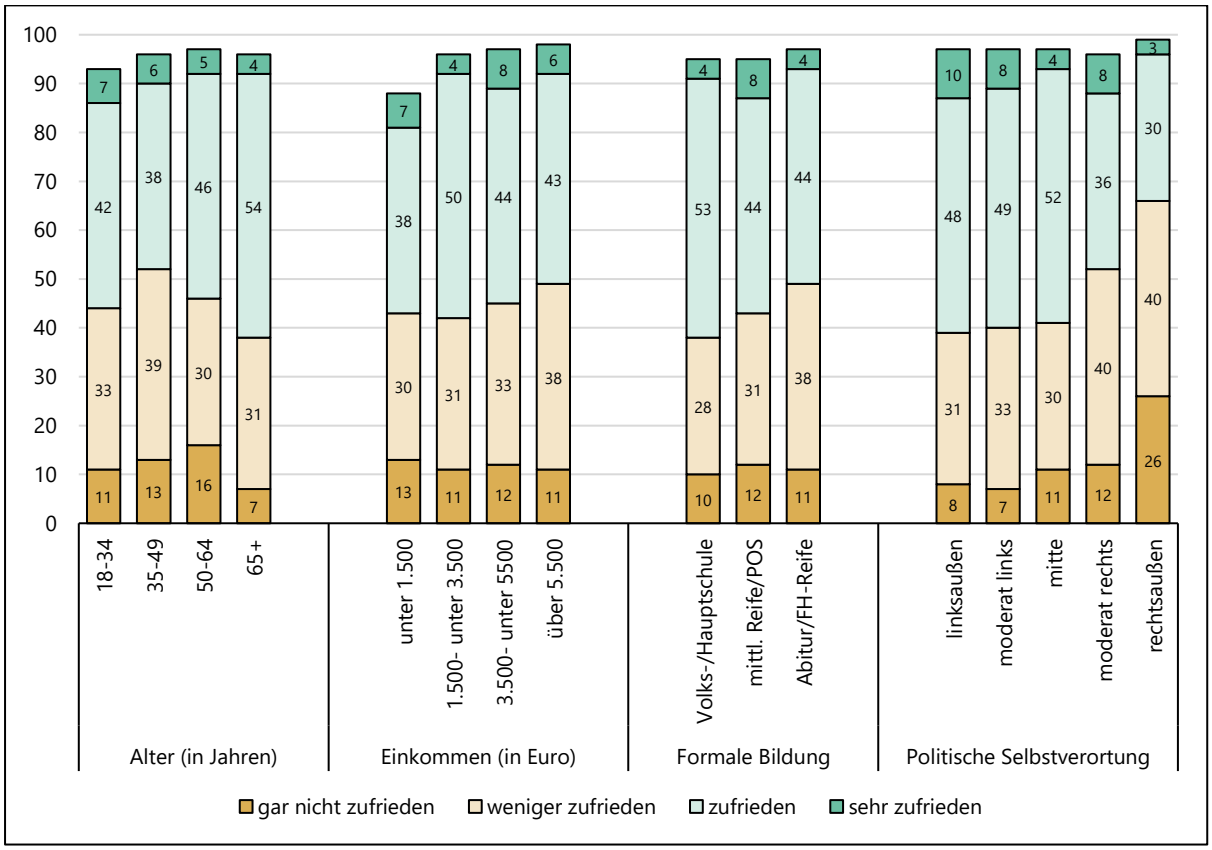


Abbildung 98: Zufriedenheit mit der öffentlichen Verwaltung nach Gruppen

Insgesamt lässt sich mit Blick auf die staatlichen und politischen Institutionen des Landes und der Kommunen konstatieren, dass sich die Beurteilung ihrer jeweiligen Arbeit seit der letzten Erhebung verbessert hat oder etwa gleichgeblieben ist. Hier lässt sich demnach von einem leichten positiven Trend hin zu mehr Institutionenzufriedenheit sprechen. Gleichzeitig lassen sich hier, ausgenommen die Bürgermeister und Landräte, keine hervorragenden Werte attestieren. Es gilt weiterhin die Schlussfolgerung, dass staatliche und politische Institutionen ihre Arbeit besser und transparenter nach außen hin kommunizieren müssen. Gleichzeitig reicht Kommunikation allein nicht aus: Entscheidend ist ebenso die Qualität politischen Handelns selbst. Dazu gehören solides politisches Handwerk, nachvollziehbare und problemorientierte Entscheidungen sowie eine bürgernahe und responsive Politik, die Anliegen aus der Bevölkerung aufnimmt und sichtbar in politische Prozesse einfließen lässt.
Nur im Zusammenspiel aus inhaltlich überzeugender Arbeit und transparenter Vermittlung kann es gelingen, Vertrauen in staatliche und politische Institutionen nachhaltig zu stärken und bestehende Skepsis abzubauen.

Wichtige Themen und Problemfelder in Rheinland-Pfalz

Mit der Frage nach dem wichtigsten politischen Problem in Rheinland-Pfalz rücken nun die inhaltlichen Prioritäten der Bevölkerung in den Fokus. Während zuvor vor allem die Polity-Dimension – also die Bewertung politischer Akteure und Institutionen – im Mittelpunkt stand, wird damit die Policy-Dimension betrachtet, die sich auf konkrete Themen und politische Herausforderungen bezieht. Zugleich beinhaltet diese Frage eine implizite Priorisierung: Je häufiger ein Problem genannt wird, desto größer ist sein wahrgenommenes Gewicht in der Bevölkerung. Auf diese Weise lässt sich erkennen, welche Themen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger besonders dringlichen politischen Handlungsbedarf erzeugen und inwiefern diese Prioritäten mit politischen Agenda-Settings übereinstimmen oder auseinanderlaufen.

Dabei wurde offen erfasst, welches politische Problem in Rheinland-Pfalz aus Sicht der Befragten vordringlich gelöst werden muss, um ein möglichst unverzerrtes Bild aktueller Problemlagen zu erhalten. Die genannten Antworten wurden anschließend kategorisiert und, wie in Abbildung 99 dargestellt, systematisch aufbereitet.

Welches ist Ihrer Meinung nach das wichtigste politische Problem in Rheinland-Pfalz, das vordringlich gelöst werden muss? (Angaben in Prozent)

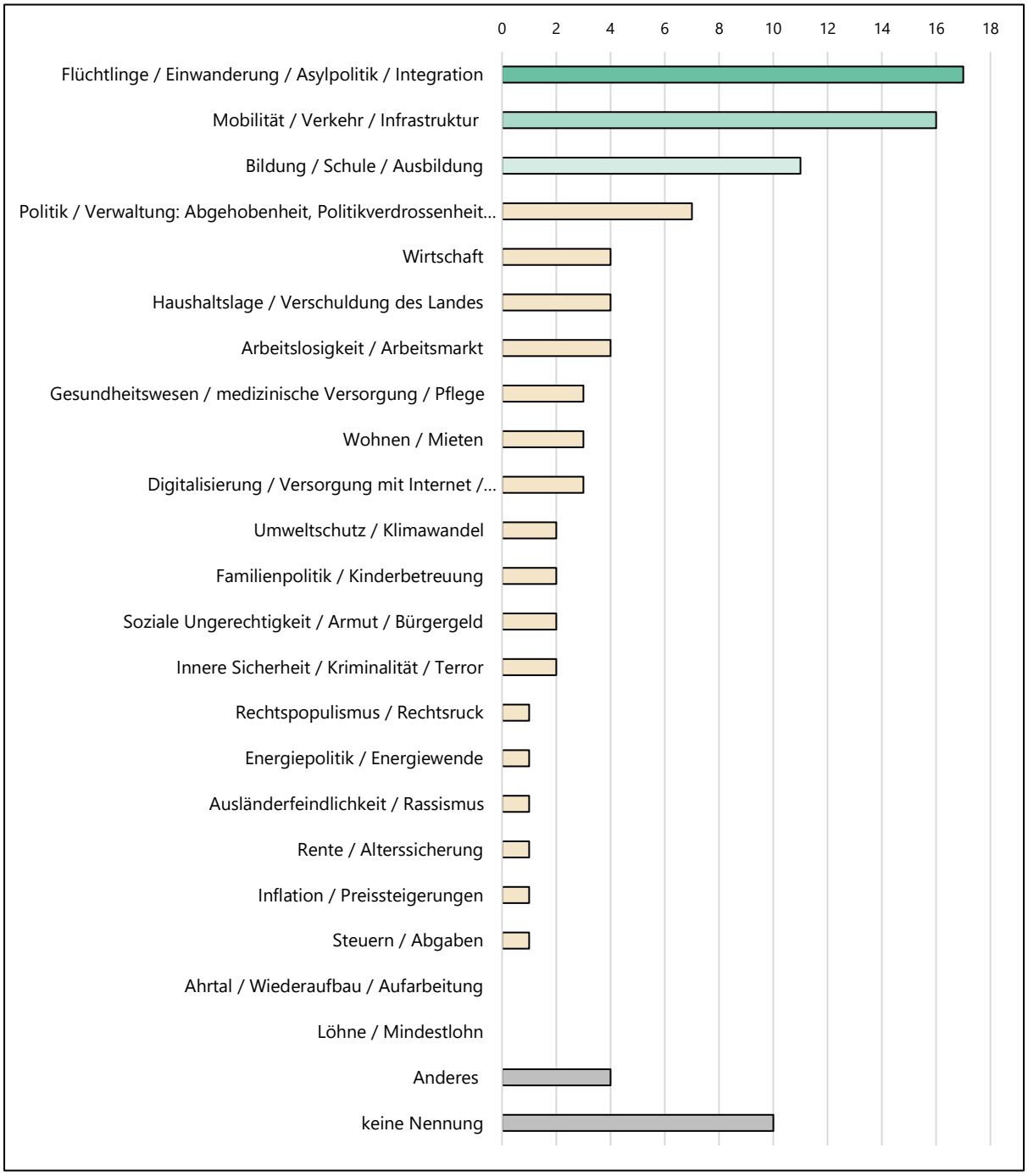


Abbildung 99: Wichtigstes Problem in Rheinland-Pfalz

Zum Zeitpunkt der Befragung nannten dahingehend die meisten (17 Prozent) Probleme in Bezug zu Flüchtlingen, Einwanderung, Asylpolitik und Integration. Auf Platz zwei (16 Prozent) rangiert der Themenkomplex Mobilität, Verkehr und Infrastruktur. Etwa 11 Prozent nannten Probleme mit Bezug zu Bildung, Schule und Ausbildung. Die Nennung weiterer problematisierter Themenfelder verblieb im einstelligen Prozentpunktbereich.

Welches ist Ihrer Meinung nach das wichtigste politische Problem in Rheinland-Pfalz, das vordringlich gelöst werden muss? (Angaben in Prozent)

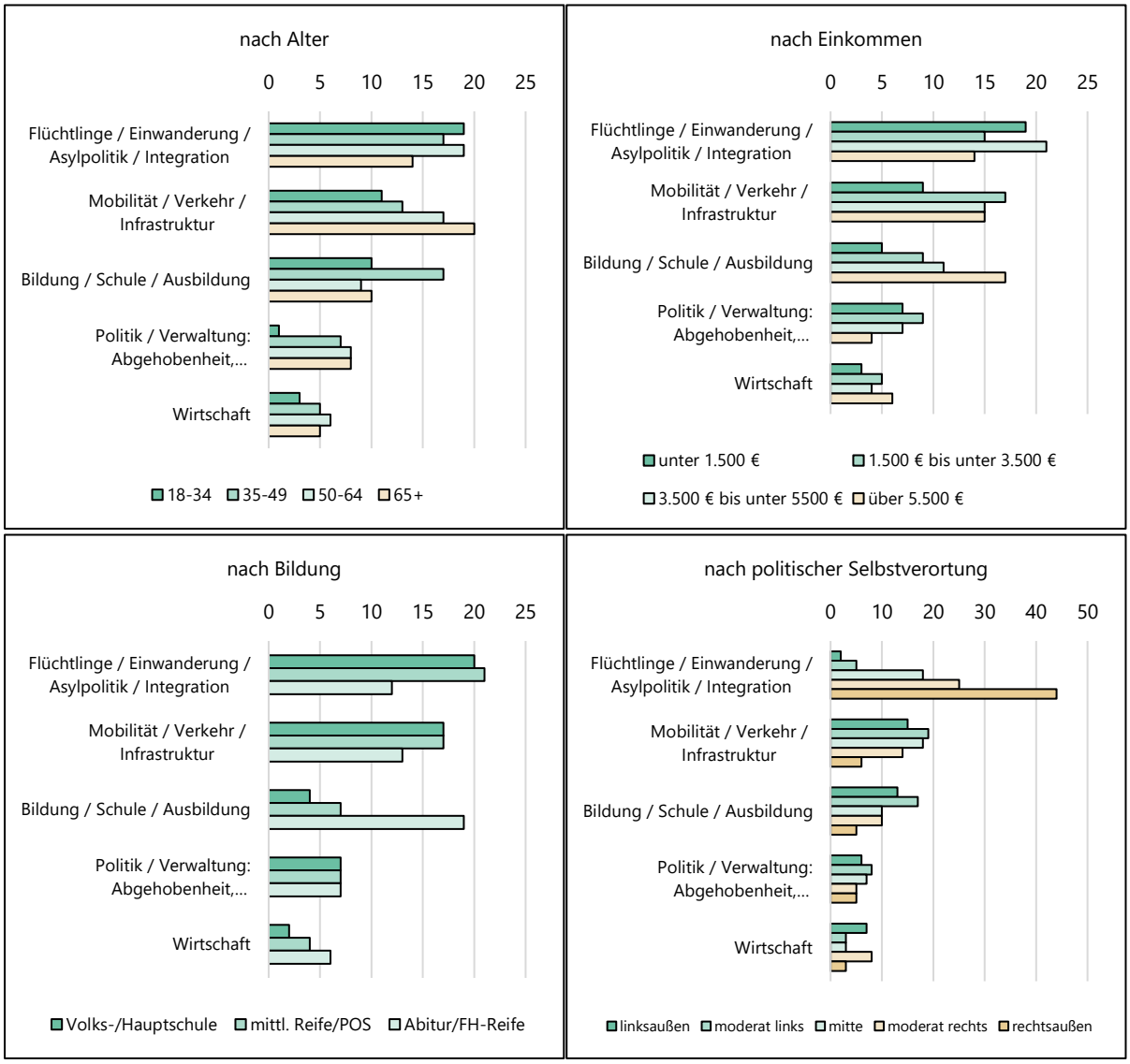


Abbildung 100: Wichtigstes Problem in Rheinland-Pfalz nach Gruppen

Abbildung 100 zeigt die nach Subgruppen aufgeschlüsselte Priorisierung der fünf insgesamt am häufigsten genannten Problemfelder. Hierbei zeigen sich teils starke Unterschiede, von denen die prägnantesten an dieser Stelle kurz behandelt werden sollen: Die Migrationsthematik wird vor allem im politischen Spektrum nach rechts hin verstärkt problematisiert, aber auch Personen mit niedriger und mittlerer Bildung nennen häufiger damit zusammenhängende Probleme als Personen mit hoher formaler Bildung. Mit steigendem Alter steigt die Problematisierung des Themenbereich Mobilität, Verkehr und Infrastruktur. In der untersten Einkommensgruppe wird diesem Themenfeld deutlich weniger relative Bedeutung zugemessen als in allen anderen Einkommensgruppen. Am deutlichsten beklagt die Alterskohorte von 35 bis 49, also jene, in der vermehrt Eltern mit schulpflichtigen

Kindern zu finden sind, Probleme im Bereich der Bildungspolitik. Aber auch hoch formal Gebildete und Personen in der höchsten Einkommensgruppe setzen sich dahingehend von den anderen Gruppen ab. Zudem finden sich signifikante Unterschiede in den Antworten zwischen den Geschlechtern: während Männer und Frauen mehrheitlich dieselben drei Problemfelder als am relevantesten identifizieren (1. Migration, 2. Mobilität, 3. Bildung), findet sich bei den Frauen eine höhere Varianz. Hier werden also häufiger auch andere Themen als wichtigstes Problem identifiziert. Insgesamt deuten diese Muster darauf hin, dass politische Problemwahrnehmungen stark gruppenspezifisch geprägt sind. Daraus lässt sich ableiten, dass politische Lösungsansätze und Maßnahmen nicht für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen anschlussfähig sind, sondern in Teilen zielgruppenspezifisch ausgestaltet werden müssen, um den unterschiedlichen Problemlagen und Prioritäten gerecht zu werden.

In diesem Monitor kommen Themen rund um Klimawandel/-schutz bei der offenen Abfrage eine eher nachranginge Bedeutung zu, im ersten Rheinland-Pfalz-Monitor 2023/24 wurden hingegen mehrere Fragen zur Wahrnehmung des Klimawandels sowie der Priorität politischer Handlungsbedarfe abgefragt. Dabei wurde erkennbar, dass der Klimawandel für Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer ein bedeutsames Thema ist – obgleich der Umgang mit ihm sich als kontrovers erweist und sich unterschiedliche Haltungslager gebildet haben, wie mit ihm umzugehen sei (Jun et al. 2025). Da die Thematik die Gesellschaft langfristig begleitet und begleiten wird – jedoch volatile politische Prioritätenzuschreibungen erfährt –, nimmt der Rheinland-Pfalz-Monitor hierzu ein Frageitem standardmäßig auf, um die Relevanzzuschreibung zu messen.

Für die Bekämpfung des Klimawandels wird nicht genug getan. (Angaben in Prozent)

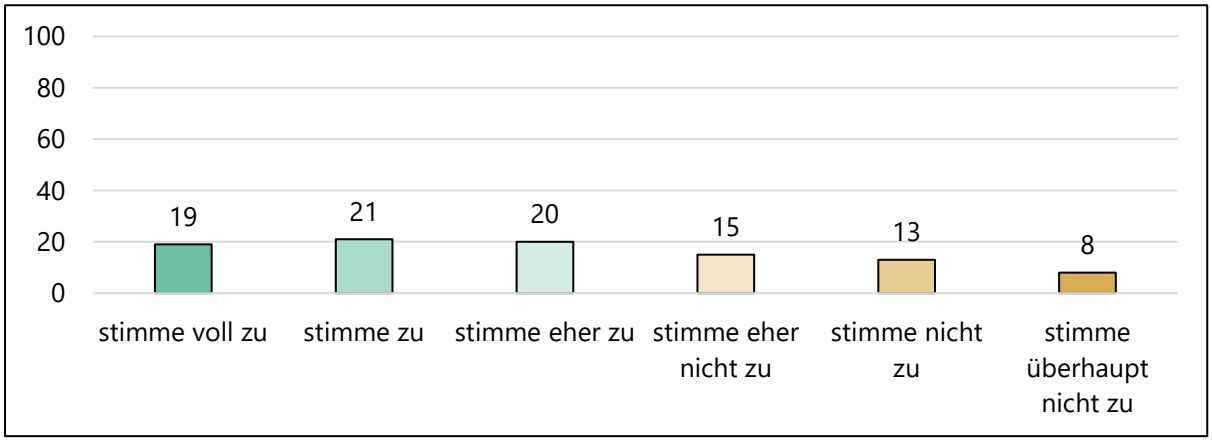


Abbildung 101: Priorität von Klimaschutz

In der Frage nach den wichtigsten Problemen (Abbildung 99) zeichnet sich bereits eine Veränderung der Relevanzempfindung ab und Klimaschutz wird seltener genannt als andere Themen. Da in der Frage nach den wichtigsten Themen der Klimawandel in direkter Konkurrenz mit der (ggf. höher bewerteten) Wichtigkeit anderer Themen steht, geht daraus keine Aussage hervor, als wie wichtig die Bekämpfung des Klimawandels isoliert betrachtet empfunden wird. Daher wird separat zu diesem Thema die Frage der Relevanz gestellt. 2025 meinen 60 Prozent der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer, dass zu wenig für die Bekämpfung des Klimawandels getan wird. Auch wenn im ersten Rheinland-Pfalz-Monitor nicht die identische Frage gestellt wurde, kann die Wahrnehmung ähnlich bzw. mit einer leicht geringeren Prioritätszuschreibung eingeordnet werden. 2023 beschrieben 62 Prozent der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer den Klimawandel als angsteinflößend und sahen zu 70 Prozent einen Bedarf zu mehr politischen Maßnahmen, um sich an nicht mehr zu verhindernden Folgen anzupassen (Rheinland-Pfalz-Monitor 2023: 78ff.).

Für die Bekämpfung des Klimawandels wird nicht genug getan. (Angaben in Prozent)

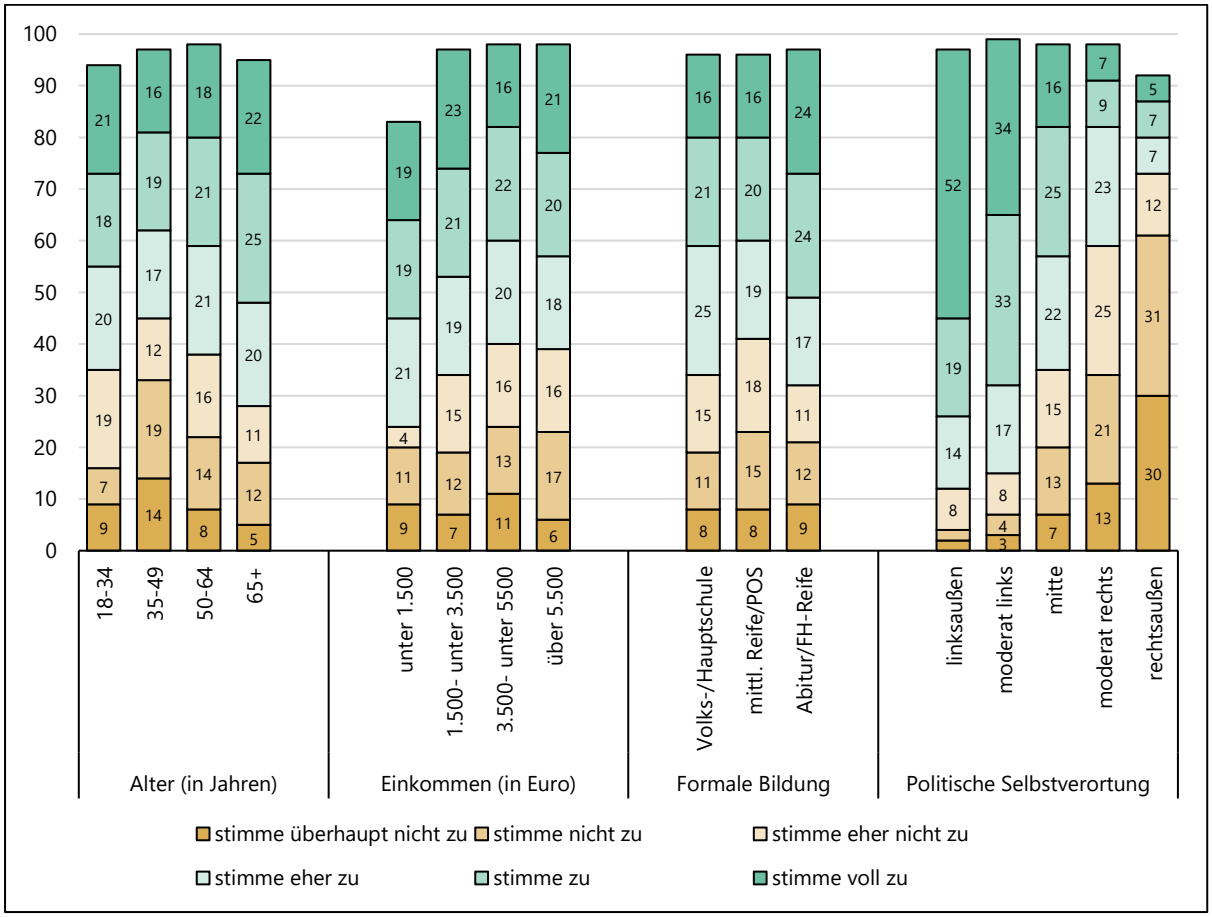


Abbildung 102: Priorität von Klimaschutz nach Gruppen

Die Priorität zum Klimaschutz wird je nach soziodemographischen Gruppen unterschiedlich bewertet. Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer der jüngsten und ältesten Kohorte sehen einen größeren Handlungsbedarf als Kohorten mittleren Alters (Abbildung 102). Auffällig ist, dass in der Gruppe mit dem geringsten Einkommen statistisch auffällig viele Befragte nicht antworten (können). Damit verbunden fällt eine Aussage über die Wichtigkeitszuschreibung von klimapolitischen Maßnahmen entlang der Einkommensgruppen schwer. Deutlicher ergeben sich die Antworten entlang des politischen Spektrums. Hier nimmt die Prioritätszuschreibung deutlich ab, je rechter sich die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer verstehen. Während Linksaußen noch von 85 Prozent zu wenig Maßnahmen zur Klimawandelbekämpfung gesehen werden, ist dies rechtsaußen nur noch bei 19 Prozent der Fall.

Erinnerungskultur

Ein besonderes Fokusthema stellt die Erinnerungskultur dar, insbesondere der heutige Umgang mit den Verbrechen des Nationalsozialismus. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte kommt der Auseinandersetzung mit dem NS-Regime eine zentrale Bedeutung für die politische Kultur zu: Sie ist eng verknüpft mit der Vermittlung demokratischer Grundwerte und dem Bewusstsein für die Fragilität demokratischer Ordnungen. Auch in Rheinland-Pfalz, das über zahlreiche historische Orte nationalsozialistischer Verbrechen und Erinnerung verfügt, bleibt die Frage nach einem angemessenen Umgang mit dieser Vergangenheit von hoher Relevanz.

Dabei geht es nicht nur um die grundsätzliche Zustimmung zur Erinnerung an die NS-Verbrechen, sondern auch um die konkrete Ausgestaltung von Erinnerungskultur im Alltag. Im Mittelpunkt steht somit die Frage, in welchen Formen und Kontexten die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus heute stattfinden sollte, welchen Beitrag sie zur Stärkung demokratischer Einstellungen leisten kann und inwiefern entsprechende Haltungen bereits als Bestandteil der politischen Kultur in der Bevölkerung verankert sind. Dahingehend stimmen der Vorstellung, die weitere Beschäftigung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus sei notwendig, um demokratische Werte in der Gesellschaft zu stärken, zwei Drittel der Bevölkerung zu, während etwa ein Viertel dieser Haltung (eher) ablehnend gegenübersteht (Abbildung 103).

Die weitere Beschäftigung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus ist notwendig, um demokratische Werte in der Gesellschaft zu stärken. (Angaben in Prozent)

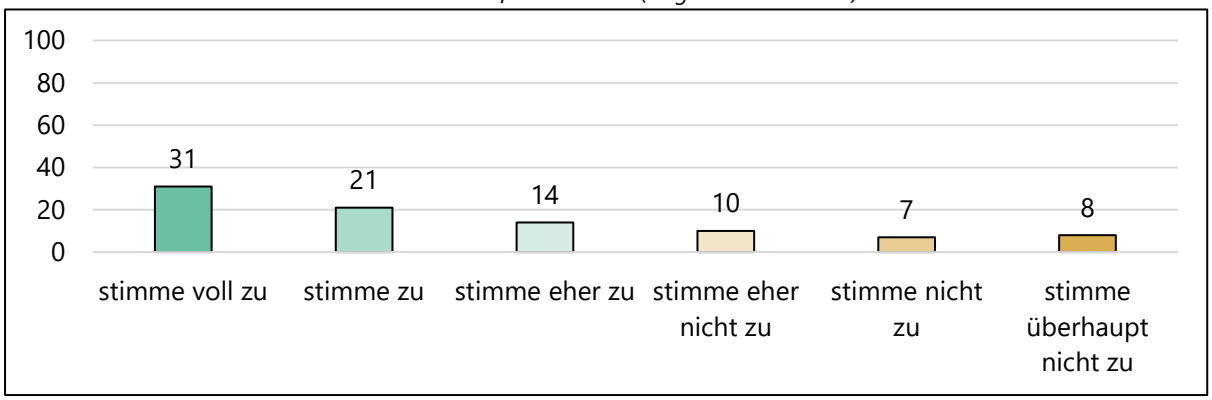


Abbildung 103: Erinnerungskultur I: Demokratie

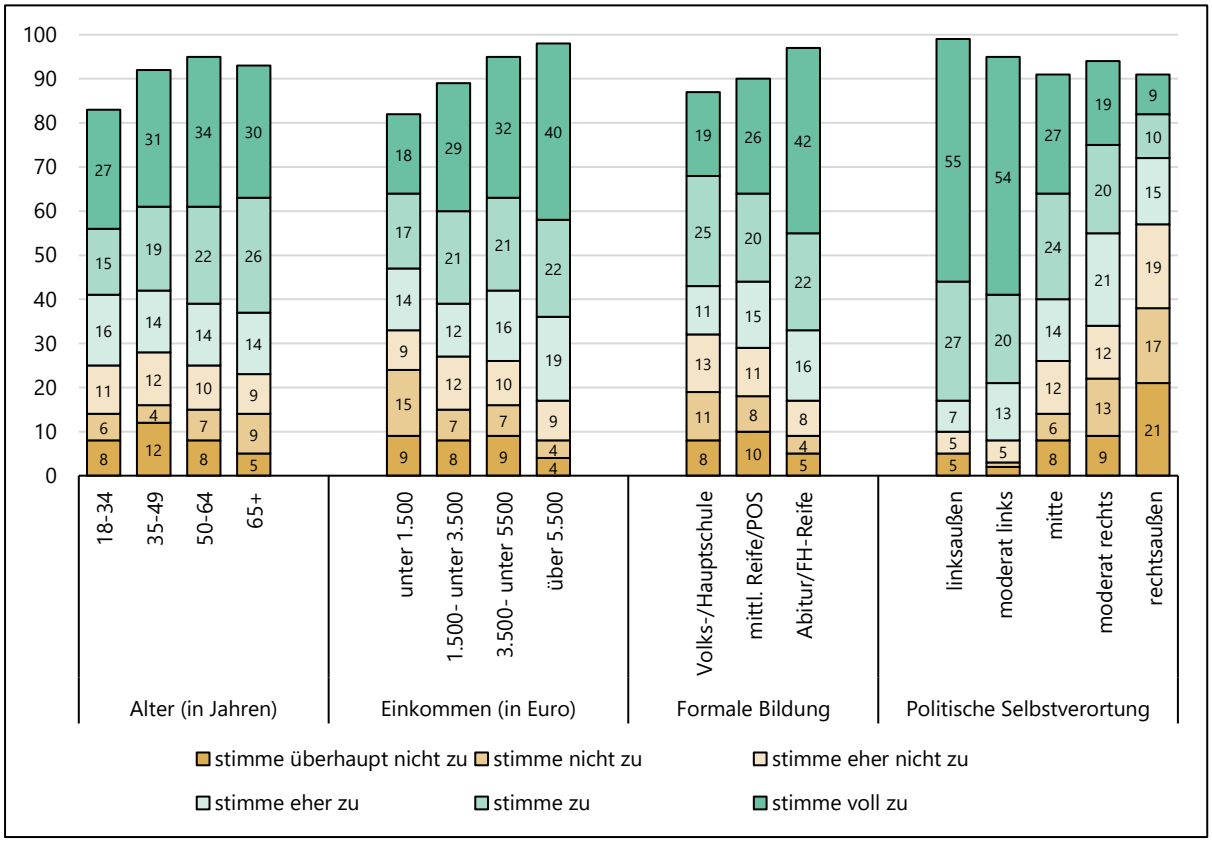


Abbildung 104: Erinnerungskultur I: Demokratie nach Gruppen

In weiten Kreisen der Bevölkerung scheint die Erinnerungskultur als wesentlicher Bestandteil demokratischer politischer Kultur etabliert zu sein. Differenziert man nach Subgruppen (Abbildung 104) fällt auf, dass insbesondere Rechtsaußen im politischen Spektrum eine ablehnende Haltung gegenüber der Erinnerungskultur zur Stärkung demokratischer Werte vorliegt. Kleinere Unterschiede hinsichtlich des Einkommens und formaler Bildung treten ebenfalls hervor. Auffällig ist auch, dass insbesondere in der jüngsten Alterskohorte ein wesentlicher Teil (fast ein Fünftel) keine genaue Tendenz äußert, was auf eine mangelnde

Urteilsbildung in dieser Frage hindeuten kann. Gleiches gilt für die niedrigste Einkommensgruppe und Personengruppe mit dem niedrigsten formalen Bildungsabschluss.

Diese Beobachtungen leiten über zu der Frage, inwiefern bspw. die Auseinandersetzung mit dem Holocaust Bestandteil der Aus- und Fortbildung von Auszubildenden und Mitarbeitern in Betrieben sein sollte, also explizit über Schulbildung hinaus in Weiterbildungsprozesse eingegliedert werden sollte.

Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust sollte in den Betrieben Bestandteil der Aus- und Fortbildung von Auszubildenden wie Mitarbeitern sein. (Angaben in Prozent)

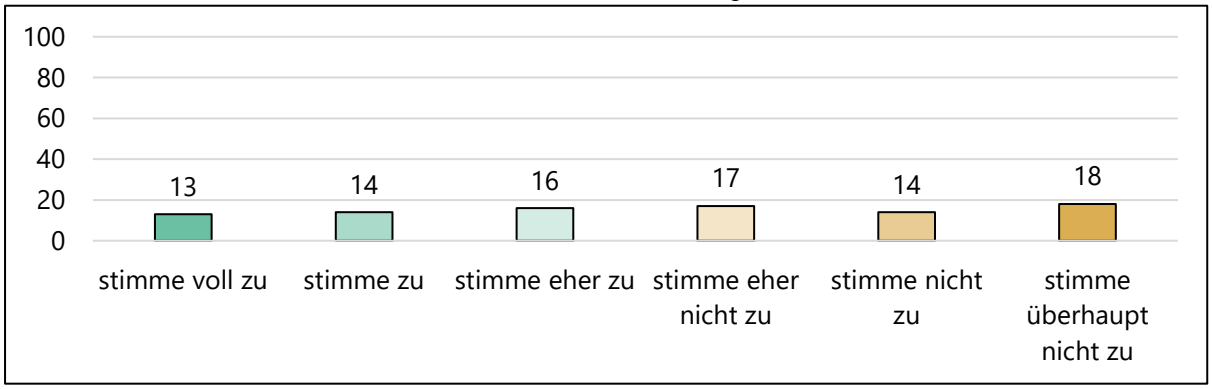


Abbildung 105: Erinnerungskultur II: Bildung

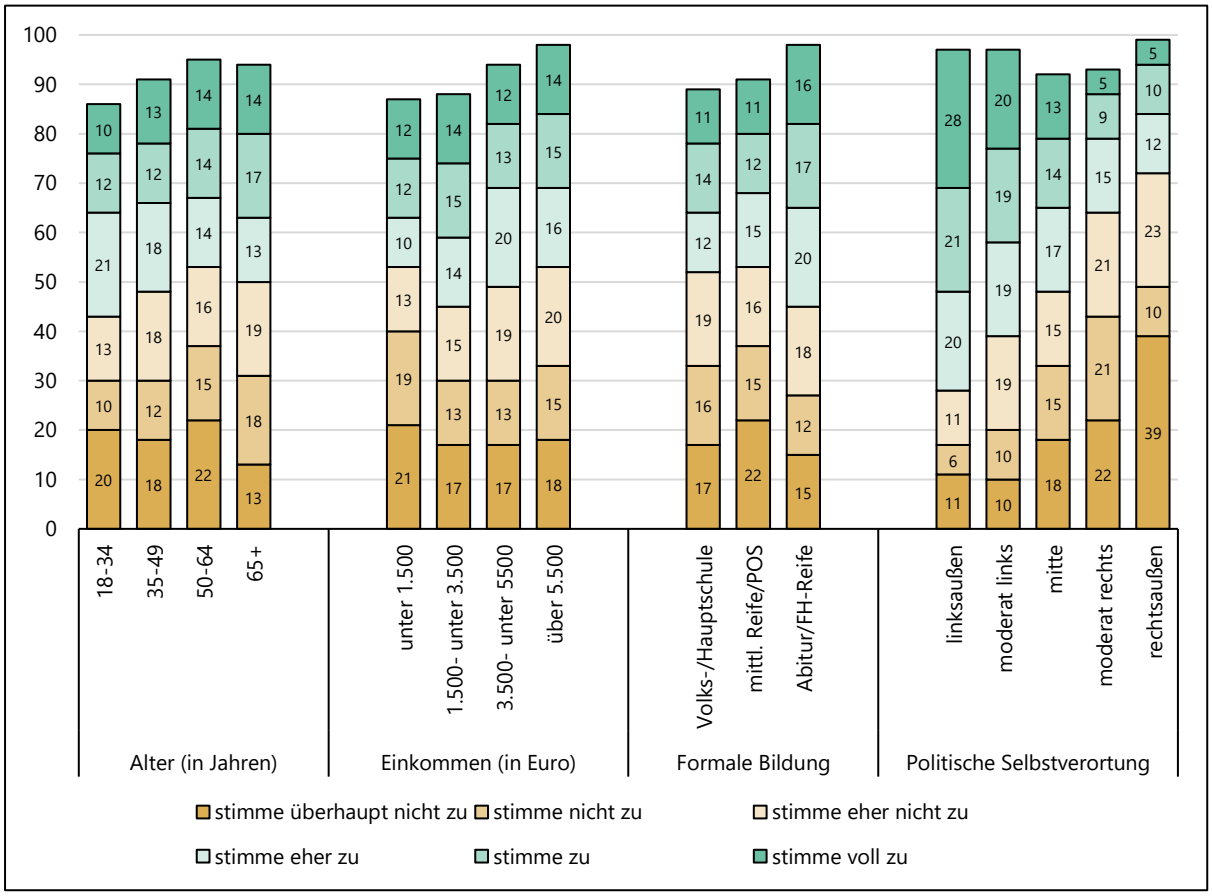


Abbildung 106: Erinnerungskultur II: Bildung nach Gruppen

Diese Ansicht teilen 43 Prozent der Landesbevölkerung, fast die Hälfte lehnt das eher ab (Abbildung 105). Mehrheiten findet diese Ansicht lediglich links der politischen Mitte und unter jenen mit einem hohen formalen Bildungsgrad. In allen anderen Subgruppen herrscht mehrheitlich die Meinung, die weitere Beschäftigung mit dem Holocaust sollte kein Teil betrieblicher Erwachsenenbildung sein, womit diese Art der Erinnerungskultur aus Sicht der Landesbevölkerung über die Schulbildung hinaus eher auf Freiwilligkeit beruhen sollte (Abbildung 106).

Sind Gedenktafeln eine angemessene Form der Erinnerung an NS-Opfer? (Angaben in Prozent)

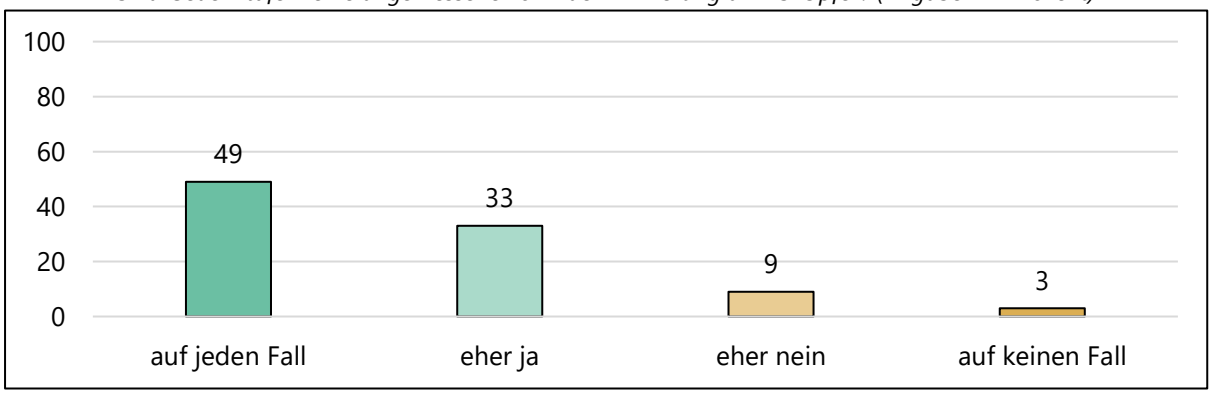


Abbildung 107: Erinnerungskultur III: Gedenktafeln

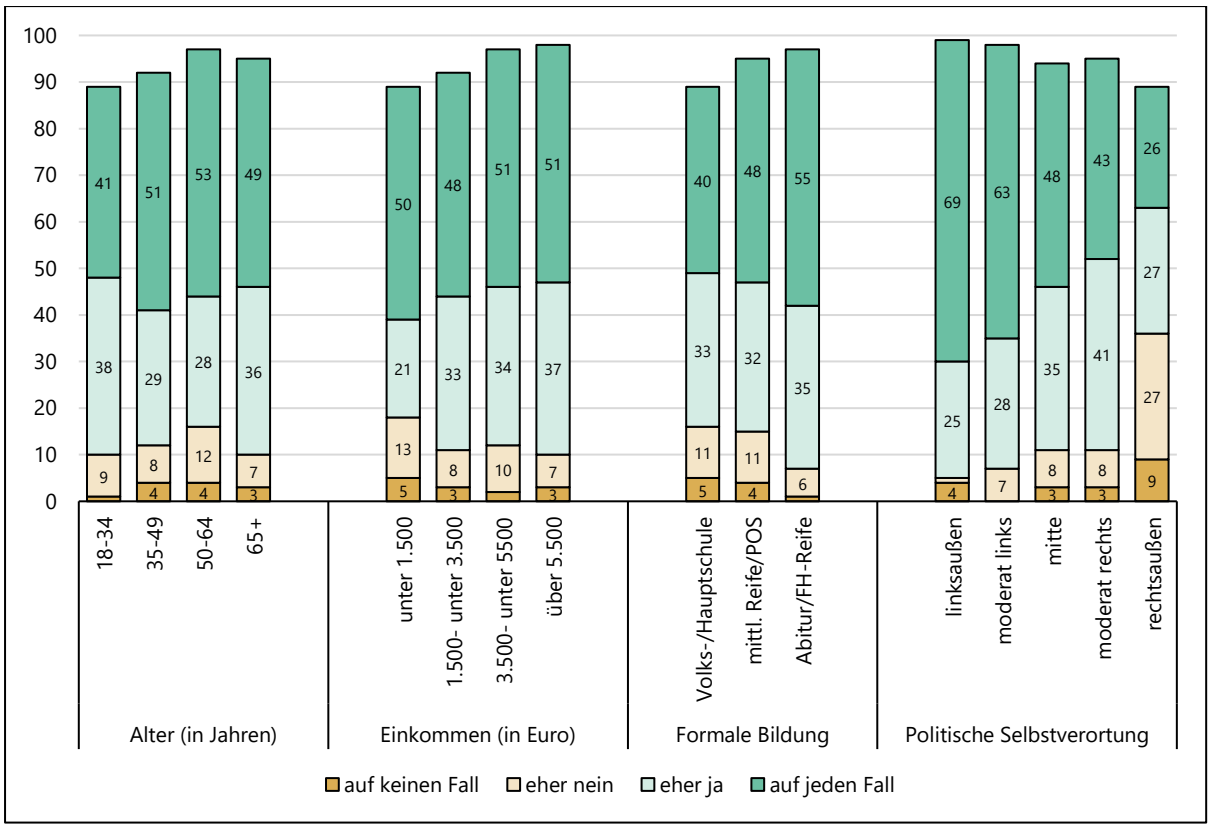


Abbildung 108: Erinnerungskultur III: Gedenktafeln nach Gruppen

Eine konkrete, und wie Abbildung 107 aufzeigt, auch etablierte und willkommene Möglichkeit dazu, stellen Gedenktafeln dar. Über 80 Prozent der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer finden, Gedenktafeln seien eine angemessene Form der Erinnerung an NS-Opfer. Dieser umfassende Konsens findet sich auch in nahezu allen Subgruppen wieder. Lediglich Personen, die sich Rechtsaußen im politischen Spektrum verorten lehnen diese Art der Erinnerungskultur zu etwa einem Drittel ab, über die Hälfte stimmt jedoch auch in dieser Subgruppe zu (Abbildung 108).

Insgesamt zeigt sich, dass die Erinnerungskultur in der Bevölkerung fest verankert und die grundsätzliche Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus breit anerkannt ist. Insbesondere im Arbeitskontext stößt eine institutionalisierte Verankerung entsprechender Inhalte – etwa in Aus- und Fortbildungsformaten – jedoch nicht auf mehrheitliche Zustimmung. Vielmehr deutet sich an, dass die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit eher auf freiwilliger Basis, im Rahmen der Freizeitgestaltung als angemessen empfunden wird.

Politische Partizipation

Wegweisend für eine demokratische politische Kultur ist das Ausmaß und die Art und Weise politischer Partizipation. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist integraler Bestandteil einer jeden Demokratie. Schwieriger zu beantworten ist dabei die Frage, wie Partizipation aussehen kann und im Verständnis des Staatsvolkes auch soll. Insofern gilt es, den Beteiligungsansprüchen und präferierten Strategien hierfür in Rheinland-Pfalz auf den Grund zu gehen. Zu diesem Zweck wird in den Blick genommen, wie Elemente der repräsentativen Demokratie wahrgenommen werden. Die Vertretung durch politische Repräsentanten und Parteien ist dabei in Deutschland am zentralsten. Entsprechend gilt es das Verhältnis der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer zu Parteien zu ermitteln. Kontrastierend wird im Anschluss danach gefragt, inwiefern die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten im Status quo ausreichend sind und wie unmittelbarere alternative Partizipationsformen in politischen Prozessen im Sinne direktdemokratischer Elemente wahrgenommen werden. Der Wille zur demokratischen Beteiligung setzt indes voraus, Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung auszuschließen. Insofern ist es Ausdruck eines demokratischen Geistes Gewaltfreiheit als selbstverständlichen Teil von politischen Konflikten zu betrachten. Aus diesem Grund wird im Folgenden auch ermittelt, wie stark die Gewaltfreiheit in der rheinland-pfälzischen politischen Kultur verankert ist.

Eng verknüpft mit den Möglichkeiten und dem Willen zur politischen Partizipation ist die Informiertheit über politische Sachlagen und Entwicklungen. Entsprechend wichtig ist, zu beobachten auf welchen Wegen und Kanälen politisch relevante Informationen rezipiert werden. Gerade der technologische Wandel in der Rezeption von Medieninhalten bleibt für ein demokratisches Gemeinwesen genau zu beobachten, um demokratische Diskurs-, Informations- und Vermittlungsräume nutzen und gestalten zu können.

Parteiidentifikation

Da Parteien die Verbindung zwischen demokratischer Gesellschaft und dem politischen System bilden und gerade in repräsentativen Demokratien eine tragende Rolle für das Funktionieren des Systems spielen, ist die Verbindung zwischen ihnen und der Bevölkerung relevant. Die über die Jahrzehnte gestiegene Volatilität des Wahlverhaltens in dem Sinne, dass die Parteibindung abgenommen hat und die Wechselwählerschaft zugenommen hat, hat zur

Folge, dass Parteien zunehmend mehr um Wähler konkurrieren. Gleichzeitig bedeutet es aber auch, dass die Wählerschaft eine allgemeine Distanz zu Parteien aufbaut. Während Repräsentationslücken durch die Bildung neuer Parteien geschlossen werden können, ist ein allgemeiner Parteienverdruss für die repräsentative Demokratie folgenschwerer.

Neigen Sie ganz allgemein gesprochen einer bestimmten Partei zu? (Angaben in Prozent)

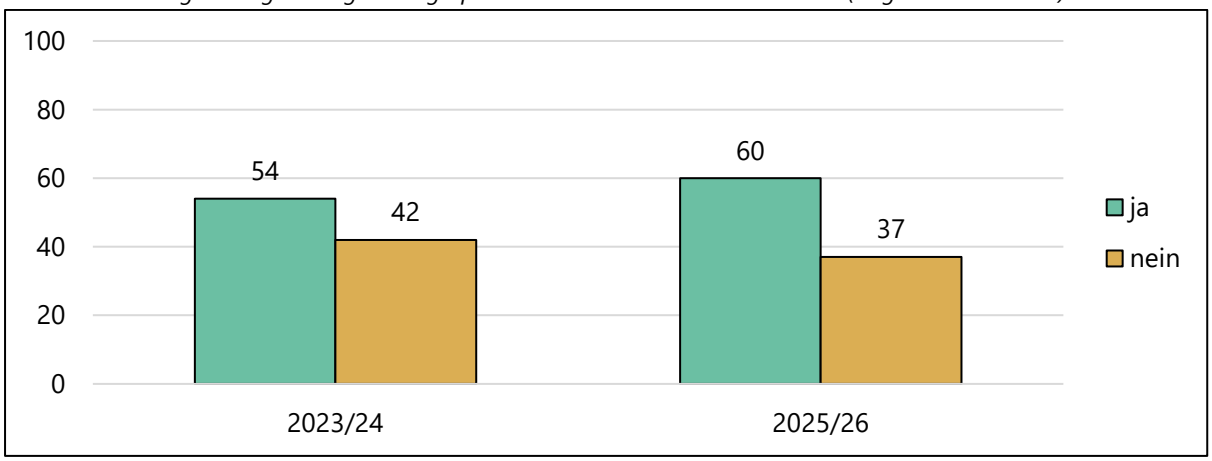


Abbildung 109: Parteineigung

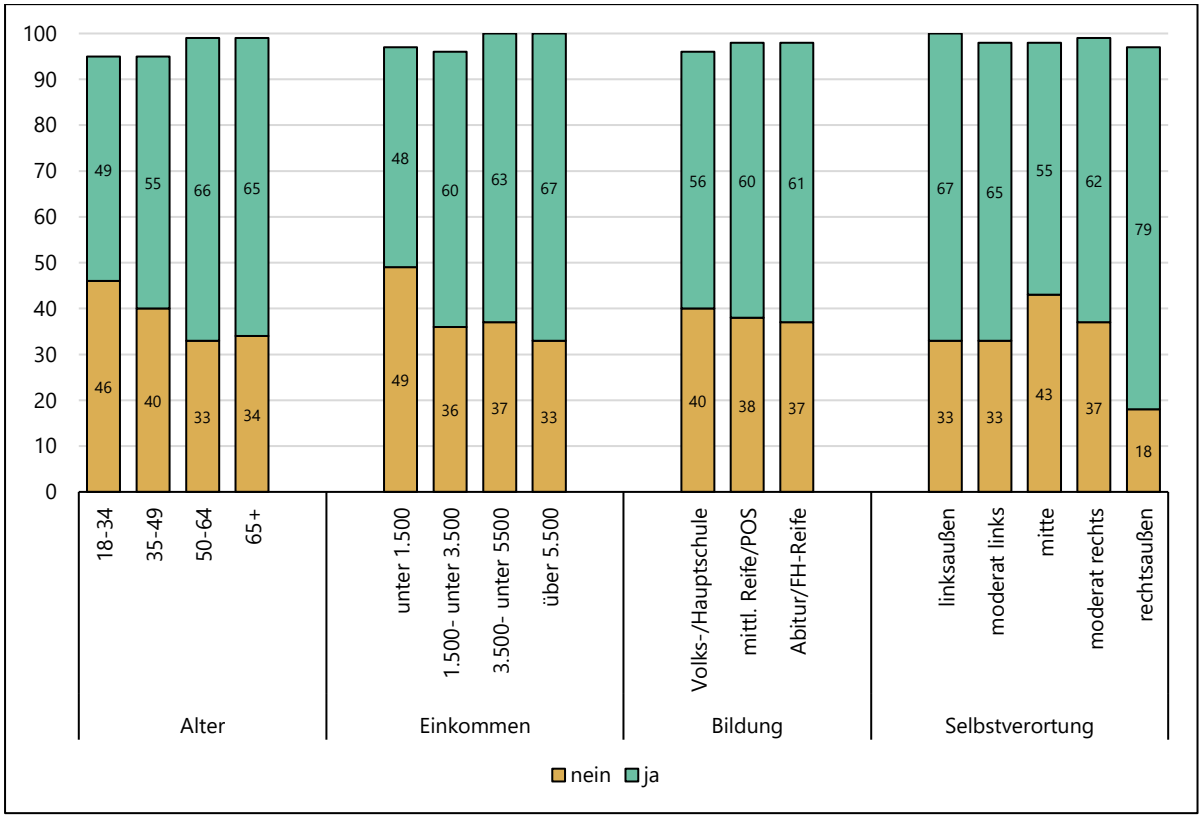


Abbildung 110: Parteineigung nach Gruppen

Auch wenn die Wahl- und Parteienforschung im Langzeittrend zeigt, dass die Parteibindung abnimmt, ist sie gegenwärtig auf einem mittelhohen Niveau. Mit 60 Prozent wuchs die Zahl derer, die einer bestimmten Partei zugeneigt sind, um sechs Prozentpunkte im Vergleich zu

2023 (Abbildung 109). Damit zeigt sich, dass die Wählerinnen und Wähler in Rheinland-Pfalz mehrheitlich Parteien nach wie vor als demokratische Intermediäre schätzen. Gleichzeitig verweist der Wert auch darauf, dass die Wählerschaft zu einem nicht unerheblichen Anteil von 37 Prozent im demokratischen Diskurs und vor allem in Wahlkämpfen gewonnen werden kann. Tendenziell zeigt sich, dass die Parteiorientierung mit dem Alter zunimmt, Jüngere demnach eine größere Offenheit gegenüber verschiedenen Parteien aufweisen (Abbildung 110). In etwas geringerem Ausmaß, aber im Ansatz erkennbar, gilt auch für tendenziell weniger verdienende Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer eine parteipolitische Offenheit. Besonders gering zeigt sich die Flexibilität bei rechtsaußen stehenden Personen. Ihre Parteineigung fällt unter allen soziodemographischen Gruppen am stärksten aus.

Parteilose Kandidaten sind z.B. auf kommunaler Ebene eine gute Alternative oder Ergänzung zu den Kandidaten der Parteien. (Angaben in Prozent)

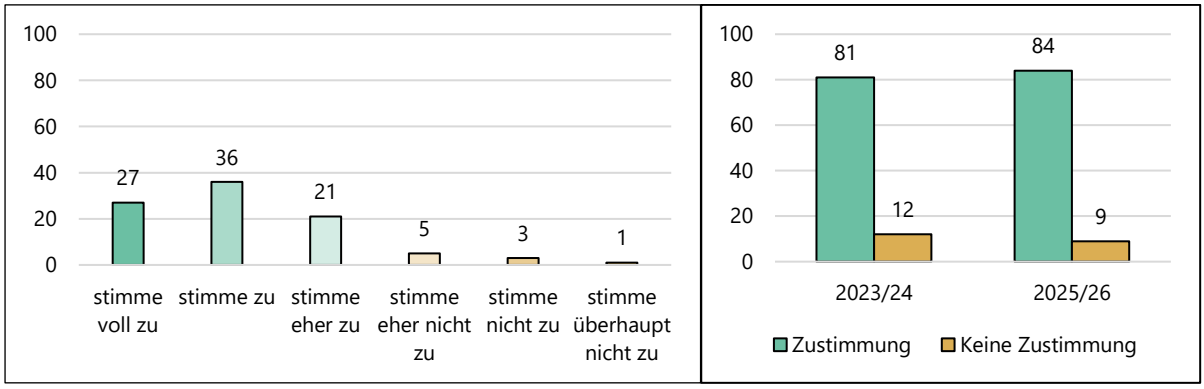


Abbildung 111: Parteilose Kandidaten als Alternative

Da ein nicht unerheblicher Anteil zeigt, sich nicht mit einer bestimmten Partei identifizieren zu können, folgt daraus die Frage, ob sie grundsätzlich offen für andere Parteien und deren politischen Inhalte sind oder ob eine allgemeine Parteienverdrossenheit herrscht, sodass das Parteienangebot als unansprechend wahrgenommen wird. Deshalb wird weiter gefragt, inwiefern parteilose Kandidaten eine befürwortete Alternative zu Parteikandidaten sind. Hieraus lässt sich erkennen, wie gut Parteien als Transmissionsriemen von politischen Anliegen und als Übersetzung von Partizipationsansprüchen geeignet und gewünscht sind. In Rheinland-Pfalz wird in parteilosen Kandidaten mit 84 Prozent zu großen Anteilen eine sinnvolle Alternative oder Ergänzung zu Parteikandidaten gesehen (Abbildung 111). Hierin drückt sich eine Wahrnehmung aus, dass Parteien keine erschöpfende Quelle politischer Repräsentation sind. Im Vergleich zu 2023 hat sich dieser Wert um 3 Prozentpunkte erhöht, sodass der Wunsch nach einem größeren politischen Angebot durchscheint.

Politische Teilhabe und direkte Demokratie

Ich habe ausreichende Möglichkeiten, Einfluss auf das Handeln der Regierung zu nehmen. (Angaben in Prozent)

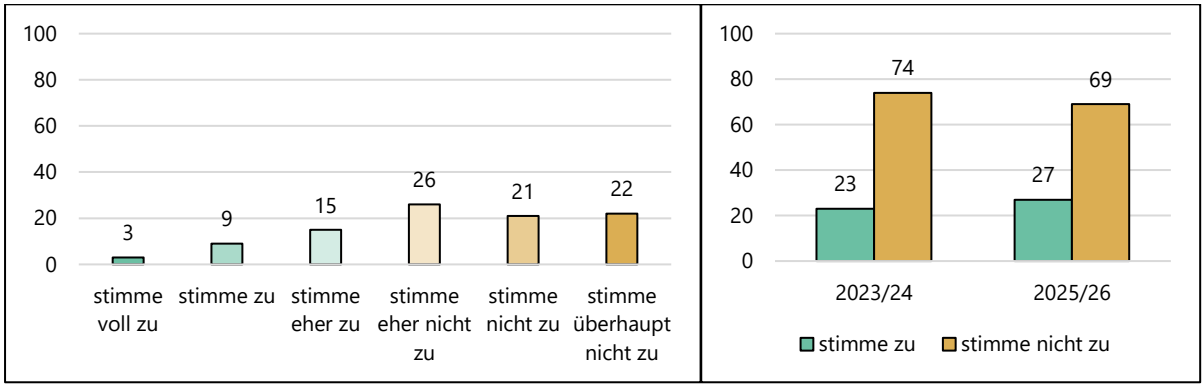


Abbildung 112: Partizipation I: Möglichkeiten

Da die Demokratie aus der politischen Aktivität der eigenen Bevölkerung besteht, ist eine Beobachtung der Möglichkeiten hierzu für ein effektives und effizientes Funktionieren in den Blick zu nehmen. Sind die Partizipationswege, die die Demokratie (auf den unterschiedlichen föderalen Ebenen) bietet, ausreichend bzw. zufriedenstellend? Gerade die Parteienverdrossenheit in Rheinland-Pfalz weist darauf hin, dass Beteiligungsformen jenseits von Parteien gewünscht sein könnten. Hier zeigt sich, dass mit 69 Prozent nicht nur mehr als zwei Drittel keine ausreichenden Beteiligungsmöglichkeiten für sich feststellen, sondern auch dass dieser Wert seit 2023 um 4 Prozentpunkte gesunken ist (Abbildung 112). Damit drücken die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer aus, über kreative und innovative Wege demokratischer Willens- und Entscheidungsfindungsprozesse nachdenken zu wollen.

Dabei ist es möglich, dass sich Menschen mehr Beteiligungsmöglichkeiten wünschen, ohne diese tatsächlich nutzen zu wollen. In dieser Pauschalität spricht wiederum dagegen, dass der Wunsch nach zusätzlichen Beteiligungsmöglichkeiten unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Wie in so vielen Fragen, formulieren auch hier jene Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer eine Unzufriedenheit, die formal niedriger gebildet sind, (in der Folge) einer geringeren Einkommensgruppe angehören und politisch eher rechts(außen) stehen (Abbildung 113). Damit formulieren tendenziell Gruppen mit Bedarfen mehr Beteiligungswege. Besonders hoch fällt dieser Bedarf in der geringsten Einkommensgruppe aus: 82 Prozent weisen auf einen diesbezüglichen Mangel hin (in der höchsten Einkommensgruppe sind es nur 65 Prozent). Auch unter den formal niedriger gebildeten Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzern ist der Wunsch nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten mit 76 Prozent um 12 Prozentpunkte größer als unter den formal höher gebildeten (64 Prozent).

Ich habe ausreichende Möglichkeiten, Einfluss auf das Handeln der Regierung zu nehmen. (Angaben in Prozent)

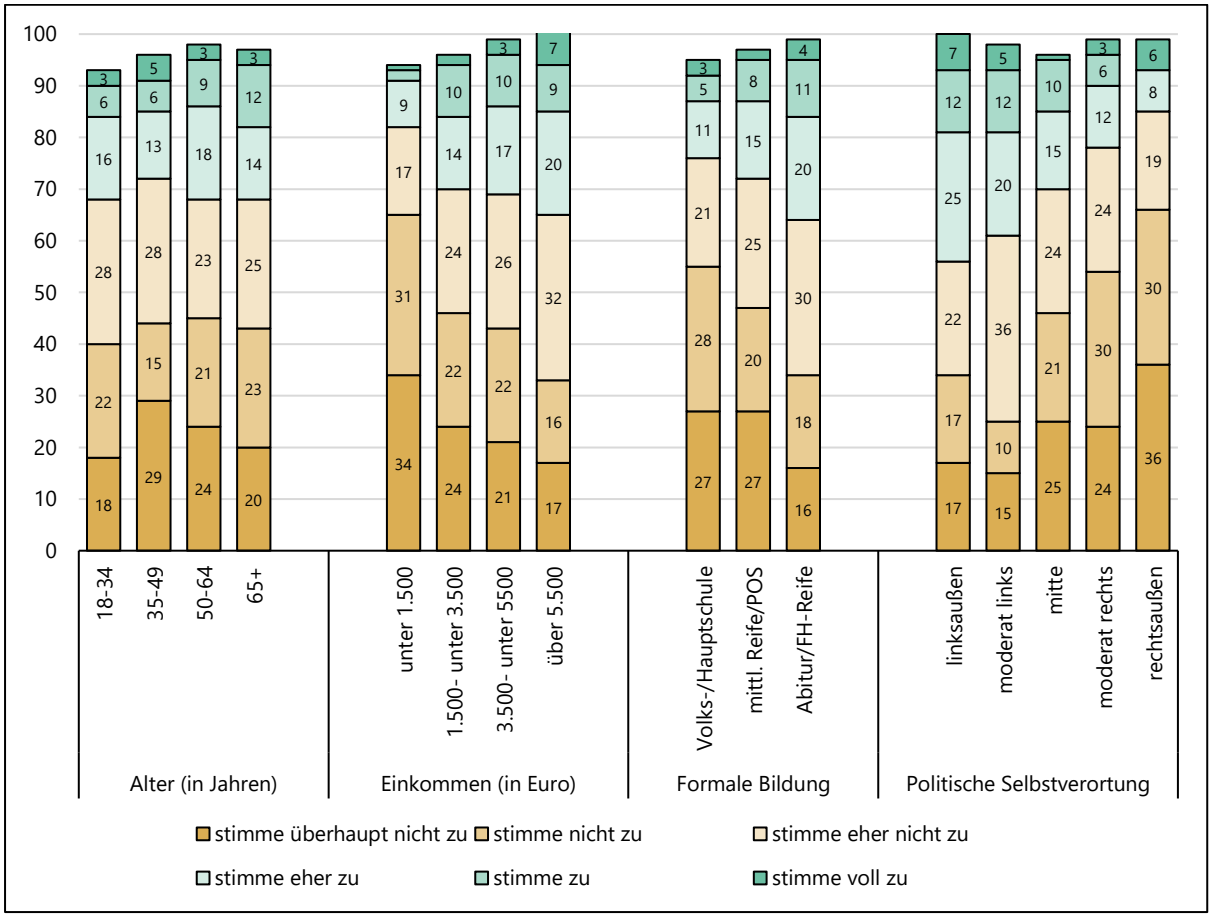


Abbildung 113: Partizipation I: Möglichkeiten nach Gruppen

Besonders stark fällt der unterschiedliche Bedarf unter politischen Lagern aus. Während linksaußen Stehende mit 56 Prozent den geringsten Wert aufweisen, zeigen die 85 Prozent rechtsaußen das höchste Bedürfnis nach Beteiligungsmöglichkeiten an.

Ich wünsche mir mehr Möglichkeiten zur direkten politischen Beteiligung wie z.B. Volksentscheide oder Bürgerräte. (Angaben in Prozent)

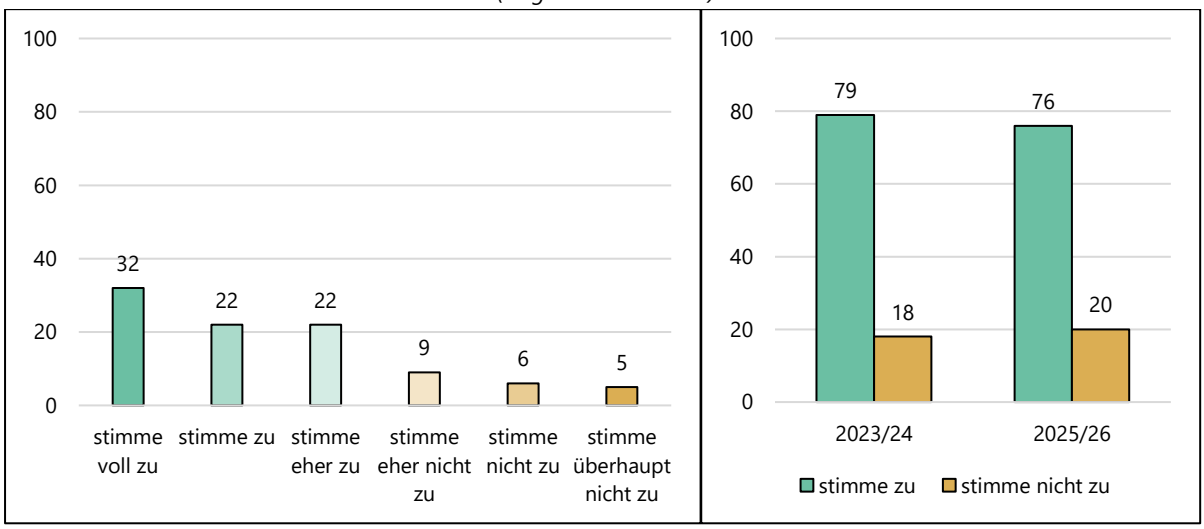


Abbildung 114: Partizipation II: Direkte Demokratie

In unmittelbarem Anschluss an die Frage, ob genug Partizipationsmöglichkeiten bestehen, wurde gefragt, inwiefern direktdemokratische Beteiligungswege eine gewünschte Ergänzung zum Status quo sein können (Abbildung 114). Entsprechend des hohen Bedarfs drücken 76 Prozent eine Präferenz für neue Wege aus. Bürgerräte und Volksentscheide werden als erwägenswerte Möglichkeiten betrachtet, sich auch auf anderen Wegen als durch Wahlen und Parteiarbeit politisch einzubringen. Dass drei Viertel der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer diesen Möglichkeiten nachdrückliche Offenheit gegenüber zeigen, hat sich seit 2023 nicht substanziell verändert und verbleibt auf hohem Niveau.

Die Möglichkeiten zu erweiterten und vor allem direktdemokratischeren Partizipationsmöglichkeiten wird sich entsprechend der vorangegangenen Frage vor allem von jenen Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzern mit niedrigerem Einkommen, niedrigerer formaler Bildung und vermehrt im rechten politischen Spektrum gewünscht (Abbildung 114).

Gewalt als politisches Mittel

Eine zentrale Eigenschaft für eine stabile demokratische Kultur ist der geteilte Konsens über Gewaltfreiheit in der politischen Auseinandersetzung. Als zivilisatorische und politische Errungenschaft zeigt die Stabilität dieses Konsenses an, in welchem Zustand die Demokratie ist. Für Rheinland-Pfalz lässt sich feststellen, dass dieser Konsens weitestgehend Bestand hat: 94 Prozent lehnen Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung strikt ab (Abbildung 115). Das hohe Maß an Ablehnung ist seit dem ersten Rheinland-Pfalz-Monitor stabil geblieben.

Ich bin dazu bereit, für meine politische Überzeugung Gewalt anzuwenden. (Angaben in Prozent)

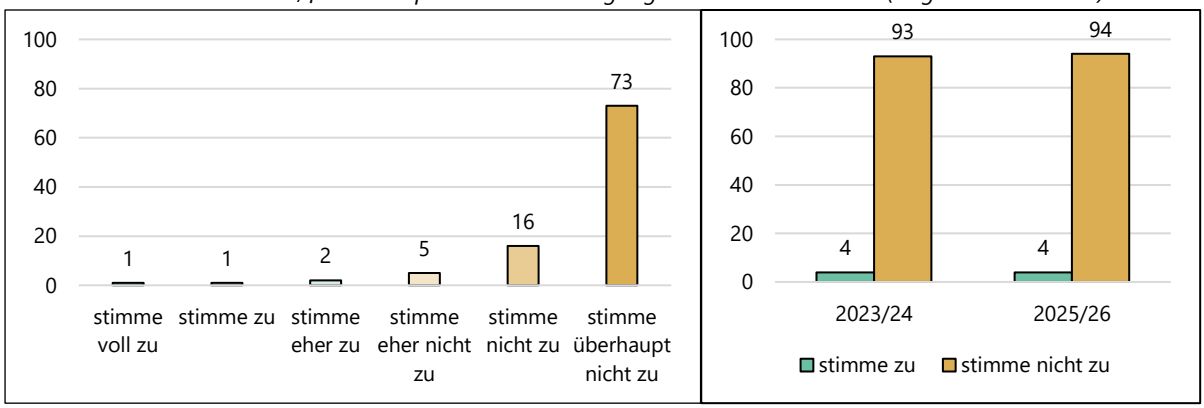


Abbildung 115: Politische Gewaltbereitschaft

Obwohl der Verbreitungsgrad der Überzeugung von Gewaltfreiheit sehr hoch ausfällt, sollte eine demokratische Gesellschaft ein Gefühl haben, in welchen sozialen Gruppen dieser Konsens am ehesten bröckeln kann. Insofern ist ein differenzierter Blick auf verschiedene

soziale Gruppen sinnvoll. Die Zustimmung zu Gewalt als politischem Mittel fällt zwar insgesamt sehr gering aus, aber zwischen den Alterskohorten sticht heraus, dass entgegen der anderen Altersgruppen jene Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer unter 35 Jahren zu 10 Prozent (eher) bereit sind, für ihre politischen Überzeugungen Gewalt anzuwenden (Abbildung 116). Ebenfalls erkennbar ist, dass an den politischen Rändern des Spektrums Gewalt auf niedrigem Niveau etwas eher akzeptiert wird: Linksaußen wird Gewalt zu 9 Prozent (eher) als politisches Mittel akzeptiert, rechtsaußen zu 14 Prozent.

Ich bin dazu bereit, für meine politische Überzeugung Gewalt anzuwenden. (Angaben in Prozent)

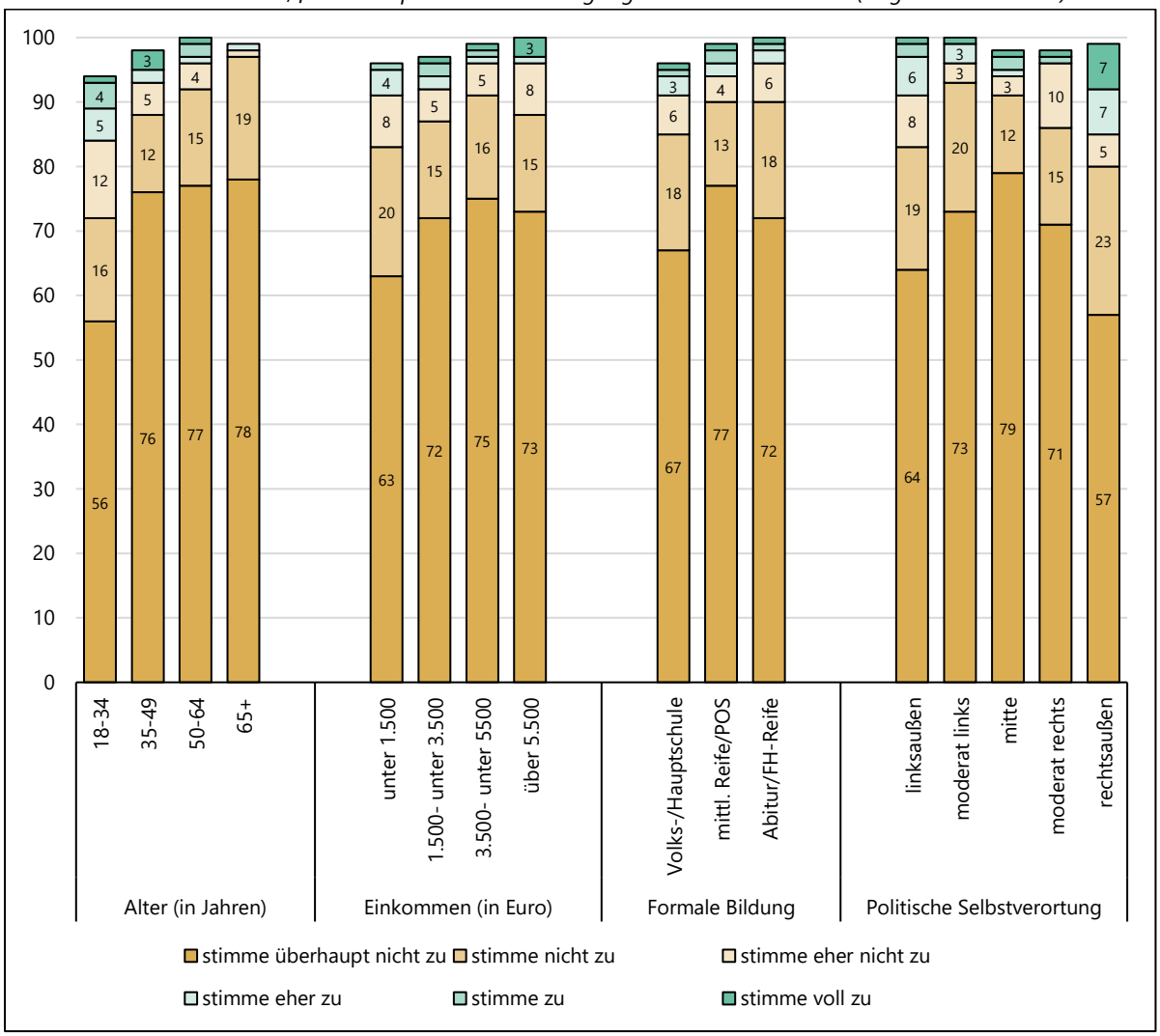


Abbildung 116: Politische Gewaltbereitschaft nach Gruppen

Informations- und Partizipationskanäle

Um politisch mitreden und demokratisch partizipieren zu können, ist eine Informiertheit über politische Sachlagen und Diskurse unumgänglich. Interessant ist daher, auf welchem Weg die Menschen ihre Informationen zum Austausch und zur Meinungsbildung beziehen.

Um sich über Politik zu informieren, kann man verschiedene Wege gehen. Welche der folgenden Dinge nutzen Sie, um sich über politische Themen zu informieren und auszutauschen? (Angaben in Prozent)

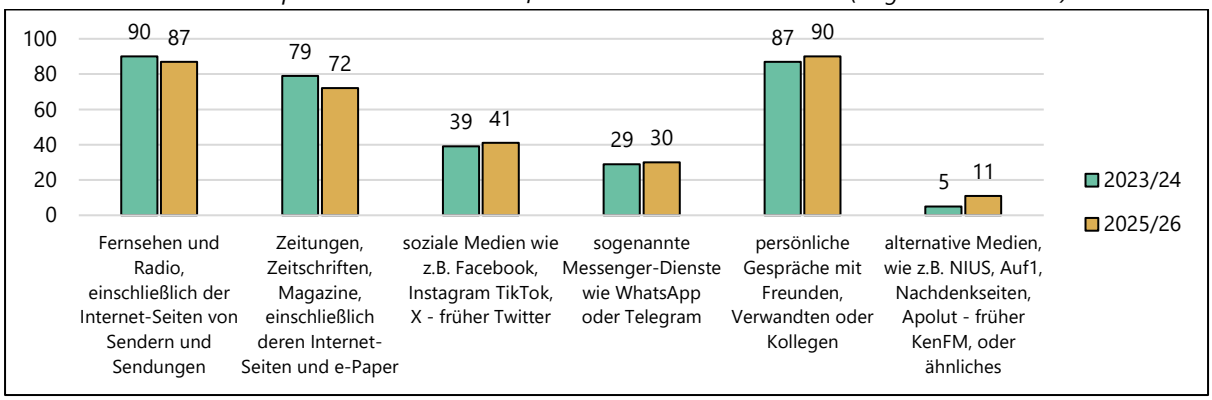


Abbildung 117: Politische Informationskanäle

Getrennt abgefragt ergibt sich ein Bild wonach in Rheinland-Pfalz traditionelle Medienträger wie Radio, Fernsehen sowie Printmedien mit 87 Prozent bzw. 72 Prozent weit verbreitete Mittel sind, um sich zu informieren (Abbildung 117). Gleichzeitig hierzu dient der soziale Austausch mit Mitmenschen mitunter am meisten dazu, sich politisch zu informieren. Insofern sind es auch die Querverbindungswege zwischen den Menschen, die Informationen weitertragen und nicht nur die Ebene zwischen Medium und Rezipient – ein Umstand, der im Diskurs um die Wirkmächtigkeit bestimmter Medientechnologien zuweilen untergeht. Auch wenn Fernsehsendungen (inkl. Mediatheken) und Printmedien (inkl. Online-Auftritte) derzeit noch das weitverbreitetste Medium zur Informationsgewinnung darstellen, ist ein Rückgang erkennbar. Seit 2023 werden Printmedien um 7 Prozentpunkte weniger zur politischen Informationsgewinnung genutzt. Dagegen hat sich der Wert der Rezeption von sogenannten „Alternativmedien" von 5 auf 11 Prozent etwa verdoppelt. Sie werden nahezu gleichermaßen zwischen Alters-, Einkommens- und Bildungsgruppen konsumiert; signifikante Unterschiede ergeben sich nach Geschlecht und politischer Ausrichtung (Tabelle 4). So werden „alternative Medien" mit 15 Prozent von Männern etwa doppelt so häufig rezipiert wie von Frauen (7 Prozent). Ihre Nutzung findet eine stärkere Verbreitung unter rechtsaußen Stehenden: 34 Prozent gegenüber 10 Prozent in der Mitte und 6 Prozent links(außen).

Herausstich, dass Jüngere sich deutlich mehr über digitale Angebote (vor allem durch die Sozialen Medien) informieren (72 Prozent), während Ältere (65 Jahre+) diese Kanäle seltener benutzen (19 Prozent). Letztere setzen sich umgekehrt deutlich mehr über Printmedien (83 Prozent) sowie Fernsehen und Radio (93 Prozent) mit politischen Themen auseinander. Gerade Printmedien nutzen mit 50 Prozent nur die Hälfte der unter 35-Jährigen. Mit diesen Unterschied ist ein Generationeneffekt in der Mediennutzung klar erkennbar.

Soziale Partizipation und eigene Lage

Von der politischen Partizipation zu unterscheiden ist die soziale Partizipation, die ein aktives Handeln im bzw. für das gesellschaftliche Kollektiv (Gemeinwohlorientierung) oder kleinere Teileinheiten desselben beschreibt. Ihre Relevanz für eine demokratische politische Kultur ist nicht zu verkennen. So trägt ein hohes Sozialkapital (bestehende wechselseitige Beziehungen oder auch Netzwerke zwischen Bürgerinnen und Bürgern) wesentlich zur Stabilität demokratischer Normen und zur Stärkung der sozialen Kohäsion bei, weil Menschen in den verschiedensten Bereichen miteinander agieren (müssen), Kompromisse eingehen und demokratische Regeln lernen und leben. Auf der Mikroebene bezieht sich Sozialkapital auf persönliche Netzwerke, wie familiäre und freundschaftliche Beziehungen oder nachbarschaftliche Kontakte. Diese engen Bindungen bieten Unterstützung und schaffen Vertrauen im direkten sozialen Umfeld. Auf der Makroebene umfasst Sozialkapital hingegen breite, gesellschaftliche Netzwerke und Institutionen, wie Vereine, Gewerkschaften oder freiwillige Organisationen, die Menschen unterschiedlicher sozialer Gruppen miteinander verbinden. Diese institutionellen Verbindungen tragen zur sozialen Integration und zur Schaffung gemeinsamer Werte bei und stärken so das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Gesellschaft. Beide Ebenen, Mikro- und Makroebene, haben dabei wechselseitig Einfluss aufeinander. Während geschaffenes Vertrauen und Bindungen zwischen Individuen die Aktivität in Vereinen und anderen Organisationen verstärkt, so fördert auch die aktive Mitgliedschaft in diesen wiederum soziales Vertrauen untereinander. Diese soziale Kohäsion wirkt sich wiederum auch auf Vertrauen in politische Institutionen und den demokratischen Prozess als solchen aus, weshalb Fragen die soziale Partizipation betreffend auch im Rheinland-Pfalz-Monitor adressiert werden.

Kollektive Partizipation

Auch wenn im Rheinland-Pfalz-Monitor im Fokus steht, die politische Kultur zu erfassen und den Charakter des Bundeslandes in Verbindung mit der Demokratie zu beschreiben, wirken zunächst nicht unmittelbar politische Eigenschaften in diese Kultur mit hinein. Wie sich die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer im sozialen Raum verhalten und wie sie denken, wirkt sich schließlich auch darauf aus, wie partizipationsfreudig sie politisch sind, welche Ansprüche sie an sich selbst und andere stellen und welche Werte sie vertreten. Die damit verbundenen

Einstellungen liegen politischen Einstellungen zugrunde und ermöglichen somit eher, Eigenheiten der Bevölkerung eines Bundeslandes zu erfassen. Politische Unzufriedenheiten ergeben sich zu nicht unerheblichen Anteilen durch bundespolitische Sachlagen und Entwicklungen, sodass sich Unterschiede in den Bundesländern nur begrenzt feststellen lassen können und gleichzeitig wenig Aufschluss über spezifisch landespolitische Gründe geben. Daher ist ein Ansatz, sich dem Charakter einer Landeskultur zu nähern, die sozialen Eigenschaften zu erfassen. Nicht zuletzt haben eine hohe soziale Partizipationsbereitschaft und Eingebundenheit in Vereine, Ehrenämter u. ä. zur Folge, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erhöhen, Widerstandskraft gegenüber Herausforderungen zu unterstützen und demokratische Kompetenzen wie Kompromissbereitschaft und (friedliche und konstruktive) Konfliktfähigkeit zu fördern. Insofern gelten soziale Engagements politikwissenschaftlich als „Schulen der Demokratie" (Tocqueville 1835).

Ich bin aktives Mitglied in einem Verein. (Angaben in Prozent)

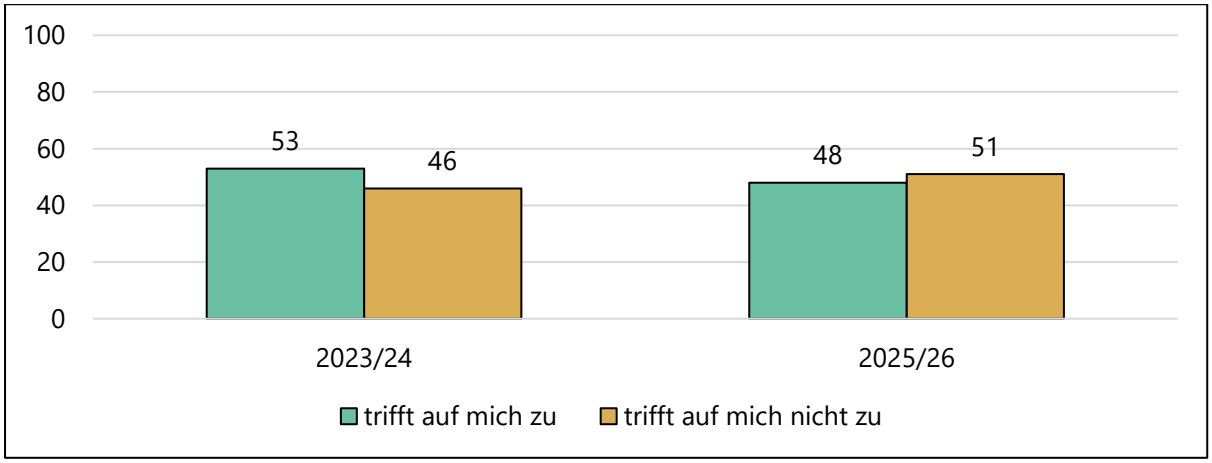


Abbildung 118: Soziale Partizipation I: Vereinsmitgliedschaft

In Rheinland-Pfalz gibt mit 48 Prozent knapp die Hälfte an, Mitglied in einem Verein zu sein (Abbildung 118). Dieser Wert ist damit seit 2023 um 5 Prozentpunkte gesunken. Mitglied in einem Verein zu sein bedeutet nicht unbedingt, sich dabei ehrenamtlich zu engagieren (siehe unten). Zunächst weist die Zahl darauf hin, dass die Hälfte der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer innerhalb festerer Organisationsstrukturen sozial eingebettet sind und gesellschaftlich Anschluss haben. Zwar bedeutet der Wert nicht, dass eine umfangreiche und regelmäßige Partizipation stattfindet, jedoch eine „aktive" Rolle mehr oder weniger gegeben ist. Somit sind über den privaten Raum hinaus sozial kohäsiv wirkende Kontakte zu Mitmenschen als prinzipiell positiv zu bewerten. Dagegen steht, dass zum einen eine gute Hälfte angibt, in keinem Verein aktiv Mitglied zu sein und zum anderen, dass sich der Wert von 46 Prozent 2023

auf 51 Prozent 2025 erhöht hat. Insofern findet eine leichte Entkopplung von sozialer Teilhabe gemessen an Vereinstätigkeiten in diesem Zeitraum statt – und das obwohl das Ende der Pandemie einen Anstieg sozialer Teilhabe im Betrachtungszeitraum begünstigt hätte.

Ich bin aktives Mitglied in einem Verein. (Angaben in Prozent)

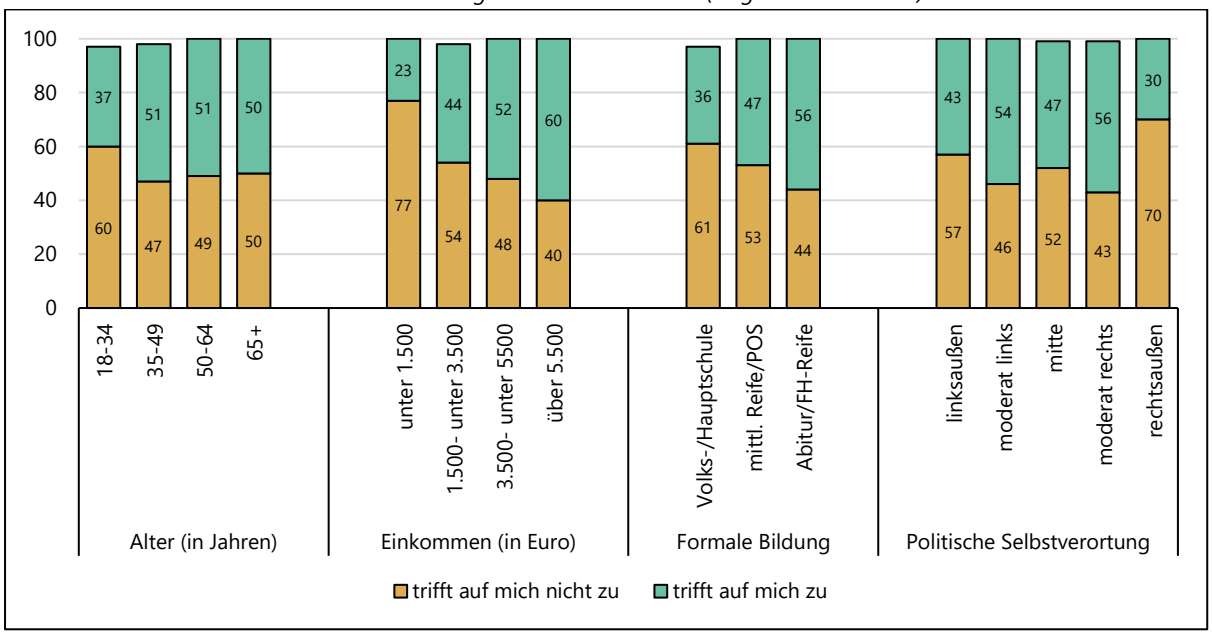


Abbildung 119: Soziale Partizipation I: Vereinsmitgliedschaft nach Gruppen

Differenzierend gilt es zu betrachten, welche sozialen Gruppen durch eine Vereinsmitgliedschaft mehr bzw. weniger sozial eingebunden sind. Hier fällt auf, dass jüngere Menschen in Rheinland-Pfalz mit 60 Prozent knapp 10 Prozentpunkte weniger oft in Vereinen Mitglied sind als alle anderen älteren Kohorten (Abbildung 119).

Noch auffälliger ist, dass jene in der niedrigsten Einkommensgruppe mit 23 Prozent ganze 37 Prozentpunkte weniger häufig in Vereinen Mitglied sind als jene in der höchsten Einkommensgruppe. Es findet somit eine ungleiche soziale Partizipation statt, die zu einem nicht unerheblich Anteil damit zu tun hat, wie es um den persönlichen Wohlstand steht – soziale Partizipation erzeugt finanzielle Kosten, die nicht von jedem getragen werden können, denn jede Vereinsmitgliedschaft kostet Geld. Für die soziale Kohäsion ist dieser Umstand bedenklich, weil damit Menschen teilweise eine gesellschaftliche Teilhabe versagt bleibt.

Ein weiterer bedenkenswerter Unterschied besteht in der Differenzierung der Vereinsmitgliedschaften zwischen Männern und Frauen. Während 54 Prozent der Männer angeben, ein aktives Vereinsmitglied zu sein, tun Frauen dies nur zu 41 Prozent. Daraus ergibt sich, dass nicht nur entlang des Einkommens Probleme sozialer Teilhabe entstehen, sondern auch entlang des Geschlechts (wenn auch in geringerem Maße).

Ich bekleide ein Ehrenamt. (Angaben in Prozent)

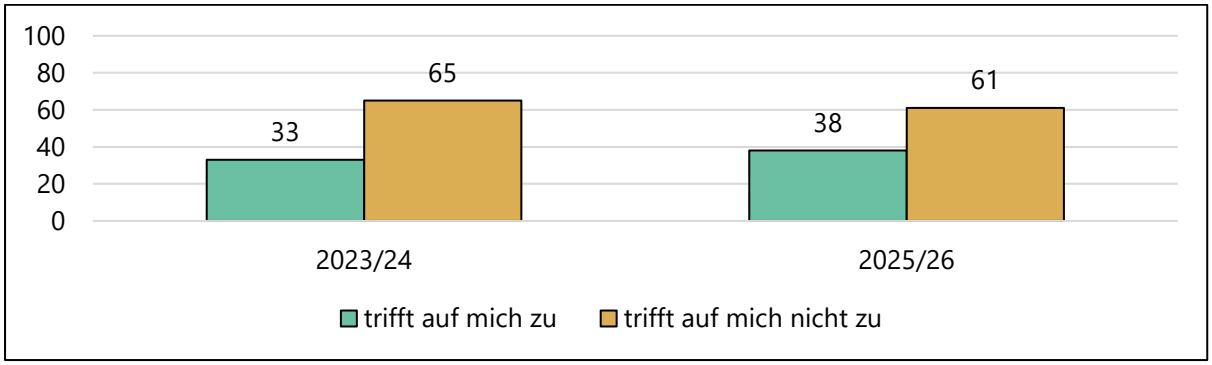


Abbildung 120: Soziale Partizipation II: Ehrenamt

Damit liegen die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer im Bundesschnitt – die Deutsche Freiwilligensurvey ermittelt, dass 36,7 Prozent der über 14-Jährigen sich ehrenamtlich engagieren (Fritzsche et al. 2024). Seit 2023 hat sich die Zahl der Ehrenamtlichen in Rheinland-Pfalz nach dieser Selbstauskunft sogar um 5 Prozentpunkte leicht erhöht. Verglichen mit dem Bundesdurchschnitt erweisen sich die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer zwar als durchschnittlich engagiert, allerdings ist die Beobachtung des Langzeittrends von größerer Aussagekraft. Zwar liegen hierzu für Rheinland-Pfalz (noch) keine Langzeitdaten vor, aber der Trend im Bundesschnitt deutet auf eine langfristige leichte Zunahme hin: Während 1999 noch knapp 31 Prozent ehrenamtlich engagiert waren, stieg dieser Wert auf knapp 40 Prozent 2019, nahm zuletzt aber 2024 wieder leicht ab auf 36,7 Prozent (ebd.).

Die soziale Zusammensetzung der ehrenamtlich Aktiven gestaltet sich in Analogie zu der allgemeinen Zusammensetzung aller, die angeben in einem Verein aktives Mitglied zu sein (Abbildung 119). Dass mit über einem Drittel die Bereitschaft zur Übernahme sozialer Aufgaben und zum Einsatz für Gruppen keineswegs klein ist, stellt einen wichtigen Grundpfeiler der kulturellen Stabilität des Bundeslandes dar. Die gesellschaftliche Fähigkeit und Motivation sich um die Gemeinschaft zu kümmern, festigt eine Gesellschaft in ihrer Problemlösungsfähigkeit enorm, denn staatlichen Strukturen sind kapazitär Grenzen gesetzt, wenn es um sozialstaatliche Leistungen geht. Hinzu kommt, dass sozialer Zusammenhalt, Resilienz und Problemlösefähigkeit allgemein höher sind, wenn sie intrinsisch aus sich selbst heraus entsteht und nicht Leistungsprodukt staatlicher und öffentlicher Institutionen ist. Insofern ist die hohe soziale Partizipation ein tragender Pfeiler einer demokratischen Kultur, die auf ein gemeinsames Miteinander Wert legt und sich für eben dieses einsetzt. Nicht zuletzt haben antidemokratische Entwicklungen in Gesellschaften Entfaltungsmöglichkeiten, wenn größer werdende Teile abgehängt werden und so ein sozial angespanntes Verhältnis entsteht.

Die kohäsive Kraft, die demokratische Kulturen zusammenhält, entsteht nicht erst aus der Existenz eines pluralistischen Parteiensystems, sondern bereits durch die Existenz einer solidarischen und leistungsstarken Gesellschaft im sozialen Sinne. Auffällig ist in der soziodemographischen Differenzierung ist ein Geschlechtsunterschied: 41 Prozent der Männer geben an, ein Ehrenamt zu bekleiden gegenüber 35 Prozent der Frauen.

Die eigene Lage

Teil der Erfassung der Einstellungsmuster der rheinland-pfälzischen Bevölkerung ist auch, die Identitäten dahingehend zu erfassen, von welcher politischen und kulturellen Ebene eine Kraft im Sinne eines Beziehungsgefüges zwischen Individuum und seiner Umwelt ausgeht. In Abhängigkeit davon, ob sich primär regional verbunden gefühlt wird oder kontrastierend, als Weltbürger verstanden wird, ergeben sich nicht nur Interessenlagen, sondern auch Gemeinsinn, Verantwortungsgefühle und die Wahrnehmung von Herausforderungen. Kosmopolitische Personen äußern in ihrer Problemwahrnehmung tendenziell internationale und globale Phänomene wie Klimawandel, humanitäre Krisenlagen und wirtschaftliche Herausforderungen. Jene, die sich dagegen regional orientieren, nehmen stärker geographisch näher gelegenere Entwicklungen und Sachlagen als Probleme wahr: Zustände in Verkehrsinfrastruktur, soziale Fürsorgekapazitäten, Bildungssysteme, Arbeitsplätze und Migration. Insofern ist die Erfragung der identifikatorischen Schwerpunkte der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer Bestandteil der Erklärung, warum bestimmte Probleme wahrgenommen werden, von welchen besondere politische Mobilisierungskraft ausgeht und wodurch Spannungsfelder entstehen.

Als was fühlen Sie sich am ehesten? Als...? (Angaben in Prozent)

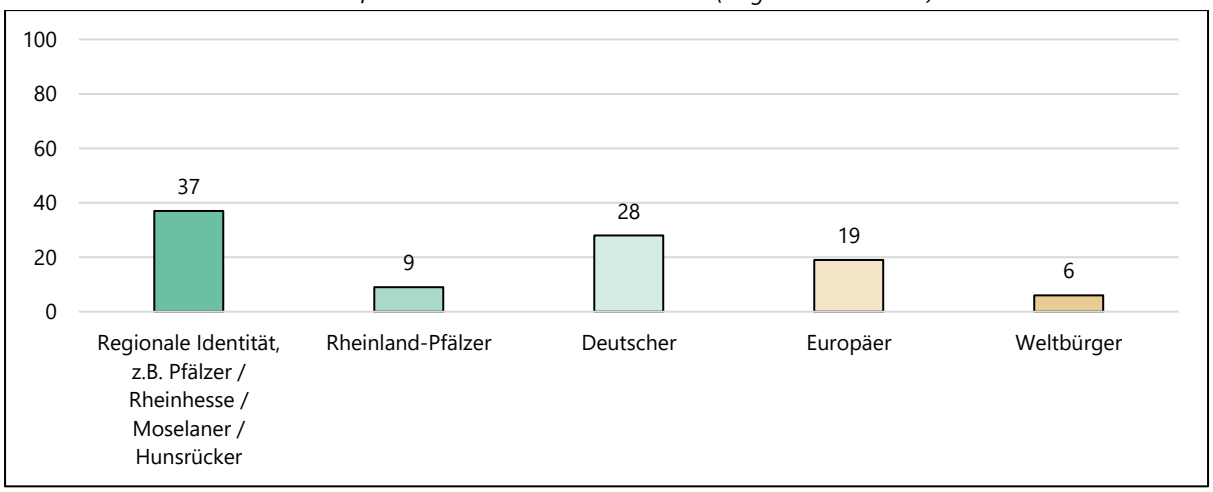


Abbildung 121: Identitätsebenen

Hier zeigt sich, dass sich Menschen in Rheinland-Pfalz relativ am meisten regional identifizieren: Für 37 Prozent ist die Region, in der sie leben, von größter identifikatorischer Kraft (Abbildung 121). Hier liegen Quellen von kulturellen und politischen Wahrnehmungen, Orientierungsgrößen und Prioritäten. Eine aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Frage, was Rheinland-Pfalz eigentlich zusammenhält, weist in Bezug zur regionalen Identität darauf hin, dass diese neben einer gewissen Ruhe und Ausgeglichenheit auch „stark durch die naturnahe, ländliche Prägung des Bundeslandes beeinflusst ist" (Burfeind et al. 2026: 7). Die Kehrseite dieser Prägung zeichnet ein Mangel an sozialen Begegnungsorten: „Das Bedürfnis nach Geselligkeit, Austausch und gemeinschaftlichem Erleben ist tief im Selbstverständnis der Menschen verankert, stößt jedoch strukturell zunehmend an Grenzen" (Burfeind et al. 2026: 9). Die Schaffung einer lebendigen Öffentlichkeit für Bürgerinnen und Bürger sowie entsprechender Orte der Begegnung ist daher zentral für eine funktionierende Gemeinschaft und damit auch für eine tragfähige Demokratie; zugleich weist die Studienlage darauf hin, dass in diesem Bereich ein deutlicher Handlungsbedarf besteht.

Am zweithäufigsten identifizieren sich die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer als Deutsche (28 Prozent), am dritthäufigsten als Europäer (19 Prozent) und erst an vierter Stelle geht von dem Bundesland Rheinland-Pfalz die primäre identifikatorische Kraft aus (9 Prozent). Der verhältnismäßig niedrige Wert gegenüber dem Bundesland deutet darauf hin, dass identifikatorische Kraft mehr von der Region und der Nation (und Europa) ausgeht. Im Falle von Rheinland-Pfalz geht von dem Bundesland selbst wenig identifikatorische Kraft aus. Aus demokratischer Perspektive ist dies zunächst weder positiv noch negativ zu werten, es deutet nur darauf hin, dass verhältnismäßig wenige kulturelle Artefakte, Traditionen und Geschichten ebenso wie politische Themen und Sachlagen dezidiert mit dem Bundesland verbunden werden, sondern eher mit der Region des Wohnortes oder der Bundesrepublik insgesamt.

Die verschiedenen Identitätsebenen genauer in den Blick genommen, lässt sich erkennen, dass unter soziodemographischen Merkmalen Identitätsanker etwas differieren (Abbildung 122). So geht vor allem für Kohorten mittleren Alters eine identifikatorische Kraft von der Region des Wohnortes aus (knapp 41 Prozent der 35- bis 64-Jährigen), während für die jüngste Kohorte der unter 35-Jährigen zuvorderst die Nation identitätsstiftend wirkt (37 Prozent); Für die Kohorte über 65 Jahren ist zwar auch die Heimatregion am relevantesten für die Identität (34 Prozent), jedoch zeigen sie im Vergleich mit den anderen Altersgruppen den höchsten Wert unter denjenigen, die sich als Europäer verstehen (27 Prozent).

Als was fühlen Sie sich am ehesten? Als...? (Angaben in Prozent)

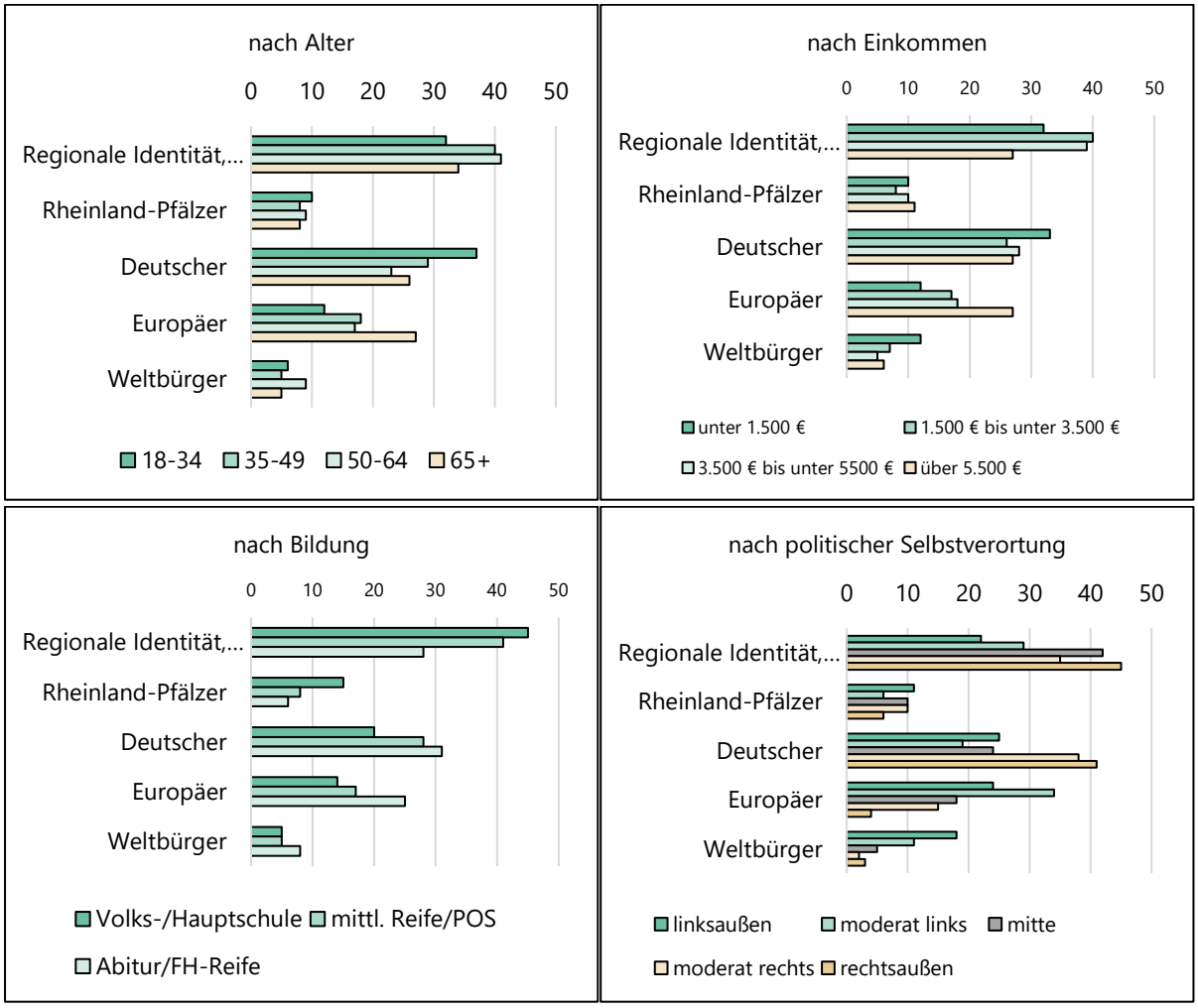


Abbildung 122: Identitätsebenen nach Gruppen

Erheblich steigend ist die Identifikation als Europäer mit steigendem Einkommen und Bildungsabschluss, während 12 Prozent der untersten Einkommensgruppe die kosmopolitische Orientierung angeben und nur 6 Prozent dies in der höchsten Einkommensgruppe tun. Andersrum ist für jene der geringsten Bildungsgruppe die regionale Verortung am zentralsten (45 Prozent).

Auch entlang der politischen Ausrichtung zeigen sich Unterschiede in der Verbindung zu identifikatorischen Ebenen. Für rechts(außen) Stehende ist die Wohnregion und die Nation mit Abstand bis zu 23 Prozent relevanter als unter jenen, die sich links(außen) verorten. Andersrum nimmt die internationale Orientierung nach links im Spektrum deutlich zu: Als Europäer verstehen sich moderat Linke zu 34 Prozent (linksaußen zu 24 Prozent), moderat Rechte zu 15 Prozent und rechtsaußen Stehende zu 4 Prozent. Insofern ist erkennbar, dass kosmopolitische Einstellungen leicht mit höherem Einkommen und formalem Bildungsgrad und stark mit der politischen Orientierung nach links(außen) korrelieren.

Während der Rheinland-Pfalz-Monitor einen großen Fokus darauf legt, zu erfragen, wie die Landesbevölkerung politische, wirtschaftliche und soziale Gegebenheiten wahrnehmen, soll ergänzend auch in den Blick genommen werden, wie sie sich selbst bzw. ihre eigene Lage wahrnehmen (Abbildung 123). Denn ausgehend von diesen Wahrnehmungen lassen sich Erklärungsfaktoren identifizieren, die politische Einstellungen in Ansätzen erklärbar machen.

Abgefragt wurde die Zufriedenheit mit mehreren Facetten des individuellen Lebens, wie eigener finanzieller Situation, Gesundheitsversorgung, Freizeit, öffentlicher Sicherheit, sozialer Eingebundenheit, Arbeitsplatzsicherheit, Wohnraum, Nachbarschaft und öffentlicher Infrastruktur. Hier ergibt sich in der Tendenz eher eine Zufriedenheit mit der Mehrheit der abgefragten Bestandteile der eigenen Lebenslage. Dieser allgemein gefasste Befund deckt sich auch mit der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Autorinnen und der Autor halten fest: „Die Menschen leben sehr gern in Rheinland-Pfalz. Die […] Bevölkerung ist vergleichsweise weltoffener als diejenige in anderen Bundesländern. Solidarität ist ein Grundwert, der in den durchgeführten Fokusgruppen bemerkenswert deutlich zum Vorschein kam" (Burfeind et al. 2026: 3). Im Rheinland-Pfalz-Monitor zeigt sich dabei konkret: Am zufriedensten sind die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer mit der eigenen Nachbarschaft (85 Prozent), die größte Unzufriedenheit wird dagegen hinsichtlich des Angebots an bezahlbarem Wohnraum geäußert (63 Prozent). Auch hinsichtlich der öffentlichen Infrastruktur ist im Vergleich zu anderen Hinsichten eine zurückhaltendere Zufriedenheit erkennbar.[4]

Alle abgefragten Einstellungen zur Bewertung der eigenen Lebenslage – bis auf das mehrheitlich negativ wahrgenommene Angebot bezahlbaren Wohnraums – teilen ein gemeinsames Muster: Die Menschen in Rheinland-Pfalz sind (eher) zufrieden, aber weitestgehend nicht „sehr zufrieden". Dieser Befund deckt sich ebenfalls mit den Ergebnissen der bereits zitierten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, auch über die im folgenden Zitat hervorgehobene Gruppe junger Menschen hinaus (Burfeind et al. 2026: 11):

> Besonders deutlich zeigt sich die Ambivalenz aus grundsätzlicher Zufriedenheit und fehlender Zukunftseuphorie in der Perspektive junger Menschen. Für sie stehen steigende Lebenshaltungskosten im Zentrum der Alltagserfahrungen. Hohe Preise für Lebensmittel, Mobilität und Freizeit sowie insbesondere die Kosten für den Führerschein werden in den Fokusgruppen […] genannt und als zentrale Hürden für gesellschaftliche Teilhabe wahrgenommen. Hinzu kommen Sorgen um bezahlbares Wohnen und berufliche Perspektiven. Der Zukunftsblick einiger junger Rheinland-Pfälzer_innen ist entsprechend verunsichert und von Aufstiegszweifeln geprägt (Burfeind et al. 2026: 11).

[4] Die Differenzierung der Wahrnehmung nach soziodemographischen Merkmalen sind im Anhang einsehbar: Abbildung 134 bis Abbildung 142.

Wie bewerten Sie die folgenden Dinge in Ihrem Leben? Nutzen Sie hierzu Schulnoten, wobei 1 "sehr gut" und 6 "ungenügend" bedeutet. Mit den Noten dazwischen können Sie Ihr Urteil abstufen. Wie bewerten Sie ...? (Angaben in Prozent)

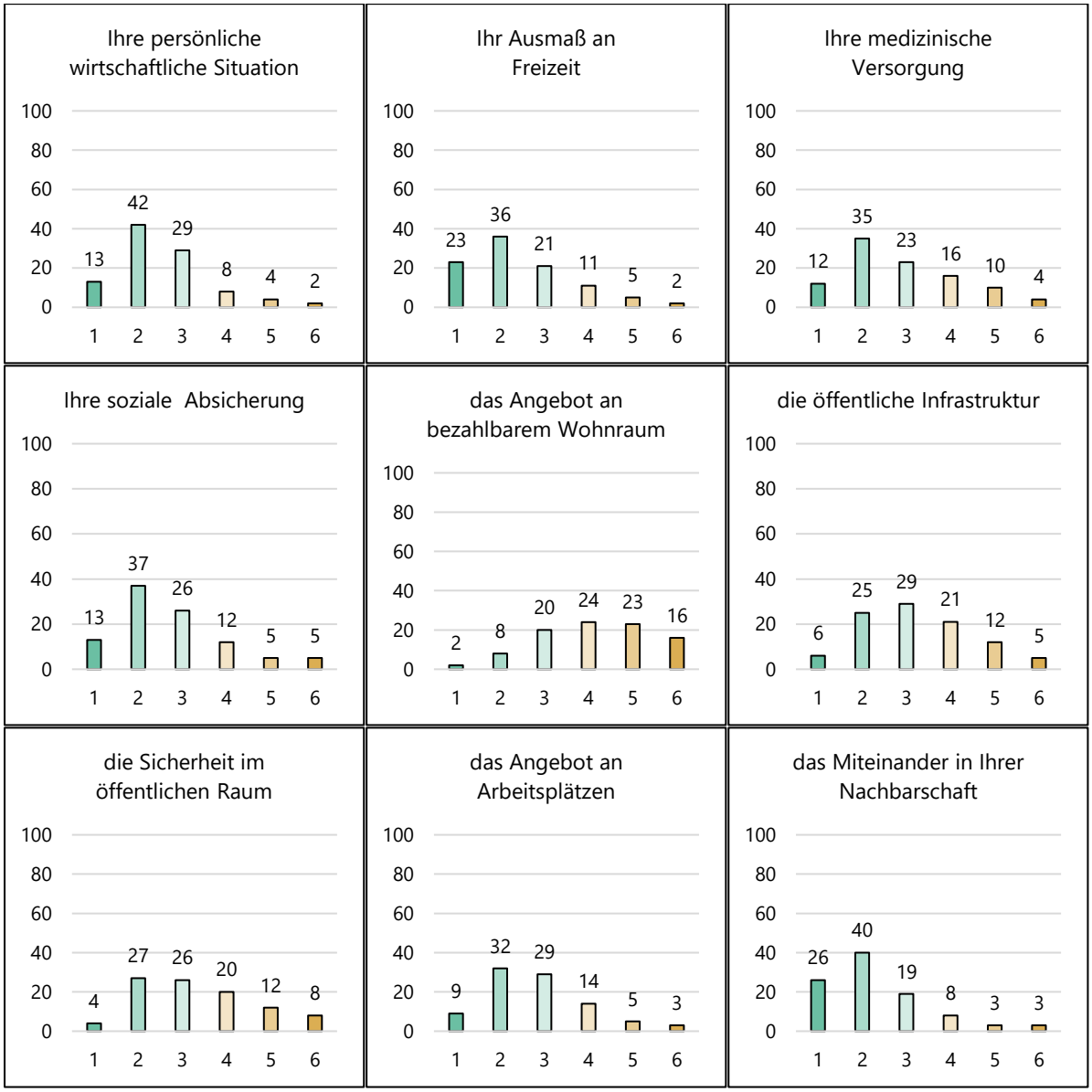


Abbildung 123: Bewertung der eigenen Lage in Schulnoten

Die Befunde des Rheinland-Pfalz-Monitors und der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung verdeutlichen damit nicht nur die grundsätzlich positive Bewertung der eigenen Lebenslage, sondern zeigen zugleich auf, in welchen Bereichen konkreter Handlungsbedarf besteht, um gesellschaftliche Teilhabe, Zukunftssicherheit und Lebensqualität nachhaltig zu stärken. Die Abfrage verschiedener Zufriedenheitswerte im privaten Raum ist auch deshalb politisch aufschlussreich, da sich die befragten Personen, auch trotz fehlender Euphorie, erheblich optimistischer, zufriedener und sicherer gegenüber ihren individuellen Lebensumständen äußern als gegenüber gesamtgesellschaftlichen Sachlagen und Entwicklungen. Insofern ergibt sich eine Lücke zwischen Zuversicht gegenüber dem eigenen Leben und dem

gesellschaftlichen. Gemessen an den Bewertungen des eigenen Lebens kann in Übereinstimmung mit anderen Studien (Deutschland-Monitor 2025; Sachsen-Anhalt-Monitor 2025:33) festgehalten werden, dass politische Wahrnehmungen pessimistischer ausfallen als solche über das eigene Leben. Das deutet auf die Wirkmacht politischer Framings hin, die dem individuellen Empfinden teilweise entgegenwirken, denn der Optimismus für das eigene Leben überträgt sich erkennbar wenig auf Fragen des öffentlichen Lebens.

Dem oben genannten Befund anschließend, dass sich Wahrnehmungen des individuellen Lebens positiver gestalten als gegenüber politischen Fragen, lässt sich feststellen, dass gefragt nach Sorgen, gerade allgemeine öffentliche Entwicklungen negativer bewertet werden: In der Gegenüberstellung von unmittelbar individuell betreffenden Herausforderungen mit solchen, die vergleichsweise abstrakt und die Allgemeinheit betreffend sind, fällt ebenfalls auf, dass Sorgen für sich individuell geringer ausfallen als gegenüber Phänomenen, die die Gesellschaft insgesamt betreffen.

Machen Sie sich sehr große Sorgen, große Sorgen, etwas Sorgen, eher weniger Sorgen, kaum Sorgen oder gar keine Sorgen …? (Angaben in Prozent)

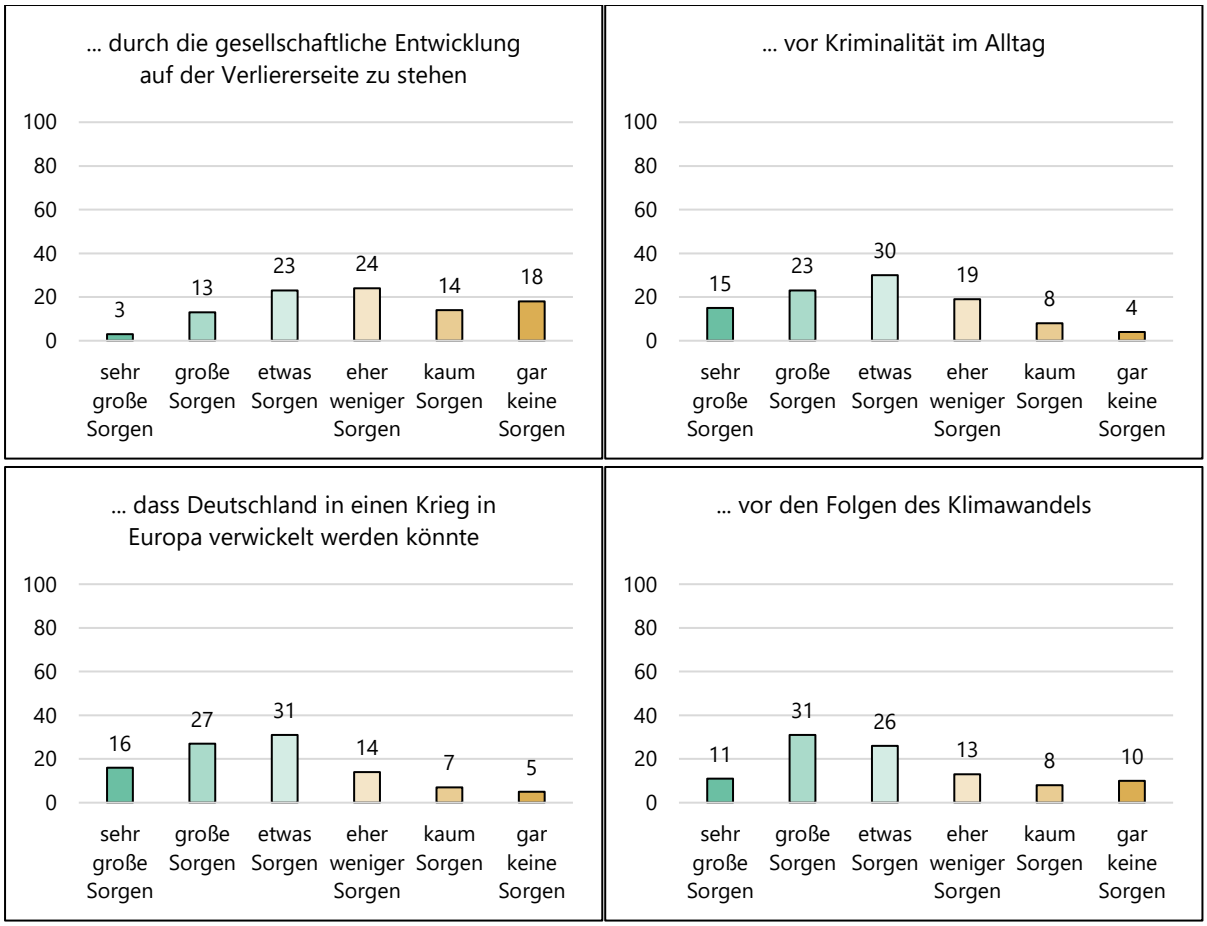


Abbildung 124: Sorgen

Zwar wurde die allgemeine Sorge beschrieben, dass sich die gesellschaftliche Lage verschlechtern wird (66 Prozent stimmen dem (eher) zu (Abbildung 76)), jedoch wird mehrheitlich mit 56 Prozent keine Sorge formuliert, davon selbst betroffen zu sein (Abbildung 124). Die Sorge vor Kriminalität im Alltag, die teilweise das Individuum selbst betreffen kann, aber auch die allgemeine Öffentlichkeit betrifft, formulieren zwar schon mehr Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer mit 68 Prozent, aber mit 74 Prozent wird am häufigsten eine andere eine Sorge formuliert: die, dass Deutschland in einen Krieg verwickelt werden könnte. Ähnlich weit verbreitet ist die Sorge vor den Folgen des Klimawandels mit 68 Prozent.[5]

Und wenn Sie jetzt noch einmal an Ihre persönliche Lebenslage denken, im Vergleich damit, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie... (Angaben in Prozent)

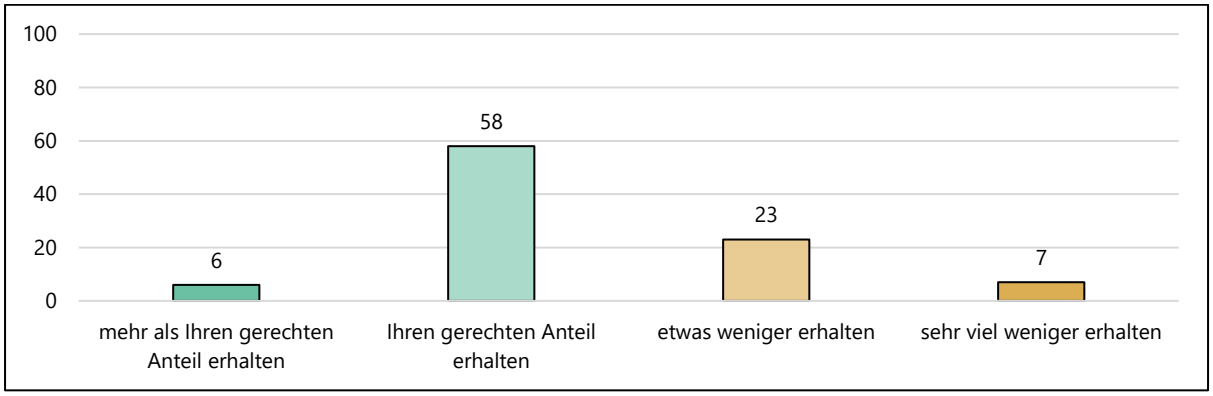


Abbildung 125: Subjektive relative Deprivation

Dass Fragen, die die politische Öffentlichkeit betreffen, in der Tendenz negativer beantwortet werden, als solche, die das eigene Leben betreffen, zeigt sich z. B. auch in der Gegenüberstellung der Fragen zum allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden (Abbildung 68) und der Wahrnehmung zum Erhalt eines gerechten Anteils. Während 50 Prozent der Aussage, dass in Deutschland Gerechtigkeit herrschen würde, widersprechen, geben hier 58 Prozent für sich selbst ein Gerechtigkeitsempfinden dadurch an, einen gerechten Anteil zu erhalten; weitere 6 Prozent geben sogar an, das Gefühl zu haben, mehr als ihren gerechten Anteil zu erhalten (Abbildung 125). Insofern fällt auch hier in diesen Fragen die Diskrepanz zwischen Bewertung der eigenen Lage und der allgemeinen gesellschaftlichen Lage auf.

Das sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen und relativieren, dass mit 30 Prozent knapp ein Drittel der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer angibt, das Gefühl zu haben, (sehr) viel weniger als den gerechten Anteil zu erhalten. Dieses nicht gering ausfallende Maß ist eine beträchtliche Quelle für politischen Unmut und perspektivisch auch für radikale und

[5] Die Differenzierung der Wahrnehmung nach soziodemographischen Merkmalen sind im Anhang einsehbar: Abbildung 143 bis Abbildung 146.

antidemokratische Einstellungen. Das Gefühl, nicht den gerechten Anteil zu erhalten, korreliert zudem mittelstark mit revolutionärem Denken, populistischen Einstellungen und der Demokratiezufriedenheit.

Zudem zeigen sich deutliche Unterschiede entlang der Subgruppen: Mit zunehmendem Alter und steigendem Einkommen wächst der Anteil derjenigen, die ihre Lebenslage als gerecht (oder besser) einschätzen. Besonders ausgeprägt ist dies bei den über 65-Jährigen (75 Prozent) und Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen über 5.500 Euro (89 Prozent). Demgegenüber empfinden insbesondere einkommensschwache Personen sowie Menschen mit geringer formaler Bildung ihre Lebenslage als benachteiligt. Auch hinsichtlich der Bildung zeigt sich daher, dass höher Gebildete ihre Lebenslage häufiger als gerecht bewerten. Auffällig ist zudem, dass sich politisch links Einordnende häufiger als übervorteilt wahrnehmen, während dies bei rechts Eingestellten deutlich seltener der Fall ist.

Und wenn Sie jetzt noch einmal an Ihre persönliche Lebenslage denken, im Vergleich damit, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie... (Angaben in Prozent)

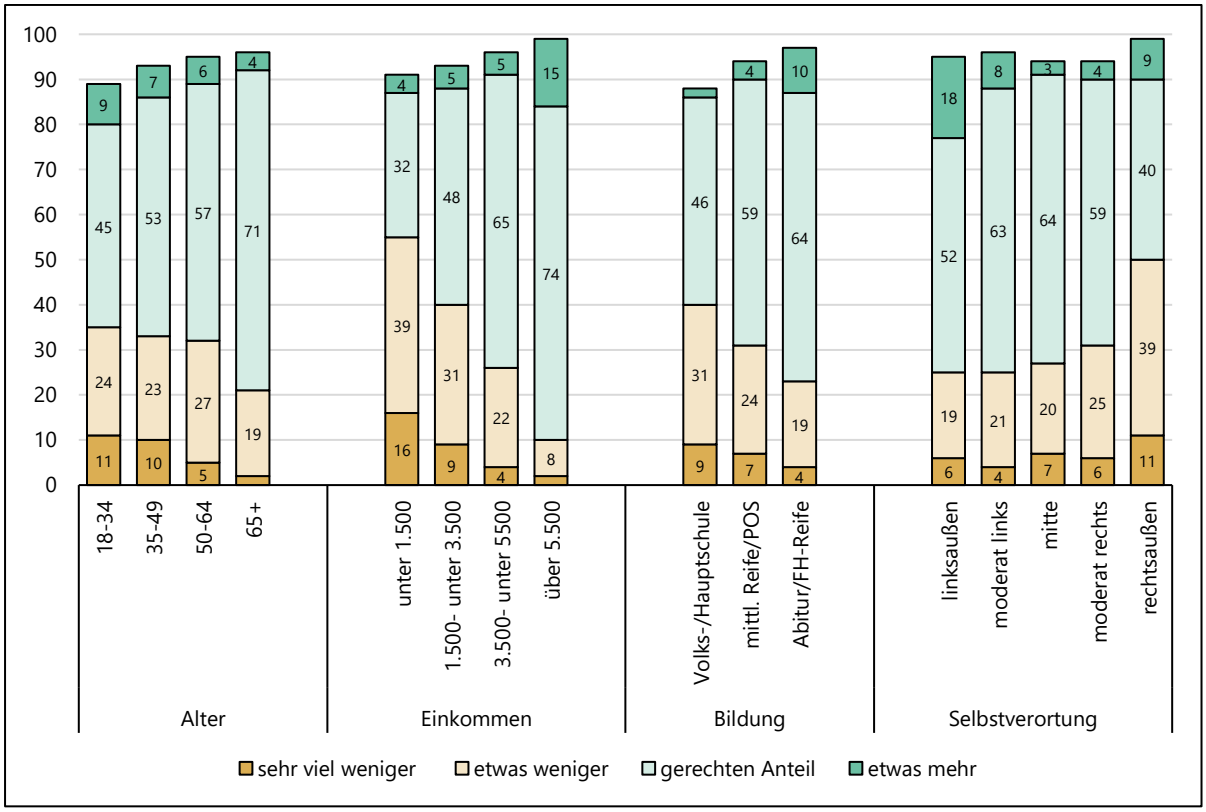


Abbildung 126: Subjektive relative Deprivation nach Gruppen

Das Adressieren und Artikulieren unterschiedlicher Bedürfnisse untergräbt dabei den Gemeinschaftssinn in Rheinland-Pfalz nicht, sondern kann ihn vielmehr stärken. Wie die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hervorhebt, führen unterschiedliche Problemlagen „nicht zu Abschottung oder reiner persönlicher Interessenspolitik" (Burfeind et al. 2026: 22), sondern

gehen mit einem ausgeprägten solidarischen Grundverständnis einher: Viele Menschen erkennen auch die Bedarfe anderer Gruppen an und unterstützen entsprechende Maßnahmen, selbst wenn sie nicht unmittelbar davon profitieren (Burfeind et al. 2026: 22). Politische Maßnahmen sollten daher zielgerichtet an den hier und in anderen Studien dargelegten unterschiedlichen Lebenslagen der Menschen ansetzen und zugleich nachvollziehbar vermitteln, wem sie auf welche Weise zugutekommen und welchen Beitrag sie zum gemeinschaftlich guten Leben im Bundesland Rheinland-Pfalz leisten.

Mittelstädte

Im ersten Rheinland-Pfalz-Monitor ergaben sich statistische Hinweise darauf, dass in mittelgroßen Städten zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern insofern abweichendes Antwortverhalten vorzufinden ist, dass dort Unzufriedenheiten und Sorgen etwas vermehrt vorkommen. Das betraf Städte wie Worms, Landau in der Pfalz, Neustadt an der Weinstraße, Pirmasens, Bad Kreuznach, Speyer, Neuwied und weitere. Um dem vertiefend nachzugehen, hat der Rheinland-Pfalz-Monitor 2025/26 neben der standardmäßigen repräsentativen Umfrage in einem Extrasampling vermehrt Umfragedaten in der besagten Stadtgröße erhoben. Hierdurch sollten belastbare Daten generiert werden, um den vermuteten Unterschieden vertiefend nachzugehen. Im Ergebnis nivellierten sich die im ersten Monitoring kleinen Unterschiede in der Form, dass die in Ansätzen erkennbaren Unterschiede sich nicht als statistisch signifikant und struktureller Natur erwiesen. Hinzukommt eine Veränderung in der Kategorisierung der einbezogenen Städte. Anders als im ersten Monitoring wurde Kaiserslautern 2025, das in der Zwischenzeit leicht gewachsen ist und die Schwelle von 100.000 Einwohnern überschritten hat, für diese Studie in die nächsthöhere Kategorie der Großstädte zugeordnet. Damit fällt ein statistisch signifikanter Anteil von Datenpunkten von einer Kategorie in eine andere. Auch hierin liegt ein Grund für die Nivellierung der im ersten Monitoring vermuteten Unterschiede im Antwortverhalten zwischen mittelgroßen und großen bzw. kleinen Städten. Im Rheinland-Pfalz-Monitor 2025/26 lassen sich strukturelle und statistisch signifikante Auffälligkeiten von mittelgroßen Städten nicht mehr nachweisen.
Auffällig dagegen sind Großstädte dahingehend, dass in ihnen die Zufriedenheitswerte höher sind, Sorgen geringer und antidemokratische Einstellungen etwas weniger weit verbreitet sind. Das trifft in Rheinland-Pfalz vor allem auf die Universitätsstädte tädte Mainz, Koblenz und zu.

Ergebnisse der Ländermonitore im Vergleich

Um die politische Kultur eines Bundeslandes zu erfassen, hat der Rheinland-Pfalz-Monitor 2025/26 einen Umfragebogen mit 74 Items angewandt. Damit ließen sich zahlreiche differenzierte Aussagen über die Einstellungen der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer treffen. Gerade der längsschnittliche Vergleich wird durch die wiederholte Abfrage möglich, sodass die landesspezifischen Einstellungswerte im Zeitverlauf an sich selbst gemessen werden können; wie sich die politische Kultur in Rheinland-Pfalz entwickelt, wird schließlich daran erkennbar, unter welchen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen sich die Einstellungsmerkmale verändern. Nimmt bspw. Unzufriedenheit zu, Gemeinsinn ab und nehmen radikale Ansichten zu? Mit diesen Beobachtungen wird zwar ein landesspezifisches Instrument bereitgestellt, um die politische Stimmungslage genau zu erfassen und auf dieser Grundlage in einen Diskurs einzutreten, welche Entwicklungen positiv und negativ zu bewerten sind sowie in der Folge Handlungsbedarfe sichtbar werden zu lassen.

Da der längsschnittliche Vergleich erst über die zeitlichen Abstände mehrerer Monitoring-Perioden sichtbar wird, liegt es nahe, die Ergebnisse des Rheinland-Pfalz-Monitors in Kontrast zu setzen mit Umfragedaten aus Studien, die gleiche oder zumindest ähnliche Fragen stellen. Hier ergibt sich, dass sukzessive zunehmend mehr Monitore entstehen, die einzelne Bundesländer in den Blick nehmen und politikwissenschaftlich untersuchen (siehe für eine Übersicht: Tabelle 9). Zwar fragen nicht alle Monitore den gleichen Fragebogen ab, da sie von unterschiedlichen Forschungsteams mit etwas differierenden Forschungsinteressen verwendet werden. Allerdings nimmt die Kooperation zwischen den Monitoren zu und verfolgt das Ziel, zunehmend mehr Fragen des Fragebogens zu vereinheitlichen. Insofern ergibt sich teilweise die Möglichkeit, Bundesländer durch die vorliegenden Monitordaten zu vergleichen.

Auch wenn aufgrund der unterschiedlichen Fragebögen kein direkter Vergleich in Gänze angestellt werden kann, können aber Befunde der Monitore vor allem zur Demokratieverankerung verglichen werden. Auch wenn nicht für alle Bundesländer Monitore erhoben werden, können aufgrund der angewachsenen Zahl zehn Datensätze miteinander verglichen werden.

Demokratieunterstützung und Demokratietypen

Auffällig ist, dass alle Ländermonitore zunächst eine hohe Zustimmung zur Demokratie ermitteln – Rheinland-Pfalz liegt hier mit 90 Prozent im Mittelfeld. Da sich durch die prinzipielle Demokratieunterstützung aber erstens nicht die praktische Demokratieunterstützung messen lässt und zweitens die Frage nur eingeschränkt valide ist, um die Verankerungstiefe demokratischer Einstellungen zu erfragen, da der Demokratiebegriff sehr breit ausgelegt werden kann, werden Fragen dem gegenübergestellt, die tiefer gehen. Mittels vier Fragen werden in mehreren Monitoren gleichermaßen Nuancen der Demokratieverankerung ermittelt und können verglichen werden. Abbildung 127 zeigt das Antwortverhalten in verschiedenen Monitoren (sofern sie erhoben wurden).

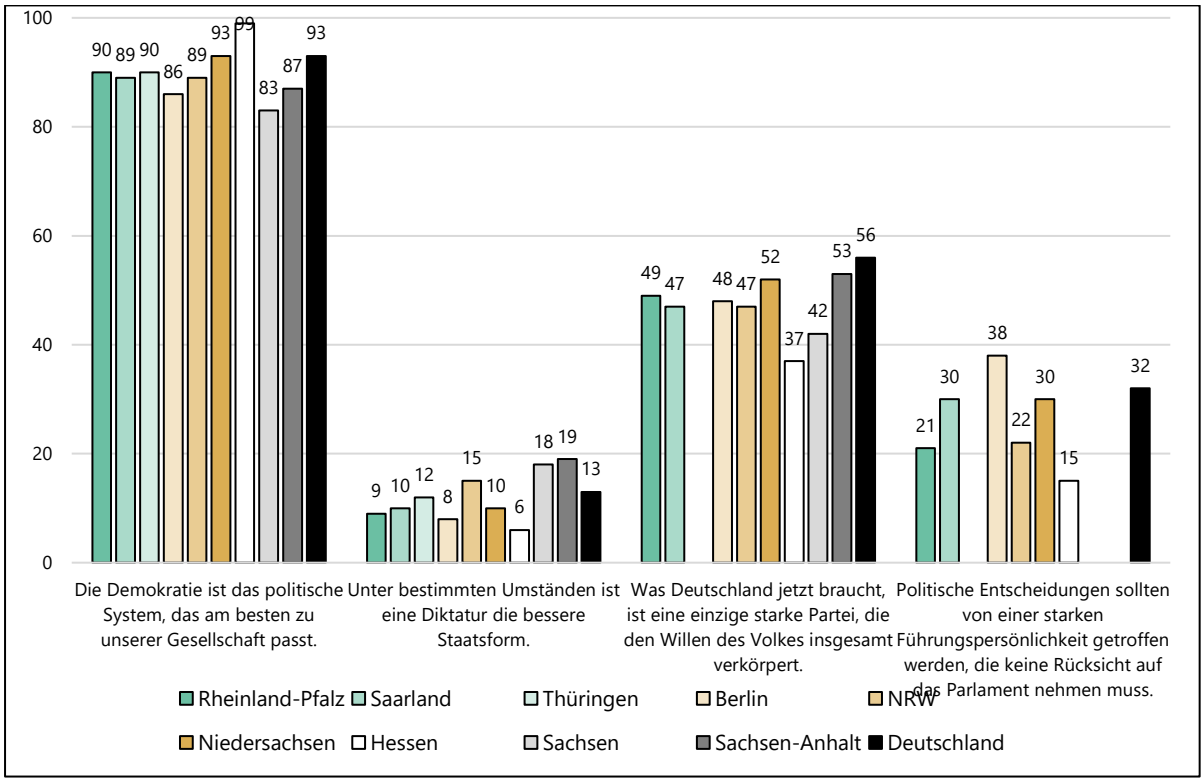


Abbildung 127: Fragen zum Demokratieverhältnis im Ländervergleich

Kontrastierend zur prinzipiellen Zustimmung zur Demokratie wird danach gefragt, ob eine Diktatur unter Umständen nicht eine Systemalternative sein kann. Hier ergibt sich in allen Monitoren eine geringe Zustimmung, allerdings ist hier die Streuung groß: Während in Hessen mit 6 Prozent Zustimmung die bedingte Akzeptanz einer Diktatur relativ gering ausfällt, ist sie in Sachsen-Anhalt mit 19 Prozent deutlich höher. Rheinland-Pfalz liegt auch hier mit 9 Prozent im Mittelfeld der Antwortspannbreiten. Da der Begriff der Diktatur eine negative Konnotation mitbringt und ein gegenteiliges Extrem zur Demokratie in der Fragestellung offen erkennbar

macht, werden zwei weitere Fragen gestellt, die eine latente antidemokratische Einstellung erfassen: Die Frage nach der Befürwortung nur einer starken Partei, die effektiv(er) regieren könnte, zielt darauf ab, antipluralistische Einstellungen zu Tage zu fördern. Auch hier ergibt sich zwischen den Monitoren eine Antwortspannbreite von knapp 20 Prozent: Während in Hessen mit 37 Prozent die geringste Zustimmung zu einer Einparteiendominanz gemessen wird, ermittelt der Deutschland-Monitor mit 56 Prozent den höchsten Wert. Auch in dieser Frage weisen die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer mit 49 Prozent eine im Vergleich in der Mitte liegende Zustimmung auf.

Noch weiter antidemokratisch zugespitzt ist die Frage danach, ob eine einzige Person dadurch eine weitestgehend unbeschränkte Macht haben sollte, dass sie auf kein Parlament Rücksicht nehmen muss. Die Logik der Frage beinhaltet eine eingeschränkte oder aufgehobene Gewaltenteilung und ermittelt damit auf weniger explizite Weise als die Frage nach der Unterstützung zur Diktatur autoritäre Einstellungen. Hier fällt die Zustimmung in allen Monitoren höher aus: Während in Hessen mit 15 Prozent der niedrigste Zustimmungswert gemessen wurde, erhebt der Berlin-Monitor mit 38 Prozent[6] den höchsten Wert. Auch hier liegt Rheinland-Pfalz mit 21 Prozent im unteren Mittelfeld.

Die separate Betrachtung des Antwortverhaltens auf die vier demokratiebezogenen Fragen ergibt noch kein Bild davon, inwiefern die Befragten konsistent explizite oder latente (anti-) demokratische Einstellungen ausgeprägt haben. Daher haben mehrere Monitore einen Index entworfen. Aus den vier Frageitems werden unterschiedliche Gruppen gebildet, die sich in dem Grad der Verankerung der Demokratie unterscheiden: Demokraten, fragile Demokraten und Autokraten.[7] Hier sei eine Gruppe besonders in den Fokus genommen: Jene, die zwar der Idee der Demokratie zustimmen, aber dennoch auch einer Einparteienregierung oder gar einer Regierung, die auf eine Person zugeschnitten ist, etwas abgewinnen können. Hieraus ergeben sich die „fragilen Demokraten". Anhand der Menge der Befragten, die hierunter fallen, kann sich erkennen lassen, wie (in-)stabil die Demokratieverankerung ist bzw. wie ausgeprägt Ansätze antidemokratischer Denkweisen sind. Abbildung 128 zeigt, dass etwas weniger als die Hälfte bis knapp über die Hälfte der jeweiligen Landesbevölkerungen eine latente Offenheit gegenüber antidemokratischen Einstellungen aufweisen. Durch eine Schwankungsbreite von

[6] Einschließlich einer „teilweisen" Zustimmung.
[7] Andere Monitore differenzieren die „fragilen Demokraten", wie sie der Rheinland-Pfalz-Monitor ermittelt in zwei Gruppen entlang dem Merkmal der politischen und der systemischen Unzufriedenheit.

15 Prozent zeigt sich, dass dieses Ausmaß in unterschiedlichem Maß in den Bundesländern verbreitet ist. Rheinland-Pfalz weist mit 44 Prozent einen im Vergleich mittelhohen Wert an fragilen Demokraten auf. In der demokratietheoretischen Interpretation muss gegenüber diesen Werten festgestellt werden, dass die Demokratie weit weniger fest in den Bundesländern verankert ist, als es die reine Abfrage zur Zustimmung zur Demokratie im Grundsatz vermuten lässt.

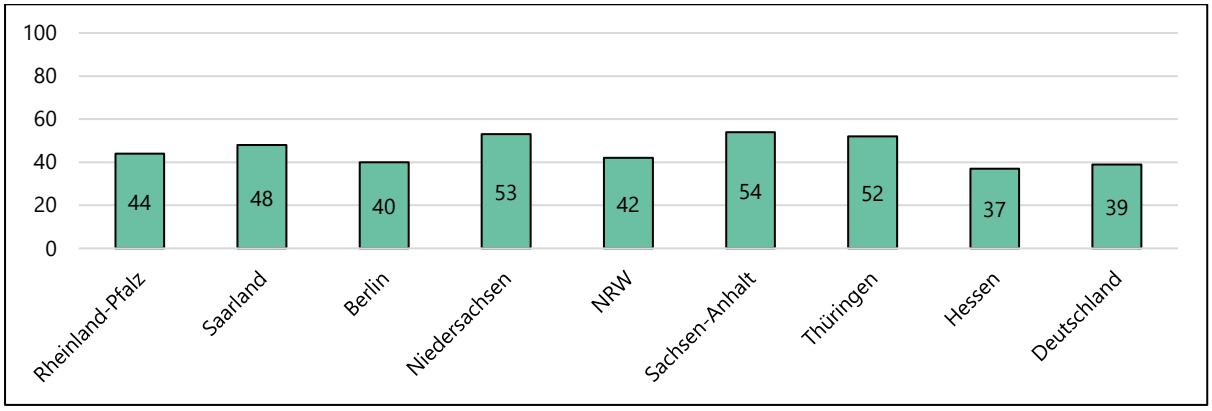


Abbildung 128: Anteil fragiler Demokraten im Ländervergleich[8]

Die Gründe dafür, warum sich die Verankerung der Demokratie als „fragil" ergibt, werden in den Monitoren unterschiedlich hergeleitet. Der Berlin-Monitor ermittelt Entfremdung und Mangel an politischer Selbstwirksamkeit als Gründe bröckelnder Demokratieverankerung: „Diese Wahrnehmung begrenzter politischer Wirksamkeit deutet auf eine latente politische Entfremdung hin, die jedoch nicht zwangsläufig in Systemablehnung mundet. Vielmehr zeigt sich in Berlin ein Muster *kritischer Loyalität:* Diese Bürger:innen unterstützen die Demokratie grundsätzlich, stellen aber deren Leistungsfähigkeit zunehmend infrage" (Berlin-Monitor 2025: 43). Einen ähnlichen Befund formuliert der Thüringen-Monitor, der latente antidemokratische Einstellungen auf eine Unzufriedenheit mit der Performanz der Demokratie zurückführt: „Diese Diskrepanz zwischen Wunsch und wahrgenommener Realität kann als Warnsignal für Politik und Zivilgesellschaft interpretiert werden: die Thüringer:innen bejahen zwar die Idee der Demokratie, entfremden sich aber immer mehr von ihrer konkreten Ausgestaltung. Dies eröffnet Raum für populistische und systemkritische Narrative, die sich an der Lücke zwischen Idealbild und Realität abarbeiten" (Thüringen-Monitor 2025:46). In ähnlicher Weise

[8] Im Wert des Thüringen-Monitor werden „Unzufriedene Demokraten" und „Demokratieskeptiker" summiert dargestellt. Ähnliches gilt für den Deutschland-Monitor: „systemkritische Demokraten" und „politikkritische Demokraten" werden hier summiert dargestellt. Da den Monitoren jeweils eigene Datensätze zugrunde liegen, ergibt sich für den Deutschland-Monitor kein Mittelwert aus den Werten der Ländermonitore.

diagnostiziert der Niedersachsen-Monitor eine Vertrauenskrise gegenüber politischen Akteuren; sie habe sich „verschärft und betrifft inzwischen auch demokratische Prozesse" (Niedersachsen-Monitor 2025:5). Dieses Misstrauen werde aber nicht generalisiert, da das Vertrauen in Institutionen wie der Polizei, dem Verfassungsgericht und dem Verfassungsschutz – anders als gegenüber politisch handelnden Akteuren – durchaus hoch ausfalle (a. a. O.:126). Nicht nur Entfremdungsprozesse werden als Gründe für eine schwindende oder eingeschränkte Demokratieverankerung ausgemacht. Der NRW-Demokratiebericht führt die eingeschränkte Demokratieverankerung u. a. auch auf Wahrnehmungen wirtschaftlicher und sozialer Benachteiligung sowie einer pessimistischen Zukunftserwartung zurück: „Die Einstellungen der Befragten zur Demokratie stehen in einem sehr engen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Situation und dem Blick in die Zukunft. Insbesondere zeigt sich: Je schlechter die Einschätzung der allgemeinen Lebenslage, desto wahrscheinlicher wird die Demokratie abgelehnt" (NRW-Demokratiebericht 2025: 83).

Neben der Rolle der wirtschaftlichen Situation ermittelt der Saarland-Monitor als gewichtigeren Faktor für die Fragilität demokratischer Einstellungen soziokulturelle Einstellungen. Als offen für antidemokratische Positionen ergeben sich dort tendenziell vermehrt jene, die sich in gesellschaftspolitischen Fragen unzufrieden zeigen: „Ein starkes Demokratiebekenntnis geht dabei typischerweise mit progressiven gesellschaftlichen Einstellungen einher, während ein schwächeres Demokratiebekenntnis häufiger mit traditionellen Orientierungen kombiniert ist" (Saarland-Monitor 2025/26).

Die Monitore stimmen in ihrem Befund überein, dass die politische Mitte droht, hinsichtlich ihrer demokratischen Standfestigkeit zu erodieren, die Menge an ausgemachten beeinflussenden Faktoren ergibt sich dagegen als divers. Die Rolle von Entfremdung aufgrund eines unzureichenden demokratischen Selbstwirksamkeitsgefühls, relativer Deprivations-wahrnehmungen und soziokultureller Minderheitenpositionen gilt es in weiteren Monitorings besser zu erforschen und ihre unterschiedliche Einflussstärke in den jeweiligen Bundesländern herauszuarbeiten.

Einen Befund, den die Ländermonitore (soweit erhoben) erkennbar herausarbeiten, ist, dass die Demokratiezufriedenheit in den ostdeutschen Bundesländern signifikant geringer ist als in den westdeutschen Bundesländern (Abbildung 129).

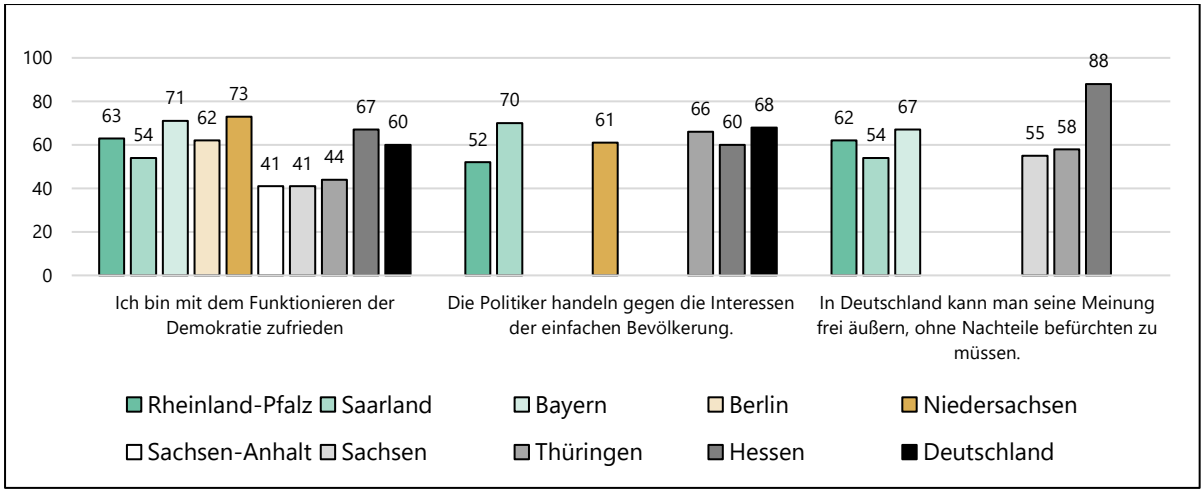


Abbildung 129: Einstellungen zur Performanz der Demokratie im Ländervergleich

Der Deutschland-Monitor erfasst im Hinblick auf die Demokratiezufriedenheit eine Differenz zwischen Ost- (51%) und Westdeutschland (62%) von 11 Prozentpunkten (Deutschland Monitor 2025:103). Obgleich dieser größeren Unzufriedenheit folgt daraus keine auf andere Fragen übertragbare Differenz. So ist das Ausmaß an populistischen Meinungen („Die Politiker handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung") ähnlich weit verbreitet und auch im für die Demokratie wichtigen Frageitem nach der empfundenen Meinungsfreiheit äußern der Sachsen- und der Thüringenmonitor nur leicht geringere Zustimmungswerte.

Mit Blick auf die wahrgenommenen wichtigsten Probleme unterscheiden sich die Bundesländer nuanciert. Herausforderungen der Wirtschaft, Ausbau und Instandhaltung von (Verkehrs-)Infrastruktur und die Regulierung von Migration stellen in unterschiedlicher Priorisierung wichtige Themen in den meisten Ländermonitoren dar. Dennoch ergeben sich erhebliche Unterschiede, berücksichtigt man die Intensität vor allem der Erstnennungen. Während bspw. in Sachsen das Thema Migration/Flucht mit Abstand am häufigsten genannt wird, spielen Problemlagen rund um Wirtschaft und Arbeit im Saarland eine dominierende Rolle. Wichtigste Probleme im Überblick:

- NRW: 1. Infrastruktur/Verkehr, 2. Migration/Flucht, 3. Bildung/Schule
- Saarland: 1. Wirtschaft, 2. Arbeitsmarkt/-losigkeit, 3. Migration/Flucht
- Rheinland-Pfalz: 1. Migration/Flucht, 2. Mobilität/Infrastruktur, 3. Bildung/Schule
- Sachsen-Anhalt: 1. Infrastruktur/Mobilität, 2. Wirtschaft/Finanzen, 3. Soziales/Gerechtigkeit
- Sachsen: 1. Migration/Flucht, 2. Bildung, 3. Rechtspopulismus
- Niedersachsen: 1. Bewaffnete Konflikte/Frieden/Außenpolitik, 2. Wirtschaft, 3. Soziale Ungleichheit/Armut/Bürgergeld

Rheinland-Pfalz nimmt hier – wie in so vielen Hinsichten – eine zwischengelagerte Position ein. Migrationsfragen spielen eine große Rolle in der Problemwahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger. Zwar wird die wirtschaftliche Lage im Bundesland nicht direkt als zweites Problem identifiziert, die daran anschließende bzw. die die wirtschaftliche Situation beeinflussende Situation um die (Verkehrs-)Infrastruktur ist dagegen ein präsenteres Problem.

Nimmt man die nur vereinzelt gleichermaßen abgefragten Frageitems der Ländermonitore in den Blick, die konkreter die Verbreitung rechtsradikaler Einstellungen abfragen, zeigt sich, dass unter den Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzern solche Einstellungen (unter-) durchschnittlich ausfallen (Abbildung 130). Sozialdarwinistische Einstellungen erweisen sich mit um die 19 Prozent als über die Bundesländer, soweit sie erfasst wurden, als fast gleich weitreichend verbreitet. Antisemitismus wird in den Ländermonitoren auf verschiedene Weise gemessen. Sie ermitteln dabei zumeist eine manifeste judenfeindliche Einstellung unter knapp 10 Prozent der Bevölkerungen, wobei aufgrund der Skalierung der Antwortoptionen einige Werte höher ausfallen, wenn eine Möglichkeit gegeben war mit „teilweiser Zustimmung“ zu antworten.

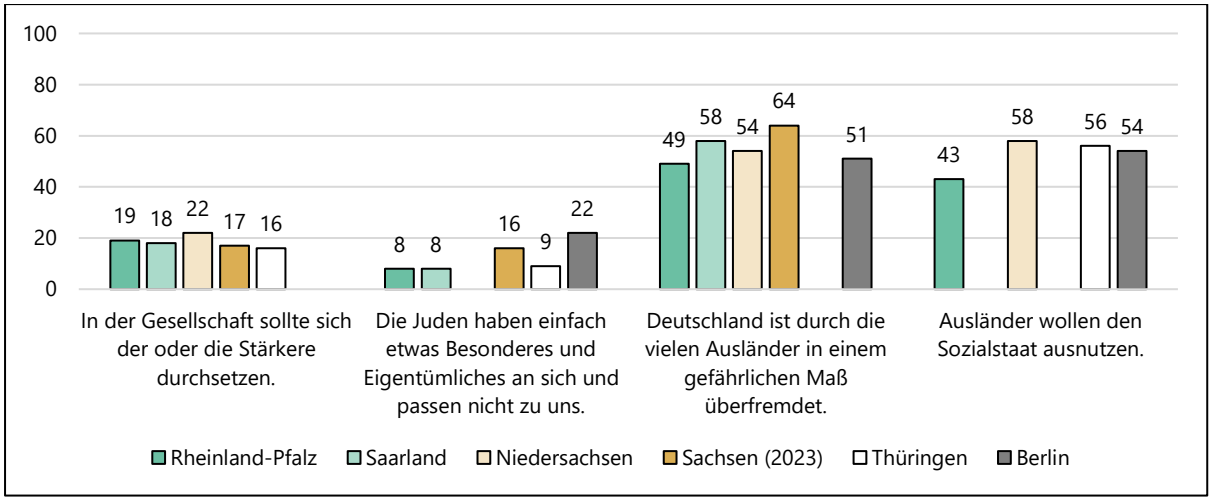


Abbildung 130: Rechtsaußeneinstellungen im Vergleich[9]

Unterdurchschnittlich schneidet Rheinland-Pfalz in der Wahrnehmung eines Überfremdungsgefühls ab. Während in anderen Monitoren hier Werte von über 50 Prozent Zustimmung gemessen werden, liegt das Bundesland mit 49 Prozent darunter. Ähnliches gilt für eine fremdenfeindliche Einstellung, die davon ausgeht, dass Ausländer den Sozialstaat

[9] Der Wert des zum Gefühl der Überfremdung stammt im Fall Niedersachsens aus dem Monitoring 2023. Die weiteren dargestellten Werte beziehen sich auf Erhebungen aus 2025 mit Ausnahme von Sachsen, wo die Fragen zuletzt 2023 erhoben wurden.

ausnutzen. Mit 43 Prozent Zustimmung ergibt sich hier ein sichtbarer Abstand zur Verbreitung dieser Einstellung in anderen Bundesländern, wo dies zwischen 50 und 60 Prozent so wahrnehmen.

Die Monitore zeigen im Vergleich vor allem zweierlei: Das Ausmaß der Verankerung der Demokratie in politischen Einstellungen lässt sich schlechter an der Verbreitung der Demokratieunterstützung an sich erforschen, sondern an der Verbreitung gegenteiliger Einstellungen. Zweitens zeigen die Monitore, dass Einstellungsmuster, die die Demokratie langfristig untergraben, unterschiedlich hergeleitet werden. Diese Konfigurationen der jeweiligen Länder dazustellen, ist die Stärke des Länder-Monitorings, stößt aber auf die Herausforderung, kausale Begründungszusammenhänge sicher zu identifizieren, denn Faktoren wie Entfremdung/Misstrauen, wirtschaftliche Schwäche/politische Performanz, Zukunftsperspektiven oder kulturelle Gegebenheiten können je nach Bundesland unterschiedlich stark wirken, sind mittels statistischer Methoden in ihrer Effektstärke allerdings schwierig zu erfassen. Hier bieten sich qualitative Methoden zur Vertiefung an, indem bspw. Fokusgruppeninterviews geführt werden – ein Vorhaben des nächsten Rheinland-Pfalz-Monitors.

Rheinland-Pfalz zeigt sich insgesamt im Vergleich als „Mittelfeldspieler". In nahezu allen Fragen ergeben sich in anderen Ländermonitoren sowohl höhere als auch niedrigere Zufriedenheitswerte und Ausmaße an antidemokratischen Einstellungen. Weder erweist sich die politische Soziologie des Bundeslandes als auffallend radikal oder demokratieabgeneigt, noch sind die Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer immun gegen antidemokratische Einstellungen. Die Rolle verschiedener genannter Einflussfaktoren wird in folgenden Monitorings weiter herauszuarbeiten sein. Ein besonderer Vergleich mit dem Saarland wird aufgrund der hohen Ähnlichkeit des Fragebogens im Saarland-Monitor 2025/26 vorgenommen.

Fazit

Der zweite Rheinland-Pfalz-Monitor stellt durch die erneute Erhebung erstmals längsschnittliche Vergleichsdaten zur Verfügung. Hierdurch sind prinzipiell Entwicklungsrichtungen in der politischen Kultur des Bundeslandes erkennbar. Auch wenn der Abstand zum ersten Monitoring 2023 mit zwei Jahren noch recht kurz ist, zeigen die ermittelten Unterschiede, dass die Einstellungen und Meinungen der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer beweglich und lebendig sind. (Un-)Zufriedenheiten, Sorgen, Problemwahrnehmungen reagieren auf die politische Umwelt. Auch wenn die mediale Öffentlichkeit eine Wahrnehmung der Verschlechterung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Zustände intuitiv erscheinen lassen, zeigt sich die rheinland-pfälzische Bevölkerung mehrheitlich zufrieden mit der eigenen Situation. Sorgevolle und misstrauische Einstellungen ergeben sich dagegen in der Beurteilung gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen. Vor allem Verschwörungsglaube und populistisches Denken nehmen zu. Die Zu- und Abnahme der genannten Einstellungen ergibt zunächst keine einheitliche Entwicklungsrichtung der Einstellungen. Letztere haben im Vergleich zu 2023 sogar leicht abgenommen. Anhaltend beobachtbar ist der Einfluss von Bildung und Einkommen auf Zufriedenheit, Vertrauen und demokratische Festigkeit – oder im Umkehrschluss: Der Rheinland-Pfalz-Monitor macht deutlich sichtbar, dass geringe Bildungsniveaus und Einkommensverhältnisse eine Korrelation mit Unzufriedenheiten, radikalem und antidemokratischen Denken begünstigen.

Um die Verteilung der teilweise positiven, teilweise negativen Einstellungen besser zu ermitteln, wurde eine Clusteranalyse vorgenommen. Dabei wurden drei größere Einstellungsgruppen identifiziert. Während die „zuversichtlichen Systemträger“ (20 Prozent der Befragten) grundlegend optimistisch in die Zukunft blicken, progressive Einstellungen aufzeigen und gleichzeitig Vertrauen in die Demokratie haben, steht dem eine nicht kleine Gruppe gegenüber, die hier als „resignierte Systemskeptiker“ (40 Prozent) erfasst werden und sich aus eher nationalkonservativen Einstellungen ergibt. Sie blicken zudem skeptisch in die Zukunft und sind mit der Leistung der Demokratie im Status quo eher unzufrieden. Hieraus entsteht eine potenzielle Offenheit, radikale oder extremistische Einstellungen anzunehmen. Dazwischen ergibt sich eine große, moderate Gruppe (40 Prozent) mit heterogener Zusammensetzung. Sie zeigt, dass die Verankerung der Demokratie keine dauerhafte Gewissheit ist, sondern Fragilität entwickeln kann, sollten sich die politischen, sozialen und

wirtschaftlichen Umstände ändern. Auf sie wird in zukünftigen Monitorings ebenso zu achten sein wie die Größe der „resignierten Systemskeptiker“.

Die davon methodisch abzugrenzende demokratietheoretische Typisierung, die explizit das Verhältnis zur Demokratie systematisch untersucht, zeigt, dass 44,5 Prozent der Bevölkerung als solide Demokraten gelten, die die Demokratie klar unterstützen und autoritäre Alternativen in Gänze ablehnen. 43,5 Prozent zählen zu den fragilen Demokraten, deren Demokratieunterstützung weniger gefestigt ist und die teilweise offen für autoritäre Positionen sind. Eine kleine Minderheit von 6,6 Prozent weist autokratische Einstellungen auf und lehnt demokratische Grundprinzipien weitgehend ab. Gerade letzterer Wert verdient besondere Aufmerksamkeit, denn auch wenn knapp 7 Prozent ein geringer Wert zu sein scheint, zeigte sich zwischen dem ersten und zweiten Rheinland-Pfalz-Monitor mit einem Anstieg von 3 auf 8 Prozent mehr als eine Verdopplung derjenigen, die sich selbst als am rechtsäußeren Rand stehend verstehen.

Zukünftige Monitore werden in den Blick nehmen, welche Hintergründe und Motivlagen hinter der fragilen Verankerung demokratischer Einstellungen stehen. Da aufgrund spezifischer Gegebenheiten auf Landesebene die Quellen für Unzufriedenheiten, Misstrauen und Zukunftsaussichten variieren, gilt es, eben diese Spezifika herauszuarbeiten, um sie politisch sichtbar, berücksichtigbar und adressierbar zu machen.

Da der zweite Rheinland-Pfalz-Monitor über die Fokussierung auf demokratisch besorgniserregende Entwicklungen hinaus auch Stärken und Zuversichtlichkeit der rheinland-pfälzischen politischen Kultur ertastet hat, ist im Ausblick auf zukünftige Monitorings zu fragen, welche Zukunftsvorstellungen das Bundesland für sich hat und verfolgt. Schließlich äußert eine Mehrheit der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer eine Zuversicht gegenüber der Zukunft und äußert ein starkes Selbstvertrauen, mit Herausforderungen umgehen zu können (Abbildung 70, Abbildung 72). Die Demokratie in Rheinland-Pfalz ist damit zwar herausgefordert und sprichwörtlich nicht in Stein gemeißelt, kann aber auf eine selbstbewusste demokratische Tradition aufbauen.

Literaturverzeichnis

Almond, Gabriel A. und Verba, Sidney (1965): The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations. Abridged Edition. Boston: Little, Brown and Company.

Berlin-Monitor 2025:
Pickel, Gert; Celik, Kazim; Niendorf, Johanna und Decker, Oliver [Hrsg.] (2026): Der Berlin-Monitor 2025. Berlin – Zwischen demokratischer Haltung und verbreiteten Ressentiments. Springe: unibuch Verlag bei zu Klampen Verlag.

Burfeind, Rieke; Faus, Jana und Ickstadt, Lutz (2026): Was hält Rheinland-Pfalz zusammen? Impulse für Gemeinschaft und Teilhabe. Mainz: Friedrich-Ebert-Stiftung, Regionalbüro Rheinland-Pfalz/Saarland.

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Ayline und Brähler, Elmar (2024): Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2024. Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Ayline und Brähler, Elmar [Hrsg.]: Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 29–99.

Deutschland-Monitor 2025:
Franke, Helene; Hebenstreit, Jörg; Holtmann, Everhard; Jaeck, Tobias; Pollak, Reinhard; Reiser, Marion; Sand, Matthias und Zissel, Pierre (2026): Deutschland-Monitor ’25. Gesellschaftliche und politische Einstellungen. Themenschwerpunkt: Wie veränderungsbereit ist Deutschland? Berlin, Halle (Saale), Jena und Mannheim. Herausgegeben vom Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. (ZSH), dem Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena und GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.

Easton, David (1965): A Systems Analysis of Political Life. New York: John Wiley & Sons.

Fritzsche, A.; Leven, I.; Rysina, A.; Schneekloth, U. und Wolfert, S. (2024): Sechster Deutscher Freiwilligensurvey. Methodenbericht. Kantar Public im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Jun, Uwe; Drewes, Oliver und Lermen, Julian (2025): Gesellschaftliche Einstellungen zu Klimawandelfolgen in Rheinland-Pfalz. Eine repräsentative Umfragestudie zu Erwartungen und Bereitschaften. In: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, 48. Jg., Heft 2, S. 96–133.

Kreis, Joachim (2007): Zur Messung von rechtsextremer Einstellung. Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 12. Berlin: Freie Universität Berlin.

Minas, Marius (2025): Wie hältst du’s mit der Demokratie? Befunde über die Mitte der Gesellschaft (hinaus). In: Minas, Marius und Drewes, Oliver [Hrsg.]: Politikwissenschaftlicher Jahresrückblick 2025 des Trierer Instituts für Demokratie- und Parteienforschung. Trier: Hausdruckerei Universität Trier, S. 35–42.

Niedersachsen-Monitor 2025:
Harfst, Philipp; Franzmann, Simon T.; Kühnel, Steffen M.; Helmer, Joschua; Fitzpatrick, Sally A.; Jaensch, Lena; Jatho, Nils; Schmidt, Sarah P. und Zylla, Michael (2026): Niedersächsischer Demokratie-Monitor. NDM 2025. Demokratie und ihre Akteure unter Druck. Politische Konflikte und Rechtsverschiebung in Niedersachsen. FoDEx-Studie Nr. 16. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen.

Nord, Marina; Altman, Davod; Fernandes, Tiago; Good God, Ana und Lindberg, Staffan I. (2026): Democracy Report 2026: Unraveling The Democratic Era? University of Gothenburg: V-Dem Institute.

NRW-Demokratiebericht 2025:
Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (2026): 3. Demokratiebericht. Mitte(n) unter Druck. Bericht zur Lage der Demokratie und der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen 2025. Düsseldorf: Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen.

Rheinland-Pfalz-Monitor 2023/2024:
Jun, Uwe; Drewes, Oliver und Minas, Marius (2024): Rheinland-Pfalz-Monitor 2023/2024. Trier: Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung, Universität Trier.

Saarland-Monitor 2025/2026:
Jun, Uwe; Drewes, Oliver; Minas, Marius und Lermen, Julian (2026): Saarland-Monitor 2025/2026. Trier: Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung, Universität Trier.

Sachsen-Monitor 2023:
Schlinkert, Simon; Krüger, Stefan; Klaus, Susanne; Mühle, Robert; Voss, Max; Mertes, Michael und Schlinkert, Reinhard (2024): Ergebnisbericht Sachsen-Monitor 2023. Bonn: dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH. Im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei.

Sachsen-Anhalt-Monitor 2025:
Reimer-Gordinskaya, Katrin; Pickel, Gert und Dimitrov, Nikolay (2025): Sachsen-Anhalt-Monitor 2025. Zwischen Autokratisierung und Demokratisierung: Befunde zu einer Gesellschaft im Richtungsstreit. Magdeburg-Stendal: Institut für demokratische Kultur, Hochschule Magdeburg-Stendal. Eine Studie im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt.

Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. 3., aktualisierte Auflage. Herausgegeben von Nora Langenbacher. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Tocqueville, Alexis de (1990 [1835]): Democracy in America. New York: Vintage Classics.

Thüringen-Monitor 2025:
Reiser, Marion; Franke, Helene; Graichen, Robin; Hebenstreit, Jörg; Küppers, Anne; Vogel, Lars und Zissel, Pierre (2026): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2025. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena und KomRex.

Zick, Andreas (2025): Demokratie am Kipppunkt – Verschiebungen in der Mitte und die Normalisierung des Rechtsextremismus – eine Hinführung zur Mitte-Studie 2024/25. In: Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico und Eden, Marco [Hrsg.]: Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franzisk a Schröter. Bonn: Dietz, S. 19–48.

Anhang

Zusätzliche Abbildungen

Parteilose Kandidaten sind z.B. auf kommunaler Ebene eine gute Alternative oder Ergänzung zu den Kandidaten der Parteien. (Angaben in Prozent)

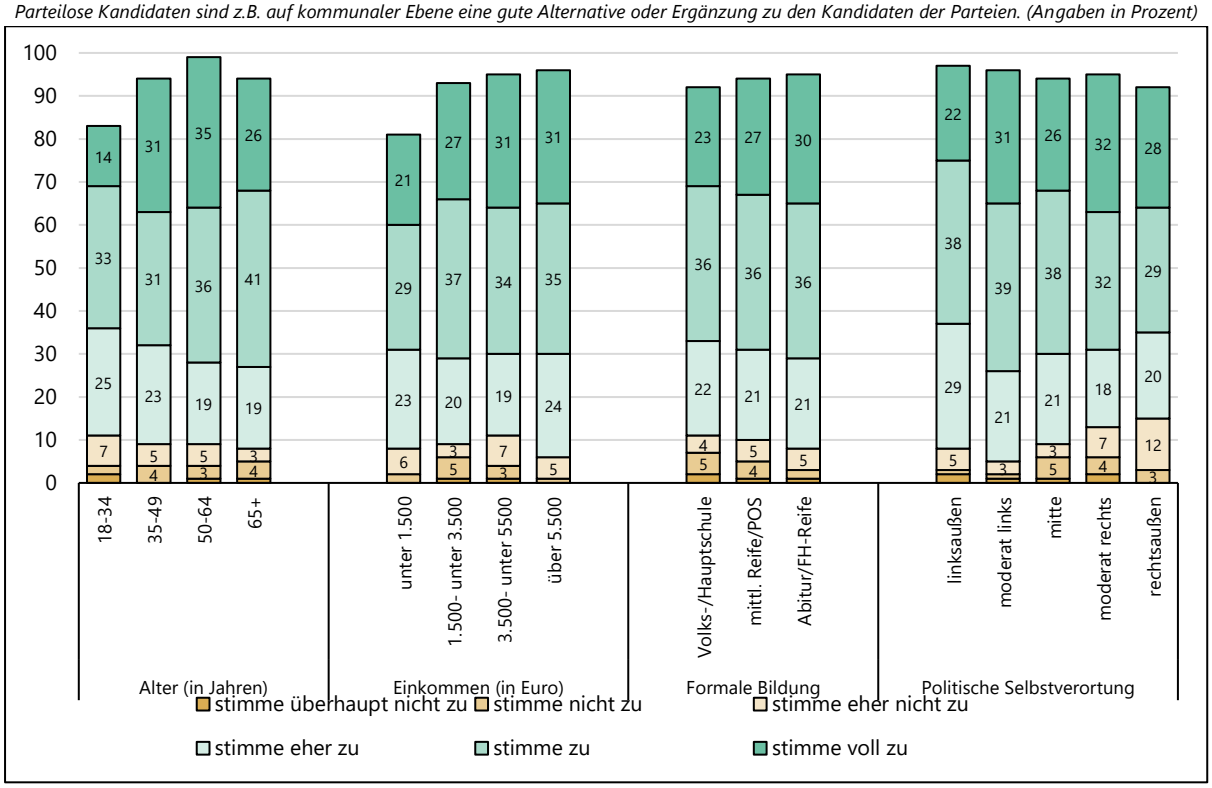


Abbildung 131: Parteilose Kandidaten als Alternative nach Gruppen

Ich wünsche mir mehr Möglichkeiten zur direkten politischen Beteiligung wie z.B. Volksentscheide oder Bürgerräte. (Angaben in Prozent)

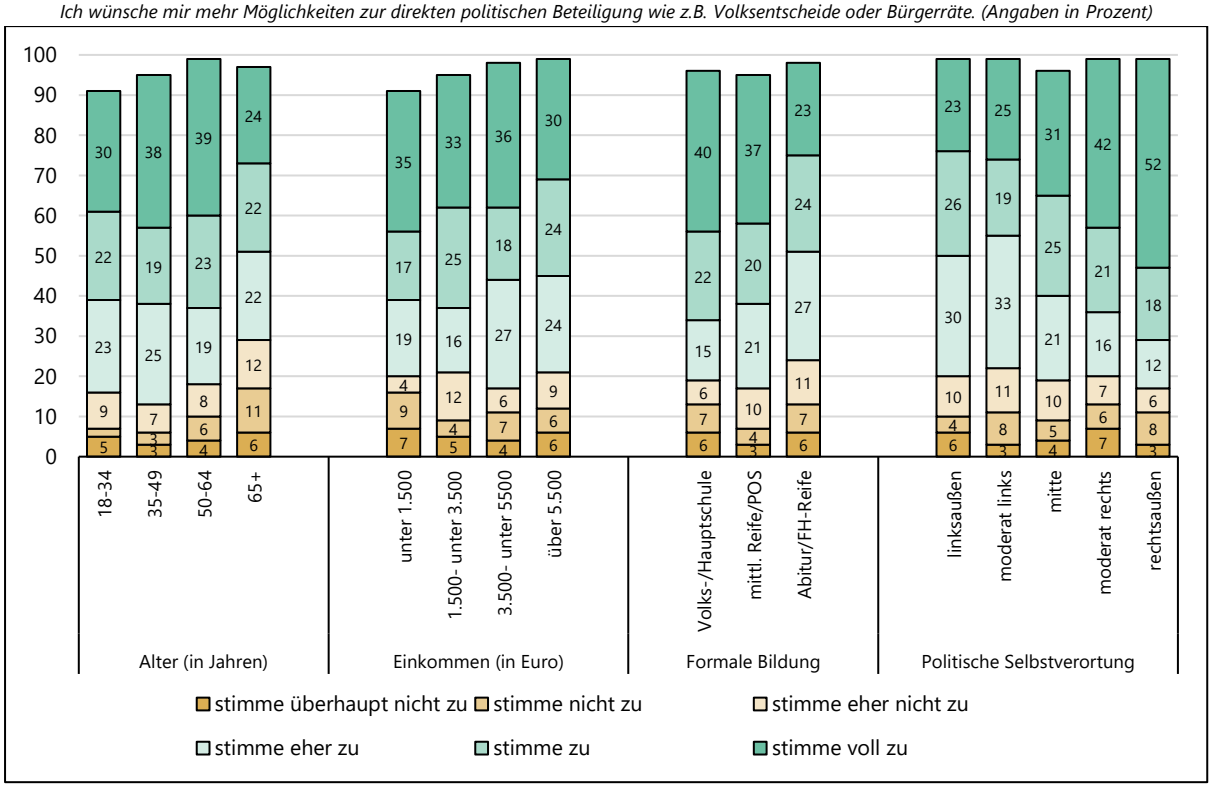


Abbildung 132: Partizipation II: Direkte Demokratie nach Gruppen

Tabelle 4: Politische Informationskanäle nach Gruppen (Angaben in Prozent)

	Alter (in Jahren)				Einkommen (in Euro)				Formale Bildung			Links-Rechts Selbsteinschätzung				
	18-34	35-49	50-64	65+	Unter 1500	1500-3499	3500-5499	Über 5500	Volks-/Haupt-schule	mittl. Reife/POS	Abitur/FH -Reife	Links-außen	Moderat Links	Mitte	Moderat Rechts	Rechts-außen
Fernsehen und Radio, einschließlich der Internet-Seiten von Sendern und Sendungen	73	86	91	93	82	87	86	88	85	88	88	90	91	88	87	73
Zeitungen, Zeitschriften, Magazine, einschließlich deren Internet-Seiten und e-Paper	50	72	76	83	56	67	75	86	59	71	81	72	80	73	71	62
soziale Medien wie z.B. Facebook, Instagram TikTok, X - früher Twitter	72	47	38	19	40	39	43	44	42	42	39	59	35	36	46	57
sogenannte Messenger-Dienste wie WhatsApp oder Telegram	41	30	27	24	36	27	31	28	34	32	26	27	20	29	34	42
„alternative“ Medien, wie z.B. NIUS, Auf1, Nachdenkseiten, Apolut - früher KenFM, oder ähnliches	13	12	11	8	14	10	13	14	10	12	10	6	6	10	13	34
persönliche Gespräche mit Freunden, Verwandten oder Kollegen	88	90	92	88	81	87	93	92	88	89	92	97	90	92	91	78

Ich bekleide ein Ehrenamt. (Angaben in Prozent)

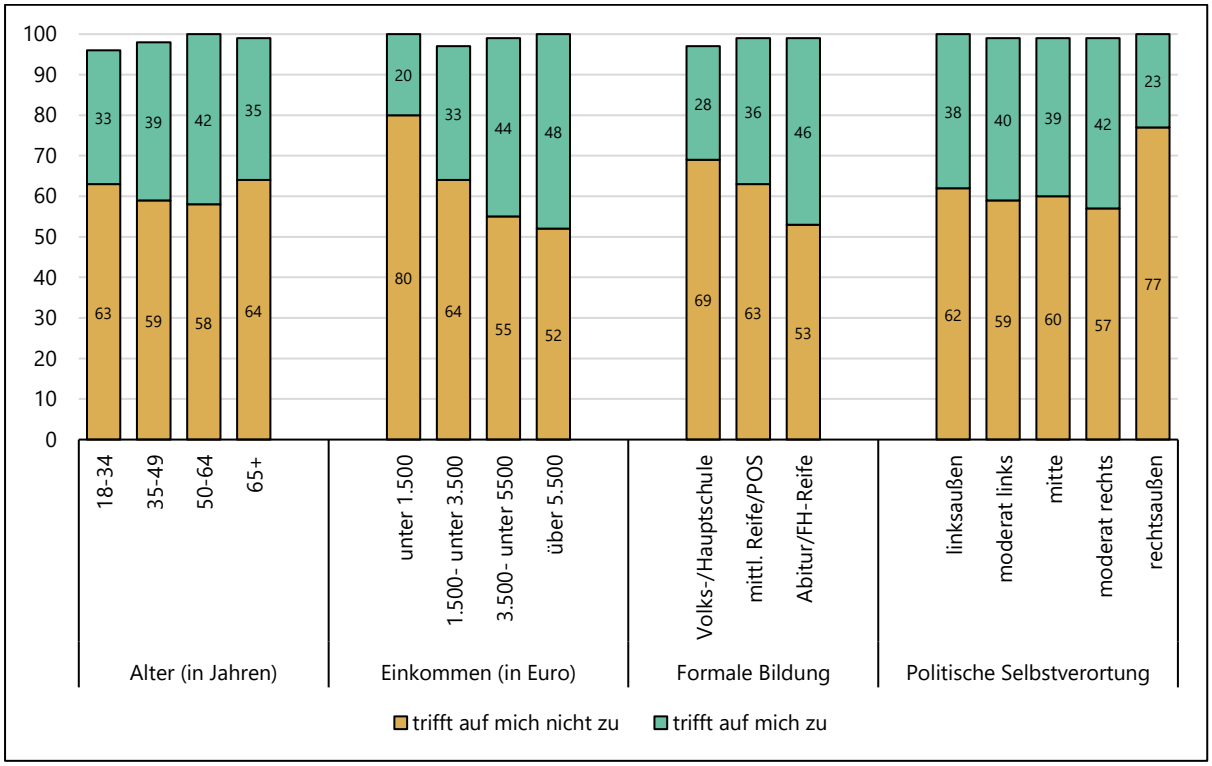


Abbildung 133: Soziale Partizipation II: Ehrenamt nach Gruppen

Wie bewerten Sie die folgenden Dinge in Ihrem Leben? Nutzen Sie hierzu Schulnoten, wobei 1 "sehr gut" und 6 "ungenügend" bedeutet. Mit den Noten dazwischen können Sie Ihr Urteil abstufen. Wie bewerten Sie ...? (Angaben in Prozent)

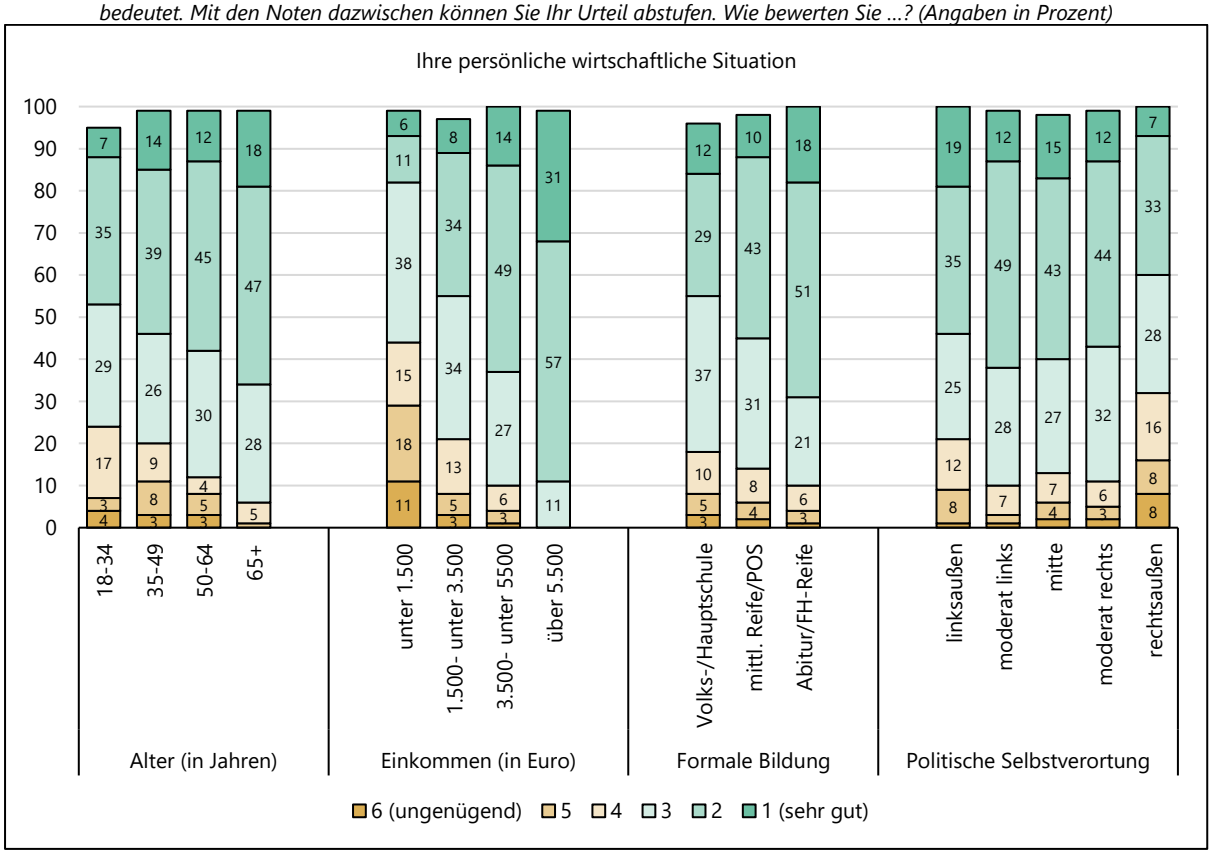


Abbildung 134: Eigene Lage I nach Gruppen

Wie bewerten Sie die folgenden Dinge in Ihrem Leben? Nutzen Sie hierzu Schulnoten, wobei 1 "sehr gut" und 6 "ungenügend" bedeutet. Mit den Noten dazwischen können Sie Ihr Urteil abstufen. Wie bewerten Sie ...? (Angaben in Prozent)

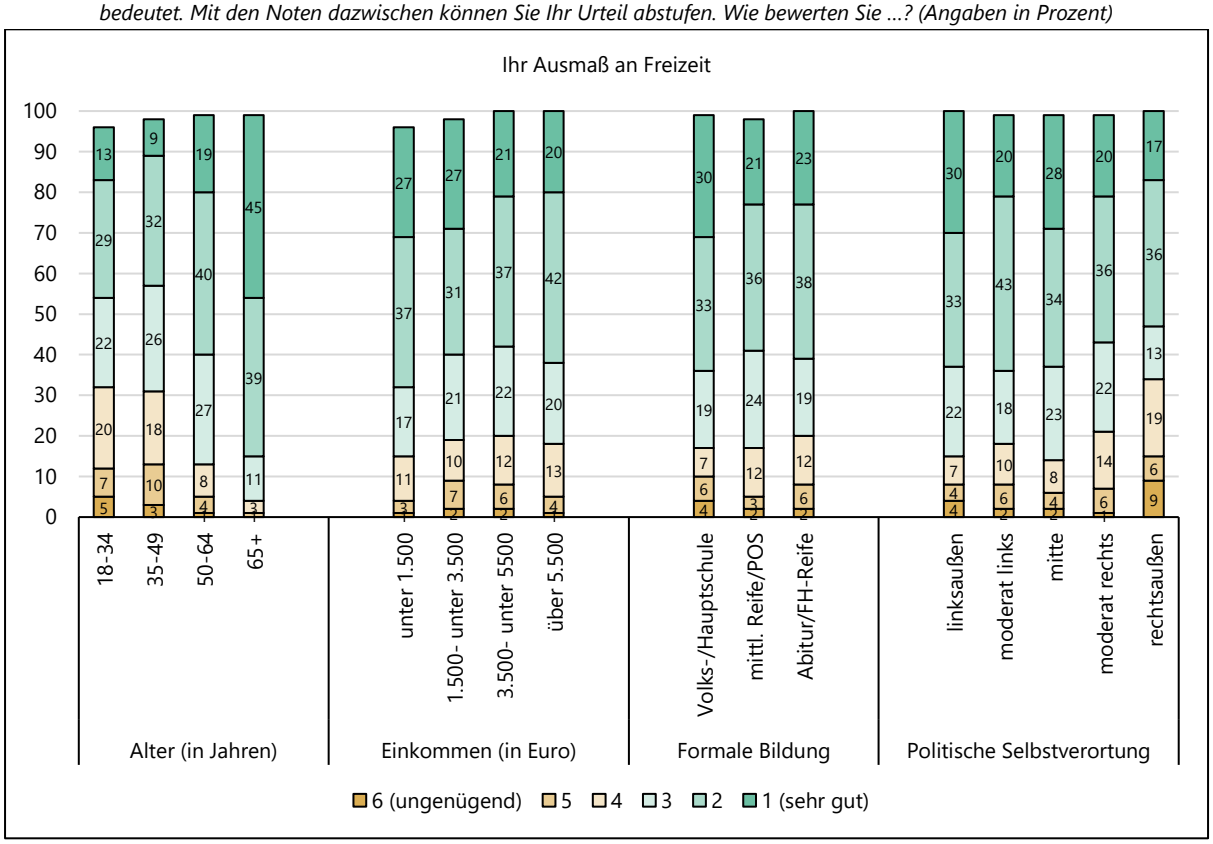


Abbildung 135: Eigene Lage II nach Gruppen

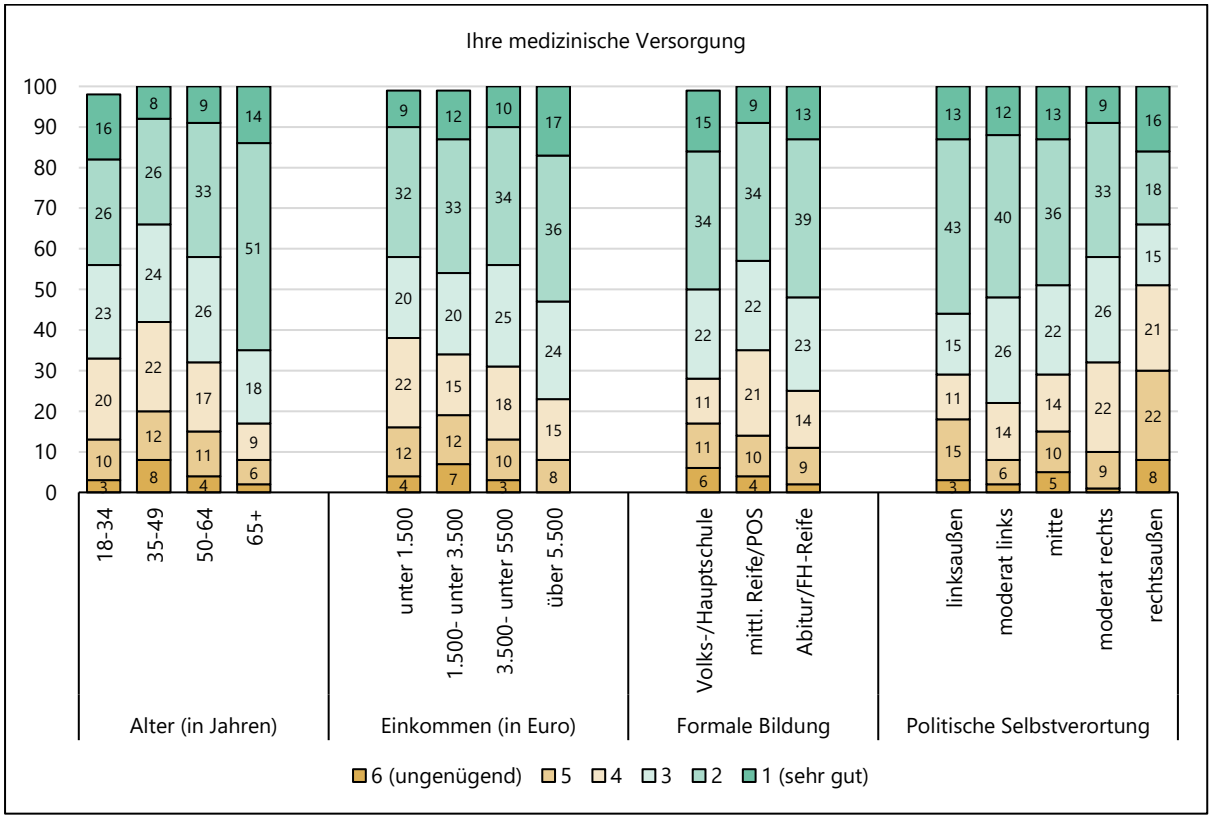


Abbildung 136: Eigene Lage III nach Gruppen

Wie bewerten Sie die folgenden Dinge in Ihrem Leben? Nutzen Sie hierzu Schulnoten, wobei 1 "sehr gut" und 6 "ungenügend" bedeutet. Mit den Noten dazwischen können Sie Ihr Urteil abstufen. Wie bewerten Sie ...? (Angaben in Prozent)

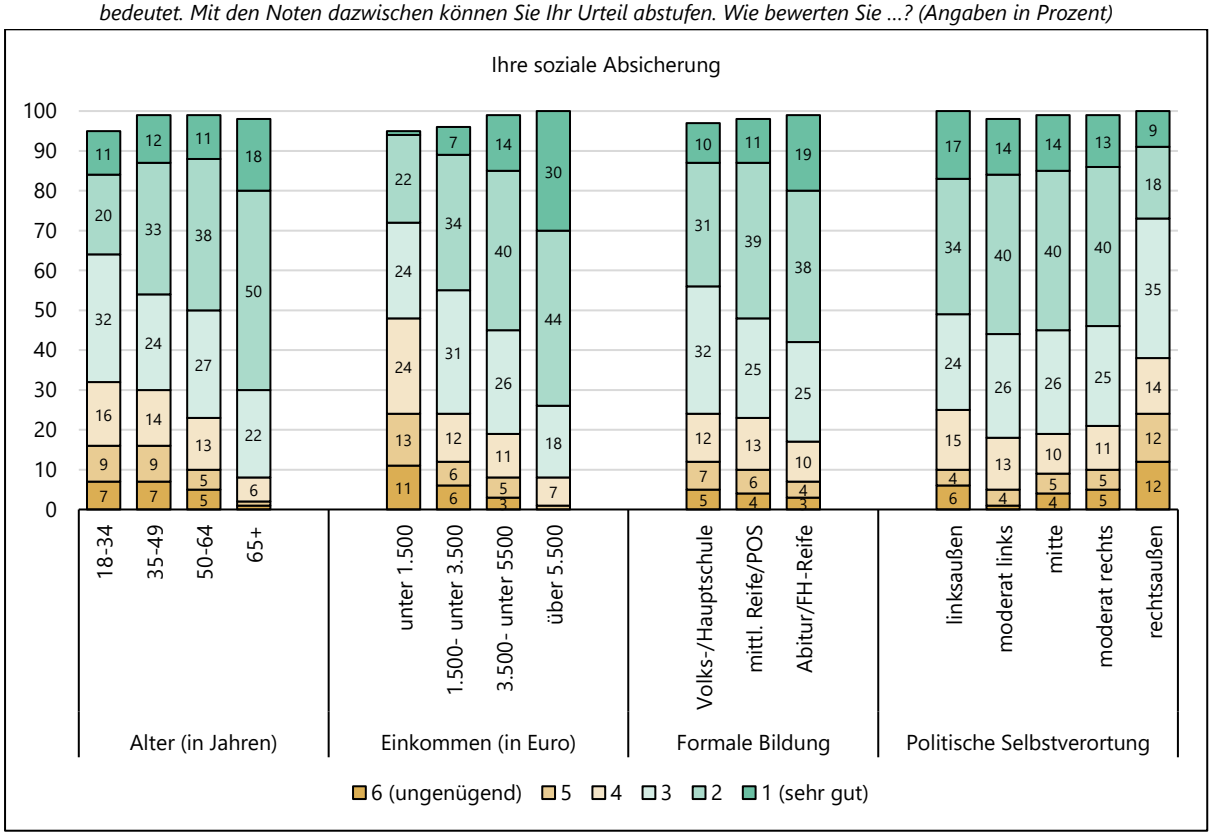


Abbildung 137: Eigene Lage IV nach Gruppen

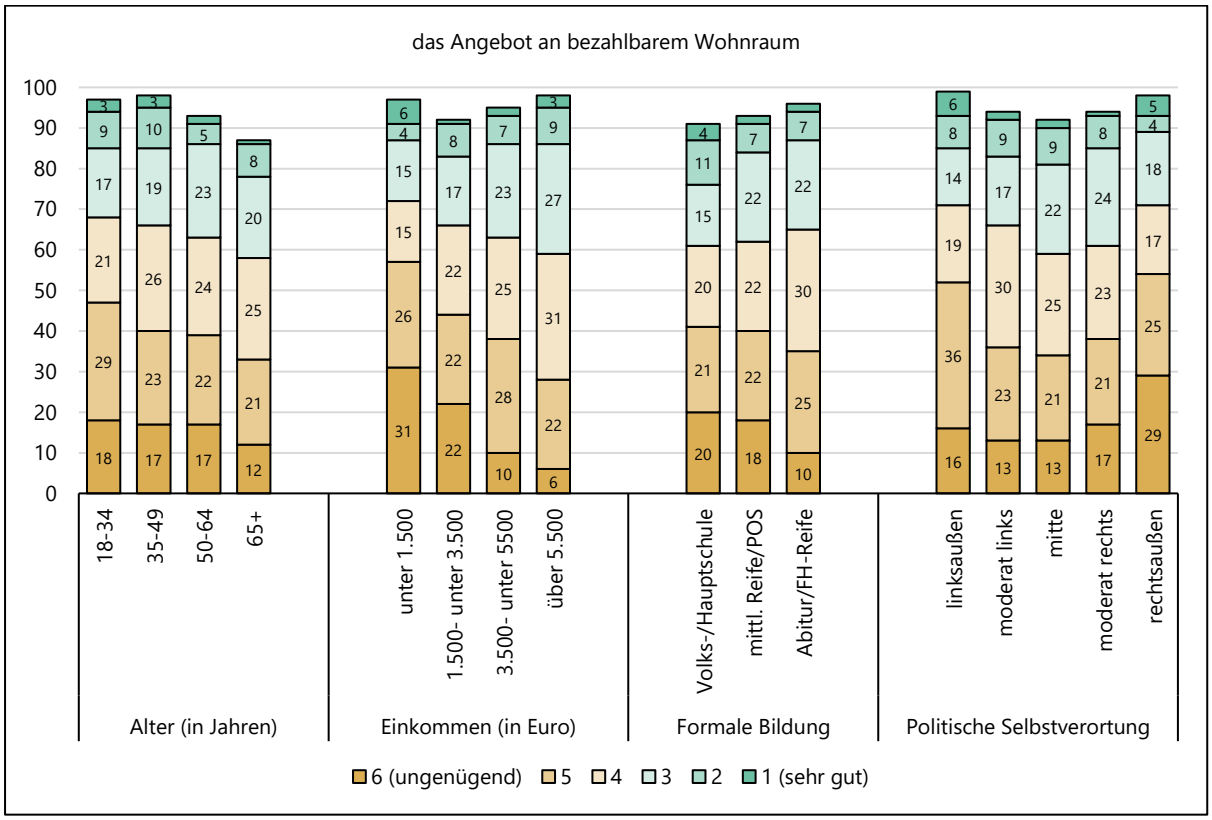


Abbildung 138: Eigene Lage V nach Gruppen

Wie bewerten Sie die folgenden Dinge in Ihrem Leben? Nutzen Sie hierzu Schulnoten, wobei 1 "sehr gut" und 6 "ungenügend" bedeutet. Mit den Noten dazwischen können Sie Ihr Urteil abstufen. Wie bewerten Sie ...? (Angaben in Prozent)

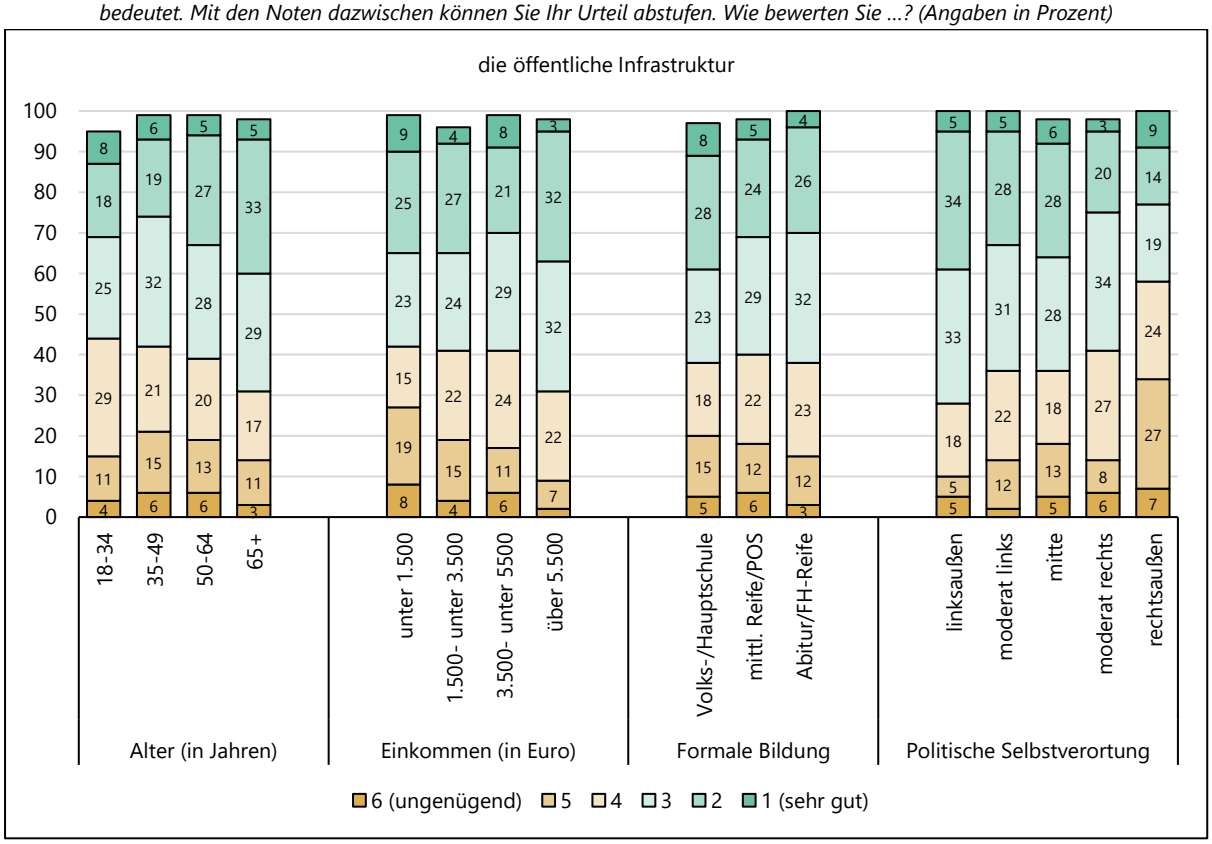


Abbildung 139: Eigene Lage VI nach Gruppen

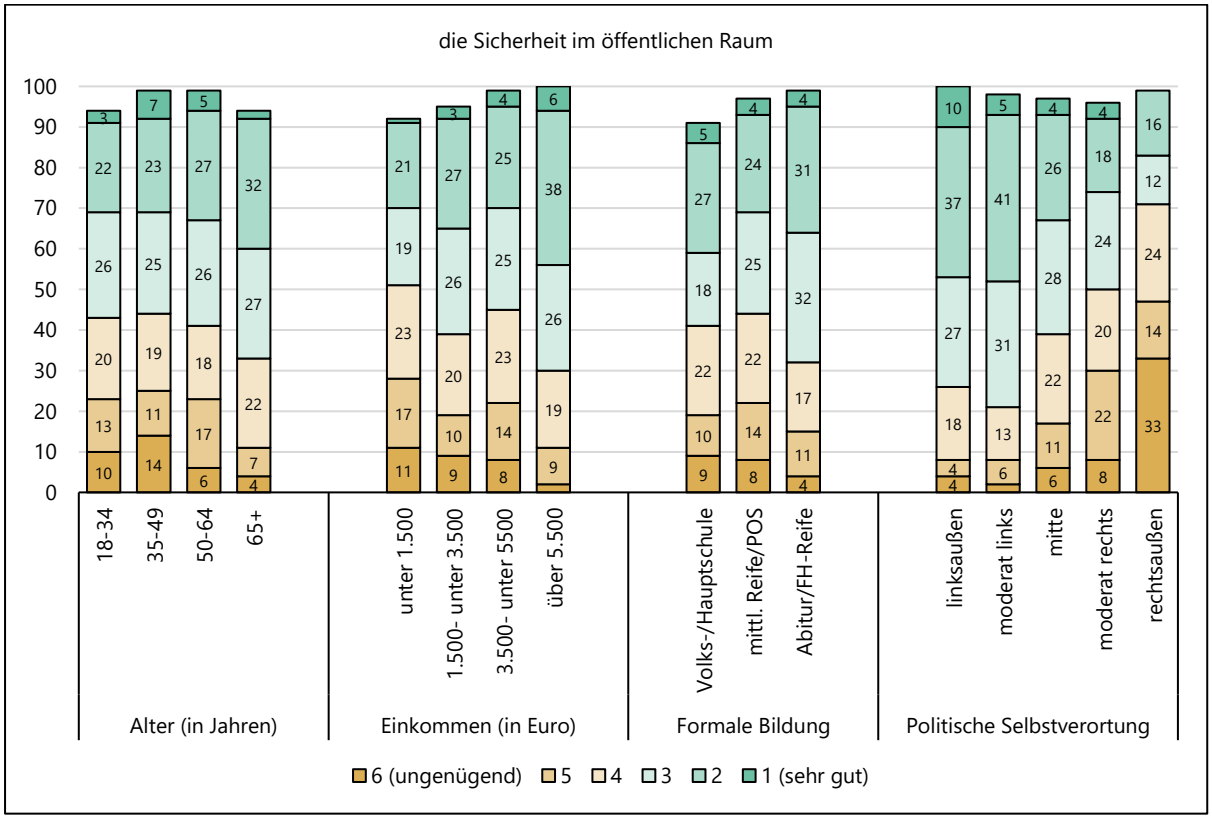


Abbildung 140: Eigene Lage VII nach Gruppen

Wie bewerten Sie die folgenden Dinge in Ihrem Leben? Nutzen Sie hierzu Schulnoten, wobei 1 "sehr gut" und 6 "ungenügend" bedeutet. Mit den Noten dazwischen können Sie Ihr Urteil abstufen. Wie bewerten Sie ...? (Angaben in Prozent)

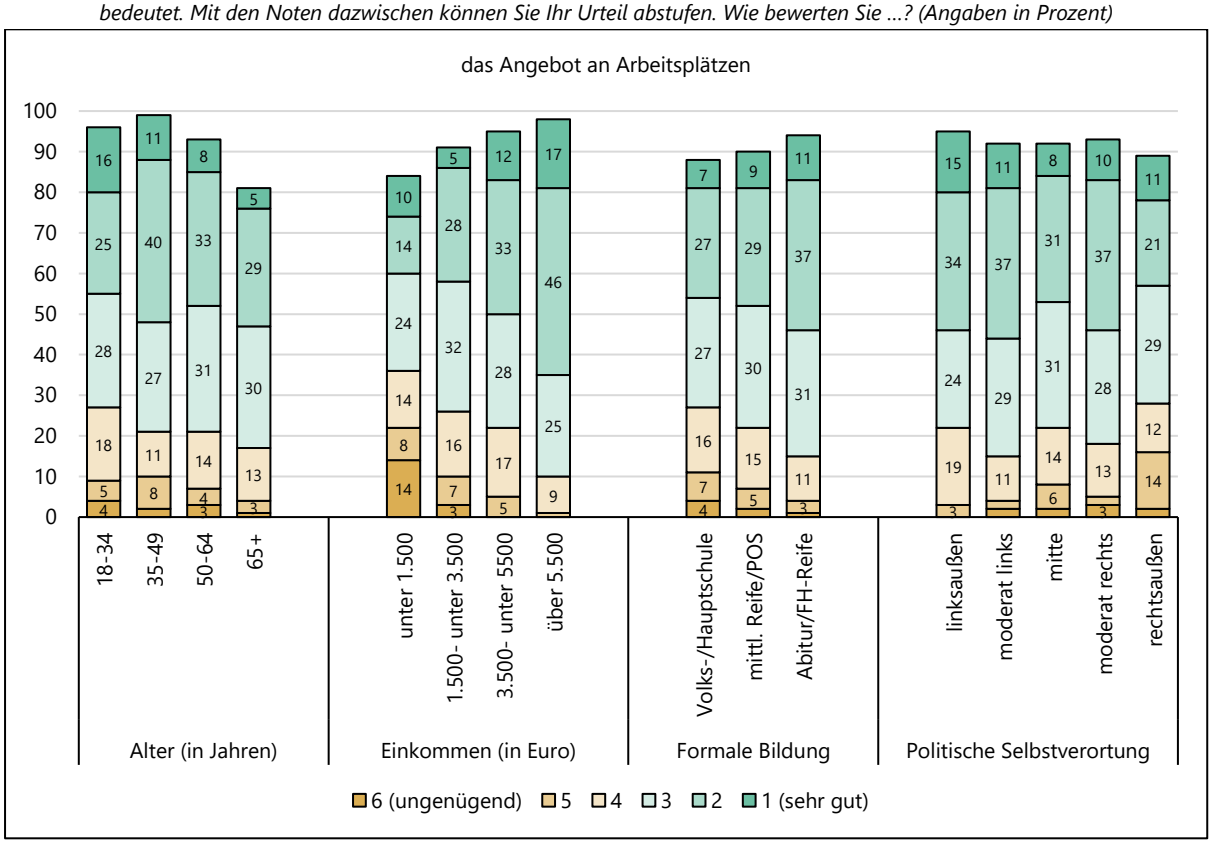


Abbildung 141: Eigene Lage VIII nach Gruppen

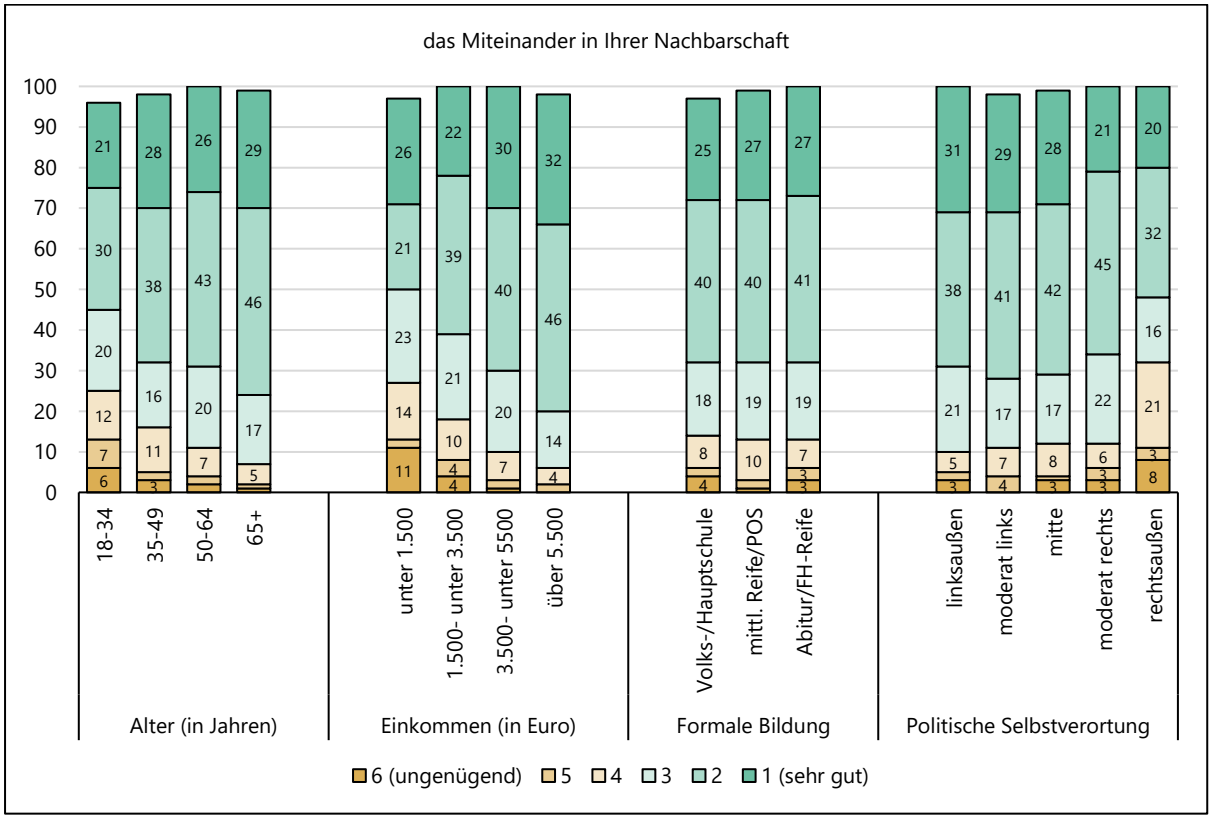


Abbildung 142: Eigene Lage IX nach Gruppen

Machen Sie sich sehr große Sorgen, große Sorgen, etwa Sorgen, eher weniger Sorgen, kaum Sorgen oder gar keine Sorgen ...? (Angaben in Prozent)

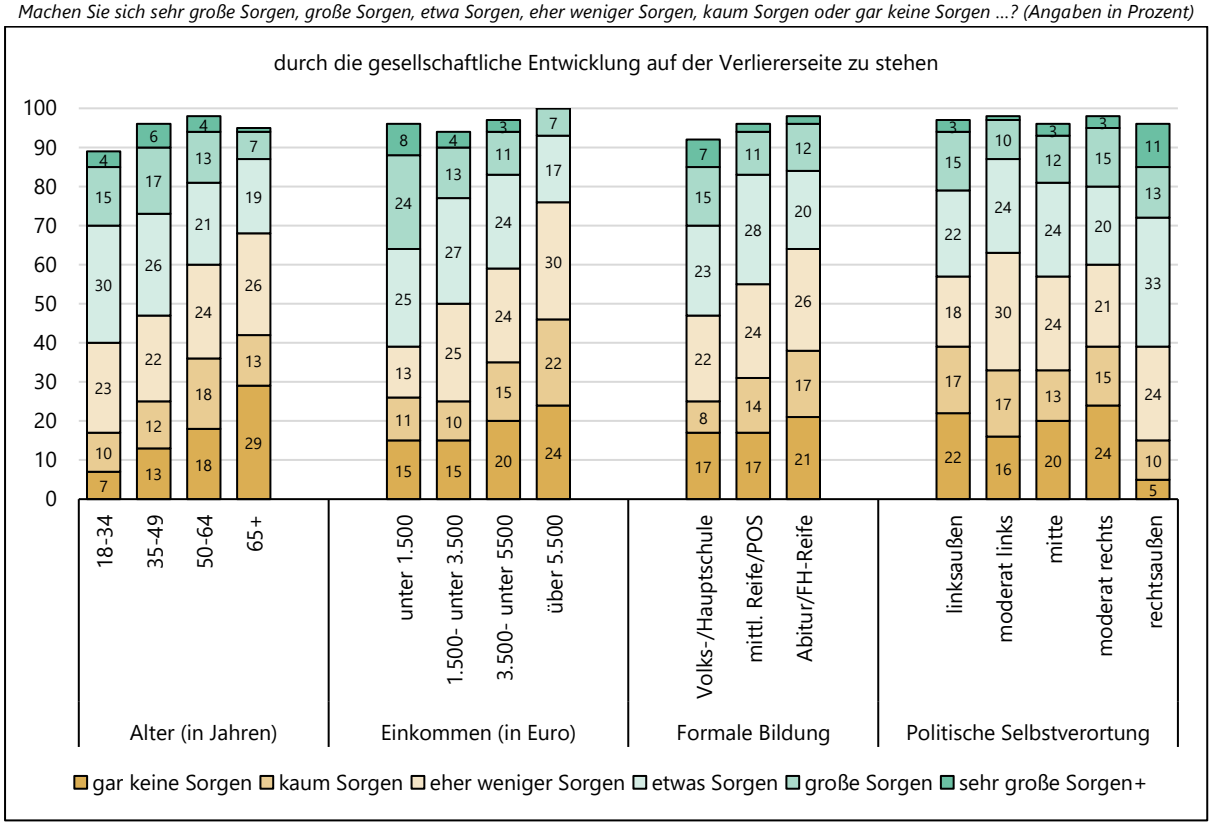


Abbildung 143: Sorgen I nach Gruppen

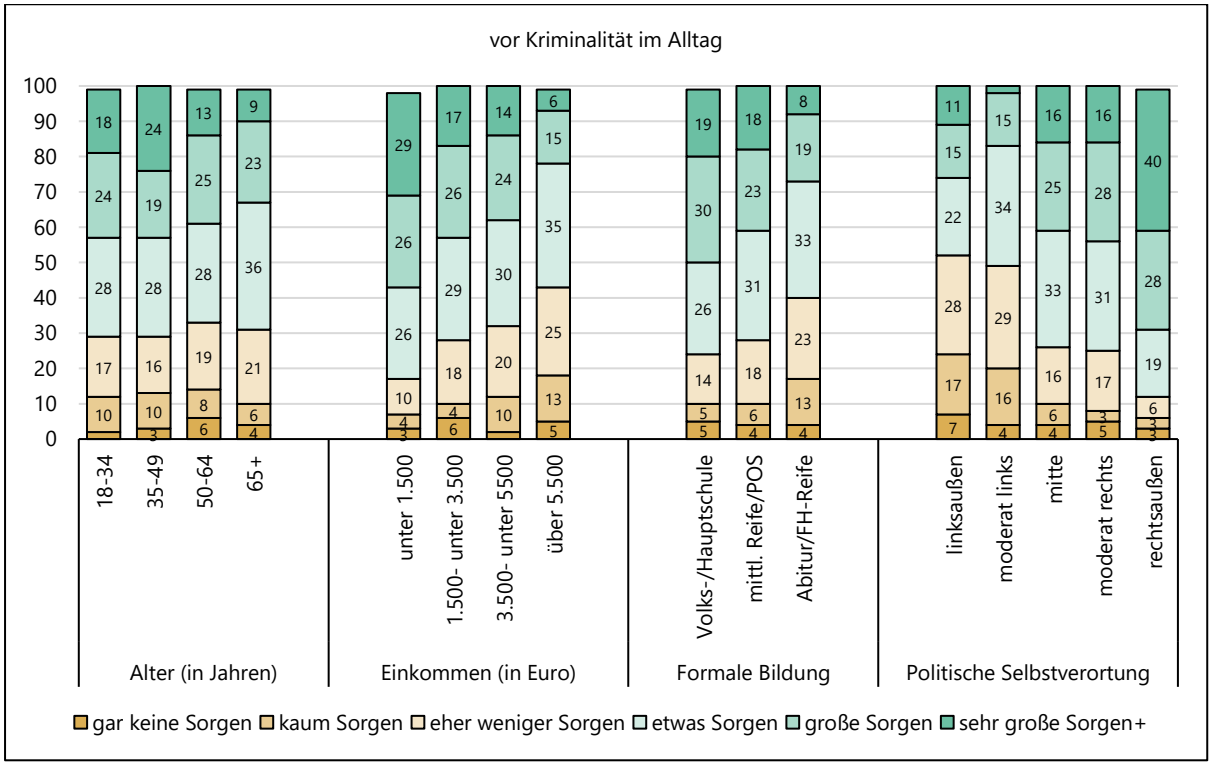


Abbildung 144: Sorgen II nach Gruppen

Frauen sorgen sich häufiger vor Kriminalität im Alltag: 73% geben an, sich mindestens „etwas Sorgen“ zu machen, bei Männern sind es hingegen 63%.

Machen Sie sich sehr große Sorgen, große Sorgen, etwa Sorgen, eher weniger Sorgen, kaum Sorgen oder gar keine Sorgen ...? (Angaben in Prozent)

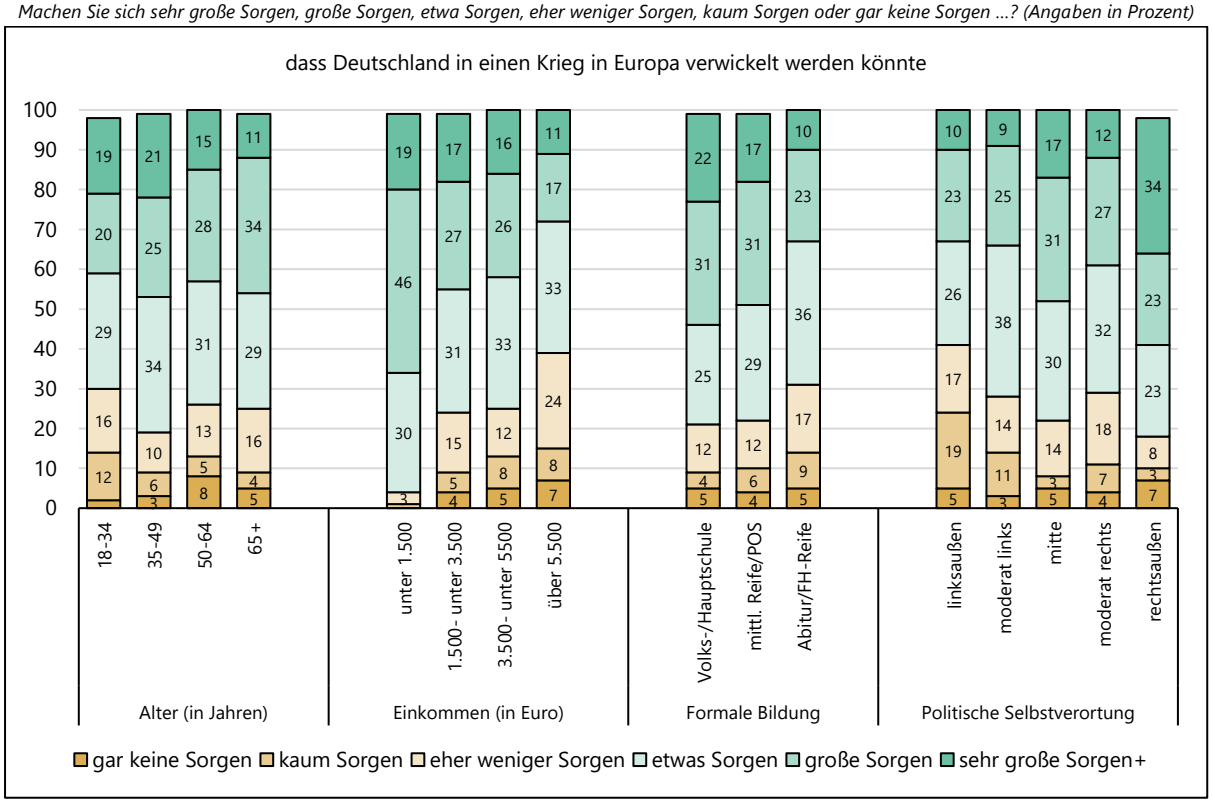


Abbildung 145: Sorgen III nach Gruppen

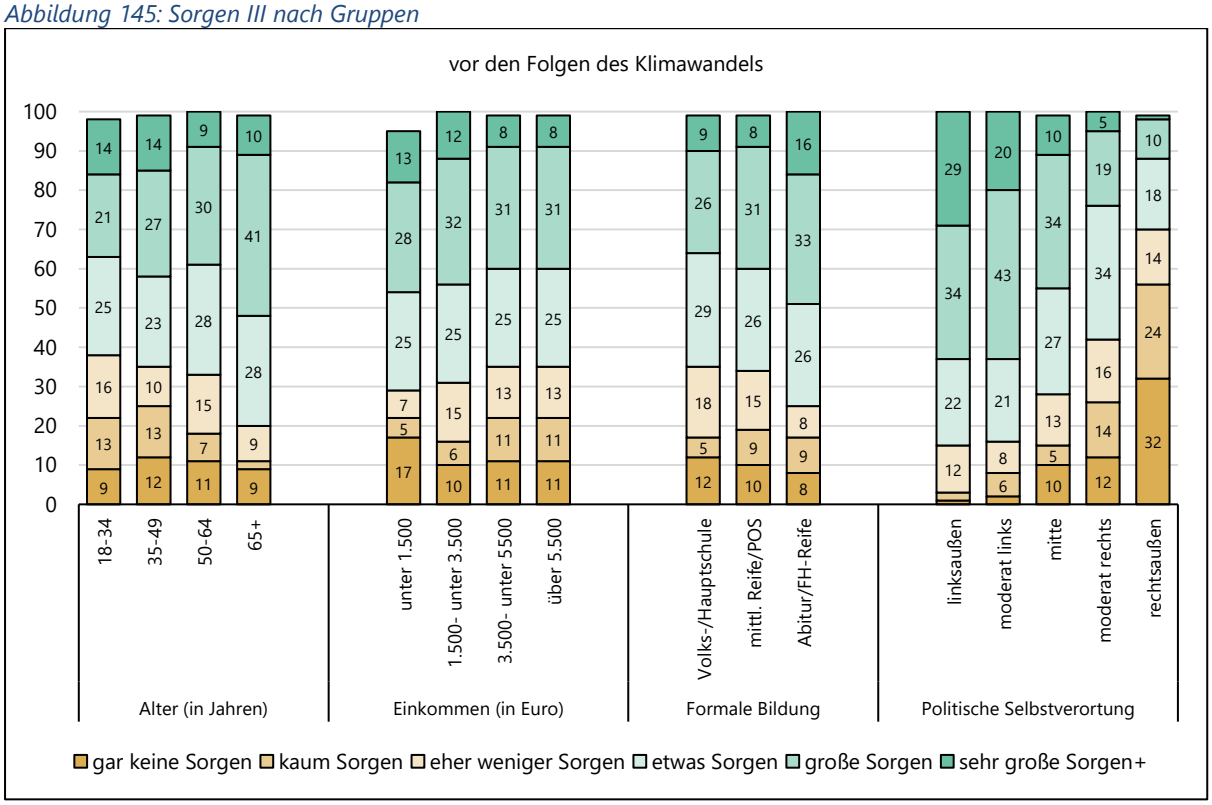


Abbildung 146: Sorgen IV nach Gruppen

Bei der Sorge, dass Deutschland in einen Krieg in Europa verwickelt werden könnte, berichten Frauen signifikant häufiger davon, große oder sehr große Sorgen zu haben. 82 Prozent der Frauen geben an, mindestens „etwas Sorgen" zu haben, bei den Männern liegt der Wert bei 67 Prozent. Frauen sorgen sich im Vergleich zu Männern signifikant häufiger vor den Folgen des Klimawandels. 75 Prozent der Frauen berichten diesbezüglich von Sorgen, Männer nur zu 62 Prozent.

Tabelle 5: Items der Clusteranalyse und Dimensionszuordnung

Dimension	Einstellungsitem
Demokratiebekenntnis	Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform.
	In Deutschland kann man seine Meinung frei äußern, ohne Nachteile befürchten zu müssen.
	Ich bin mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden.
	Die Demokratie ist das politische System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt.
	Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die den Willen des Volkes insgesamt verkörpert.
	Politische Entscheidungen sollten von einer starken Führungspersönlichkeit getroffen werden, die keine Rücksicht auf das Parlament nehmen muss.
	In Deutschland reichen Reformen für Verbesserungen nicht mehr aus, gebraucht wird ein revolutionärer Umbau.
	Der Staat ist ein Instrument zur Unterdrückung der Bevölkerung.
	Wenn die Politik für gesicherte Lebensverhältnisse sorgt, könnte ich auf Teile meiner demokratischen Mitbestimmungsrechte verzichten.
Soziokultureller Konflikt	Weiße sind in der Welt zurecht führend.
	An deutsche Leistungen reichen die Leistungen anderer Völker nicht heran.
	In der Gesellschaft sollte sich der oder die Stärkere durchsetzen.
	Wir sollten uns auf unsere Traditionen besinnen.
	Muslime sind eine Bedrohung für die Stabilität und Sicherheit in Deutschland.
	Deutschland ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.
Sozioökonomischer Konflikt	Der Kapitalismus ist das Hauptproblem unserer Gesellschaft und sollte abgeschafft werden.
	Unsere Gesellschaft ist in Klassen gespalten und die Reichen unterdrücken die arbeitende Bevölkerung.
	Das Gemeinwohl sollte über den Interessen des Einzelnen stehen.
	Wer sich anstrengt im Leben, bekommt seinen gerechten Anteil.
	Es ist die Aufgabe des Staates, für soziale Gerechtigkeit und eine faire Verteilung des Wohlstands zu sorgen.
	Jeder ist nur für sich selbst verantwortlich.
Gesellschaftsdiagnose	Die Welt ist so unübersichtlich geworden, dass man gar nicht weiß, wie es weitergehen soll.
	In Deutschland herrscht Gerechtigkeit.
	Auch wenn die Lage Deutschlands aktuell schwierig ist, glaube ich, dass wir als Gesellschaft unseren Lebensstandard langfristig halten können.
	Wir sind eine leistungsstarke Gesellschaft, die auch schwierige Probleme lösen kann.
	Die gesellschaftliche Lage wird sich verschlechtern.
Items ohne Dimensionszuordnung	Alles in allem kann man seinen Mitmenschen vertrauen.
	Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht zu uns.
	Ausländer wollen den Sozialstaat ausnutzen.
	Für die Bekämpfung des Klimawandels wird nicht genug getan.

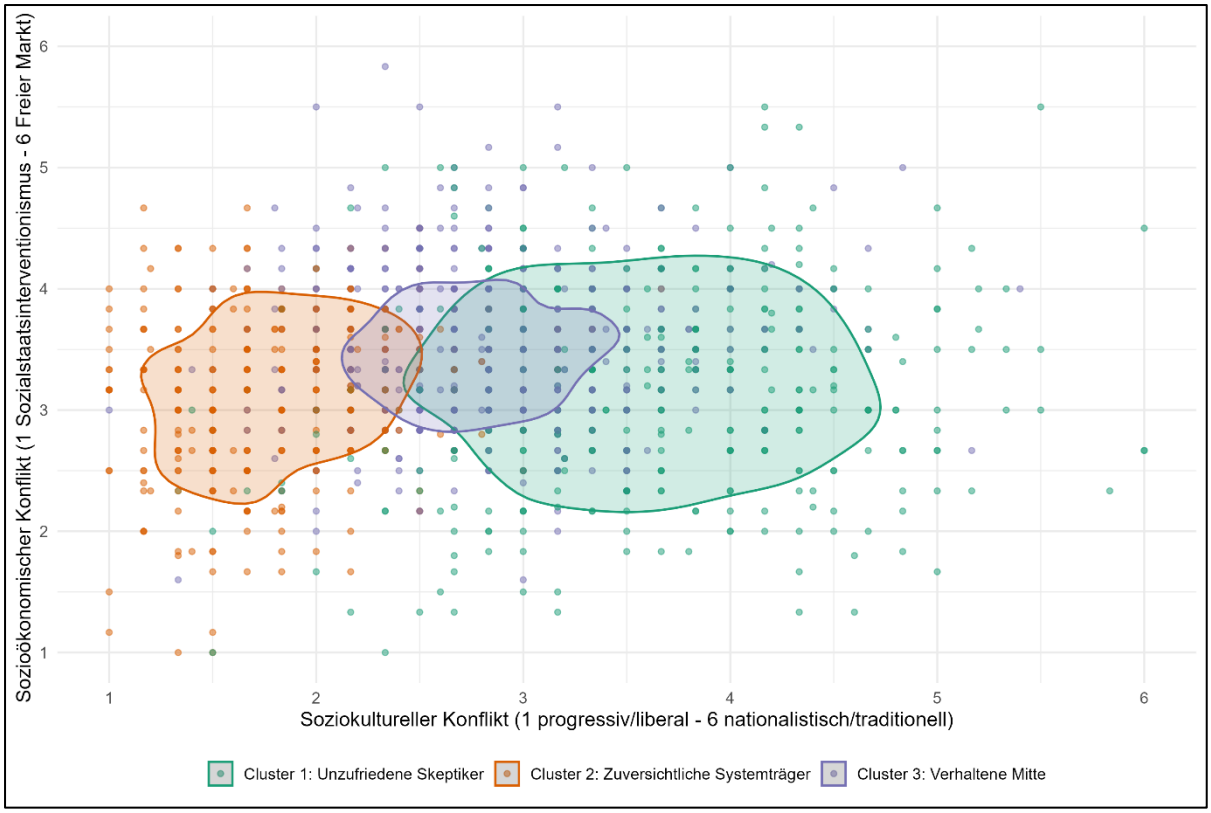


Abbildung 147: Zusammenhang zwischen soziokult. Konflikt und sozioökon. Konflikt

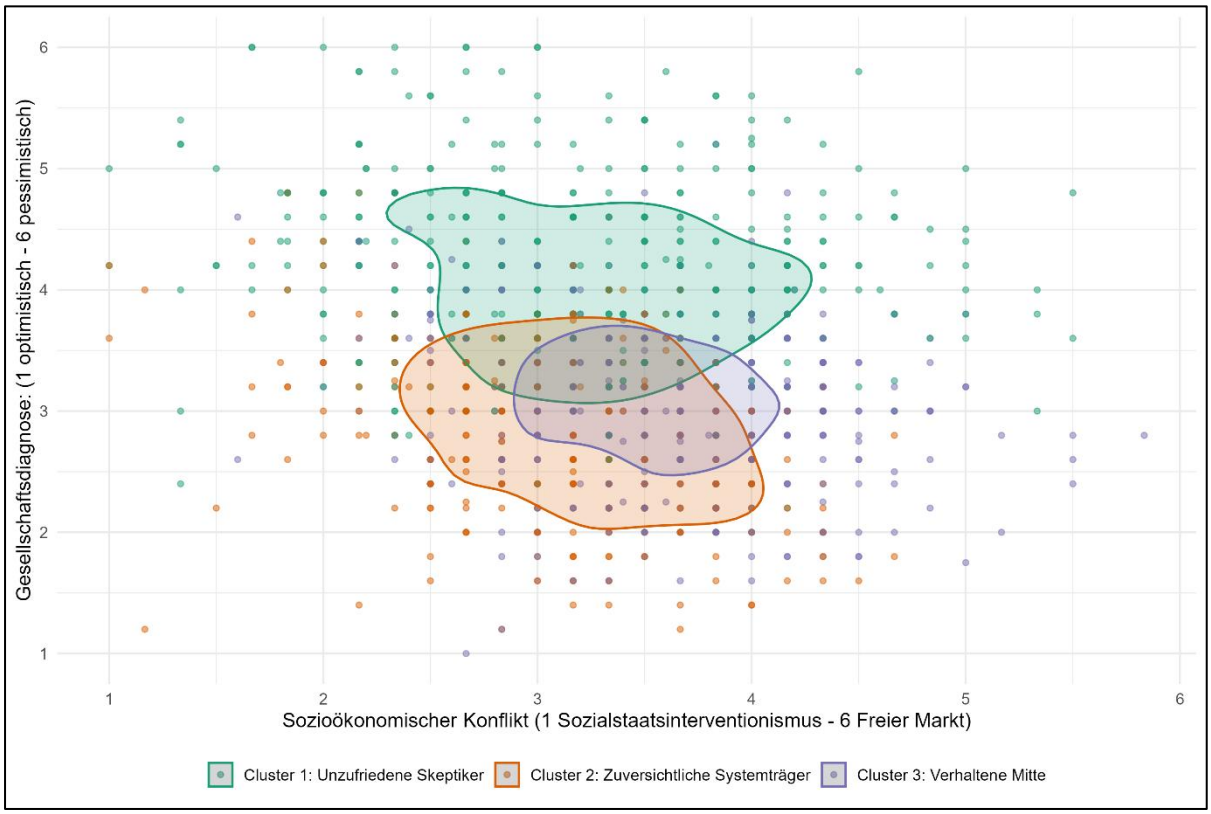


Abbildung 148: Zusammenhang zwischen sozioökon. Konflikt und Gesellschaftsdiagnose

Methodenbericht

Die Ergebnisse des vorliegenden Rheinland-Pfalz-Monitors wurden vom Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung erarbeitet. Die Erhebung der zugrundeliegenden Daten erfolgte dabei in Kooperation mit dem Meinungsforschungsinstitut infratest dimap. Nach Erarbeitung des Fragebogens wurde dieser gemeinsam mit infratest dimap angepasst und optimiert. Die Erhebung der Daten wurde vollständig vom Meinungsforschungsinstitut durchgeführt. Die folgenden Ausführungen zur Erhebung basieren daher maßgeblich auf dem von infratest dimap bereitgestellten Methodenbericht.

Infratest dimap ist einer der führenden Anbieter von Politik-, Trend- und Wahlforschung in Deutschland. Zu den Auftraggebern gehört insbesondere die ARD, für die infratest dimap seit über 25 Jahren Meinungs- und Wahlforschungsstudien im Kontext von Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen übernimmt. Hinzu kommen öffentliche Einrichtungen, Verbände, Stiftungen sowie Universitäten. Infratest dimap ist Bestandteil der dimap-Gruppe und von Kantar Public (ehemals Infratest Sozialforschung). Neben regelmäßigen Erhebungen zu aktuellen politischen Themen im Auftrag der ARD bzw. der angeschlossenen Rundfunkanstalten führen wir größere Einzelprojekte vor allem für universitäre Auftraggeber und Stiftungen durch. Hierzu zählen neben komplexen Forschungsprojekten aus der Wissenschaft auch internationale Umfragen. Infratest dimap und Kantar Public garantieren die Einhaltung der „Standards zur Qualitätssicherung in der Markt- und Sozialforschung" vom Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. (ADM), der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) und des Berufsverbandes deutscher Markt- und Sozialforscher e.V. (BVM). Die Standards und Richtlinien von ADM und BVM stellen für uns Mindestnormen dar, die wir im Alltag in der Mehrheit der relevanten methodischen und technischen Fragen deutlich übertreffen. Infratest dimap orientiert sich an den jeweils aktuellen Informationssicherheitsstandards und ist seit 2013 in jährlicher Folge vom TÜV Süd nach ISO/IEC 27001 zertifiziert. Zertifizierung durch den TÜV bedeutet, dass alle für wissenschaftliche Markt-, Meinungs- und Sozialforschung festgelegten Anforderungsnormen zum Umgang mit Daten und Informationen bei infratest dimap auf strikte Einhaltung geprüft sind.

Erhebung: Die Bevölkerungsbefragung kombinierte als Mixed-Mode-Erhebung telefonische Interviews (CATI = Computer Assisted Telephone Interviewing) und Online-Interviews (CAWI = Computer Assisted Web Interviewing). Für qualitativ hochwertige repräsentative Bevölkerungsbefragungen sind in den vergangenen Jahren entsprechende mehrkanalige Verfahren in verschiedenen Varianten in den Fokus gerückt. Dies hat forschungsökonomische wie methodische Gründe. Aus methodischen Gesichtspunkten führen Mixed-Mode-Verfahren zu höherer Response und niedrigeren Non-Coverage-Problemen. So können hochmobile oder jüngere Zielpersonen häufig besser über Mobiltelefone oder online erreicht werden als mit klassischen Festnetzbefragungen, ältere Bevölkerungssegmente hingegen nach wie vor eher telefonisch. Angesichts deutlicher Vorteile gegenüber einkanaligen Erhebungswegen wird

inzwischen von infratest dimap zur Dauerbeobachtung der politischen Stimmung in Deutschland im monatlichen ARD-DeutschlandTREND und in den regelmäßigen LänderTREND-Studien ausschließlich das Telefon- und Online-Befragungen kombinierende Mixed-Mode-Verfahren angewendet. Das bei infratest dimap eingesetzte Befragungsdesign ist das Resultat aufwändiger methodischer Tests unter Berücksichtigung verschiedener Aspekte der Stichprobenziehung sowie der Instrumenten- und Fragebogengestaltung und kam auch für diese Studie zum Einsatz.
Die Grundgesamtheit umfasste bei dieser Studie die wahlberechtigte Bevölkerung zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz, d.h. Deutsche ab 18 Jahren mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz. Die kombinierte Nutzung von Telefonnummern und Online-Adressen setzte die Vorabfestlegung eines entsprechenden Verhältnisses der verschiedenen Auswahlrahmen voraus. Angestrebt wurde ein Verhältnis von 60:40. Die beiden Auswahlverfahren sind im Folgenden beschrieben.

CATI: Die CATI-Stichprobe berücksichtigte sowohl Festnetz- als auch Mobilfunknummern. Dieses Verfahren gewährleistet durch die Einbindung von Mobilfunknummern ein qualitativ hochwertiges Random Sample ohne signifikanten systematischen „coverage bias“, da mittlerweile ein nicht unerheblicher Teil der Haushalte allein über Mobilfunk (strictly mobile only) oder überwiegend mobil (de facto mobile mainly) erreichbar ist. 90 Prozent der Telefoninterviews wurden mit Festnetznummern, 10 Prozent mit Mobilfunknummern durchgeführt.
Die Schichtung der Festnetzstichprobe erfolgte zum einen anhand von Kriterien der amtlichen Gebietseinteilung, zum anderen anhand der BIK-Gemeindetypen. Für die Allokationsrechnung wurde das Cox-Verfahren verwendet. Die Sollverteilung des Schichtungstableaus wurde haushaltsproportional auf die jeweiligen schichtangehörigen Gemeinden verteilt und so die Ziehungsvorgabe berechnet. Die Ziehung der Rufnummern erfolgte pro Gemeinde per reiner Zufallsauswahl. Eine Schichtung der Mobilfunkstichprobe wurde nicht vorgenommen. Die Selektion der Nummern erfolgte hier mit einfacher Zufallsauswahl.
Die Stichprobenrealisierung erfolgte nach dem Konzept der Nettosteuerung per Sample-Management-System (SMS), das zu mikrostratifizierten, ungeklumpten Stichproben führt, die sich bevölkerungsproportional auf die Mikrozellen aufteilen. Multistratifikation und Aufteilung der Stichprobe auf die Zellen erfolgten vollautomatisch. Das Schichtungstableau der Allokationsrechnung ging als Sollstruktur in die Steuerung ein. Mobilfunk- und Festnetznummern wurden gemeinsam in einem System gesteuert, das gewährleistete, dass in jeder Zelle die erforderliche Zahl von Interviews durchgeführt wurde. Innerhalb jeder Zelle waren die Festnetznummern nach Zufallszahlen sortiert. Das beschriebene Vorgehen lieferte zunächst eine Zufallsstichprobe von Haushalten. In einem zweiten Schritt wurde in den angesteuerten Haushalten eine computergenerierte Zufallsauswahl unter den Zielpersonen vorgenommen. Zum Einsatz kam hierzu der so genannte Schweden-Schlüssel (auch Kish-Selection-Grid).
Die Mobilnummern wurden gemäß ihrem angestrebten Anteil zufällig in die Kontakte eingespeist, wobei die Zellenzuordnung im Interview durch Abfrage von Postleitzahl und

Wohnort erfolgte. Zum Feldbeginn wurde mit einem höheren Mobilfunkanteil gestartet, um diesen im Feldverlauf zurückzufahren. Spiegelbildlich verhielt sich der Anteil der Festnetznummern. Im Ergebnis konnten zu Feldende Regionalzellen unter Soll überwiegend mit verorteten (Festnetz-)Nummern gefüllt werden.

CATI-Feldarbeit: Die telefonische Feldarbeit begann am 19. Mai 2025 und endete am 06. Juni 2025. Insgesamt wurden 909 Interviews telefonisch erhoben.
Die telefonische Feldarbeit für die Studie oblag Kantar mit seiner Telefonfeldeinheit Telquest. Die Telefonerhebungen wurden in zentralen Telefonstudios durchgeführt. Zudem befand sich ein Teil der Interviewerinnen und Interviewer im Homeoffice. Der werktägliche Befragungszeitraum lag zwischen 16.00 Uhr und 21.00 Uhr. Die durchschnittliche CATI-Interview-Dauer betrug 25 Minuten (Median). Die Kontaktversuche während der Feldphase erfolgten zu unterschiedlichen Zeitpunkten während der Erhebungsperiode. Nicht erreichte Rufnummern wurden zurückgelegt und kamen nach größerem zeitlichem Abstand zu anderen Tageszeiten zur Wiedervorlage. Pro Telefonnummer wurden maximal zehn Kontaktversuche unternommen. Bei Terminvereinbarungen wurde die entsprechende Nummer zum vereinbarten Zeitpunkt erneut kontaktiert und einem verfügbaren Interviewer zugeschaltet.

Interviewereinsatz: Alle eingesetzten Interviewer waren festangestellt und sozialversichert. Die Interviewer wurden vor ihrem Einsatz speziell auf die Erhebung geschult und mit den Besonderheiten der Studie vertraut gemacht. Die Telefoninterviewer wurden durch ausführliches Mithören betreut und nach ISO-Standard kontrolliert. Speziell eingesetzte und ausgebildete Supervisoren überwachten Argumentationssicherheit und Befragungsqualität durch Mithören, Protokollierung und entsprechende Rückmeldung an die Interviewer. Zum Tragen kamen Kontrollen zum einen in der Kontaktphase (Mithören und Beobachten, z.B. der ZP-Auswahl, der korrekten Zuordnung von Ausfallgründen), ferner Kurz-Qualitätskontrollen (gezieltes kurzzeitiges Mithören und Beobachten problematischer Fragebogenpassagen und zufällig ausgewählter Passagen) sowie Voll-Qualitätskontrollen (Mithören und Beobachten eines vollständigen Interviews anhand eines standardisierten Qualitäts-Leitfadens). Ein Monitoring der Telefoninterviews durch die Projektleitung begleitete die Daten-Erhebung.

Ausschöpfung: Insgesamt wurden für die Studie 195.801 (generierte) Telefonnummern (=Bruttoansatz) angesteuert. Bei in Summe 145.558 zufällig generierten Nummern handelte es sich um nicht existierende Telefonnummern oder solche, die für die Befragung nicht eingesetzt werden konnten. Bei 37.307 Nummern gab es keine Anzeichen dafür, dass es sich um ungültige Nummern oder Geschäftsanschlüsse handeln könnte. Mit Abstand am häufigsten besetzt war die Subkategorie „trotz maximaler Kontaktzahl kein Kontakt“: Hier kann es sich um implizite Verweigerer handeln, oder aber um technisch anrufbare, faktisch aber nicht genutzte Telefonnummern. Insgesamt konnten so in der Feldzeit 12.936 Kontakte erfolgreich hergestellt werden, die letztlich in 909 vollständig realisierte Interviews mündeten.

Die Kooperationsrate, gemessen an den während der Feldzeit erfolgreich kontaktierten Telefonnummern mit Privatpersonen, betrug damit 7,0 Prozent

CAWI: Für dieses Projekt kam nicht – wie im Rahmen von Access-Panel-Studien häufig üblich – ein Quota-Sampling zum Einsatz, sondern ein Sampling-Verfahren, das auf einer mehrfach geschichteten Zufallsstichprobe innerhalb des von infratest dimap genutzten Online-Panels basiert. Dieses Vorgehen hat gegenüber einem Quota-Sampling zum einen den großen Vorteil, dass alle Eingeladenen über die gesamte Feldzeit an der Studie teilnehmen können. Hingegen resultieren beim Quota-Sampling aus der vorzeitigen Schließung von Zellen bzw. durch nachträgliche Einladungen von schlecht erreichten Teilgruppen unterschiedlich lange Feldzeiten für einzelne Schichten der Auswahlgesamtheit. Damit werden sogenannte „Heavy User" bevorzugt als Teilnehmer gewonnen. Dieser Response Bias wird bei einem Verfahren mit einer vor Feldstart fix definierten Bruttostichprobe reduziert. Zum anderen lassen sich durch eine Kontrolle der Nettofallzahlen einer Quotenstichprobe maximal 20 Zellen genau aussteuern, bei der Ziehung der Bruttostichprobe auf die gewählte Art kann dagegen sehr viel feiner geschichtet werden.
Grundlage der Zufallsstichproben von infratest dimap bilden aktuelle Adressdaten aus dem Payback-Befragtenpool, die mit verschiedenen schichtungsrelevanten Informationen der Panelisten hinterlegt sind. Die für die Stichprobenziehung von infratest dimap verwendeten Informationen werden mindestens einmal jährlich aktualisiert. Bei der Ziehung der Bruttostichprobe wurde auf einen Datenpool von 8.809 Panelisten in Rheinland-Pfalz zurückgegriffen. Für diese Personen lagen die Merkmale Geschlecht, Alter, Schulbildung sowie die Gemeindekennziffer vor. Für die Zufallsziehung aus diesem Pool wurden Kreuzquoten für Geschlecht / Alter / Bildung vorgegeben sowie Randverteilungen für die regionale Verteilung (BIK-Klasse und Regierungsbezirk) verwendet.
Um insgesamt 450 auswertbare Interviews von Zielpersonen wohnhaft in Gemeinden mit 5.000 bis 10.000 Einwohnern zu generieren, wurde eine entsprechende Aufstockungsstichprobe nach obigen Verfahren gezogen.
Die ID-Nummern der nach diesem Modell von infratest dimap gezogenen Panelisten wurden an Payback übermittelt und vom Panelmanagement zur Studie eingeladen.
Dieses aufwändige Sampling-Verfahren resultierte in einer Bruttostichprobe von n=1.150 Fällen. Da bei unseren Online-Erhebungen die meisten Fälle üblicherweise in den ersten Tagen nach Versand der Einladungen erhoben werden, wurde die Stichprobe zufällig in mehrere Päckchen unterteilt und die Panelisten wurden in Tranchen eingeladen:

- 21. Mai: Einladung 1 zum Full-Launch (525 Panelisten)
- 28. Mai: Einladung 2 (525 Panelisten)

CAWI-Feldarbeit: Die online Feldarbeit begann am 21. Mai 2025 und endete am 06. Juni 2025. Die für die CAWI-Befragung ausgewählten Panelisten (siehe 2.3: Stichprobe / Auswahlverfahren) wurden per E-Mail zur Befragung eingeladen.

Am 28.05. und am 03.06. wurde ein Reminder an diejenigen Panelisten versendet, die bis dahin noch nicht an der Umfrage teilgenommen hatten. Außerdem wurde am 04.06. nochmal eine Reservestichprobe von n = 100 Panelisten zur Studie eingeladen.
Die Panelisten erhielten für ihre Teilnahme an der Befragung insgesamt 150 Payback-Punkte. 100 Payback-Punkte entsprechen einem Euro. Diese Punkte können nach Wunsch der Panelisten weiterverwendet werden, z.B. für Prämien, Spenden oder Einkaufsgutscheine. Die Teilnehmer wurden zu Beginn der Befragung darüber informiert, wie viele Punkte sie für die Studienteilnahme erhalten.

Teilnahmequoten: Im Verlauf der Feldzeit konnten 508 vollständige Online-Interviews realisiert werden. Wir halten uns bei der summarischen Zusammenstellung an die AAPOR-Empfehlung, im Rahmen eines Online-Access-Panels nicht den Begriff „response rate" (im Deutschen meist als „Ausschöpfungsquote" firmierend) zu verwenden, sondern „participation rates" („Teilnahmequoten") auszuweisen. Der Grund hierfür liegt daran, dass aufgrund der Rekrutierung von Teilnehmern in Access-Panels keine mit strikten Zufallsverfahren vergleichbaren Non-Response Analysen (Umfang, Struktur der Non-Response) vorgenommen werden können. Die Teilnahmequote lag bei 45,1 Prozent, ein im Vergleich mit anderen Access-Panels hoher Wert.

Datenbereinigung: Die Daten aus unseren Telefon- und Online-Befragungen liegen bereits mit Abschluss der Feldarbeit in hoher Qualität hinsichtlich Vollständigkeit, Widerspruchsfreiheit und Filterführung vor. Bei infratest dimap erfolgen für die online erhobenen Daten zusätzliche Qualitätsprüfungen bezüglich Dauer, Varianz und inhaltlicher Qualität, z.B. durch Identifikation und Eliminierung von sogenannten „Speedern" (die die Befragung in weniger als der Hälfte der Median-Befragungsdauer abgeschlossen haben) und „Straightlinern" (die bei mehreren Item- oder Matrixfragen wenig oder keine Varianz im Antwortverhalten aufweisen). Befragte mit auffälligen und inkonsistenten Angaben werden im Rahmen der Datenprüfung identifiziert, aus dem Datensatz ausgeschlossen und an Payback zurückgemeldet. In Absprache mit dem Panelmanagement werden sie bei wiederholter Auffälligkeit aus dem Panel entfernt.

Gewichtung: Die realisierte Stichprobe wurde durch Gewichtung an die demografischen Strukturen der Grundgesamtheit angepasst.

Designgewichtung: Um ein personenproportionales Sample zu erhalten, wurden unterschiedliche Auswahlwahrscheinlichkeiten berücksichtigt. Dies betrifft bei den über das Festnetz kontaktierten Personen insbesondere die Anzahl der Zielpersonen im Haushalt. Die Kombination aus Festnetz- und Mobilfunkinterviews machte ebenfalls eine Designgewichtung notwendig, da eine Haushalts- (Festnetzstichprobe) und eine Personenstichprobe (Mobilfunkstichprobe) zusammengeführt werden mussten. Berücksichtigung fanden dabei zusätzlich die jeweiligen Größen der Teilstichproben und der Auswahlgesamtheit. Für die aus dem Payback-Panel gewonnenen Interviews können keine Auswahlwahrscheinlichkeiten

abgeleitet werden. Damit entfällt für die Online-Interviews die Notwendigkeit einer Designgewichtung.

Strukturgewichtung: Die Strukturgewichtung korrigierte ausfallbedingte Selektivitäten in der realisierten Gesamtstichprobe. Die zu erstellenden Gewichtungsfaktoren basieren auf dem Vergleich demografischer Merkmale des Samples mit der Bevölkerungsstruktur gemäß der amtlichen Statistik. Ziel war es, die Samplestrukturen an die der letzten veröffentlichten amtlichen Bevölkerungsdaten anzupassen. Zum Zug kamen die aktuelle Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes sowie der aktuelle Mikrozensus. Zur Gewichtung herangezogen wurden die Merkmale Haushaltsgröße, Schulabschluss, Alter, Geschlecht und Region (BIK-Gemeindetyp, Nielsen-Gebiete). Die Gewichtungsvariable ist im Datensatz als Personengewicht hinterlegt. In einen zusätzlichen Gewichtungsschritt floss zudem das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2025 (Zweitstimmen) mit ein zur adäquaten Abbildung der Anhängergruppen der einzelnen Parteien. Dieser politische Gewichtungsfaktor ist im Datensatz in der Variable RecallBTW-Gewicht hinterlegt.

Auswertung: Die Daten wurden, aufgrund mehrerer Projektbeteiligter, sowohl mittels der Statistiksoftware IBM SPSS Statistics als auch R analysiert. Die Auswertungslogik, gemeint sind genutzte statistische Verfahren und qualitative Ansprüche, orientiert sich am bereits etablierten Thüringen-Monitor.
Alle in der Umfrage erhobenen Werte, wie der Prozentsatz der Antworten auf eine Frage, unterliegen Schwankungen, die auch als Fehlertoleranzen oder Irrtumswahrscheinlichkeiten bekannt sind. Um diese Schwankungen zu quantifizieren, wird der sogenannte „Stichprobenfehler" berechnet, aus dem der Schwankungsbereich, das Konfidenzintervall, abgeleitet wird. Es ist anzunehmen, dass die tatsächlichen Werte der wahlberechtigten Bevölkerung von Rheinland-Pfalz mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit innerhalb dieses Schwankungsbereichs liegen. Da solche Schwankungsbereiche unvermeidlich sind, werden im Rheinland-Pfalz Monitor alle Prozentangaben ohne Nachkommastellen, also auf ganze Zahlen gerundet, angegeben. Unterschiede zwischen den Anteilswerten werden nur dann interpretiert, wenn sich ihre Schwankungsbereiche nicht überschneiden und somit ein „statistisch signifikanter" Unterschied vorliegt.
Die Methode zur Messung von Einstellungen im Rheinland-Pfalz-Monitor basiert auf der Annahme, dass die Antworten der Befragten Rückschlüsse auf ihre Einstellungen zulassen (indikatorgestützte Einstellungsmessung). Die Prämisse dabei lautet: Wer eine bestimmte Meinung nicht teilt, hätte entsprechend anders geantwortet. Bei Unsicherheit, Schwierigkeiten bei der Bewertung oder Verständnisproblemen besteht immer die Möglichkeit, die Antwort zu verweigern. Die Zustimmung oder Ablehnung kann jedoch stark variieren, abhängig von der Formulierung der Frage. Es gibt viele Möglichkeiten, ein Thema zu präsentieren und zu formulieren, was die Frage aufwirft, ob wirklich das gemessen wird, was gemessen werden soll, also ob die Messung valide ist. Antworten geben Hinweise auf Einstellungen und ermöglichen Interpretationen, können jedoch nicht mit den Einstellungen gleichgesetzt werden. Umgekehrt kann jemand, der bestimmte Aussagen ablehnt, trotzdem Einstellungen haben, die sich anders

äußern und entsprechend anders gemessen werden müssten. Außerdem muss ein bestimmtes Antwortverhalten nicht unbedingt mit dem tatsächlichen Handeln übereinstimmen. Da in einer anonymen Befragung wie dem Rheinland-Pfalz-Monitor keine sozialen Konsequenzen für die Befragten bestehen, wird angenommen, dass die Antworten weitgehend der tatsächlichen Meinung entsprechen und weniger von sozialer Erwünschtheit beeinflusst sind. Ob dies tatsächlich der Fall ist, lässt sich schwer überprüfen. Um der Komplexität von Einstellungen zu gesellschaftlichen Phänomenen gerecht zu werden, werden den Befragten in der Regel mehrere Fragen zu einem Thema gestellt. Nur wenn daraus Muster erkennbar sind, wie die gleichzeitige Zustimmung zu mehreren Fragen oder das Überschreiten eines bestimmten Schwellenwertes, kann man plausibel auf zugrunde liegende Einstellungen schließen.
Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsbefragungen erheben keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit und sind keine unverrückbaren Tatsachen. Sie bieten fundierte Annäherungen an die tatsächlichen Verhältnisse und Zusammenhänge. Sozialwissenschaftliche Methoden gewährleisten jedoch eine systematische Durchführung und Auswertung. Die Umfrageergebnisse dienen in erster Linie einer faktenbasierten Diskussion über das jeweilige Thema und die Interpretationen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollten als Grundlage für Gespräche verstanden werden. Bei weiteren Fragen zur Methodik können Sie sich schriftlich an das Autorenteam wenden oder uns bei öffentlichen Veranstaltungen zum Rheinland-Pfalz-Monitor ansprechen. Im Folgenden werden kurz die beiden statistischen Verfahren / Maßzahlen, die in diesem Monitor Verwendung finden, erläutert.

Korrelation ist ein statistisches Maß, das den Grad und die Richtung des Zusammenhangs zwischen zwei Variablen beschreibt. Sie gibt an, wie stark zwei Variablen miteinander zusammenhängen, ohne dass ein kausaler Zusammenhang unterstellt wird.
Die hier verwendete Maßzahl ist der Pearson-Korrelationskoeffizient (r), der den linearen Zusammenhang zwischen zwei metrischen Variablen misst. Der Wertebereich von r liegt zwischen -1 (perfekter negativer Zusammenhang) und +1 (perfekter positiver Zusammenhang). Der Wert 0 gibt an, dass kein Zusammenhang besteht.

Regressionsverfahren: Im Rahmen des Rheinland-Pfalz-Monitors wurden multiple lineare Regressionsmodelle verwendet, um die Zusammenhänge zwischen verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Einstellungen und möglichen Erklärungsvariablen zu untersuchen. Die Berechnung erfolgte nach der Methode der kleinsten Quadrate (Ordinary Least Squares, OLS). Durch die gleichzeitige Berücksichtigung mehrerer unabhängiger Variablen konnte deren jeweiliger statistischer Zusammenhang mit der abhängigen Variable unter Kontrolle der übrigen Modellvariablen untersucht werden. Im Mittelpunkt standen dabei insbesondere die Richtung, Stärke und statistische Signifikanz der einzelnen Regressionskoeffizienten.
Die Modelle umfassen sowohl einzelne Likert-skalierte Items als auch additive Indizes und kategoriale Variablen, die als Faktoren mit entsprechenden Referenzkategorien berücksichtigt wurden. Auch die abhängigen Variablen bestehen aus Likert-Items beziehungsweise additiven Indizes. Die Behandlung ordinalskalierter Likert-Items als metrische Variablen stellt dabei eine

methodische Vereinfachung dar, da gleichmäßige Abstände zwischen den Antwortkategorien nicht grundsätzlich gewährleistet sind. Dies kann insbesondere bei begrenzten Antwortskalen zu Verletzungen der Annahmen linearer Regressionsmodelle führen.
Um die Belastbarkeit der Ergebnisse zu überprüfen, wurden sämtliche Modelle auf ihre Güte und die Einhaltung zentraler Modellannahmen untersucht. Neben der allgemeinen Erklärungskraft, gemessen am adjustierten Bestimmtheitsmaß (R^2), wurden insbesondere Multikollinearität (VIF), Linearität und Homoskedastizität (Breusch-Pagan-Test) sowie die Residuenverteilung (Q-Q-Plots) und der Einfluss auffälliger Beobachtungen (Cook's Distance) überprüft.
Dabei zeigten sich teilweise Verletzungen der Modellannahmen, insbesondere hinsichtlich der Heteroskedastizität, der Normalverteilung der Residuen und einzelner einflussreicher Beobachtungen. Um deren Auswirkungen auf die Ergebnisse zu untersuchen, wurden sämtliche Modelle zusätzlichen Robustheitsprüfungen unterzogen. Hierzu wurden unter anderem heteroskedastizitätsrobuste Standardfehler verwendet, einflussreiche Beobachtungen untersucht und die ursprünglichen Modelle mit entsprechend angepassten Modellspezifikationen verglichen. Dabei konnten keine wesentlichen Veränderungen hinsichtlich der Richtung oder der inhaltlichen Größenordnung der zentralen Regressionskoeffizienten festgestellt werden. Auch die wesentlichen statistischen Schlussfolgerungen blieben bestehen.
Da die Analyse vor allem auf die Identifikation verstärkender und abschwächender statistischer Zusammenhänge abzielt, ist die exakte Höhe einzelner Regressionskoeffizienten gegenüber deren Richtung, inhaltlicher Bedeutung und statistischer Absicherung nachrangig. Entscheidend ist, dass die zentralen Ergebnisse auch unter Berücksichtigung der festgestellten Modellverletzungen stabil bleiben. Da dies bei sämtlichen untersuchten Modellen der Fall war, wurden für die weitere Darstellung die ursprünglichen Regressionsmodelle herangezogen. Die Ergebnisse werden entsprechend als robuste statistische Zusammenhänge interpretiert, ohne daraus unmittelbare kausale Wirkungen abzuleiten.

Zur besseren Interpretation der Ergebnisse wurden, wie in statistischen Verfahren üblich, die Verfahren auch auf im strengen Sinne ordinalskalierte Daten angewendet. Die so erzielten Ergebnisse wurden aber mit entsprechenden Verfahren für ordinalskalierte Daten gegengecheckt und nur dann in den Monitor aufgenommen, wenn diese in dieselbe Richtung wiesen.

Regressionsmodelle

Tabelle 6: Regressionsmodell Meinungsfreiheit

Einflussfaktor	Ko-effizient	Standard-fehler	t-Wert	p-Wert	95%-KI (u)	95%-KI (o)
Konstante	-0,22	0,48	-0,45	0,655	-1,17	0,73
Zufriedenheit mit Landesinstitutionen	0,45	0,07	6,41	0,000	0,31	0,59
Zufriedenheit mit Demokratie	0,31	0,06	4,96	0,000	0,18	0,43
Sozio-Kultureller Konflikt	0,01	0,05	0,25	0,801	-0,09	0,11
Sozio-Ökonomischer Konflikt	0,04	0,05	0,74	0,461	-0,07	0,15
Bewertung gesellschaftliche Lage	0,40	0,05	7,41	0,000	0,30	0,51
Polit. Interesse	-0,03	0,05	-0,65	0,513	-0,13	0,07
Fernsehen u. Radio	0,36	0,14	2,56	0,011	0,08	0,63
Zeitungen	-0,13	0,10	-1,36	0,175	-0,33	0,06
Soziale Medien	-0,14	0,08	-1,77	0,078	-0,29	0,02
Messenger-Dienste	0,05	0,08	0,58	0,561	-0,11	0,21
Pers. Gespräche	0,13	0,13	1,02	0,307	-0,12	0,39
„Alternative Medien“	-0,67	0,12	-5,56	0,000	-0,91	-0,43
Polit. Einflussmögl.	0,15	0,03	5,55	0,000	0,10	0,21
Pers. wirt. Lage	0,02	0,04	0,40	0,693	-0,06	0,09
Sorgen gesell. Abstieg	-0,03	0,03	-1,00	0,315	-0,09	0,03
Zufriedenheit mit pers. Lebenslage	0,08	0,06	1,19	0,236	-0,05	0,20
Polit. linksaußen	-0,21	0,13	-1,56	0,118	-0,47	0,05
Polit. moderat links	-0,28	0,09	-3,19	0,001	-0,46	-0,11
Polit. moderat rechts	0,13	0,09	1,40	0,162	-0,05	0,31
Polit. rechtsaußen	0,23	0,16	1,43	0,152	-0,09	0,55
R^2	kor. R^2	Res. Std.	F-Wert	p-Wert	DF	LogLik
0,48	0,47	1,08	49,23	0,00	20,00	-1650,23
AIC	BIC	Dev	DF. Res	Fallzahl		
3344,45	3454,68	1275,61	1087,00	1108		

Tabelle 7: Regressionsmodell Populismus

Einflussfaktor	Ko-effizient	Standard-fehler	t-Wert	p-Wert	95%-KI (u)	95%-KI (o)
Konstante	5,67	0,49	11,69	0,000	4,72	6,63
Zufriedenheit mit Landesinstitutionen	-0,07	0,07	-1,08	0,279	-0,21	0,06
Zufriedenheit mit Demokratie	-0,66	0,06	-10,57	0,000	-0,78	-0,54
Sozio-Kultureller Konflikt	0,00	0,05	0,03	0,974	-0,10	0,10
Sozio-Ökonomischer Konflikt	0,22	0,05	4,18	0,000	0,12	0,32
Bewertung gesellschaftliche Lage	-0,45	0,05	-8,37	0,000	-0,55	-0,34
Polit. Interesse	-0,03	0,05	-0,61	0,542	-0,12	0,06
Fernsehen u. Radio	-0,01	0,14	-0,08	0,934	-0,28	0,25
Zeitungen	-0,06	0,09	-0,64	0,519	-0,25	0,12
Soziale Medien	0,24	0,08	3,17	0,002	0,09	0,39
Messenger-Dienste	-0,17	0,08	-2,15	0,031	-0,33	-0,02
Pers. Gespräche	0,24	0,12	1,93	0,053	0,00	0,49
„Alternative Medien“	0,15	0,12	1,30	0,194	-0,08	0,38
Polit. Einflussmögl.	-0,10	0,03	-3,51	0,000	-0,15	-0,04
Pers. wirt. Lage	-0,02	0,04	-0,50	0,618	-0,10	0,06
Sorgen gesell. Abstieg	0,03	0,03	1,12	0,262	-0,02	0,09
Sorgen vor Kriminalität	0,05	0,03	1,63	0,103	-0,01	0,11
Zufriedenheit mit pers. Lebenslage	0,06	0,06	0,96	0,338	-0,06	0,18
Polit. linksaußen	0,14	0,13	1,05	0,293	-0,12	0,39
Polit. moderat links	0,10	0,09	1,21	0,226	-0,07	0,27
Polit. moderat rechts	-0,01	0,09	-0,06	0,950	-0,18	0,17
Polit. rechtsaußen	-0,09	0,16	-0,60	0,549	-0,40	0,21
R^2	kor. R^2	Res. Std.	F-Wert	p-Wert	DF	LogLik
0,54	0,53	1,04	60,36	0,00	21,00	-1598,19
AIC	BIC	Dev	DF. Res	Fallzahl		
3242,38	3357,51	1171,23	1081,00	1103		

Tabelle 8: Regressionsmodell Xenophobie

Einflussfaktor	Ko-effizient	Standard-fehler	t-Wert	p-Wert	95%-KI (u)	95%-KI (o)
Konstante	3,87	0,35	11,02	0,000	3,18	4,56
Zufriedenheit mit Landesinstitutionen	0,01	0,05	0,13	0,898	-0,09	0,10
Zufriedenheit mit Demokratie	-0,38	0,04	-8,93	0,000	-0,46	-0,29
Überlegenheit deutscher Leistungen	0,12	0,02	6,89	0,000	0,09	0,15
Durchsetzung des Stärkeren	0,10	0,02	4,55	0,000	0,05	0,14
Besinnung auf Traditionen	0,16	0,02	8,35	0,000	0,12	0,20
Sozio-Ökonomischer Konflikt	0,04	0,04	0,99	0,325	-0,04	0,11
Bewertung gesell. Lage	-0,20	0,04	-5,39	0,000	-0,27	-0,13
Polit. Interesse	0,06	0,03	1,80	0,072	-0,01	0,13
Fernsehen u. Radio	0,12	0,09	1,32	0,186	-0,06	0,31
Zeitungen	-0,12	0,07	-1,88	0,061	-0,25	0,01
Soziale Medien	-0,09	0,05	-1,75	0,081	-0,19	0,01
Messenger-Dienste	0,10	0,05	1,83	0,067	-0,01	0,21
Pers. Gespräche	-0,08	0,09	-0,90	0,366	-0,25	0,09
„Alternative Medien“	0,08	0,08	1,06	0,289	-0,07	0,24
Polit. Einflussmögl.	-0,02	0,02	-1,08	0,279	-0,06	0,02
Pers. wirt. Lage	0,00	0,03	0,01	0,994	-0,05	0,05
Sorgen gesell. Abstieg	0,01	0,02	0,28	0,779	-0,03	0,04
Sorgen vor Kriminalität	0,12	0,02	5,53	0,000	0,07	0,16
Zufriedenheit mit pers. Lebenslage	-0,07	0,04	-1,61	0,107	-0,15	0,01
Polit. linksaußen	0,32	0,09	3,62	0,000	0,15	0,49
Polit. moderat links	0,23	0,06	3,79	0,000	0,11	0,34
Polit. moderat rechts	-0,20	0,06	-3,22	0,001	-0,31	-0,08
Polit. rechtsaußen	-0,18	0,11	-1,74	0,083	-0,39	0,02
R^2	kor. R^2	Res. Std.	F-Wert	p-Wert	DF	LogLik
0,63	0,62	0,70	77,36	0,00	23,00	-1112,89
AIC	BIC	Dev	DF. Res	Fallzahl		
2275,79	2399,87	508,30	1033,00	1057		

Fragebogen

LANDESPOLITIK RHEINLAND-PFALZ

1. Bewertung von Rheinland-Pfalz

[Alle Befragte]
Wenn Sie an das Bundesland Rheinland-Pfalz denken. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? [random]

A) Rheinland-Pfalz entwickelt sich alles in allem gut.
B) Im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern steht Rheinland-Pfalz besser da.

(01) stimme voll zu
(02) stimme zu
(03) stimme eher zu
(04) stimme eher nicht zu
(05) stimme nicht zu
(06) stimme überhaupt nicht zu
---
(98) weiß nicht
(99) keine Angabe

2. Identität

[Alle Befragte] Als was identifizieren Sie sich am ehesten? Als…?

(01) [Zuspiel lt. GKZ-Regional-Klassifikation: Pfälzer / Rheinhesse / Moselander / Hunsrücker / Eifelaner oder Eifeler / Rheinländer / Westerwälder]
(02) Rheinland-Pfälzer
(03) Deutscher
(04) Europäer
(05) Weltbürger
---
(98) weiß nicht
(99) keine Angabe

3. Zufriedenheiten mit Landespolitik

[Alle Befragte] Kommen wir zur Politik in Rheinland-Pfalz. Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit …?

[Feste Liste]
A) der Landesregierung
B) des rheinland-pfälzischen Landtags
C) des Bürgermeisters oder Landrats in Ihrer Stadt oder Gemeinde
D) Ihres kommunalen Parlaments beziehungsweise des Stadt- oder Kreistags
E) der öffentlichen Verwaltung

(01) sehr zufrieden
(02) zufrieden
(03) weniger zufrieden
(04) gar nicht zufrieden
---
(98) weiß nicht
(99) keine Angabe

4. Wichtigstes Problem im Bundesland

[Alle Befragte] Welches ist Ihrer Meinung nach das wichtigste politische Problem in Rheinland-Pfalz, das vordringlich gelöst werden muss?

[INT: nicht vorlesen, sondern zuordnen]
Arbeitslosigkeit / Arbeitsmarkt
Ausländerfeindlichkeit / Rassismus Bildung /
Schule / Ausbildung
Corona-Krise / Corona-Pandemie
Digitalisierung / Versorgung mit Internet / Mobilfunkabdeckung
Energiepolitik / Energiewende
Familienpolitik / Kinderbetreuung
Flüchtlinge / Einwanderung / Asylpolitik / Integration Gesundheitswesen /
medizinische Versorgung / Pflege Haushaltslage / Verschuldung des
Landes
Inflation / Preissteigerungen
Innere Sicherheit / Kriminalität / Terror Löhne /
Mindestlohn
Mobilität / Verkehr (Straßen, Brücken, öffentlicher Nahverkehr, Bahn) Politik /
Verwaltung: Abgehobenheit, Politikverdrossenheit Rechtspopulismus / Rechtsruck
Rente / Alterssicherung
Soziale Ungerechtigkeit / Armut / Bürgergeld Steuern /
Abgaben
Ukraine-Krieg
Umweltschutz / Klimawandel Wirtschaft
Wohnen / Mieten
Anderes, und zwar _____[INT: Bitte eintragen]
---
(98) weiß nicht
(99) keine Angabe

DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFT

5. Einstellungen zur Demokratie I

[Alle Befragte] Im Folgenden geht es um Aussagen ganz allgemein über Staat und Politik. Geben Sie bitte zu jeder Aussage an, inwiefern Sie ihr zustimmen.

[random]
A) Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform.
B) Die Welt ist so unübersichtlich geworden, dass man gar nicht weiß, wie es weitergehen soll.
C) In Deutschland herrscht Gerechtigkeit.
D) In Deutschland kann man seine Meinung frei äußern, ohne Nachteile befürchten zu müssen.
E) Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.
F) Ich bin mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden.
G) Die Demokratie ist das politische System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt.
H) Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die den Willen des Volkes insgesamt verkörpert.
(01) stimme voll zu
(02) stimme zu
(03) stimme eher zustimme eher nicht zu
(04) stimme nicht zu
(05) stimme überhaupt nicht zu
---
(98) weiß nicht
(99) keine Angabe

6. Einstellungen zur Demokratie II

[Alle Befragte] Und wie stehen Sie zu folgenden Aussagen? Geben Sie bitte wiederum an, inwiefern Sie ihnen zustimmen. [random]

A) Politische Entscheidungen sollten von einer starken Führungspersönlichkeit getroffen werden, die keine Rücksicht auf das Parlament nehmen muss.
B) In Deutschland reichen Reformen für Verbesserungen nicht mehr aus, gebraucht wird ein revolutionärer Umbau.
C) Der Staat ist ein Instrument zur Unterdrückung der Bevölkerung.
D) Die meisten Menschen erkennen nicht, in welchem Ausmaß unser Leben durch Verschwörungen bestimmt wird, die im Geheimen ausgeheckt werden.
E) Die Politiker handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung.
F) Die BRD ist eine Konstruktion ohne rechtliche Grundlage.
G) Wenn die Politik für gesicherte Lebensverhältnisse sorgt, könnte ich auf Teile meiner demokratischen Mitbestimmungsrechte verzichten.
H) Parteilose Kandidaten sind z.B. auf kommunaler Ebene eine gute Alternative oder Ergänzung zu den Kandidaten der Parteien.

(01) stimme voll zu
(02) stimme zu
(03) stimme eher zu
(04) stimme eher nicht zu
(05) stimme nicht zu
(06) stimme überhaupt nicht zu

---
(98) weiß nicht
(99) keine Angabe

7. Einstellungen zur Sozio-Ökonomie

[Alle Befragte] Denken Sie nun bitte an das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft bei uns in Deutschland. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? [random]

A) Der Kapitalismus ist das Hauptproblem unserer Gesellschaft und sollte abgeschafft werden.
B) Unsere Gesellschaft ist in Klassen gespalten und die Reichen unterdrücken die arbeitende Bevölkerung.
C) Das Gemeinwohl sollte über den Interessen des Einzelnen stehen.
D) Auch wenn die Lage Deutschlands aktuell schwierig ist, glaube ich, dass wir als Gesellschaft unseren Lebensstandard langfristig halten können.
E) Wer sich anstrengt im Leben, bekommt seinen gerechten Anteil.
F) Es ist die Aufgabe des Staates, für soziale Gerechtigkeit und eine faire Verteilung des Wohlstands zu sorgen.
G) Jeder ist nur für sich selbst verantwortlich.
H) Für die Bekämpfung des Klimawandels wird nicht genug getan.
I) Wir sind eine leistungsstarke Gesellschaft, die auch schwierige Probleme lösen kann.

(01) stimme voll zu
(02) stimme zu
(03) stimme eher zu
(04) stimme eher nicht zu
(05) stimme nicht zu
(06) stimme überhaupt nicht zu

---
(98) weiß nicht
(99) keine Angabe

8. Einstellungen zum gesellschaftlichen Zusammenleben

[Alle Befragte] Wenn Sie einmal an das Zusammenleben verschiedener Gruppen in Deutschland denken. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? [random]

A) Die gesellschaftliche Lage wird sich verschlechtern.
B) Weiße sind in der Welt zurecht führend.
C) An deutsche Leistungen reichen die Leistungen anderer Völker nicht heran.
D) In der Gesellschaft sollte sich der oder die Stärkere durchsetzen.
E) Wir sollten uns auf unsere Traditionen besinnen.
F) Muslime sind eine Bedrohung für die Stabilität und Sicherheit in Deutschland.
G) Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht zu uns.
H) Deutschland ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.
I) Ausländer wollen den Sozialstaat ausnutzen.
J) Alles in allem kann man seinen Mitmenschen vertrauen.

(01) stimme voll zu
(02) stimme zu
(03) stimme eher zu
(04) stimme eher nicht zu
(05) stimme nicht zu
(06) stimme überhaupt nicht zu
---
(98) weiß nicht
(99) keine Angabe

POLITISCHE PARTIZIPATION

9. Interesse an Politik

[Alle Befragte] Wie stark interessieren Sie sich für Politik?

(01) sehr stark
(02) stark
(03) weniger stark
(04) gar nicht
---
(98) weiß nicht
(99) keine Angabe

10. Informationsverhalten

[Alle Befragte] Um sich über Politik zu informieren, kann man verschiedene Wege gehen. Welche der folgenden Dinge nutzen Sie, um sich über politische Themen zu informieren und auszutauschen? [random]

A) Fernsehen und Radio, einschließlich der Internet-Seiten von Sendern und Sendungen
B) Zeitungen, Zeitschriften, Magazine, einschließlich deren Internet-Seiten und e-Paper
C) soziale Medien wie Facebook, Instagram, TikTok, X – früher Twitter
D) sogenannte Messenger-Dienste wie WhatsApp oder Telegram
E) persönliche Gespräche mit Freunden, Verwandten oder Kollegen [immer am Ende]
F) „alternative Medien“, wie z.B. NIUS, Auf1, Nachdenkseiten, Apolut – früher KenFM, oder ähnliches

(01) nutze ich
(02) nutze ich nicht
---
(98) weiß nicht
(99) keine Angabe

11. Links-Rechts-Selbsteinschätzung

[Alle Befragte]
In der Politik reden die Leute häufig von „links“ und „rechts“. Wo würden Sie sich selbst auf einer Skala von 0 bis 10 einordnen, wenn 0 links und 10 rechts bedeutet und 5 genau in der Mitte ist?

0 links
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10 rechts
---

(98) weiß nicht
(99) keine Angabe

12. Parteiidentifikation

[Alle Befragte] In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie ganz allgemein gesprochen einer bestimmten Partei zu?

(01) ja
(02) nein
---

(98) weiß nicht
(99) keine Angabe

13. Politische Partizipation - Statements

[Alle Befragte] Wenn Sie einmal an die Möglichkeiten in Deutschland denken, politisch mitzuwirken. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

[random]
A) Ich habe ausreichend Möglichkeiten, Einfluss auf das Handeln der Regierung zu nehmen.
B) Ich wünsche mir mehr Möglichkeiten zur direkten politischen Beteiligung wie z.B. Volksentscheide oder Bürgerräte.
C) Ich bin dazu bereit, für meine politische Überzeugung Gewalt anzuwenden.

(01) stimme voll zu
(02) stimme zu
(03) stimme eher zu
(04) stimme eher nicht zu
(05) stimme nicht zu
(06) stimme überhaupt nicht zu
---

(98) weiß nicht
(99) keine Angabe

14. Soziale Partizipation

[Alle Befragte] Auch außerhalb der Politik gibt es Möglichkeiten, sich gesellschaftlich einzubringen. Welche der folgenden Aussagen trifft auf Sie persönlich zu?

[random]

A) Ich bin aktives Mitglied in einem Verein.
B) Ich bekleide ein Ehrenamt.

(01) trifft auf mich zu
(02) trifft auf mich nicht zu
---
(98) weiß nicht
(99) keine Angabe

ERINNERUNGSKULTUR

15. Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

[Alle Befragte] Nun geht es darum, wie in Deutschland die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus bewahrt werden kann. Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu?

[random]

A) Die weitere Beschäftigung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus ist notwendig, um demokratische Werte in der Gesellschaft zu stärken.
B) Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust sollte in den Betrieben Bestandteil der Aus- und Fortbildung von Auszubildenden wie Mitarbeitern sein.

(01) stimme voll zu
(02) stimme zu
(03) stimme eher zu
(04) stimme eher nicht zu
(05) stimme nicht zu
(06) stimme überhaupt nicht zu
---
(98) weiß nicht
(99) keine Angabe

16. Stolpersteine: Bewertung

[Alle Befragte]An das Schicksal von Menschen in der NS-Zeit erinnern in Deutschland vielerorts kleine Gedenktafeln, auch „Stolpersteine“ genannt, die im Boden vor den früheren Wohnorten von NS-Opfern verlegt sind. Ist es aus Ihrer Sicht eine angemessene Form, über solche „Stolperstein“-Gedenktafeln an das Schicksal von NS-Opfern zu erinnern?

(01) auf jeden Fall
(02) eher ja
(03) eher nein
(04) auf keinen Fall
---
(98) weiß nicht
(99) keine Angabe

EIGENE LEBENSSITUATION

17. Zufriedenheiten Lebensbereiche

[Alle Befragte] Wie bewerten Sie die folgenden Dinge in Ihrem Leben? Nutzen Sie hierzu Schulnoten, wobei 1 „sehr gut" und 6 „ungenügend" bedeutet. Mit den Noten dazwischen können Sie Ihr Urteil abstufen. Wie bewerten Sie …?

[random]

A) Ihre persönliche wirtschaftliche Situation
B) Ihr Ausmaß an Freizeit
C) Ihre medizinische Versorgung
D) Ihre soziale Absicherung
E) das Angebot an bezahlbarem Wohnraum
F) die öffentliche Infrastruktur, d.h. das Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs, Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten, medizinische Einrichtungen, Schulen und Kitas usw.
G) die Sicherheit im öffentlichen Raum, d.h. auf Plätzen, Parkanlagen bzw. in öffentlichen Verkehrsmitteln
H) das Angebot an Arbeitsplätzen
I) das Miteinander in Ihrer Nachbarschaft

(01) sehr gut
(02)
(03)
(04)
(05)
(06) ungenügend
---
(98) weiß nicht
(99) keine Angabe

18. Sorgen: gestützt

[Alle Befragte]
Machen Sie sich sehr große Sorgen, große Sorgen, etwas Sorgen, eher weniger Sorgen, kaum Sorgen oder gar keine Sorgen… ?

[random]

A) , durch die gesellschaftliche Entwicklung auf der Verliererseite zu stehen
B) vor Kriminalität im Alltag
C) , dass Deutschland in einen Krieg in Europa verwickelt werden könnte.
D) vor den Folgen des Klimawandels.

(01) sehr große Sorgen
(02) große Sorgen
(03) etwas Sorgen
(04) eher weniger Sorgen
(05) kaum Sorgen
(06) gar keine Sorgen

---

(98) weiß nicht
(99) keine Angabe

19. Subjektive Deprivation

[Alle Befragte]
Und wenn Sie jetzt noch einmal an Ihre persönliche Lebenslage denken, im Vergleich damit, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie ... ?

(01) mehr als Ihren gerechten Anteil erhalten,
(02) Ihren gerechten Anteil erhalten,
(03) etwas weniger oder
(04) sehr viel weniger erhalten
---

(98) weiß nicht
(99) keine Angabe

20. Wahlverhalten Bundestagswahl 2025

[Alle Befragte]
Zum Schluss zur Bundespolitik.
Welche Partei haben Sie bei der vorgezogenen Bundestagswahl am 23. Februar dieses Jahres gewählt oder haben Sie nicht an der Wahl teilgenommen?
**Interviewer: Bitte nicht vorlesen, sondern zuordnen!
**Interviewer: Nur bei Nachfragen: Gemeint ist die Zweitstimme.

CDU
AfD
SPD
Grüne Die
Linke FDP
BSW
FREIE WÄHLER
Tierschutzpartei Volt
Die PARTEI
ÖDP
andere Partei

habe nicht gewählt / teilgenommen habe
ungültig gewählt
war noch nicht wahlberechtigt weiß
nicht mehr
keine Angabe

SOZIODEMOGRAPHIE

S1 Alter

[Alle Befragte] Darf ich fragen, wie alt Sie sind?

_____[Eingabe Alter 18-99]

- - -

(99) keine Angabe

S2 Geschlecht

[Alle Befragte] Bitte geben Sie Ihr Geschlecht an.
[**INT: Bitte nicht vorlesen, sondern Angaben zuordnen. Sollten andere als die unten stehenden Geschlechtsangaben gemacht werden, bitte der Kategorie „divers“ zuordnen.]

(01) männlich
(02) weiblich
(03) divers

S3a Anzahl Personen im Haushalt

[Alle Befragte] Wie viele Personen leben ständig in Ihrem Haushalt, Sie selbst miteingeschlossen? Denken Sie bitte auch an alle im Haushalt lebenden Kinder.

(01) Eine Person
(02) Zwei Personen
(03) Drei Personen
(04) Vier Personen
(05) Fünf Personen und mehr

- - -

(99) keine Angabe

S4 Bildungsabschluss

[Alle Befragte] Welchen höchsten allgemeinen Bildungsabschluss haben Sie? INT: BEI BEDARF VORLESEN

(01) noch Schüler/in
(02) Schulausbildung beendet ohne Abschluss
(03) Volks-/Hauptschule bzw. Polytechnische Oberschule, vor der 10. Klasse abgegangen ohne abgeschlossene Lehre
(04) Volks -/Hauptschule bzw. Polytechnische Oberschule, vor der 10. Klasse abgegangen mit abgeschlossener Lehre
(05) Mittlere Reife, Realschule bzw. Polytechnische Oberschule 10. Klasse, Fachschulreife
(06) Fachhochschulreife, Abschluss einer Fachoberschule, Ingenieurschule, erweiterte Oberschule (EOS) ohne Abschluss
(07) Abitur, allgemeine Hochschulreife, erweiterte Oberschule (EOS) mit Abschluss
(08) Abschluss an Universität, Hochschule oder Fachhochschule
(09) anderer Abschluss

- - -

(98) weiß nicht
(99) keine Angabe

S5 Tätigkeit

[Alle Befragte] Sind Sie zurzeit?

[***INT: Unter Erwerbstätigkeit wird jede bezahlte bzw. mit einem Einkommen verbundene Tätigkeit verstanden, egal welchen zeitlichen Umfang sie hat.]

(01) Voll-/Teilzeiterwerbstätig (auch 'Mini-Jobs')
(02) Auszubildender/ Azubi
(03) Arbeitslos (ohne 'Ein-Euro-Job')
(04) Rentner oder Pensionär
(05) Schüler an allgemeinbildender Schule
(06) Fachschüler
(07) Student
(08) Hausfrau / Hausmann
(09) Freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr, Bundesfreiwilligendienst
(10) In einem 'Ein-Euro-Job' tätig
(11) In Altersteilzeit (egal welche Phase)
(12) Sonstiges

---

(99) keine Angabe

S6 Einwanderungsgeschichte: persönlich

[Alle Befragte] Sind Sie selbst nach Deutschland zugewandert?

(01) ja
(02) nein

---

(99) keine Angabe

S7 Einwanderungsgeschichte: Eltern

[Alle Befragte] Und sind Ihre Eltern nach Deutschland zugewandert?

(01) ja, meine Mutter
(02) ja, mein Vater
(03) ja, beide Eltern
(04) nein, weder Vater noch Mutter

---

(99) keine Angabe

S8 Haushalts-Netto-Einkommen

[Alle Befragte] Wenn Sie mal alles zusammenrechnen: wie hoch ist das monatliche Netto-Einkommen, das Sie alle zusammen im Haushalt haben, nach Abzug der Steuern und Sozialversicherung? Liegt das monatliche Netto-Einkommen im Haushalt...

(01) unter 1.500 EURO
(02) zwischen 1.500 bis unter 2.500 EURO
(03) zwischen 2.500 bis unter 3.500 EURO
(04) zwischen 3.500 bis unter 4.500 EURO
(05) zwischen 4.500 bis unter 5.500 EURO
(06) 5.500 EURO und mehr

---

(98) weiß nicht
(99) keine Angabe

Ländermonitore in der Übersicht

Tabelle 9: Ländermonitore in der Übersicht

Bundesland	Durchführung	Verlinkung
Deutschland-Monitor	ZSH (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg); KomRex (Friedrich-Schiller-Universität Jena); GESIS (Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften Mannheim)	https://deutschland-monitor.info/
Baden-Württemberg („Demokratie-Monitoring“)	Baden-Württemberg Stiftung (bis 2017); Universität Hohenheim (2022)	https://komm.uni-hohenheim.de/112943?tx_ttnews[tt_news]=56557
Berlin	EFBI (Universität Leipzig); IdK (Hochschule Magdeburg-Stendal)	https://berlin-monitor.de/
Brandenburg	Pmg policy matters	https://brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.746657.de
Hamburg („Hamburg-BUS – Bürgerumfrage der Sozialwissenschaften für Hamburg (bis 2020)	Universität Hamburg	https://www.wiso.uni-hamburg.de/forschung/forschungslabor/umfragelabor/aktuelle-umfragen/hamburg-bus.html
Hessen	Philipps-Universität Marburg; TU Darmstadt	https://hessenmonitor.github.io/
Mecklenburg-Vorpommern (bis 2020)	Mentefactum	https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/stk/MV-Monitor-2020/
Niedersachsen	IfDem (Georg-August-Universität Göttingen)	https://www.fodex-online.de/publikationen/typ/studien/
Nordrhein-Westfalen	Universität Duisburg-Essen; NRW School of Governance	https://www.politische-bildung.nrw/demokratiebericht-2026
Saarland	Universität Trier	https://www.uni-trier.de/universitaet/fachbereiche-faecher/fachbereich-iii/faecher/politikwissenschaft/trierer-institut-fuer-demokratie-und-parteienforschung-tidup/forschungsprojekte/standard-titel
Sachsen	dimap	https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2023-8897.html
Sachsen-Anhalt	ZSH (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)	https://lpb.sachsen-anhalt.de/online-angebote/downloads/sachsen-anhalt-monitor
Thüringen	KomRex (Friedrich-Schiller-Universität Jena)	https://www.komrex.uni-jena.de/895/thueringen-monitor